



Plenarprotokoll

22. Sitzung

Mittwoch, 21. Februar 2018

Gemeinsame Beratung

- a) **Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes über die Feststellung eines Haushaltsplanes für das Haushaltsjahr 2018** 1436

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 19/360

- b) **Zweite Lesung des Entwurfs eines Haushaltsbegleitgesetzes 2018** 1436

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 19/361

- c) **Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Gewährung jährlicher Sonderzahlungen** 1436

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD
Drucksache 19/368 (neu)

- d) **Tierheime finanziell unterstützen** 1436

Antrag der Abgeordneten des SSW
Drucksache 19/355

Bericht und Beschlussempfehlung des Finanzausschusses
Drucksache 19/489

Änderungsantrag der Fraktion der SPD Drucksache 19/526		Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	1479
		Christopher Vogt [FDP].....	1481
Änderungsantrag der Fraktion der AfD Drucksache 19/527		Tobias Koch [CDU], zur Geschäftsordnung.....	1488, 1488
Änderungsantrag der Abgeordneten des SSW Drucksache 19/528		Beschluss: 1. Ablehnung der Änderungsanträge Drucksachen 19/526, 19/527 und 19/528	
Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP Drucksache 19/529		2. Annahme der Änderungsanträge Drucksachen 19/529, 19/537 und 19/550	
Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW Drucksache 19/537		3. Verabschiedung des Gesetzentwurfs Drucksache 19/360 in der Fassung der Drucksache 19/489 einschließlich der angenommenen Änderungsanträge Drucksache 19/529 Buchstabe b) und der Drucksache 19/537	
Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP Drucksache 19/550		4. Verabschiedung des Gesetzentwurfs Drucksache 19/361 in der Fassung der Drucksache 19/489 einschließlich der angenommenen Änderungsanträge Drucksache 19/529 Buchstabe a) und der Drucksache 19/550	
e) Finanzplan des Landes Schleswig-Holstein 2017 bis 2021 Finanzplanfortschreibung 2022 bis 2027 Bericht der Landesregierung zum Abbau des strukturellen Defizits gemäß Artikel 67 der Landesverfassung	1437	5. Ablehnung des Gesetzentwurfs Drucksache 19/368 (neu) in namentlicher Abstimmung	
Bericht der Landesregierung Drucksache 19/483		6. Antrag Drucksache 19/355 mit Zustimmung des Antragstellers für erledigt erklärt	
Thomas Rother [SPD], Berichterstatter.....	1437	7. Überweisung des Berichts Drucksache 19/483 an den Finanzausschuss zur abschließenden Beratung.....	1495
Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN], zur Geschäftsordnung.....	1439	Wahl einer Vizepräsidentin oder eines Vizepräsidenten des Landesverfassungsgerichts	1496
Ole-Christopher Plambeck [CDU]	1439	Wahlvorschlag des Ausschusses zur Vorbereitung der Wahl der Mitglieder des Landesverfassungsgerichts Drucksache 19/493	
Beate Raudies [SPD].....	1443	Beschluss: Annahme des Wahlvorschlags Drucksache 19/493 in geheimer Wahl mit 64 Jastimmen, 4 Neinstimmen und 1 Enthaltung.....	1496
Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	1447	Ausnahmegenehmigungen von der Euro-6-Norm für Fahrzeuge der Klassen N2 und N3	1496
Kirsten Eickhoff-Weber [SPD].....	1452		
Annabell Krämer [FDP].....	1452		
Jörg Nobis [AfD].....	1457		
Lars Harms [SSW].....	1462, 1484		
Daniel Günther, Ministerpräsident	1467		
Dr. Ralf Stegner [SPD].....	1470		
Tobias Koch [CDU].....	1475, 1488		

Antrag der Fraktion der AfD Drucksache 19/460		Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	1515
Volker Schnurrbusch [AfD].....	1496	Oliver Kumbartzky [FDP].....	1517
Lukas Kilian [CDU].....	1497	Volker Schnurrbusch [AfD].....	1519
Kai Vogel [SPD].....	1498	Flemming Meyer [SSW].....	1520
Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	1499	Hans-Joachim Grote, Minister für Inneres, ländliche Räume und Integration.....	1520
Kay Richert [FDP].....	1500		
Flemming Meyer [SSW].....	1501	Beschluss: 1. Ablehnung des Alternativenantrags Drucksache 19/542	
Dr. Bernd Buchholz, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus.....	1502	2. Annahme des Antrags Drucksache 19/500.....	1522
Beschluss: Ablehnung des Antrags Drucksache 19/460.....	1503		
Flächendeckenden Breitbandausbau fördern	1503	* * * *	
Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP Drucksache 19/497		Regierungsbank:	
Lukas Kilian [CDU].....	1503	Daniel Günther, Ministerpräsident	
Dr. Heiner Dunckel [SPD].....	1504	Monika Heinold, Finanzministerin und Erste Stellvertreterin des Ministerpräsidenten	
Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	1506	Dr. Heiner Garg, Minister für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren und Zweiter Stellvertreter des Ministerpräsidenten	
Kay Richert [FDP].....	1507	Dr. Sabine Sütterlin-Waack, Ministerin für Justiz, Europa, Verbraucherschutz und Gleichstellung	
Volker Schnurrbusch [AfD].....	1508	Karin Prien, Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur	
Lars Harms [SSW].....	1509	Hans-Joachim Grote, Minister für Inneres, ländliche Räume und Integration	
Dr. Bernd Buchholz, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus.....	1510	Dr. Robert Habeck, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung	
Beschluss: Überweisung des Antrags Drucksache 19/497 an den Wirtschaftsausschuss.....	1512	Dr. Bernd Buchholz, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus	
Unabhängigen Zugang zu präzisen Geoinformationen sicherstellen	1513	* * * *	
Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP Drucksache 19/500			
Digitalisierung in der Landwirtschaft unterstützen	1513		
Alternativantrag der Fraktion der SPD und der Abgeordneten des SSW Drucksache 19/542			
Heiner Rickers [CDU].....	1513		
Kirsten Eickhoff-Weber [SPD].....	1514		

Beginn: 10:04 Uhr

Präsident Klaus Schlie:

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 9. Tagung des Schleswig-Holsteinischen Landtags. Das Haus ist ordnungsgemäß einberufen und beschlussfähig.

Erkrankt sind die Kolleginnen und Kollegen Frau Dr. Marret Bohn, Frau Aminata Touré und Herr Stephan Holowaty. Wir wünschen ihnen gute Besserung.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich habe Ihnen eine Aufstellung der im Ältestenrat vereinbarten Redezeiten übermittelt. Der Ältestenrat hat sich verständigt, die Tagesordnung in der ausgedruckten Reihenfolge mit folgenden Maßgaben zu behandeln:

Zu den Tagesordnungspunkten 2, 3, 4, 6, 9 bis 11, 13, 16 und 33 ist eine Aussprache nicht geplant. Von der Tagesordnung abgesetzt werden sollen die Tagesordnungspunkte 8, 19 und 35.

Zur gemeinsamen Beratung vorgesehen sind die Tagesordnungspunkte 5 und 37, Gesetz über die Feststellung eines Haushaltsplanes für das Haushaltsjahr 2018, und 7 und 12, Gesetzentwürfe zur Änderung des Gesetzes über Sonn- und Feiertage.

Anträge zu einer Fragestunde oder zu einer Aktuellen Stunde liegen nicht vor.

Wann die einzelnen Tagesordnungspunkte voraussichtlich aufgerufen werden, ergibt sich aus der Ihnen vorliegenden Übersicht über die Reihenfolge der Beratung der 9. Tagung.

Wir werden heute und morgen jeweils unter Einschluss einer zweistündigen Mittagspause längstens bis 18 Uhr tagen. Am Freitag, so ist es mir eben gesagt worden, gibt es zu dem ursprünglich im Ältestenrat verabredeten Ablauf zwischen den Parlamentarischen Geschäftsführern eine weitere Einigung. Diese warten wir erst einmal ab. Wir werden das Ergebnis im Laufe des Tages kundtun. Ich gehe davon aus, dass Sie sich heute schon darauf einstellen können, wie der Ablauf am Freitag sein wird.

Meine Damen und Herren, der Ministerpräsident hat mir mitgeteilt, dass er Frau Ministerin Monika Heinold nach Artikel 33 Absatz 2 der Verfassung zu seiner Stellvertreterin bestellt hat. - Frau Ministerin Heinold, herzlichen Glückwunsch im Namen des gesamten Hauses!

(Beifall)

Das hat auch damit etwas zu tun, dass der bisherige stellvertretende Ministerpräsident wichtige Aufgaben auf Bundesebene übernommen hat. Auch dazu sage ich herzlichen Glückwunsch. - Viel Glück bei dieser Aufgabe!

(Beifall)

Meine Damen und Herren, begrüßen Sie gemeinsam mit mir auf der Besuchertribüne des Schleswig-Holsteinischen Landtags Schülerinnen und Schüler der Geschwister-Prenski-Gemeinschaftsschule in Lübeck sowie der Gemeinschaftsschule Neumünster Brachenfeld. - Herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Außerdem ist heute bei uns unsere ehemalige Kollegin und ehemalige Landtagsvizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese zu Gast. - Herzlich willkommen!

(Beifall)

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 5 und 37 auf:

Gemeinsame Beratung

a) Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes über die Feststellung eines Haushaltsplanes für das Haushaltsjahr 2018

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 19/360

b) Zweite Lesung des Entwurfs eines Haushaltsbegleitgesetzes 2018

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 19/361

c) Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Gewährung jährlicher Sonderzahlungen

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD
Drucksache 19/368 (neu)

d) Tierheime finanziell unterstützen

Antrag der Abgeordneten des SSW
Drucksache 19/355

Bericht und Beschlussempfehlung des Finanzausschusses

Drucksache 19/489

Änderungsantrag der Fraktion der SPD

Drucksache 19/526

(Präsident Klaus Schlie)

Änderungsantrag der Fraktion der AfD
Drucksache 19/527

Änderungsantrag der Abgeordneten des SSW
Drucksache 19/528

Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP
Drucksache 19/529

Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 19/537

Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP
Drucksache 19/550

**e) Finanzplan des Landes Schleswig-Holstein 2017 bis 2021
Finanzplanfortschreibung 2022 bis 2027
Bericht der Landesregierung zum Abbau des strukturellen Defizits gemäß Artikel 67 der Landesverfassung**

Bericht der Landesregierung
Drucksache 19/483

Ich sehe, das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht. - Ich erteile zunächst das Wort dem Berichterstatter des Finanzausschusses, Herrn Abgeordneten Thomas Rother.

Thomas Rother [SPD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Gäste! Zuerst einmal von dieser Stelle aus einen wunderschönen guten Morgen. Die Haushaltsdebatte hat für dieses Jahr einige Monate später begonnen als üblich, und zwar ausnahmsweise nach Beginn des neuen Haushaltsjahres, das ja das Kalenderjahr ist. Erst mit der Verabschiedung des Landeshaushalts 2018 endet in Schleswig-Holstein die vorläufige Haushaltsführung, und ganz neue Investitionen können getätigt werden. Die Beratungen im Finanzausschuss gingen zügig und wirklich kollegial vonstatten.

Der Regierungswechsel im letzten Jahr und die anhaltend gute Haushaltslage haben sich folgegemaß auf den Etatentwurf ausgewirkt. Gegenüber dem Entwurf der Landesregierung erhöht sich die Investitionsquote nach den Finanzausschussberatungen von 9 % auf 9,8 %. Die Ausgaben liegen bereits im Plan unterhalb der Einnahmen, sodass statt einer Nettokreditaufnahme eine Schuldentilgung von 160 Millionen € vorgesehen ist.

Meine Damen und Herren, die derzeitige Haushaltslage sorgt in der Tat für spürbare Erleichterung bei allen Beteiligten, aber sie entbindet das Land nicht von seiner Verpflichtung, alle Aufgaben zu überprüfen. Der Landtag hat erst im vergangenen Jahr, am 13. Dezember, zu den Bemerkungen des Landesrechnungshofs einstimmig in der Beschlussempfehlung der Finanzausschusses festgestellt, ich zitiere:

„Der Finanzausschuss ... ist ebenfalls der Auffassung, dass der Abbau der Schulden und des Sanierungsstaus sowie die HSH Nordbank die Landesregierung vor große Herausforderungen stellen werden. Um diese zu bewältigen, wird es nicht ausreichen, lediglich auf steigende Einnahmen und niedrige Zinsen zu setzen. Um eine erneute, angespannte Haushaltslage zu verhindern, bedarf es einer disziplinierten Haushaltsplanung und -ausführung. Um den Sanierungsstau im Bereich der Infrastruktur zu verringern, sollte die Landesregierung die Mittel der Sondervermögen zügig investieren ...

Schleswig-Holstein hält die Vorgaben der Schuldenbremse gegenwärtig ein. Das Land hat sein strukturelles Defizit fast vollständig abgebaut und das Sanierungsverfahren erfolgreich abgeschlossen. Unterstützt wurde dieser Prozess insbesondere durch hohe Einnahmen und niedrige Zinsen. Um ab 2020 strukturelle Schuldenaufnahmen zu vermeiden, muss das Land alle Ausgaben auf ihre Notwendigkeit überprüfen.“

Das gilt natürlich auch für alle Aufgaben. - So lautet unser Landtagsbeschluss.

Für die Haushaltsberatungen hat es sich auch diesmal bewährt, dass die Ministerien die Fragen der Fraktionen nach Einzelplänen gebündelt beantwortet haben.

Darüber hinausgehende Nachfragen konnten der Finanzausschuss und die betroffenen Fachausschüsse im Gespräch mit den Ministerinnen und Ministern, Staatssekretärinnen und Staatssekretären in den Einzelplanberatungen klären, politisch diskutieren und natürlich auch politisch bewerten. Zum Haushaltsentwurf gab es - Sie haben es feststellen müssen - eine sehr umfangreiche Nachschiebeliste, mit der unter anderem die Verständigung zwischen der Landesregierung und den Kommunen, insbesondere über die Ansätze im Kita-Bereich, aber auch zu anderen Punkten, berücksichtigt werden konnte.

(Thomas Rother)

Ich bedanke mich als Vorsitzender des Finanzausschusses herzlich bei allen Beteiligten: bei Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen im Finanzausschuss und in den Fachausschüssen, für die konzentriert und sachorientiert durchgeführten Beratungen und für das kollegiale Miteinander; bei den Ministerinnen und Ministern, die die Einzelpläne präsentiert haben, und vor allem bei den Staatssekretären, die das ihren Ministern manchmal abgenommen haben. Es war sehr interessant, in dieser ersten Runde dann auch miterleben zu können, wie unterschiedlich das Engagement im Haushaltsplan von Ressort zu Ressort ausfällt.

(Zuruf: In der Tat!)

Vielen Dank Ihnen, Frau Finanzministerin, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Ministerien, insbesondere natürlich im Finanzministerium, für ihre besonderen Anstrengungen zur Beantwortung der Fragen aus den Fraktionen.

(Beifall)

Ferner bedanke ich mich bei Ihnen, Frau Dr. Schäfer, für die kritische Begleitung und die Vorschläge des Landesrechnungshofs sowie bei der Landtagsverwaltung für die Begleitung des gesamten Prozesses, vor allem bei den Protokollantinnen und Protokollanten, die das alles dokumentiert haben. Ein besonderer Dank gilt unserem Ausschussgeschäftsführer Ole Schmidt, der bei all dem immer den Überblick und die Nerven behalten hat.

(Beifall)

Am letzten Donnerstag hat der Finanzausschuss über den Landeshaushalt 2018, die Nachschiebeliste und die Änderungsanträge der Fraktionen abgestimmt, eine Woche zuvor über den SPD-Gesetzesentwurf zur Wiedereinführung der vollen Sonderzahlung an die Beamtinnen und Beamten und den SSW-Antrag zur Förderung von Tierheimen.

Mit Mehrheit wurden die Änderungsanträge der Opposition sowie der Gesetzesentwurf der SPD im Ergebnis abgelehnt, die Änderungsanträge der Koalition und die Nachschiebeliste angenommen.

Der Antrag des SSW wurde auf Vorschlag des Antragstellers für erledigt erklärt.

Mit den Stimmen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW gegen die Stimmen von SPD und AfD wurden das Haushaltsgesetz, der Haushaltsplan und das Haushaltsbegleitgesetz in geänderter Fassung zur Annahme empfohlen.

Daher bitte ich Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, im Namen der Mehrheit des Finanzausschusses,

das Haushaltsgesetz, das Haushaltsbegleitgesetz und den Plan des Landeshaushalts für das Jahr 2018 in der Fassung der Ihnen mit Drucksache 19/489 vorliegenden Beschlussempfehlung anzunehmen, den Gesetzesentwurf der SPD zur Änderung des Gesetzes über die Gewährung jährlicher Sonderzahlungen - das ist die Drucksache 19/368 (neu) - abzulehnen und den Antrag des SSW zu den Tierheimen, Drucksache 19/355, für erledigt zu erklären.

Lassen Sie mich abschließend, liebe Kolleginnen und Kollegen, noch auf eines hinweisen:

In den letzten Monaten beschäftigte den Finanzausschuss neben dem Haushalt das Thema HSH Nordbank AG in fast jeder Sitzung. Sie wissen, dass die damit verbundenen Verpflichtungen den Landeshaushalt in voraussichtlich Milliardenhöhe erreichen werden und dass die Bank aufgrund einer EU-Vorgabe bis Ende des Monats - das ist ja schon bald - verkauft werden soll.

Angesichts der Bedeutung dieses Vorgangs empfiehlt der Finanzausschuss eine Änderung des Haushaltsgesetzes dahin gehend, dass nicht nur der Ausschuss, sondern das gesamte Parlament - wie in der Freien und Hansestadt Hamburg - die Veräußerung der Landesanteile beraten und ihr dann wahrscheinlich auch zustimmen wird. Der Landtag wird sich folglich im März oder April 2018 mit dem Verkauf der Bank befassen.

Der Finanzausschuss lässt sich die Kriterien, den Vertrag und die Wirtschaftlichkeit eines Verkaufs gegenüber einer Abwicklung der Bank am 1. März 2018, in der kommenden Woche also, von der Landesregierung erläutern. Zu dieser Sitzung sind Sie alle, liebe Kolleginnen und Kollegen, ganz herzlich eingeladen; denn über die Veräußerung entscheiden nicht nur die Finanzausschussmitglieder, sondern - sofern der angeführte Änderungsantrag eine Mehrheit findet - Sie alle. - Vielen Dank.

(Beifall)

Präsident Klaus Schlie:

Vielen Dank, Herr Berichterstatter.

Gibt es Wortmeldungen zum Bericht? - Das ist nicht der Fall.

Wir werden dann in der Debatte folgendermaßen verfahren: zuerst die Fraktionsvorsitzenden in der Reihenfolge der Stärke, danach der Herr Ministerpräsident, dann der Herr Oppositionsführer, wenn gewollt, und danach dann gegebenenfalls die Fraktionsvorsitzenden in der Reihenfolge der Stärke der

(Präsident Klaus Schlie)

Fraktionen, dann die finanzpolitischen Sprecherinnen und Sprecher in der Reihenfolge der Stärke der Fraktionen. Danach werden wir dann - möglicherweise auch noch nach Kurzbeiträgen - in die Abstimmung eintreten können.

Frau Abgeordnete von Kalben zur Geschäftsordnung bitte.

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ich wollte zumindest für unsere Fraktion - so habe ich auch die anderen Fraktionen verstanden - nur kundtun, dass in der ersten Runde die finanzpolitischen Sprecher der Fraktionen und nach dem Herrn Ministerpräsidenten die Fraktionsvorsitzenden sprechen.

Präsident Klaus Schlie:

Dann werden wir natürlich so verfahren. Das ist sicherlich nach alter Tradition so aufgenommen worden. Aber das ist überhaupt kein Problem; wir werden es so machen, selbstverständlich, Frau von Kalben. - Ich sehe eine allgemeine Zustimmung im Haus; das ist offensichtlich so verabredet. - Vielen Dank.

Dann eröffne ich die Aussprache. Somit hat jetzt der finanzpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, der Abgeordnete Ole Plambeck, das Wort.

Ole-Christopher Plambeck [CDU]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst vielen Dank dafür, dass zunächst die finanzpolitischen Sprecher das Wort haben, wir uns also darüber einig sind, dass wir die Beratungen wie verabredet werden vollziehen können.

Meine Damen und Herren, wenn wir heute einen Haushalt mit mehr als 12,1 Milliarden € im Bereich der Einnahmen beraten, hat es das in diesem Haus noch nicht gegeben und ist etwas Besonderes. Deswegen gilt es zunächst, einen großen Dank an die Unternehmerinnen und Unternehmer, an die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und an alle anderen Steuerpflichtigen auszusprechen, die uns mit ihren Steuern die Mittel zur Verfügung stellen, damit wir dieses Land überhaupt gestalten und für die Zukunft gut aufstellen können.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD)

Jeder Einzelne von uns muss sich immer wieder in Erinnerung rufen, dass es nicht unser Geld ist, son-

dern Geld, das uns anvertraut wurde, um damit zu gestalten.

(Beifall CDU, FDP und AfD)

Wir alle in diesem Hohen Haus haben eine große Verantwortung. Von uns wird zu Recht erwartet, dass wir diese Verantwortung ernst nehmen und uns mit aller Kraft und Dynamik für die Zukunft Schleswig-Holsteins einsetzen, und zwar mit den richtigen Akzenten im Haushalt 2018.

Die Landesregierung hat bereits durch ihre Nachschiebeliste weitere sehr gute Schwerpunkte gesetzt. Ich bin unserem Ministerpräsidenten Daniel Günther, aber auch unserem Sozialminister Dr. Heiner Garg und vor allem auch unserer Finanzministerin Monika Heinold sehr dankbar, dass es der Landesregierung gelungen ist, mit den kommunalen Landesverbänden ein Kommunalpaket zu schnüren, das es in diesem Land so noch nicht gegeben hat.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Mehr als 270 Millionen € bekommen die Kommunen in den nächsten drei Jahren. Ab 2021 wird ein geändertes Finanzausgleichsgesetz in Kraft treten, welches die Finanzierung nach dem tatsächlichen Bedarf regeln wird.

In der Nachschiebeliste hat die Landesregierung bereits über 70 Millionen € für 2018 bereitgestellt. Dies betrifft vor allem die Finanzierung der allgemeinen Infrastrukturmaßnahmen, wie gemeindliche Straßen, Kindertagesstätten, Sportstättenanierung, Schulbau, aber auch die kommunalen Gleichstellungsbeauftragten.

34 Millionen € davon fließen zusätzlich in den Kita-Bereich. Wir steigern erheblich den Landesanteil zur Finanzierung der Kinderbetreuung. Das ist eine echte Entlastung für die kommunalen Haushalte und trägt dazu bei, dass die Elternbeiträge in den Kitas stabil bleiben können, bis wir mit unserer Neuordnung die Kita-Finanzierung auch langfristig nachvollziehbar und vor allem transparent gestaltet haben werden.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Das ist echte und systematische Förderung der Kommunen. Anders als die SPD, die einfach pauschal Mittel ins System kippen will, setzen wir uns inhaltlich mit den Themen auseinander und schaffen nachhaltige Lösungen.

(Ole-Christopher Plambeck)

Meine Damen und Herren, die CDU ist die Kommunalpartei. Ich freue mich, dass wir uns gemeinsam, liebe Grüne, liebe FDP, für die kommunale Familie einsetzen.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Ein Thema, das Land und Kommunen gleichermaßen bewegt und auch in Zukunft bewegen wird, ist die Digitalisierung. Während die SPD in der Digitalisierung und der Schulung unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter offenbar nur eine Gegenfinanzierung für ihre Luftbuchung sieht, werden wir unserer Verantwortung gerecht. Mit der Nachschiebeliste fließt eine weitere Million in den Ausbau der Breitbandversorgung in den ländlichen Raum. Wir treiben auch den Lückenschluss im Glasfaserausbau voran; denn für uns als Jamaika-Koalition ist klar: Der Aufrechterhaltung von Kupferkabeln werden wir eine klare Absage erteilen.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Zusätzlich kommen 6,6 Millionen € über die Nachschiebeliste in die digitale Infrastruktur. Perspektivisch werden wir über 50 Millionen € für die Digitalisierung bereitstellen. Wir investieren in unser Land und schaffen eine Investitionsquote von knapp 10 %. Wir investieren über 1 Milliarde € in die Infrastruktur. Ich sage es noch einmal deutlich: 10 %. Eine solche Investitionsquote hatten wir zum letzten Mal vor sieben Jahren, und kaum gibt es eine schwarz-gelb-grüne Regierung, schaffen wir diese 10 % und bauen nach und nach den Sanierungsstau ab,

(Starker Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

einen Sanierungsstau, der immerhin über 5 Milliarden € beträgt. Das ist eine große Herausforderung, und ich bin froh, dass wir an der FH Kiel einen weiteren Studiengang Ingenieurwesen einführen, um weitere Planer auszubilden, damit wir dem Herr werden und dem etwas entgegenstellen.

Meine Damen und Herren, wir haben derzeit finanziell sehr gute Zeiten. Hohe Steuereinnahmen und niedrige Zinsen führen zu vielen politischen Gestaltungsmöglichkeiten. Wir wollen aber nicht nur unsere eigenen politischen Gestaltungsmöglichkeiten wahrnehmen, sondern werden unseren Kindern und Kindeskindern ebenfalls die Möglichkeit geben, in Zukunft selbst politisch gestalten zu können. Darum haben wir eine planmäßige Schuldentilgung von über 160 Millionen € vorgesehen. Mit der

Schuldenübernahme für das UKSH für weitere 40 Millionen € leisten wir sogar insgesamt 200 Millionen € aus dem Landeshaushalt, so viel, wie keine andere Landesregierung vor uns eingeplant hat. Auch das ist eine Investition in die Zukunft; denn wir wissen alle: Mit dem Verkauf der HSH Nordbank werden wir eine weitere Schuldenlast in Milliardenhöhe zu tragen haben, und da heißt es, vorbereitet zu sein.

Außerdem kann es durchaus auch einmal schlechtere Zeiten geben. Da ist es richtig, dass wir mit dem Haushaltsbegleitgesetz die Verwendung von Haushaltsüberschüssen, die wir derzeit haben, dahin gehend ändern, dass Überschüsse künftig nicht nur in das Sondervermögen IMPULS oder in die Schuldentilgung fließen, sondern künftig auch in das Sondervermögen MOIN.SH für die Schieneninfrastruktur und vor allem in den Versorgungsfonds des Landes. Wir sichern Mittel, die wir jetzt zur Verfügung haben, für notwendige Investitionen in der Zukunft und betreiben gleichzeitig Vorsorge für die Pensionsverpflichtungen des Landes; denn ab 2020 gilt die Schuldenbremse, und wir müssen jeden konjunkturellen Überschuss in die Tilgung stecken.

Meine Damen und Herren, es gibt einen Bereich, den wir alle sehr schätzen, der aber oftmals hinten herunterfällt, wenn es finanziell wieder etwas schlechter aussieht. Es ist wichtig, dass wir Identität bewahren. Identität wird über Heimat, über Geschichte, über unsere Kultur definiert, über das, was unsere Kultur beeinflusst. Das geschieht über die Menschen, die hier im Land leben, die von außen zu uns kommen, aber auch die, die über viele Generationen schon hier leben. Sie entwickeln unser Land gemeinsam kulturell positiv weiter.

Sehr geehrter Herr Präsident, Sie erlauben ein Zitat:

„Kultur ist nicht alles, aber ohne Kultur ist alles nichts.“

Die Kulturförderung im Land werden wir weiter stärken. Im Bereich der Förderung der Heimatpflege, Gedenkstätten, Musikförderung, internationalen Kulturmaßnahmen, Museen und des kulturellen Erbes hat die Nachschiebeliste zusätzlich 900.000 € vorgesehen.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Weitere 550.000 € gibt es für das kulturelle Erbe aus dem Sondervermögen IMPULS.

Meine Damen und Herren, ein Beispiel: Seit 1951 gibt es die Eutiner Festspiele. Seitdem hat die Freilichtoper über 45 Werke von Barock bis ins

(Ole-Christopher Plambeck)

20. Jahrhundert aufgeführt - eine wichtige kulturelle Institution, die wir in diesem Jahr mit 125.000 € unterstützen werden.

(Beifall CDU)

Kulturelle Oasen wie diese müssen wir weiter unterstützen.

Meine Damen und Herren, ein weiteres wichtiges Thema - und das ist ein Thema, das unsere Sportpolitikerin Barbara Ostmeier vorangetrieben hat - ist die Sportpolitik im Land. Schleswig-Holstein ist ein Sportland. Wir werden eine landesweite und kreisübergreifende Sportentwicklungsplanung auf den Weg bringen.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Denn Sport hält uns alle fit, fördert die Integration und hält die Gesellschaft zusammen. Wir werden das Sportangebot, das Sportverhalten und die Sportinfrastruktur genau untersuchen und daraus einen „Masterplan Sportland Schleswig-Holstein“ entwickeln. Dafür haben wir 80.000 € für 2018 und insgesamt Verpflichtungsermächtigungen für 400.000 € bereitgestellt.

Mit der Förderung des außerschulischen Sports werden wir weitere 150.000 € bereitstellen, damit entsprechende Sportveranstaltungen umgesetzt werden können.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich bin der Landesregierung dankbar, dass sie in ihrer Nachschiebeliste 7,5 Millionen € bereitgestellt hat, um Sportstätten zu sanieren - und das ist richtig gut.

Wichtig ist für uns als CDU - und das ist etwas, was wir in dieser Woche noch beschließen werden -, dass der Sport nicht besteuert wird. Wir werden am Freitag beschließen, dass eine Kommune keine Steuer auf das Halten von Pferden erheben darf, um den eigenen Haushalt zu sanieren; denn das ist typische SPD-Politik. Die Menschen in diesem Land bescheren uns historische Steuereinnahmen, von denen Land und Kommunen gleichermaßen profitieren, und die SPD bekommt einfach den Hals nicht voll

(Zuruf CDU: Jawohl!)

und möchte die Menschen auf kommunaler Ebene mit einer Pferdsteuer belasten.

(Beifall CDU, FDP und SSW)

Meine Damen und Herren, wir, die Jamaika-Koalition, stehen für eine solide Finanzpolitik. Wir sind uns der Verantwortung gegenüber unseren Kommunen bewusst. Ich habe es vorhin dargelegt. Das Kommunalpaket beweist es. Wir sorgen dafür, dass die Kommunen langfristig nicht darauf zurückgreifen müssen, irgendwelche Steuern zu erfinden.

(Martin Habersaat [SPD]: Grote als Bürgermeister!)

Meine Damen und Herren! - Ja, ich rede erst einmal. -

(Heiterkeit - Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Für uns als CDU ist die innere Sicherheit sehr wichtig, Herr Habersaat. Daher kümmern wir uns um das Thema Einbruch. Gerade auch in Ihrem Wahlkreis ist das ein wichtiges Thema.

(Zuruf CDU: Allerdings! - Zurufe CDU, SPD und FDP)

Gerade bei älteren Menschen ist das Thema Einbruch - da bin ich auch nicht zu Späßen aufgelegt - wirklich wichtig. Ich weiß nicht, ob Sie es einmal erlebt haben, dass bei Ihnen eingebrochen wurde. Dieses Gefühl, dass Schränke, dass Wäsche durchwühlt wurden, ist schrecklich. Es ist nicht nur der materielle Schaden, es ist vor allem auch der ideelle Schaden, der einen viele Jahre lang belasten kann. Da ist es richtig, dass wir den Haushaltsansatz für Zuschüsse für Investitionen im Rahmen des Landesprogramms „Einbruchschutz“ verdoppeln. In der Nachschiebeliste hat die Landesregierung eine weitere halbe Million für den Aufgabenbereich Fahndung, Ermittlung, Einsatz bei der Polizei bereitgestellt. Zudem gibt es weitere Dienstfahrzeuge zur Stärkung der Einsatzhundertschaft in Eutin.

Das sind einige von vielen Maßnahmen, mit denen wir dank unserer Tatkraft, dank der Tatkraft unseres Innenministers Hans-Joachim Grote das Land sicherer machen werden.

(Beifall CDU und SSW)

Sicherheit bedeutet aber auch gute Beratung, und zwar in vielerlei Hinsicht, ob Beratung für Menschen mit Behinderung, im Bereich der Versicherung oder Energie. Eine kompetente und vor allem auch unabhängige Beratung für die Menschen in diesem Land leistet die Verbraucherzentrale, die wir im Jahr 2018 zusätzlich mit 200.000 € unterstützen werden.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

(Ole-Christopher Plambeck)

Auch die Volkshochschulen werden in der Nachschiebeliste mit 100.000 € sowie die Servicestelle Digitalisierung mit weiteren 152.000 € berücksichtigt.

Meine Damen und Herren, wer wie manche Populisten den Klimawandel abstreitet, hat sich in dem letzten Jahr wohl kaum draußen aufgehalten. Wir hatten ein sehr nasses Jahr. Es ist sehr wahrscheinlich, dass es immer wieder solche nassen Jahre mit viel Niederschlag geben wird. Da sehen wir uns auch als Land in der Pflicht, mehr in den Schutz zu investieren und die Wasser- und Bodenverbände zu unterstützen. Insbesondere unser Kollege Heiner Rickers hat sich erheblich dafür eingesetzt.

(Beifall CDU)

Wir werden für das Pilotvorhaben „Wasserstandsmanagement im Meggerkoog“ 350.000 € mehr zur Verfügung stellen als ursprünglich vorgesehen und die Zuweisung an den Landesverband der Wasser- und Bodenverbände für schonende Gewässerunterhaltung um 700.000 € erhöhen; denn die nassen Felder machen unserer Landwirtschaft erheblich zu schaffen.

Was der Landwirtschaft allerdings auch zu schaffen macht, ist, wenn sie kommt, die Afrikanische Schweinepest. Da ist es richtig, dass wir im Zuge des Haushaltsbegleitgesetzes das Landesjagdgesetz ändern, um die Jagd auf Wildschweine zu erleichtern. Die Landwirte erhalten einen Ersatz für Wildschaden, der durch die Bejagung auf Maisflächen entstanden ist. Die Jäger haben hier eine besondere Bedeutung, und die Jäger brauchen auch Übungsmöglichkeiten. Daher stellen wir zusätzlich 100.000 € für die Sanierung der Schießstände bereit, damit diese in einem guten Zustand erhalten bleiben beziehungsweise in einen guten Zustand versetzt werden können.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP - Zuruf CDU: Bravo!)

Sie sehen also, wir investieren in Kultur, in Bildung in die Infrastruktur, in die innere Sicherheit, in den Verbraucherschutz und in die Gewässerunterhaltung. Wir investieren in die Zukunft des Landes.

(Zuruf CDU: Genau!)

Wichtig ist aber, dass wir auch Schulden zurückzahlen; denn eines dürfen wir bei der guten finanziellen Lage nicht vergessen: Schleswig-Holstein ist nach wie vor Konsolidierungsland und bekommt Solidarmittel. Daher sind für uns die Anträge der SPD-Fraktion absolut inakzeptabel und auch nicht nachvollziehbar. Sie erhöhen erst einmal pauschal

den Mittelansatz für „Einnahmen aus Gebühren und Geldbußen“ um 2,5 Millionen €. Ursprünglich hatten Sie auch geplant, die „Förderabgabe für Erdöl“ um 7,5 Millionen € zu erhöhen. Ich habe gerade noch einen Antrag von Ihnen gesehen, von dem ich nicht weiß, ob das nun enthalten ist. Unterm Strich kommen Sie jedoch auf das gleiche Ergebnis. Vielleicht sollten Sie da noch einmal nachrechnen. Auf jeden Fall kommt dort nicht viel beim Land an.

Sie verplanen also Geld, bei dem gar nicht seriös die Höhe abzuschätzen ist beziehungsweise ob es zusätzlich kommt. Das ist keine seriöse Haushaltspolitik, liebe SPD.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Sie wollen lieber Ihr Lieblingsprojekt Weihnachtsgeld unbedingt durchdrücken, haben bisher aber keine seriöse Gegenfinanzierung vorgelegt. Das bedeutet, wenn die Konjunktur wieder heruntergeht, sind Sie die Ersten, die diese Sonderzahlung wieder streichen müssen. Wollen Sie das den Landesbediensteten wirklich antun? - Dann haben wir jedes Jahr diese Diskussion.

Wir schaffen mehr Stellen für Lehrkräfte, für Polizei, für Justiz, und Sie streichen die Mittel um 48,2 Millionen €, aus denen die Tarifierhöhungen für diese Menschen bezahlt werden sollen. Wie gehen Sie denn mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Landes um? - Sie streichen hier etwas zusammen und erhöhen im Gegenzug den Bedarf für genau diese Position, die Sie eigentlich haben wollen. Das ist nicht ernst zu nehmen, das muss ich ehrlich sagen.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Mit der Erhöhung der Erschwerniszulage für Polizei und Justizvollzug, die Anpassung der Außendienstzulage und der Wiedereinführung der Jubiläumzulage haben wir bereits eine Reihe von Maßnahmen eingesetzt, die die Anerkennung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landes zum Ausdruck bringen. In einem weiteren Schritt werden wir die Gehalts- und Besoldungsstruktur überarbeiten und nehmen uns Zeit für ein Personalentwicklungsprogramm, um nachhaltig den öffentlichen Dienst attraktiv und vor allem wettbewerbsfähig zu machen. Natürlich ist es wünschenswert, dass das Weihnachtsgeld kommt. Es ist wirklich wünschenswert, aber es muss seriös und auf Dauer gegenfinanziert sein. Das ist ganz, ganz wichtig; denn ansonsten schenken Sie den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen keinen reinen Wein ein.

(Ole-Christopher Plambeck)

Aber ich muss hier auch noch etwas loswerden: Mir kommt es immer so vor, als wenn man das Land als Arbeitgeber schlechtredet. Schleswig-Holstein ist wirklich ein richtig geiler Arbeitgeber.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und Lars Harms [SSW])

Es gibt Fortbildungsmöglichkeiten. Das Fortbildungskonzept im Bereich der Digitalisierung, das Sie, liebe SPD, in Ihrem Haushaltsantrag halbieren wollen, wird im ersten Quartal vorgestellt. Es gibt weiter die Möglichkeit des Homeoffice, die weiter ausgebaut werden soll, sowie flexible Arbeitszeiten. Die Reduzierung genauso wie die Aufstockung der Arbeitszeit ist möglich. Ganz ehrlich, die Themenvielfalt, die dieses Land zu bieten hat, ist super spannend. Es gibt kaum einen Beruf, der nicht hier im Land Schleswig-Holstein vertreten ist. Deswegen auch mein Appell nach draußen: Bewerbt euch beim Land Schleswig-Holstein!

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP - Zuruf CDU: Sehr gut!)

Da Ihnen, liebe SPD, auch keine weitere Gegenfinanzierung einfällt, streichen Sie die Mittel für MOIN.SH um 32 Millionen €. Damit belegen Sie eindeutig: Sie interessieren sich kein bisschen für die zukünftige Finanzierung der Schieneninfrastruktur in diesem Land. Die Planungskosten für Infrastrukturmaßnahmen werden pauschal um 4,6 Millionen € gekürzt. Wir brauchen doch externe Planer, um die Planungen weiterentwickeln zu können. Warum streichen Sie diese Positionen? - Ich weiß, warum. Sie haben kein Interesse daran, Baureife in diesem Land überhaupt zuzulassen.

(Beifall CDU und FDP)

Der Beweis dafür sind Ihre niedrige Investitionsquote und der mangelnde Wille Ihres damaligen SPD-Wirtschaftsministers. Alleine Bernd Buchholz hat in den ersten acht Monaten mehr geschafft als Herr Meyer in den letzten fünf Jahren.

(Anhaltender Beifall CDU und FDP)

Das ist wieder typische SPD-Haushaltspolitik: Möglichst wenig investieren, möglichst viel konsumieren - und das mit Geld, das noch gar nicht da ist.

Bei den Haushaltsanträgen der AfD wird klar: Einen echten Willen, dieses Land zu gestalten, gibt es gar nicht. Alle Themen, die mit Integration und Flüchtlingshilfe zu tun haben, werden erst einmal pauschal gekürzt. Einzig beim Rückführungsmanagement erhöhen Sie die Mittel. Das ist sehr, sehr

entlarvend. Sie wollen die Spaltung der Gesellschaft weiter vorantreiben, und ein Gestaltungswille ist nicht da. Das ist wirklich: Setzen - Sechs, liebe AfD.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Meine Damen und Herren, der erste Jamaika-Haushalt ist zukunftsweisend und generationengerecht. Ich wünsche der Landesregierung viel Erfolg bei der Umsetzung und bin auch überzeugt, dass das gelingen wird.

Ich möchte mich bedanken, vor allem bei meiner Fraktion, aber auch bei der FDP und den Grünen, allen voran bei Annabell Krämer, bei Rasmus Andresen und Lasse Petersdotter für die wirklich sehr vertrauensvolle Zusammenarbeit, die wir in den letzten Monaten hatten. Natürlich möchte ich auch Monika Heinold, Silke Schneider, Philipp Nimmermann und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die sehr gute und hervorragende Vorbereitung der Haushaltsberatungen meinen Dank aussprechen.

Bedanken möchte ich mich auch beim SSW, der im Gegensatz zu anderen Fraktionen

(Beifall CDU und FDP)

sehr gute Oppositionsarbeit macht. Dass wir jetzt Tierheime finanziell unterstützen, ist unter anderem auch Ihr Verdienst.

Meine Damen und Herren, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und CDU gestalten Zukunft. Ich bitte um Zustimmung zu diesem Haushalt. - Vielen Dank.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und Lars Harms [SSW])

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die SPD-Fraktion hat die Abgeordnete Beate Raudies.

Beate Raudies [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zunächst möchte ich mich dem Dank des Finanzausschussvorsitzenden an die Ministerien und an die Landtagsverwaltung für die gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit in den Haushaltsberatungen anschließen. Angesichts der Kürze der Zeit, die uns dieses Mal zur Verfügung stand, war es nicht selbstverständlich, dass alle Fragen so schnell und

(Beate Raudies)

kompetent beantwortet werden konnten. Hierfür vielen herzlichen Dank.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, neun Monate nach der Landtagswahl legt Jamaika nun den ersten Haushalt vor. Besser spät als nie - das haben wir auch schon einmal diskutiert. Mir stellt sich tatsächlich die Frage, warum es denn so lange gedauert hat. Denn in großen Teilen ist das, was Sie uns präsentieren, eine Fortsetzung der Politik der Küstenkoalition. Da beißt die Maus keinen Faden ab.

(Beifall SPD und SSW - Unruhe)

Welche neuen Impulse für Schleswig-Holstein gehen denn von Ihrem Haushalt aus, meine Damen und Herren von der Koalition?

(Zuruf Lukas Kilian [CDU])

Angesichts der sprudelnden Steuereinnahmen ist der Haushaltsentwurf der Koalition ein politisches Armutszeugnis.

(Zurufe CDU: Oh!)

- Ja, Sie geben - -

(Unruhe CDU und FDP - Werner Kalinka [CDU]: Also, eines geht ja nur!)

- Meine Güte, ich fange doch gerade erst an! Lassen Sie mir doch einmal etwas Zeit!

(Beifall SPD - Anhaltende Unruhe CDU und FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort hat die Abgeordnete Raudies.

Beate Raudies [SPD]:

Danke, Herr Präsident. - Der Kollege Plambeck hat sehr eindrücklich ausgeführt, dass Sie das Geld mit vollen Händen ausgeben. Wir sagen nur: Sie geben es verkehrt aus. Das ist unser Punkt.

(Beifall SPD)

Herr Plambeck, Respekt und Gratulation zu Ihrer Rede. Ich habe zwischendurch allerdings gedacht, ich sei beim falschen Tagesordnungspunkt: Kommunalfinanzen hatten wir in der letzten Tagung, und wir bekommen das Thema in der nächsten Tagung noch einmal. Das wäre der richtige Punkt gewesen.

(Zuruf Tobias Koch [CDU])

- Gut, dass Sie sich dafür loben. Wir werden uns gern beim Thema kommunaler Finanzausgleich darüber unterhalten, wer pauschal Geld austeiht und wer nicht. 15 Millionen € Mittel für Investitionen, die Sie jetzt den Kommunen zukommen lassen, werden pauschal verteilt. Da werden wir dann noch einmal gucken.

(Zuruf Christopher Vogt [FDP])

Ich komme zurück zum Haushalt. Die aktuellen Rahmenbedingungen bieten bei Weitem größeres Potenzial, um die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes zu entlasten. Der Haushaltsentwurf der Landesregierung inklusive Nachschiebeliste sieht bereinigte Einnahmen von 12,14 Milliarden € vor. Damit sind die bereinigten Einnahmen gegenüber dem letzten Haushalt der Küstenkoalition erneut gestiegen, nämlich um mehr als 800 Millionen €. Das ist eine Menge Geld, das Ihnen jetzt zur Verfügung steht.

Dass Jamaika für Projekte wie die Entlastung der Kita-Eltern oder das Weihnachtsgeld angeblich keine Mittel zur Verfügung stünden, ist angesichts dieser Einnahmesituation nichts weiter als ein Vorwand.

(Beifall SPD - Christopher Vogt [FDP]: Konjunkturelle Vorsicht!)

Für uns ist klar: Das Geld muss bei den Menschen ankommen.

Heute lese ich in der Zeitung, der Herr Sozialminister ermahne die Kommunen, die Kita-Beiträge stabil zu halten und die Eltern nicht zu belasten.

(Beifall Annabell Krämer [FDP])

Was für ein verzweifelter Versuch. Was soll das denn?

(Beifall Birte Pauls [SPD] - Zurufe FDP)

Der Ministerpräsident hat zuletzt auch schon appelliert,

(Christopher Vogt [FDP]: Ja, an die SPD!)

die Beiträge jetzt nicht zu erhöhen. Dann schließen Sie sich doch unserem Gesetzentwurf an und wagen den Einstieg in die Beitragsfreiheit! Das wäre ein Zukunftsprojekt für Schleswig-Holstein.

(Beifall SPD)

Weit bedenklicher, auch wenn Herr Plambeck versucht hat, es mit großen Worten zu übertünchen, finde ich, dass Sie diejenigen, die einen Großteil zu Ihrer erfolgreichen Ausgangsposition beigetragen haben, von der Teilhabe am Erfolg ausschließen.

(Beate Raudies)

Ich meine die mehr als 65.000 Beschäftigten des Landes Schleswig-Holstein. Lassen Sie mich drei Beispiele nennen.

Erstens. Jamaika darf die Verbesserung der Besoldung unserer Grundschullehrkräfte nicht mehr länger auf die lange Bank schieben.

(Zuruf CDU: Was für ein SPD-Thema!)

- Das war kein SPD-Thema, aber lesen Sie einmal die Reden der Kollegin Klahn aus der letzten Wahlperiode. Da hat sie noch etwas anderes erzählt. Wir wollen mit der Anhebung von A 12 auf A 13 ein klares Zeichen setzen.

(Zurufe CDU und FDP)

Zweitens. Beamtinnen und Beamte leisten täglich hervorragende Dienste für das Land und haben deshalb nicht nur warme Worte, sondern unsere Wertschätzung und Anerkennung verdient. Darum wollen wir den gewonnen Spielraum im Haushalt nutzen und die Kürzung bei Weihnachts- und Urlaubsgeld innerhalb der nächsten drei Jahre schrittweise zurücknehmen.

Drittens. Trotz der nachhaltig guten Haushaltslage kann sich Jamaika nicht entschließen, die Streichung von 150 Stellen für länger dienende Polizeibeamte Ende 2019 aus dem Haushalt herauszunehmen. Diese Stellen werden wir aber dringend brauchen, bis der akute Bedarf durch die erhöhten Absolventenzahlen der Polizeiausbildung gedeckt werden kann.

(Beifall SPD und Jette Waldinger-Thiering [SSW] - Zuruf Tobias Koch [CDU])

Zu meiner großen Freude habe ich in der Zeitung gelesen, dass Frau Heinold ankündigt, den Landesdienst attraktiver machen und dazu die Gehalts- und Besoldungsstruktur überprüfen zu wollen. - Gut so. Jamaika hört die Signale, das freut mich!

(Lachen CDU)

Aber warum soll das Konzept erst 2019 vorliegen?

(Christopher Vogt [FDP]: Weil es vorbereitet werden muss!)

- Weil es vorbereitet werden muss. Warum lehnen Sie denn dann unseren Gesetzentwurf zu den Sonderzahlungen im Finanzausschuss in Bausch und Bogen ohne ein Wort ab, anstatt zu dem Thema in eine breite Diskussion einzusteigen? Dem hätten wir uns nicht verweigert. Da liegt ein Gesetzentwurf auf dem Tisch. Sie haben positive Stellungnahmen der Beschäftigten und Gewerkschaften. Warum nehmen wir das nicht als gemeinsame Ba-

sis, um am öffentlichen Dienst in diesem Land zu arbeiten?

(Beifall SPD)

Eine Reform des öffentlichen Dienstes mit Veränderungen in der Besoldungs- und Tarifstruktur und beim Laufbahnrecht - da bin ich ganz bei Ihnen - erledigt man nicht einfach im Vorbeigehen.

(Zuruf CDU: Genau!)

Sie täten gut daran, sich für eine solche Reform breite Unterstützung zu suchen.

(Dennys Bornhöft [FDP]: Und Zeit!)

Meine Damen und Herren, Sie werfen uns Fahrlässigkeit vor und verweisen auf den Status Schleswig-Holsteins als Haushaltskonsolidierungsland. Das Erste aber, was wir von Jamaika in Sachen Personalausgaben gehört haben, war: Der Stellenbaupfad ist Geschichte. Da fragt es sich, ob das nicht eventuell auch fahrlässig war.

(Christopher Vogt [FDP]: Sollen wir das jetzt wieder ändern?)

- Ich will einfach nur die Widersprüche in Ihren Aussagen aufzeigen.

(Zuruf Werner Kalinka [CDU])

Die haushalterische Luft ist vorhanden, der Abstand zur Obergrenze beträgt noch 267 Millionen €. Warum Jamaika in Schleswig-Holstein im Gegensatz zu anderen Bundesländern und angesichts dieser Zahl noch immer keine Möglichkeit sieht, etwas wirklich Substanzielles für die Beschäftigten zu tun, ist völlig unverständlich. So wird Schleswig-Holstein den Kampf um die besten Nachwuchskräfte sicher nicht gewinnen.

(Beifall SPD - Zuruf Christopher Vogt [FDP])

Herr Plambeck, einmal muss ich noch auf Sie eingehen: Sie werfen uns vor, die Bediensteten zu täuschen und ihnen falsche Versprechungen zu machen.

(Zuruf CDU: Richtig!)

Es war aber nicht unser Ministerpräsident, der den Beamtinnen und Beamten Hoffnung gemacht hat. Die „Kieler Nachrichten“ haben den Ministerpräsidenten zitiert, er mache Hoffnung auf das Weihnachtsgeld. Da reden Sie drum herum, die Aussage steht aber in der Welt.

(Zuruf Christopher Vogt [FDP])

(Beate Raudies)

Mit unseren alternativen Haushaltsanträgen schaffen wir insbesondere in den Bereichen Bildung, Kommunen, Personal, Soziales und Kita Verbesserungen. Darüber hinaus wollen wir die neu gewonnenen Spielräume für die Bereiche kommunaler Wohnungsbau, Jugend und Minderheiten nutzen. Es ist schade, dass Ihnen zu unseren Anträgen nichts anderes einfällt als der Vorwurf, sie seien unsolid gefinanziert.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Sind sie auch!)

Darum noch einmal zum Mitschreiben: Wir haben diverse Einnahmen- und Ausgabentitel kritisch betrachtet und an die tatsächliche Erwartung angepasst, unter anderem die Ausgaben für die Digitalisierung und die Zinsausgaben - wie die Regierung es übrigens auch getan hat.

(Zuruf Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Außerdem verzichten wir auf die Zuführung zum Sondervermögen MOIN.SH in Höhe von 32 Millionen €, denn zurzeit ist nicht klar, für welche Projekte das Geld ausgegeben werden soll. So hat es zumindest die Finanzministerin im Finanzausschuss erklärt. Es gehe, so Frau Heinold, nur darum, das Geld im Sondervermögen aufzubewahren.

Weiterhin schichten wir globale Mehrausgaben für Personalkosten für tatsächliche Projekte um, nämlich für die Wiedereinführung des Weihnachtsgeldes und die Erhöhung der Besoldung der Grundschullehrkräfte auf A 13.

Herr Plambeck, da können Sie sich einmal bei Herrn Koch, Ihrem Fraktionsvorsitzenden und Vorgänger als finanzpolitischer Sprecher, erkundigen. Der erklärt Ihnen sicher gern, wie es geht. Er hat in den vergangenen Jahren sogar Rücklagenposten zur Gegenfinanzierung eingeplant, die nicht einmal mit Geld hinterlegt waren. Da fragt sich, wer etwas solide gegenfinanziert.

(Beifall SPD - Zuruf Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Nein, das war nicht solide. Unsere Ausgaben sind solide gegenfinanziert. Eka, guck in die Haushaltsvorlagen und in die Finanzplanung!

(Beifall SPD -Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

Es überrascht mich schon ein bisschen, wenn dem Kollegen Vogt in diesem Zusammenhang nur einfällt, vor einem Zinsanstieg zu warnen, wenn wir über zusätzliche Ausgaben reden.

(Zuruf Christopher Vogt [FDP])

- Herr Vogt, lesen Sie auch die Papiere, die Ihre Landesregierung vorlegt? - Im Bericht der Landesregierung zur Fortschreibung der Finanzplanung heißt es wörtlich:

„Die mittel- bis langfristige Planungssicherheit im Landeshaushalt hat sich aufgrund der Zinssicherungen wesentlich erhöht. Eine zu erwartende Erhöhung der Zinsen wird sich somit deutlich zeitverzögert beziehungsweise unterproportional in steigenden Zinsausgaben niederschlagen.“

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Hört! Hört! - Weitere Zurufe SPD und FDP)

Wir können gern noch einmal in den Protokollen aus der letzten Legislatur nachlesen, wer da was zu diesem Projekt gesagt hat.

(Zuruf Christopher Vogt [FDP])

Damit will ich das Zinsänderungsrisiko nicht kleinreden. Angesichts der zu erwartenden Belastungen aus dem Verkauf der HSH Nordbank und unserer Verschuldung bleiben die Zinsausgaben eines der bedeutendsten Risiken auf unserer Ausgabenseite.

(Christopher Vogt [FDP]: Was denn jetzt?)

Aber dann, Herr Koch - Herr Vogt - -

(Zuruf Lukas Kilian [CDU])

- Herr Vogt heißt Herr Koch, Herr Koch heißt Herr Vogt, ja.

(Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das habe ich nicht verstanden! - Weitere Zurufe)

Ich frage Sie, wieso Sie dann nicht mehr Geld in die Schuldentilgung stecken. Das haben Sie doch in der Hand. Im Gegenteil: Mit der Nachschiebeliste haben Sie die Tilgung sogar noch um 23 Millionen € reduziert.

(Tobias Koch [CDU]: Wenn wir 40 Millionen € für die HSH in die Hand nehmen, sind das netto plus 17 Millionen €!)

Aber was tut Jamaika? - Das Geld wandert in Sondervermögen, die mindestens zwei der Regierungsparteien vor der Wahl noch als überflüssig und hochgradig albern bezeichnet haben. Rund 850 Millionen € liegen dort, von denen in diesem Jahr nicht einmal die Hälfte ausgegeben werden kann. Sie loben sich für die historisch hohe Investitionsquote von fast 10 %. Angesichts der gestiegenen Einnahmen ist es aber keine Kunst, jetzt zu investieren. Herr Koch, Ihre Reden liefern immer wunderbare

(Beate Raudies)

Zitate. In einer Ihrer letzten Reden zitierten Sie den früheren Ministerpräsidenten Peter Harry Carstensen, der so schön gesagt habe: Das hätte meine Oma auch gekonnt! - Das gebe ich Ihnen hier gern einmal zurück: Das hätte meine Oma bei den Einnahmen auch gekonnt!

(Unruhe)

Außerdem hat Ihnen - auch wenn Sie das nicht gern hören - die Küstenkoalition hier ein gut bestelltes Feld hinterlassen. Zitat von Frau Heinold:

„Die konsequente Haushaltsdisziplin zahlt sich nun positiv aus ...“

Das hat Frau Heinold in einer Pressemitteilung im Januar 2018 erklärt. - Vielen Dank für dieses Lob, Frau Heinold! Es bestätigt im Nachhinein die Richtigkeit der rot-grün-blauen Haushaltspolitik. - Jetzt könnt ihr eigentlich mal klatschen.

(Vereinzelter Beifall SPD - Heiterkeit und Zurufe)

Die finanziellen Freiräume, die die Küstenkoalition in den letzten Jahren hart erarbeitet hat, stehen Ihnen nun zur Verfügung. Gehen Sie verantwortungsvoll mit diesem Erbe um! Unser Land ist zu wertvoll, als es für ein Prestigeobjekt zu opfern. Ihnen fehlt es nicht am Geld, sondern am politischen Gestaltungswillen. - Vielen Dank.

(Beifall SPD)

Präsident Klaus Schlie:

Meine Damen und Herren, begrüßen Sie mit mir auf der Tribüne des Schleswig-Holsteinischen Landtags den Geschäftsführer des Pferdesportverbandes Schleswig-Holstein, Herrn Matthias Karstens. - Herzlich willkommen, Herr Karstens!

(Beifall)

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Abgeordnete Rasmus Andresen das Wort.

Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Frau Raudies! Machen Sie sich als Sozialdemokratie im Landtag doch nicht so klein! Sie werfen der Jamaika-Koalition auf der einen Seite vor, die Politik der Küstenkoalition fortzusetzen, und sprechen im nächsten Absatz davon, dass das, was hier vorliegt, ein Armutszeugnis sei.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Wir haben ein besseres Abschlussurteil über das, was wir in der Küstenkoalition gemeinsam erreicht haben. Wir stehen nach wie vor dazu.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, FDP und SSW)

Wir halten es natürlich für richtig und sinnvoll, dass weite Teile der guten Finanzpolitik aus der letzten Wahlperiode jetzt in einer neuen Koalition fortgesetzt werden. Entscheidend ist - und das hat sich nicht geändert -, dass Monika Heinold Finanzministerin ist. Sie prägt diesen Landeshaushalt. Das hat sie in den letzten fünf Jahren getan, und das wird sie auch in dieser Wahlperiode weiter erfolgreich tun.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, FDP und SSW)

Für uns ist Haushaltspolitik Gesellschaftspolitik. Es geht darum, im Großen und Kleinen festzulegen, in welche Richtung sich Schleswig-Holstein entwickeln soll. Haushaltspolitik macht man nicht nur mit dem Taschenrechner, sondern um unsere Gesellschaft nachhaltig zu entwickeln. Wir Grüne sind überzeugt davon, dass es uns in der Koalition mit dem Landeshaushalt 2018 gelungen ist, unsere Gesellschaft in die richtige Richtung zu entwickeln.

Schleswig-Holstein wird ökologischer, weltoffener und gerechter. Das ist ein gutes Signal für alle Menschen bei uns im Land.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Unser größter Schwerpunkt in der Jamaika-Koalition ist die Bildungspolitik. Die Unterrichtsversorgung ist in unserem Land in den letzten Jahren deutlich besser geworden - das ist gut so -, allerdings ist sie noch nicht gut genug. Deshalb ist der wichtigste Haushaltsbeschluss am heutigen Tag, dass wir erheblich mehr Lehrerinnen- und Lehrerstellen schaffen. Statt 495 Stellen abzubauen, wie es die alte Personalplanung vorsah, schaffen wir 395 neue Stellen. Im Ergebnis sind dies 890 Lehrerinnen- und Lehrerstellen mehr als geplant. Das ist eine gute Nachricht für die Schülerinnen und Schüler, die besseren Unterricht bekommen werden, das ist aber vor allem auch eine gute Nachricht für die vielen Lehrkräfte im Land, die täglich unter enormen Belastungen und mit viel Stress große Lücken in unserem Bildungssystem durch persönlichen Einsatz kompensieren müssen.

(Rasmus Andresen)

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, FDP und SSW)

Anders als der Landesrechnungshof - Frau Schäfer, sehen Sie es mir nach - glauben wir, dass gute Bildung nur gelingen kann, wenn wir mehr Lehrerinnen- und Lehrerstellen schaffen und absehbar eine Unterrichtsversorgung von 100 % erreichen.

Der erfolgreiche Start ins Leben und für gute Bildung fängt aber deutlich vor der ersten Klasse an. Es ist deshalb richtig und wichtig, dass unsere Jamaika-Koalition bereits im ersten Jahr der Zusammenarbeit massiv in die Kitas investiert. 42 Millionen € mehr als 2017 investiert das Land für die Betriebskosten im Kita-Bereich. Dies gilt sowohl für den größeren Bedarf an Ü-3- und U-3-Plätzen als auch für bessere Betreuungsqualität, beispielsweise durch die zweite Kraft am Nachmittag. Hinzu kommen weitere Millionen für Sprachförderung, Inklusion und ein Ausbau der Familienzentren. Das ist erst der Anfang. In dieser Wahlperiode wird der Kita-Bereich insgesamt um mehrere 100 Millionen € im Vergleich zu 2017 gestärkt. Hier setzt Jamaika einen richtigen Schwerpunkt.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Neben den Ausgaben für Lehrerinnen- und Lehrerstellen investieren wir aber auch in Schulgebäude. Schimmelige Klassenzimmer und rüdicke Schultoiletten gehören in vielen Schulen in Schleswig-Holstein leider zum Alltag. Der Sanierungsbedarf in unseren Schulen ist so groß, dass viele Kommunen hier nicht allein handeln können. Deshalb stellen wir Fördermittel zur Verfügung, und zwar mit Erfolg.

Ich war Freitag zu Gast an der Fridtjof-Nansen-Schule in Flensburg. Dort gab es - wie an sehr vielen Schulen im Land - ziemlich rüdicke und eklige Schultoiletten. Viele Schülerinnen und Schüler mieden aus Ekel den Toilettengang, der Vandalismus nahm zu. Als das Land - auch auf grüne Initiative - vor eineinhalb Jahren ein Sanierungsprogramm für Schultoiletten initiierte, war das Gelächter bei einigen hier im Haus sehr groß. Vor Ort wurde das Programm aber dankbar aufgenommen und war schnell überzeichnet.

Die Stadt Flensburg hat sich sofort mit einigen Anträgen beworben, und die meisten Toiletten sind bereits erneuert worden. Die Freude darüber ist vor Ort groß. Schülerinnen- und Schülervvertretungen sowie Schulleitungen haben mich gebeten, den Dank an alle weiterzugeben, die damals den Weg für dieses Sanierungsprogramm freigemacht und

dafür die Hand gehoben haben. Das möchte ich hiermit tun. Es ist ein gutes Zeichen, dass wir in der Jamaika-Koalition beschlossen haben, dieses Programm fortzuführen, und Schultoiletten auch in anderen Schulen saniert werden können.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, FDP und Martin Habersaat [SPD])

Auch unsere Hochschulen profitieren von vielen Investitionsmitteln zur Gebäudesanierung. Es wird ein neues Seminargebäude - höchstwahrscheinlich an der Europa-Universität in Flensburg - gebaut, es werden eine Reihe von Schwerpunktprofessuren in den Haushalt eingestellt, beispielsweise für E-Government, europäisches Recht oder auch für den von Ole Plambeck bereits angesprochenen Bauingenieur-Studiengang.

Es gibt aber auch gesellschaftliche Entwicklungen, die anders sind als in den letzten Jahren, die uns zunehmend beschäftigen und die dazu führen, dass wir vor veränderten Rahmenbedingungen stehen. Unsere Demokratie wird massiv von rechts außen beschossen und von immer mehr Menschen infrage gestellt. Hetze gegen Minderheiten nimmt zu. Das ist eine Entwicklung, die uns im Parlament nicht kaltlassen darf. Wir wollen unsere Demokratie stärken und unsere Gesellschaft zusammenführen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, FDP und SSW)

Dazu brauchen wir funktionierende Institutionen. Überarbeitete Richterinnen und Richter oder durch über Überstunden geplagte Polizistinnen und Polizisten schaden unserem Rechtsstaat. Wir Grüne stimmen deshalb einer weiteren Aufstockung der Zahl der Polizeianwärterinnen- und Polizeianwärterstellen um insgesamt 400 Stellen, der Personalaufstockung bei der Justiz sowie einer besseren Sachausstattung der Polizei aus voller Überzeugung zu.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, FDP und SSW)

Nur mit einer gut aufgestellten und demokratisch verankerten Polizei und Justiz kann unsere Gesellschaft zusammengehalten werden. Doch ohne zivilgesellschaftliches Engagement ist alles nichts. Wenn rechte Gewalt laut Verfassungsschutzbericht auch in Schleswig-Holstein massiv zunimmt, wenn Asylsuchende oder Menschen, die sich für unsere Demokratie starkmachen, von Rechtsradikalen und deren Sympathisanten massiv eingeschüchtert und bedroht werden, dann ist es unsere Aufgabe hinzuschauen. Deshalb ist es wichtig, dass wir die Bera-

(Rasmus Andresen)

tungsstelle für die Opfer von rechten Übergriffen - zebra e.V. in Kiel - durch den Haushalt stärken.

Wenn knapp 50 % der Deutschen inzwischen der Aussage zustimmen, dass Sinti und Roma aus unseren Innenstädten verbannt gehören, oder es 41 % ekelhaft finden, wenn sich zwei Männer in der Öffentlichkeit küssen, ist es unsere Aufgabe, dieser Diskriminierung entgegenzuwirken.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Deshalb ist es gut, dass wir die regionalen Beratungsteams gegen Rechtsextremismus stärken. Sie leisten eine wichtige Präventionsarbeit gegen Rechtsextremismus und schützen unsere Demokratie präventiv.

Es ist inakzeptabel, dass Jugendliche aufgrund ihrer Homosexualität in der Schule beschimpft oder von ihren Eltern nicht akzeptiert werden. Es ist inakzeptabel, wenn Transgender als psychisch krank beschimpft werden und täglich Diskriminierungen ausgesetzt sind. Deshalb möchte ich mich ausdrücklich bei Heiner Garg bedanken, dass er bei sich im Haus bereits eine Kontaktstelle für LGBTIQ eingerichtet hat. Das ist ein wichtiges Signal. Ich freue mich auf die weitere Zusammenarbeit.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, FDP und SSW)

Es ist ebenfalls gut und wichtig, dass wir Antidiskriminierungseinrichtungen wie die HAKI e.V. unterstützen und die Förderung um ganze 65.000 € anheben werden.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und vereinzelt CDU)

Wir werden darüber hinaus durch unsere Haushaltsanträge mit PETZE und den Frauenhäusern Einrichtungen stärken, die sich gegen Gewalt gegen Frauen engagieren und die überlebenswichtige Unterstützung für weibliche Opfer von Übergriffen leisten. Wir wollen, dass alle Menschen bei uns im Land diskriminierungsfrei, ohne Gewalt und selbstbestimmt leben können, unabhängig von ihrem Geschlecht, ihrer sexuellen Identität oder ihrer Sexualität.

Gesellschaftlicher Zusammenhalt kann nur entstehen, wenn alle Menschen eine Chance haben, an unserer Gesellschaft teilzuhaben. Die Grundlage dafür wird in unserem Bildungssystem gelegt. Auch über die Lehrerinnen- und Lehrerstellen hinaus ist uns Grünen dieses Thema besonders wichtig. Das wichtigste bildungspolitische Ziel für uns und von

meiner Kollegin Ines Strehlau ist, die immer noch zu hohe Schulabbrecherinnen- und -abbrecherquote bei uns im Land zu senken.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, vereinzelt CDU und Beifall Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Es darf uns nicht zufriedenstellen, wenn immer mehr Schülerinnen und Schüler die Schule abbrechen. Mit dem Haushalt 2018 legen wir die Grundlage dafür, dies zu ändern. Durch gezielte Untersuchungen, Fellowships für Schülerinnen und Schüler mit besonderen Herausforderungen und die Ausarbeitung des Bildungsbonus für Schulen in sozial schwierigem Umfeld wollen wir mehr Schülerinnen und Schülern den Schulabschluss ermöglichen. Zusammenhalt kann nur gestärkt werden, wenn es Orte für Begegnung und Austausch gibt. Dafür sind unsere Bildungsstätten und kulturellen Einrichtungen wie beispielsweise in der Soziokultur besonders wichtig. Es ist deshalb gut, dass wir diese Einrichtungen finanziell stärken und sie somit zumindest Kostensteigerungen der letzten Jahre auffangen können. Das ist für die Einrichtungen überlebenswichtig. Wir wissen alle, welche wichtige Arbeit sie auch für gesellschaftlichen Zusammenhalt und für kulturelle Bildung leisten. Für uns Grüne spielt daher neben vielen anderen Aspekten, die auch Kollegen schon genannt haben, die Soziokultur eine besondere Rolle. Gerade wenn man eine generationengerechte Kulturpolitik machen will, ist es wichtig, Einrichtungen zu stärken, in denen sich viele junge Menschen aufhalten. Deshalb freuen wir uns ganz besonders darüber, auch in der Soziokultur einen Schwerpunkt zu setzen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Zusammenhalt geht aber natürlich auch und vor allem mit Integration. Deshalb möchte ich für uns Grüne erklären, dass wir sehr froh sind und damit auch ganz offensiv umgehen, dass der Etat für Integration und Asyl mit 474 Millionen € ein sehr großer ist, weil sehr wichtige Arbeit geleistet wird. Zum einen ist es menschlich geboten, Frauen, Männer und Kinder, die vor Verfolgung und Krieg fliehen, bei uns im Land aufzunehmen und ihnen eine Zukunftsperspektive zu geben. Zum anderen gibt es aber auch durch den Fachkräftemangel bedingt ur-eigene ökonomische Gründe, warum es wichtig ist, mit Integrations-, mit Sprach- und mit Qualifizierungsangeboten hier einen besonderen Schwerpunkt zu setzen. Jeder Euro von diesen 474 Millionen € ist ein gut und sinnvoll investierter Euro.

(Rasmus Andresen)

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, Ole-Christopher Plambeck [CDU] und Katja Rathje-Hoffmann [CDU])

Wenn man dagegen hetzt, dann macht man das vor allem, um zu spalten. Ich will im Einzelnen gar nicht auf die Rechtspopulisten hier im Haus eingehen. Ich möchte aber auf eine Sache hinweisen, die exemplarisch für die Arbeit ist. Wenn man sich Ihre Haushaltsanträge anschaut, erkennt man, dass das Einzige, was Sie machen, ist, wahllos Haushaltstitel zusammenzustreichen, die die Wörter Asyl oder Integration beinhalten. Dass es Ihnen nicht um die Sache geht, kann man allein schon daran merken, dass Sie während der Beratungen zum Einzelplan des Innenministeriums, bei dem es um Asyl und Integration ging, nicht anwesend waren. Kein Abgeordneter von der AfD-Fraktion hat es für nötig gehalten, bei den Ausschussberatungen zu diesem wichtigen Thema anwesend zu sein. Nachher werden Sie wahrscheinlich wieder billige Stimmungsmache betreiben. Für mich spricht es Bände, und ich finde es wichtig, hier auszusprechen, dass Sie an einer Sacharbeit auch in den Ausschüssen überhaupt nicht interessiert sind.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, SPD, FDP und SSW)

Aber beschäftigen wir uns lieber mit anderen Zukunftsfeldern, davon gibt es nämlich reichlich. Ein ganz wichtiges Thema auch für unsere Fraktion und meine Kollegin Marret Bohn ist das Thema der Gesundheitsversorgung. Unser Ziel muss es sein, eine flächendeckende und qualitativ hochwertige Gesundheitsversorgung sicherzustellen. Deshalb ist es gut, dass im Haushalt die Zahl der Altenpflegeausbildungsplätze aufgestockt wird. Es ist gut, dass wir ein Gutachten mit dem Haushalt beschließen werden, das den medizinischen Versorgungsbedarf noch einmal ermitteln und konzeptionell zukunftsfest machen soll. Es ist sinnvoll, dass sich das Kabinett gestern in der Finanzplanung mit dem Thema Krankenhausversorgung beschäftigt hat. Wie könnte ich als Flensburger und jemand aus dem Nordteil des Landes nicht hier stehen und die Landesregierung nicht dafür loben, dass gestern auch das große Krankenhausneubauprojekt in Flensburg, das zweitgrößte nach dem UKSH, für die nächsten Jahre, beschlossen worden ist. Die Unterstützung des Landes steht. Das ist ein ambitioniertes Projekt, das dort in Flensburg aus dem Boden gestampft wird, zusammen mit unserer Flensburger Oberbürgermeisterin Simone Lange. Es ist sehr gut, dass die Landesregierung dieses Signal sendet. Es ist ein wichtiges Projekt für den gesamten Nordteil des Landes. Wir

freuen uns darauf, es ist gut, dass wir gesundheitspolitisch solche Projekte stemmen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, FDP und Lars Harms [SSW])

Wir Grüne freuen uns, dass es uns gelungen ist, weitere ökologische Schwerpunkte in den Haushalt zu schreiben. Wir stärken beispielsweise die Energiewende durch den Bürgerinnen- und Bürger-Energiefonds. Die Energiewende ist vor allem dann erfolgreich, wenn sie nicht durch die großen Energiekonzerne bestimmt wird, sondern Bürgerinnen und Bürger vor Ort sie auch gestalten können. Dafür gibt es im Land sehr viele konkrete Beispiele, sei es in der Windenergie oder auch Initiativen, die sich mit Wasserstoff auf den Weg machen. Durch den Bürgerinnen- und Bürger-Energiefonds können diese Projekte angeschoben werden und bekommen Unterstützung vom Land. Das ist ein gutes und wichtiges Projekt, das vor allem das Umweltministerium mit Robert Habeck auf den Weg gebracht hat.

Wir haben aber in dem Bereich noch ein ganz anderes Thema, das eine ganz besondere Herzensangelegenheit von uns ist: Das ist die Förderung von Tierheimen. Unsere Tierheime leisten unverzichtbare Arbeit. Sie kümmern sich um Tiere, wenn sich sonst niemand für sie interessiert. Es war gerade bei uns in der Fraktion Lasse Petersdotter, aber auch anderen ein sehr wichtiges Anliegen, in diesem Haushalt etwas für die Tierheime zu tun, die ohne Unterstützung ihre Arbeit nicht fortsetzen können.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und CDU)

Wir stellen 250.000 € Sanierungsmittel und 100.000 € als strukturelle Unterstützung in den Haushalt ein, um unseren Tierheimen zu helfen. Wir sind uns bewusst - das sage ich auch an die Adresse des SSW, der da ein ähnliches Ansinnen hat -, dass das der Anfang ist und nicht das Ende. Wir müssen in den nächsten Jahren bei der Unterstützung der Tierheime weitermachen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, FDP und SSW)

Wir setzen mit dem Haushalt 2018 den Startschuss für eine andere Gründungspolitik im Land. Wir legen mit haushaltsgesetzlichen Änderungen die Grundlage dafür, dass die Alte Muthesius Kunsthochschule an die Stiftung trias verkauft werden kann. So bleibt die Alte Mu ein selbstverwalteter Kreativort, an dem Platz für Gründungen und auch

(Rasmus Andresen)

- danke für die Unterstützung, Lars Harms - Platz für soziales Wohnen sein wird.

(Beifall Lars Harms [SSW])

Das ist gut für die Stadt Kiel, und das ist gut für den Gründungsstandort Schleswig-Holstein.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Da wir aber mehr Kreativräume und Orte für Gründungen im ganzen Land brauchen, werden wir auch das fortsetzen. Wir haben mit den Haushaltsanträgen der Fraktionen auch einen weiteren Antrag, der sich mit dieser Thematik beschäftigt und der vor allem dafür sorgen soll, den Transfer zwischen unterschiedlichen Institutionen - Handwerk, Gründerinnen und Gründern, Hochschulen - noch besser sicherzustellen. Das ist auch ein gutes Signal. Wir werden dafür heute den Startschuss geben. Ich kündige aber auch an, dass wir in den nächsten Jahren beim Thema Gründungspolitik noch eine ganze Reihe von Initiativen gemeinsam starten werden. Heute geht es damit erst los.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und vereinzelt CDU)

Aber wenn man über Haushaltsberatungen redet, kann man nicht nur darüber reden, wofür das Geld ausgegeben wird, sondern man muss sich auch mit den Problemen in der Umsetzung befassen. Da haben wir ganz einfach durch den Haushaltsüberschuss eine neue Situation. Zurzeit ist das Problem nicht, dass das Geld nicht zur Verfügung steht - ich schaue da einmal die Finanzministerin an -, sondern dass wird die Gelder nicht alle verausgabt bekommen, weil entweder Bauprojekte in der Planung noch nicht so weit sind oder Personal fehlt. Das sind sicherlich Fragen, über die wir gemeinsam im Finanzausschuss in den nächsten Monaten und Jahren weiter reden müssen. Da haben wir alle gemeinsam eine Aufgabe, ganz unabhängig davon, wie wir heute über den Haushalt abstimmen werden.

Wir stärken deshalb auch die Mitbestimmungsrechte des Parlaments. Da werbe ich noch einmal um die Unterstützung aus den Reihen der demokratischen Opposition, sodass die Ausgaben der Haushaltsüberschüsse zukünftig auch durch den Finanzausschuss mit entschieden werden und das nicht einfach nur in blindem Vertrauen Monika Heinold überlassen sein wird. Ich glaube, das ist aus grundsätzlich parlamentarischen Erwägungen - ganz unabhängig davon, wer gerade an der Spitze des Finanzministeriums steht - eine wichtige Entschei-

dung. Die sollten wir sicherlich gemeinsam abstimmen. Ich würde mich darüber jedenfalls freuen.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, FDP und Beifall Lars Harms [SSW])

Wir tilgen mit diesem Haushalt immerhin 162 Millionen € Schulden. Schleswig-Holstein ist auf dem besten Weg, nicht mehr Konsolidierungsland sein zu müssen; aber wir müssen auch ganz deutlich sagen, dass wir nach wie vor eine Schuldenlast von über 26 Milliarden € haben. Wir haben 34 Milliarden € Pensionsverpflichtungen. Wir haben einen Investitionsstau von insgesamt 5 Milliarden € und ein seit Jahrzehnten unterfinanziertes Bildungssystem. Besonders bitter ist - das wird uns in den nächsten Tagungen noch massiv beschäftigen - die milliardenhohe Schuldenlast, die durch die HSH Nordbank aller Voraussicht nach auf uns zukommen wird.

Wir Grüne stehen für Kontinuität in der Haushaltspolitik. Wir setzen Schwerpunkte, kümmern uns aber eben auch um Haushaltskonsolidierung. Umso verwunderlicher - dazu will ich am Schluss noch ein paar Sätze sagen - ist in der Tat der Kurswechsel der SPD-Fraktion, liebe Kollegin Raudies. Mit dem Einstieg ins beitragsfreie Kita-Jahr, mit dem Weihnachtsgeld, mit A 13 für Grundschullehrkräfte, mit der Kompensation für Straßenausbaubeiträge gingen Sie, wenn Sie das konsequent fortsetzten und auch die nächsten Schritte in den nächsten Jahren gingen, strukturelle Verpflichtungen von über 250 Millionen € ein. Das ist mehr als ein kleiner Schwerpunkt, den man im ersten Oppositionsjahr mal so eben setzt. Das ist eine Menge Geld. Wenn man dann berücksichtigt, dass Sie vor gerade einmal acht oder neun Monaten noch selbst Regierungspartei waren, kann man sich schon fragen, ob das ernst zu nehmen ist oder ob wir hier einfach sagen können: Bei der SPD scheint das Motto jetzt zu sein: „Im Himmel ist Jahrmarkt - was schert mich meine Regierungsverantwortung von gestern.“

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Wir können darüber noch öfter sprechen, aber ich habe mich doch gewundert. Hätten Sie einen Antrag herausgegriffen und gesagt: „A 13 für alle, das nehmen wir jetzt in den Haushalt auf“, darüber kann man sich streiten. Das ist ja ein Ziel, von dem wir auch nicht weit entfernt sind.

(Beifall Lars Harms [SSW])

(Rasmus Andresen)

Aber gleich alles auf einmal, das ist dann doch ein bisschen unseriös.

(Wolfgang Baasch [SPD]: Staatstragend!)

Interessant ist aber auch, an welchen Stellen Sie streichen. Sie sind darauf selbst schon eingegangen, aber ich will das mal ganz kurz sagen: Sie streichen bei der Schieneninfrastruktur, Sie streichen bei Fortbildungsmaßnahmen für die Digitalisierung, Sie streichen bei Open-Data-Projekten im Bereich der Digitalisierung. - Wo ist eigentlich Herr Dolgener? Ich dachte, ihn interessiere Open Data sonst auch immer.

(Sandra Redmann [SPD]: Vorsicht mit irgendwelchen Äußerungen, wenn man nicht weiß, wo irgendjemand ist! - Weitere Zurufe SPD)

- Okay. - Wie auch immer, aber mir fällt jedenfalls auf, dass Sie im Bereich der Schiene, bei Digitalisierung und beim Zukunftslabor soziale Absicherung streichen. Sie können beim Zukunftslabor ja andere Vorstellungen haben als der SPD-Kreisverband in Flensburg oder die Grünen - das ist vollkommen in Ordnung -; aber Sie können doch nicht ernsthaft behaupten, dass es nicht an der Zeit wäre, über die Zukunft der sozialen Sicherungssysteme zu diskutieren und sich neue Antworten gegenüber den Veränderungen in unserer Gesellschaft zu überlegen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, FDP und Lars Harms [SSW])

Sie setzen mit Ihren Streichungsanträgen vor allem das Signal, dass Sie über wichtige Zukunftsfragen nicht nachdenken wollen und kein Interesse an einem Dialog über diese Fragen bei uns im Land haben.

Das finde ich persönlich sehr schade, und ich wünschte mir, dass Sie in diesem Punkt Ihre Position mal änderten.

(Birte Pauls [SPD]: Sie beauftragen Gutachter!)

Wir bedanken uns unter anderem bei der Landesregierung mit Frau Heinold, Frau Schneider und Herrn Nimmermann, aber auch bei der Haushaltsabteilung mit der sehr kompetenten und von uns sehr geschätzten Frau Reese-Cloosters,

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, FDP und Lars Harms [SSW])

bei den Regierungsfractionen, allen voran natürlich bei Ole Plambeck, bei Annabell Krämer und bei

dem gesamten Koalitionsarbeitskreis Finanzen. Ich bedanke mich ganz besonders bei meiner Grünen-Fraktion für die vielen tollen Ideen, manch nervige Momente und tolle Ergebnisse.

(Heiterkeit BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir bedanken uns aber auch ganz ausdrücklich beim demokratischen Teil der Opposition. Das gilt für den SSW, aber natürlich auch für die SPD-Fraktion; das ist gar keine Frage. Bei allem Streit in der Sache und mancher Polemik, die von beiden Seiten manchmal in die Debatte getragen wird, Frau Raudies, sollten wir nicht vergessen, dass wir gemeinsame Ziele haben und daran in den nächsten Jahren gemeinsam - wenn auch in unterschiedlicher Rolle - weiterarbeiten sollten. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, FDP, SSW und Birgit Herdejürgen [SPD])

Kirsten Eickhoff-Weber [SPD]:

Für die FDP-Fraktion hat die Abgeordnete Annabell Krämer das Wort.

Annabell Krämer [FDP]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Kollegen! Neue Perspektiven für die Menschen in unserem Land zu schaffen und Schleswig-Holstein fit für die Zukunft zu machen - mit diesem Anspruch sind wir im vergangenen Sommer angetreten. Mit dem heute zu beschließenden Haushalt sind wir auf dem besten Weg, unsere Versprechungen in die Tat umzusetzen.

(Beifall FDP)

Auf allen Feldern dieser Landesregierung weht seit dem Regierungswechsel endlich frischer Wind - ein frischer Wind, der unser Land nach vorne bringen wird. Wir haben den Mut und die Kraft, die längst überfällige Kita-Reform anzupacken und damit jene fundamentalen Mängel im Finanzierungssystem zu beheben, die die alte Landesregierung mit Stückwerk wie dem Krippengeld erfolglos zu überdecken versucht hat.

Unter der Leitung unseres Sozialministers Dr. Heiner Garg haben wir einen umfassenden Reformprozess eingeleitet, in den wir Kommunen, Eltern und Wohlfahrtsverbände als gleichrangige Partner einbinden, um gemeinsam den ganz großen Wurf zu erzielen. Wir werden die Reform in einem offenen Verfahren sorgfältig vorbereiten und in der Zwischenzeit mit gezielten Maßnahmen im bestehen-

(Annabell Krämer)

den System die Qualität der Kitas verbessern und sowohl Eltern als auch Kommunen entlasten.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Eines sei hier bemerkt: Die Vorgängerregierung hat uns die dafür erforderlichen Arbeiten ja ziemlich unverbraucht überlassen.

Ich freue mich, dass wir den Kommunen bereits in diesem Jahr mit zusätzlichen 45 Millionen € bei den Betriebskosten unter die Arme greifen, damit endlich keine Kommune mehr gezwungen ist, die Elternbeiträge anzuheben.

Es ist schon erstaunlich, wie generös sich die SPD gibt und nun eine beitragsfreie Krippenbetreuung fordert, nachdem sie noch im letzten Jahr die Chance hatte, diesen Vorschlag umzusetzen. Die Sozialdemokraten gehen mit sage und schreibe 22 Millionen € hausieren, wohl wissend, dass die Krippenplätze ab 2019 für ein gesamtes Jahr und nicht nur für fünf Monate finanziert werden müssen, wie im Haushalt 2018 veranschlagt wurde.

Liebe Sozialdemokraten, haben Sie eigentlich auch an die knapp 6.000 Kinder gedacht, die in der Kindertagespflege betreut werden?

(Beate Raudies [SPD]: Haben Sie unseren Gesetzentwurf gelesen?)

Ist Ihnen bewusst, dass dann dort die Gebühren entfallen müssten?

(Beate Raudies [SPD]: Selbstverständlich!)

- Wenn Sie meinen! Ich habe das nicht so gesehen. In Ihren 22 Millionen € kann das unmöglich enthalten sein.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Lesen hilft, Frau Kollegin!)

Im Zahlenwerk ist es jedenfalls nicht berücksichtigt. Der Vorschlag ist somit unseriös und leicht durchschaubar.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Vor allen Dingen geht dieser Vorschlag an den wahren Problemen vorbei. Sie greifen sich plakativ eine Elterngruppe heraus, die Sie einseitig zu 100 % entlasten wollen. Was ist mit den Kosten für Kinder im Elementarbereich, im Hort? Was ist mit der Entlastung für die Erzieherinnen und Erzieher durch Qualitätssteigerungen? Wissen Sie was? - Das ist wirklich Stückwerk der Kita-Betreuungskostenfinanzierung.

Unsere Jamaika-Koalition setzt dagegen auf eine nachhaltige Reform, die das Gesamtpaket für die Eltern und die Kinder in den Blick rückt. Ich frage mich auch, wem eigentlich eine Beitragsbefreiung für nicht vorhandene Plätze nützt.

(Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

Wir wollen nicht nur Kita-Plätze, die für alle finanzierbar sind, sondern wir wollen auch ausreichend Kita-Plätze, und diese in guter Qualität, zur Verfügung stellen.

(Zuruf Birte Pauls [SPD])

Das ist unser Anspruch. Daran arbeiten wir jetzt mit Hochdruck.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, lassen Sie mich fortsetzen und zum zweiten großen Vorhaben unserer Koalition, das von zentraler Bedeutung für die Zukunft Schleswig-Holsteins ist, kommen, nämlich zur die Sanierung unserer Infrastruktur. Über 1 Milliarde € wollen wir 2018 investieren und damit unsere Verkehrswege, Hochschulen oder Krankenhäuser Schritt für Schritt in Ordnung bringen. Dass wir damit kein einmaliges Strohfeuer entfachen, sondern planvoll vorgehen, sieht man an verschiedenen Stellen.

Erstens. Wir planen auch in den Folgejahren beständig über 1 Milliarde € für Investitionen und verstetigen damit unsere zugegebenermaßen ambitionierten Bauprojekte.

Zweitens. Wir beschleunigen mit der Errichtung eines Amtes für Planfeststellung Verkehr die komplexen Verfahren, damit wir Bauvorhaben schneller umsetzen können als bisher.

Drittens sei noch einmal unsere Taskforce erwähnt, die wir beschlossen haben, damit unsere IMPULS-Mittel zukünftig schneller verwendet werden können.

(Beifall FDP und CDU)

- Einen habe ich noch. - Viertens reagieren wir mit der Einführung unseres Studienganges Bauingenieurwesen an der Fachhochschule Kiel, um endlich auf den akuten Fachkräftemangel bei unseren Planern reagieren zu können und unsere Planer von morgen zielgerichtet ausbilden zu können.

(Beifall FDP und CDU)

Jamaika hat erkannt, dass eine schnelle Umsetzung vieler Bauprojekte oft, zu oft an mangelnden Planungskapazitäten scheitert. Wir wollen sichtbare Fortschritte bei der Sanierung unserer maroden Infrastruktur erzielen, während die SPD diese zentrale

(Annabell Krämer)

Aufgabe für die Zukunft unseres Landes nie wirklich ernst genommen hat.

(Thomas Hölck [SPD]: Quatsch! - Dr. Ralf Stegner [SPD]: Quatsch!)

Das Unverständliche ist, Sie haben immer noch nicht die Zeichen der Zeit erkannt. Warum sonst setzen Sie den Rotstift mit Ihren Haushaltsanträgen ausgerechnet bei den Planungskosten an?

(Christopher Vogt [FDP]: Genau! - Zuruf Beate Raudies [SPD])

Ihre Geringschätzung für eine moderne und leistungsfähige Infrastruktur, Frau Raudies, lassen Sie auch an anderer Stelle durchblicken. Beharrlich ignorieren Sie die Folgen Ihrer desaströsen Verkehrspolitik der vergangenen Jahre, die vor allem Tausende Pendlerinnen und Pendler tagtäglich ausbaden müssen und die unser Minister Dr. Bernd Buchholz jetzt mit großem Einsatz bekämpft.

(Beifall FDP und Peter Lehnert [CDU] - Zuruf Beate Raudies [SPD])

- Wir kommen ja aus demselben Kreis. Wir kennen die Probleme, Frau Raudies.

(Beate Raudies [SPD]: Ja!)

Ich spreche nicht nur von den Landesstraßen, für deren Sanierung wir in diesem Jahr bekanntlich erheblich mehr Mittel zur Verfügung stellen - ein Fakt, den Sie übrigens im November erfolglos negiert haben. Nein, ich spreche hier natürlich auch vom Schienenverkehr, von den ständigen Verspätungen, Störungen und Ausfällen, nicht nur auf der Marschbahn, die unsere Bürgerinnen und Bürger - und das wirklich zu Recht - zur Weißglut treiben. Der Handlungsbedarf ist also offensichtlich.

Wie reagieren Sie denn darauf, liebe Sozialdemokraten? Sie reduzieren die Zuführungen an das Sondervermögen MOIN.SH, Sie kürzen mal eben um 32 Millionen € und entziehen damit dem Schienenverkehr Investitionsmittel.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Der Minister gibt Interviews! - Beate Raudies [SPD]: Das ist ein schönes Märchen!)

- Es kommt noch mehr! - Da frage ich mich doch: Wie deckt sich dieser Einsparvorschlag eigentlich mit Ihren im November groß angekündigten Plänen einer Regio-S-Bahn in Ostholstein unter Beibehaltung der Bäderbahn?

(Christopher Vogt [FDP]: Es wird einfach nicht geplant!)

Herr Kollege Baasch hatte damals erklärt, dass ein solches Vorhaben durchaus finanziert werden müsse, aber - jetzt kommt es - natürlich ohne die Menschen zu belasten. Schienenangebote erweitern und zusätzliche Strecken betreiben zu wollen, ohne zusätzliche Ausgaben zu verursachen, funktioniert jedoch nicht, zumindest nicht außerhalb von Wunschträumen der Sozialdemokratie. Insofern entziehen Sie gerade Ihrem eigenen Vorschlag die Unterstützung. Sie haben auch keine Mittel in den Haushalt eingestellt. Besser kann die SPD gar nicht eingestehen, dass ihr Vorstoß im November 2017 lediglich der öffentlichkeitswirksamen Flankierung des damaligen Bürgermeisterwahlkampfs in Lübeck galt.

(Christopher Vogt [FDP]: Hat leider geholfen!)

- Ja. - Dieser Umgang mit dem Schienenverkehr macht jedenfalls eines deutlich: Bei einer Fortsetzung sozialdemokratischer Politik wäre Schleswig-Holstein immer mehr aufs Abstellgleis geraten. Es ist gut, dass jetzt Jamaika endlich die Weichen stellt.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Apropos wichtige Weichen: Diese sind natürlich auch bei den sozialen Sicherungssystemen zu stellen - Kollege Rasmus Andresen hat es schon ausgeführt -; denn es ist ja so: Viele unserer Bürger haben das Vertrauen in die langfristige Tragfähigkeit des gesetzlichen Rentensicherungssystems verloren. Der demografische Wandel hat längst eingesetzt. Fachkräfte werden zu einem immer knapper werdenden Gut. Wenn die Babyboomer-Generation demnächst in Rente geht, wird sich die Lage noch enorm verschärfen. Obwohl dies alles längst bekannt ist, schüttet die Große Koalition in Berlin das Füllhorn aus, als gäbe es kein Morgen mehr. In unverantwortlicher Art und Weise werden Rentengeschenke auf Kosten der jüngeren Generation verteilt. Diese Politik der GroKo - ich muss es leider sagen - ist zutiefst ungerecht und zukunftsfeindlich.

(Beate Raudies [SPD]: Lieber gar nicht regieren! - Weitere Zurufe SPD)

- Ich merke, ich habe den Nerv getroffen. Sonst würden Sie sich nicht so aufregen.

(Beifall FDP und CDU)

Ich bin deshalb froh, dass wir Jamaika-Parteien zueinander gefunden haben, um in einem Zukunftslabor mit Vertretern aus der Wissenschaft ernsthaft nach Lösungen zu suchen und neue, tragfähige Absicherungsmodelle zu erarbeiten. Jamaika richtet

(Annabell Krämer)

den Blick nach vorn und stellt sich den Herausforderungen der Zukunft, während die Sozialdemokraten nicht begreifen oder nicht begreifen wollen, dass sich die Welt im Wandel befindet. Hierzu passt der folgende Treppenwitz der SPD - wie bereits erwähnt -: Sie will das Zukunftslabor wieder einkassieren.

Doch das eigentlich Traurige an Ihren Haushaltsanträgen ist nicht Ihre Zukunftsverweigerung. Als Opposition stehen Sie ja zum Glück nicht mehr in der Verantwortung, Zukunft gestalten zu müssen. Das eigentlich Traurige besteht darin, dass Sie sich auf dem Rücken Tausender Beamtinnen und Beamter profilieren wollen, und das mit billigen Versprechen, die aber verdammt teuer sind.

(Beate Raudies [SPD]: Jetzt ist aber mal gut!)

Die Wiedereinführung des Weihnachtsgeldes ist da so eine Sache. Im Jahr 2007 von Ihnen selbst weitgehend abgeschafft, erwecken Sie den Eindruck, das Land schwimme auf einmal im Geld. Als ob Sie in Ihrem letzten Regierungsjahr nicht auch schon einen Haushaltsüberschuss von 565 Millionen € gehabt hätten.

(Kay Richert [FDP]: Hört, hört!)

Ja, wir haben seit Jahren eine erfreuliche Entwicklung bei den Steuereinnahmen, aber bitte verkaufen Sie doch den Bürger nicht für dumm!

(Beifall FDP und CDU)

Schon in der ersten Stufe werden 40 Millionen € benötigt, die Sie - Welch Ironie - aus dem Vorsorgetitel für Tarif-, Besoldungs- und Versorgungserhöhungen nehmen wollen - frei nach dem Motto: Mit der einen Hand geben wir, mit der anderen nehmen wir.

Doch damit nicht genug. Die Sonderzahlungen würden bereits ab dem Haushaltsjahr 2020 mit gut 140 Millionen € jährlich zu Buche schlagen. Was ich einfach so unfair finde: Sie wissen genau, dass ein solcher Schritt für ein Noch-Konsolidierungsland - man darf ja nicht vergessen, Schleswig-Holstein wird aus der Solidargemeinschaft der Länder unterstützt - finanziell nicht zu wuppen ist. Deshalb stellen Sie den Antrag folgerichtig auch erst aus der Opposition heraus. Ich bin mir allerdings sicher, die Bürger durchschauen dieses Spiel.

(Kay Richert [FDP]: Hoffentlich! - Zuruf Beate Raudies [SPD])

- Einer kommt ja noch! - Gerade in diesem Jahr, in dem der Zahllast für die Altlasten der HSH Nord-

bank ansteht, hätte ich ein wenig mehr Demut bei den Haushaltsanträgen, insbesondere der Sozialdemokraten, erwartet.

(Beifall FDP und CDU - Beate Raudies [SPD]: Was soll denn das jetzt heißen?)

- Das erkläre ich Ihnen. Der Beitrag der SPD an diesem finanziellen Desaster, für das meine Kinder und auch Ihre Kinder noch ihr Leben lang zahlen werden, ist schließlich nicht gerade unerheblich. Zinskosten in zwei- bis dreistelliger Millionenhöhe werden alljährlich von den Steuerzahlern aufzubringen sein, weil die Politik ihre Aufsichtspflicht gegenüber der HSH sträflich vernachlässigt hat.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Deshalb bin ich froh, dass wir durch gutes Handeln der jetzigen Regierung unter dieses unselige Kapitel der Landesgeschichte endlich einen Schlusstrich ziehen können, auch wenn die gigantischen Fehlentscheidungen finanziell noch viel zu lange nachwirken werden. Aber nein, Sie wollen weiter zulasten zukünftiger Generationen konsumieren.

(Zuruf Beate Raudies [SPD])

Die Jamaika-Koalition geht kleine, aber feste Schritte, um die Situation für unsere Beamtinnen und Beamte nachhaltig zu verbessern. Umgesetzt wurde etwa schon die Reduzierung der Wochenarbeitszeit im Wechselschichtdienst und die Erhöhung der Erschwerniszulage. Auch die Verbesserung der sächlichen und personellen Ausstattung sind wir angegangen. Ich nenne in diesem Zusammenhang einmal exemplarisch die von der FDP lange geforderte und nun anstehende Ausstattung mit mobilen Endgeräten. Die Digitalisierung im Streifenwagen wird Polizeiarbeit einfacher und effektiver gestalten und somit nicht nur die Polizisten entlasten, sondern auch für mehr Sicherheit auf unseren Straßen sorgen.

(Beifall FDP, CDU und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mit diesen konkreten Maßnahmen tun wir sicherlich mehr für unsere Beamtinnen und Beamten als damit, nicht ausfinanzierte Vorschläge aufzutischen.

Als ob die Sozialdemokraten nicht schon genug an Glaubwürdigkeit eingebüßt hätten, fordern Sie nun im ersten Jahr der Opposition die Hebung der Besoldung der Grundschullehrer von A 12 auf A 13. Auch dies hätten Sie in Ihrer Regierungszeit schon längst umsetzen können. Um es ganz klar zu sagen:

(Annabell Krämer)

Ja, auch wir wünschen uns - ich denke, alle hier tun das - perspektivisch eine Hebung im Konsens mit den übrigen Ländern. Doch wir gehen in diesem Jahr zunächst das leidige Thema der mangelnden Unterrichtsversorgung an, indem wir erstens auf den noch von Ihnen geplanten Abbau von 495 Lehrerstellen verzichten und zweitens mit 395 zusätzlichen Planstellen die Grundschulbildung massiv verbessern, womit wir die bestehenden Lehrkräfte bei den großen Aufgaben der Integration und auch der Inklusion entlasten.

(Beifall FDP und CDU)

Nicht zuletzt werden wir den Kommunen in den nächsten Jahren 50 Millionen € für den Schulbau zur Verfügung stellen und damit das Arbeits- und Lernumfeld für Tausende von Schülern und Lehrern verbessern. Das alles stärkt die Bildung und verschafft unserer Jugend bessere Perspektiven. Anstatt das Geld mit der Gießkanne zu verteilen, setzen wir klare Prioritäten - denn jeden Euro können wir nur einmal ausgeben - und fokussieren uns auf Maßnahmen, die Schleswig-Holstein besser und erfolgreicher machen. Während allein die SPD-Pläne im Bereich Krippe, Lehrerbesoldung und Weihnachtsgeld den Landeshaushalt dauerhaft mit rund einer viertel Milliarde Euro jährlich strukturell belasten, setzen wir auf solides Wirtschaften und nachhaltige Landesfinanzen. Während die SPD von der Substanz zehrt und den heutigen Wohlstand verbrauchen will, setzen wir auf Investitionen in Bildung und Infrastruktur, um den Wohlstand von morgen zu sichern und zu mehren.

(Beifall FDP und CDU)

Wie hat man auf uns Freie Demokraten eingedroschen, als wir zu Oppositionszeiten das Investitionsziel von 10 % formulierten? Das, was die SPD für unerreichbar hielt, schaffen wir schon im ersten Jahr: eine Investitionsquote von annähernd 10 %. Das ist gegenüber ihrem letzten Haushalt mit 6,8 % vor dem Nachtrag eine Steigerung um fast 50 %.

(Zuruf Beate Raudies [SPD])

Trotzdem senden wir das Signal, dass für uns auch der Schuldenabbau ein ganz wichtiges Thema ist, indem wir trotz Rekordinvestitionen in diesem Jahr 160 Millionen € Altschulden tilgen werden. Und das ist eine gute Nachricht für unser Land.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Ich freue mich, dass wir mit unseren Fraktionsanträgen weitere Maßnahmen beschließen können, die unser Land voranbringen. So setzen wir ein starkes Zeichen für mehr wirtschaftliche Dynamik, indem

wir Gründerinitiativen unterstützen. Wir müssen die klugen unternehmerischen Ideen von Frauen und Männern stärker fördern, denn sonst können wir unser Ziel nicht erreichen, Schleswig-Holstein zu einem echten Gründerland zu machen.

(Beifall FDP, vereinzelt CDU und Beifall Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Insbesondere unsere Hochschulen sind Motor für Innovation und bieten genügend Potenziale für Ausgründungen, aus denen neue Wertschöpfungen und somit zukunftssträchtige Arbeitsplätze entstehen können. In diesem Zusammenhang möchte ich die Aufstockung des StartUp-Fonds um zusätzliche 4 Millionen € nennen, die unser Minister Dr. Bernd Buchholz vorgestern verkündet hat.

(Beifall FDP und Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Mit diesem Schritt zeigen wir Initiative, denn wir ermutigen private Investoren, sich ebenfalls zu beteiligen, damit neue innovative Ideen, die unser Land nach vorn bringen, durch hinreichend Kapital realisiert werden können. Das ist etwas, womit wir für unsere Start-ups wirklich etwas tun können.

(Beifall FDP, vereinzelt CDU und Beifall Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Selbstverständlich stehen auch die vorhandenen Betriebe in unserem Fokus. Deshalb hat sich die FDP-Fraktion erfolgreich dafür eingesetzt, dass unsere kleinen und mittelständischen Unternehmen bei der Vorbereitung und der Umsetzung der neuen Datenschutzgrundverordnung unterstützt werden. Wir lassen unsere Betriebe nicht im Stich und begegnen dieser großen Herausforderung mit einer Informations- und Beratungsoffensive, die bereits in einigen Wochen starten wird.

Daneben forcieren wir wichtige Projekte für den Erhalt einer qualitativ hochwertigen Gesundheitsversorgung in der Fläche, indem wir die medizinischen Bedarfe im ländlichen Raum ermitteln und mit Vorarbeiten für ein längst fälliges Landeskrankenhausgesetz beginnen. Damit sichern wir die Qualität der stationären Versorgung nicht nur durch Investitionen im baulichen Bereich in Millionenhöhe, sondern auch durch konzeptionelle und wichtige gesetzgeberische Maßnahmen.

Eines freut mich außerordentlich, und hier bin ich bei den Grünen und bei dir, Rasmus, nämlich dass wir den Einstieg in die institutionelle Förderung der Tierheime geschafft haben und durch Investitions-

(Annabell Krämer)

zuschüsse zusätzlich den Sanierungsstau in unseren Tierheimen angehen werden, denn hiermit stärken wir den Tierschutz weiter, der schon immer ein wichtiges FDP-Thema war,

(Beifall FDP und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

denn auf Initiative unseres jetzigen Sozialministers Dr. Heiner Garg hin fand 2013 der Tierschutz Einzug in die Landesverfassung. Wie heißt es doch in Artikel 11? Die „Tiere stehen unter dem besonderen Schutz des Landes, der Gemeinden und der Gemeindeverbände sowie der anderen Träger der öffentlichen Verwaltung“, denn das Wohlergehen der Tiere darf nicht von der Finanzkraft der Kommunen abhängig sein.

(Beifall FDP und SSW)

Mit ihrem ersten Haushalt stellt die Jamaika-Koalition unter Beweis, dass Investieren und kluges Haushalten keine Gegensätze sind. Wir schaffen das Fundament für eine bedarfsgerechte Weiterentwicklung unserer Bildungseinrichtungen, Verkehrswege und Krankenhäuser. Wir investieren in den Breitbandausbau und betreiben in unserem Land endlich wieder eine aktive Wirtschaftspolitik.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Wir entlasten die Kommunen und stellen neues Personal dort ein, wo der Schuh drückt: in den Schulen und bei der Polizei. Durch kluge Prioritätensetzung vermeiden wir strukturelle Mehrbelastungen, die das Einhalten der Schuldenbremse gefährden könnten. Kurzum, es ist, trotz Augenmaß, ein Haushalt des Aufbruchs.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Wir blicken zuversichtlich in die Zukunft und tun alles dafür, dass sich das Land auf seine Kernaufgaben besinnt und die Voraussetzungen für ein selbstbestimmtes Leben in Freiheit und Wohlstand schafft. Ich freue mich auf Zustimmung zum ersten Jamaika-Haushalt und schließe mich natürlich dem Dank meiner Vorredner für die konstruktive Zusammenarbeit an alle diejenigen an, die an diesem Haushalt mitgearbeitet haben. Ich freue mich schon auf die nächsten Haushalte. - Herzlichen Dank.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Meine Damen und Herren, begrüßen Sie mit mir auf der Besuchertribüne des Schleswig-Holsteinischen Landtags Schüler und Schülerinnen der Her-

mann-Newton-Paulsen-Schule auf Pellworm und Schüler und Schülerinnen des Regionalen Bildungszentrums Technik aus Kiel. - Herzlich willkommen!

(Beifall)

Für die AfD-Fraktion hat Herr Abgeordneter Jörg Nobis das Wort.

Jörg Nobis [AfD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Ministerin Heinold! Trotz aller Freude über die deutlichen Mehreinnahmen dürfen wir als den Steuerzahlern verpflichtete Parlamentarier nicht vergessen, wo wir derzeit eigentlich wirklich stehen. Das Land Schleswig-Holstein ist hoch verschuldet. Dabei sind die zukünftigen Belastungen aus dem Verkauf oder der Abwicklung der HSH Nordbank in Milliardenhöhe noch nicht einmal eingerechnet. Eine sinnvolle Verwendung der Haushaltsmittel bei gleichzeitiger Schuldentilgung sollte also das Gebot der Stunde sein, um ein karibisches Laisser-faire in der Haushaltspolitik zu vermeiden. Sie müssten eigentlich mehr Schulden tilgen. Wann, wenn nicht jetzt, bei so großen Liquiditätsüberschüssen, Frau Heinold?

(Beifall AfD)

Stattdessen verschieben Sie große Summen in Sondervermögen und Sparschweine. Die Verbindlichkeiten, die wir den folgenden Generationen im Land hinterlassen, sind jetzt schon immens: über 26,3 Milliarden € Verschuldung allein im Kernhaushalt, dazu die Milliarden aus dem HSH-Desaster; das macht zusammen bereits über 32 Millionen €, oder, pro Kopf gerechnet, eine Verschuldung von über 11.000 € für jeden Schleswig-Holsteiner vom Baby bis zum Greis. Dazu kommen aus Bürgersicht natürlich noch die kommunalen Schulden und die Schulden des Bundes. Allein die Pro-Kopf-Verschuldung durch die Bundesschulden beträgt knapp 24.000 € pro Person, und nach wie vor treffen Sie, Frau Heinold, so gut wie keine Vorsorge für die zukünftigen Pensionslasten des Landes.

(Zuruf CDU: Das stimmt doch gar nicht!)

Der Versorgungsfonds ist derzeit nicht mehr als bloße Augenwischerei, meine Damen und Herren. Schon unter Berücksichtigung der Altersversorgungskosten allein für die aktuell tätigen Beamten bliebe von der schwarzen Null nichts, aber auch rein gar nichts übrig. Ich komme bei überschlägiger Betrachtung bereits auf einen Betrag, der locker im zweistelligen Milliardenbereich liegt. Für diesen

(Jörg Nobis)

Stand der Verbindlichkeiten wäre eigentlich schon heute Vorsorge zu treffen. Sie wollen aber erst in der zweiten Hälfte der Legislaturperiode überhaupt ernsthaft damit beginnen, und dann auch nur mit Wirkung für die Zukunft.

Vor diesem Hintergrund erscheint der Haushaltsentwurf für dieses Jahr in einem völlig anderen Licht. Das heißt, Sie, Frau Heinold, haben uns zum wiederholten Male einen eigentlich tiefroten Haushalt vorgelegt, nur wissen Sie diesen Umstand geschickt zu kaschieren. Die Einnahmen sind bekanntlich so hoch wie noch nie. Gute Zeiten, sagen Sie: Cash ist King. Sie streuen den Bürgern Sand in die Augen, und fast befürchte ich, Sie streuen sich selbst Sand in die Augen: Kameralistik-Sand für das Vogel-Strauß-Prinzip.

Wenn viel Geld da ist, dann kann für allerlei jamaikanische Wünsche auch viel Geld ausgegeben werden. Natürlich lebt es sich viel angenehmer, wenn man durchs Land fahren und Wohltaten unter die Leute bringen kann, als dem Gebot der Stunde folgend endlich einmal zu sparen. Sparen ist angesagt bei den weiter rapide ansteigenden Ausgaben. Gegenüber dem Vorjahr sind es allein 5 %. Gleichzeitig muss man in die vielerorts marode Infrastruktur investieren. Das kann man verbinden. Die Zukunftsfähigkeit des Landes lässt sich nämlich nur durch einen Zweiklang sicherstellen: haushaltspolitische Stabilität als Basis einerseits und eine moderne, wettbewerbsfähige Infrastruktur andererseits.

Vor diesem Hintergrund begrüßen wir ausdrücklich die deutlich gestiegene Investitionsquote, aber wir rügen die im Verhältnis zu den Mehreinnahmen recht geringe Schuldentilgung. Wir sind der Meinung, hier wäre durchaus mehr drin gewesen, wenn das Land schon einen so großen zusätzlichen Geldregen erhält.

Auch reicht es nicht aus, eine hohe Investitionsquote zu planen. Die geplanten Investitionen müssen dann auch umgesetzt werden, aber vor allem auch umgesetzt werden können. Da lag in der Vergangenheit doch der Hase im Pfeffer. Geld stand bereit, aber es fehlte an Planungs- und Umsetzungskapazitäten. IMPULS 2030 und auch MOIN.SH sind vorerst nicht viel mehr als große Sparschweine. Sie füllen diese Sparschweine, und, wie jedermann weiß: Gefüllte Sparschweine wecken Begehrlichkeiten.

Man muss erwähnen: Das Land Schleswig-Holstein zahlt seit 2017 sogenannte Verwahrenngelte, also Negativzinsen, in Höhe von fast 1 Million €. Solche Verwahrenngelte drohen auch für Ihre Sonderver-

mögen-Schatztruhen, die Sie hier fleißig füllen. Vor diesem Hintergrund ist es wahrlich besser, und es wäre auch angezeigt, das brachliegende Geld in die Schuldentilgung zu stecken, statt zusätzlich Negativzinsen zahlen zu müssen.

(Beifall AfD)

Schuldenabbau und Investitionen stehen oft in einem Zielkonflikt, schließen sich aber nicht aus. Die bisherigen Regelungen zu IMPULS 2030 boten aus unserer Sicht einen guten Kompromiss: Bereitstellen von Mitteln in einer ordentlichen, aber begrenzten Höhe, die sowohl eine Auflösung des Investitionsstaus im Land sicherstellt als auch den Fokus auf den so wichtigen Schuldenabbau richtet.

Mit den jetzt zur Debatte stehenden Änderungen beenden Sie diese maßvolle Politik. Sie klotzen jetzt und wissen selber, dass Sie mit dem Bau nicht hinterherkommen werden. Das eröffnet Ihnen aber dann ganz neue Spielräume für Aufgaben in den kommenden Jahren. So schaffen Sie nämlich Missbrauchspotenzial für die kommenden Haushalte. Aus den vermeintlich nur für Investitionen reservierten Töpfen können Sie mit übersichtlich komplexen Operationen zukünftig wieder karibische Ausgabenwünsche finanzieren, ohne dafür neue Schulden aufnehmen zu müssen. Das riecht ein wenig nach Taschenspielertricks. Aber letztlich ist es haushaltspolitische Kurzsicht. Und die kommt uns bekannt vor.

Auch die Vorgängerregierungen von der KüstenGroKo bis zur Küstenkoalition haben es nicht anders gehalten. Sie könnten hier also das Vertrauen in eine solide und zukunftsorientierte nachhaltige Haushaltspolitik stärken, indem Sie auf das Überzüchten dieser Sparschweine verzichten.

Ein zweiter notwendiger Baustein ist dann aber auch das Maßhalten bei den Ausgaben. Und das ist eindeutig nicht Sache der Regierung Günther. Ich sagte es schon: Über 5 % Ausgabensteigerung sind eindeutig zu viel, wenn wir uns ansehen, wofür das Geld ausgegeben wird.

Da sind, ja, zuerst natürlich die Kosten für die Bewältigung der Asyl- und Integrationskrise zu nennen. Mehr als 451 Millionen € sind allein hierfür im Landeshaushalt veranschlagt. Das ist eine Dreiviertel-Elbphilharmonie in einem Jahr. Das sind natürlich 451 Millionen € zu viel. Wir wissen, dass die enormen Kosten in diesem Bereich maßgeblich von der Entscheidung der noch geschäftsführenden Bundesregierung verursacht wurden: geltendes Recht zu brechen oder nicht anzuwenden, geltende

(Jörg Nobis)

Regeln links liegen zu lassen und es mit dem Grundgesetz nicht so genau zu nehmen.

Artikel 16 a Absatz 2 GG sagt es eindeutig:

„Auf Absatz 1“

- also die Gewährung des Asylrechts -

„kann sich nicht berufen, wer aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften oder aus einem anderen Drittstaat einreist, in dem die Anwendung des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten sichergestellt ist.“

(Zuruf Dennys Bornhöft [FDP])

Schauen Sie sich die Landkarte von Deutschland an, Herr Bornhöft, meine Damen und Herren, dann werden Sie sehen: Das trifft auf alle Länder zu. Deutschland ist umgeben von solchen Ländern.

„Dem Ausländer ist die Einreise zu verweigern, wenn er aus einem sicheren Drittstaat einreist.“

So heißt es wörtlich in § 18 Absatz 2 des Asylverfahrensgesetzes. Das ist geltendes Recht, meine Damen und Herren. Fast sämtliche Personen, die in den vergangenen drei Jahren hier eingereist sind, hätten unverzüglich in das jeweilige Einreiseland zurückgeschoben werden müssen, wie es im Amtsdeutsch heißt. Diese Rechtsauffassung wurde mittlerweile auch durch ein Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes

(Beifall AfD - Zuruf Oliver Kumbartzky [FDP])

- ich komme darauf noch zu sprechen - des Deutschen Bundestages bestätigt, wie Ihnen sicherlich bekannt ist. Die Bundesregierung lässt demnach nicht nur nicht erkennen, auf welcher rechtlichen Grundlage sie sich dem Gesetzauftrag zur Abweisung illegaler Einwanderer an der deutschen Außengrenze verweigert hat, auch hätte sie den Bundestag in eine Entscheidung einbeziehen müssen.

(Beifall AfD)

Das ist Rechtsbruch in weit mehr als einer Million Einzelfällen, und wir müssen hier und heute die fiskalischen Folgen der Merkel-Politik ausbaden. 451 Millionen € fehlen in diesem Jahr letztlich für Bildung und Soziales. 451 Millionen € fehlen auch für den Schuldenabbau. Und keine Besserung ist in Sicht.

(Zuruf Dennys Bornhöft [FDP])

Meine Damen und Herren, wir müssen nun mit den Realitäten umgehen. Wir wissen auch - das wollen auch wir sehen -, die Menschen sind ja nun einmal da.

(Zuruf: Ach!)

- Genau. - Wenn aber ein Gutteil dieser 451 Millionen € auf Leistungen entfällt, die von Gesetzes wegen oder aus Sachzwängen heraus kurzfristig auf Landesebene nicht verhandelbar sind, so ist ein Teil dennoch freiwillig und nach unserer festen Überzeugung auch überflüssig. Hierzu gehören insbesondere Maßnahmen zur Integration von Personen, die keine sichere Bleibeperspektive in Deutschland haben.

Die AfD-Fraktion beantragt daher, Maßnahmen der Arbeitsmarktintegration für diese Personengruppen einzusparen. Das sind dann 4,2 Millionen € weniger Ausgaben für unser Land.

Unsere Integrationsbemühungen sollten sich auf diejenigen Menschen konzentrieren, die tatsächlich einen Anspruch auf Asyl und auf eine langfristige Bleibeperspektive haben.

(Beifall AfD)

An einer anderen Stelle kann fast eine weitere Million € eingespart werden. „Stärkung der strukturellen Partizipation von Migrantinnen und Migranten“ heißt ein Titel im Einzelplan des Innenministeriums. Dieser Titel soll von geplanten 100.000 € im Jahr 2017 auf sage und schreibe 950.000 € in diesem Jahr steigen. Auf Nachfrage konnte uns das Ministerium nicht sagen, wie diese massive Steigerung zustande kommt, wofür das Geld also ausgegeben werden soll. Wir wissen es leider auch nicht. Zu befürchten steht aber, dass hier eine Integration durch die Hintertür stattfinden soll, dass hier Strukturen geschaffen werden sollen, welche die notwendige Rückführung noch stärker behindern.

Meine Damen und Herren, wir sind der Auffassung, dass wir statt einer Stärkung der strukturellen Partizipation eine Verabschiedungskultur benötigen, und beantragen daher die Streichung dieser Position im Haushalt.

(Beifall AfD)

Im Gegenzug beantragen wir zur Stärkung dieser Verabschiedungskultur die Erhöhung der Mittel für Rückführungen um 1 Million €. Wir erkennen dabei durchaus die Absicht der Landesregierung an, in diesem Bereich mehr zu machen. Sie haben diese Position im Vergleich zum Vorjahr ja bereits mehr als verdoppelt.

(Jörg Nobis)

Das Integrationsmanagement auf Landes- und kommunaler Ebene geht in eine ähnliche Richtung. Diese Landesregierung führt konsequent die Politik von Angela Merkel auf Landesebene weiter. Statt Rechtsstaat und Rückführung, anstatt einer Hilfe nur da, wo Hilfe wirklich nötig ist, wird hier die unkontrollierte Einwanderung über das Asylrecht befördert.

„Es ist aber notwendig geworden, dass wir sehr sorgsam überlegen, wo die Aufnahmefähigkeit unserer Gesellschaft erschöpft ist und wo soziale Vernunft und Verantwortung Halt gebieten.“

Bevor Sie sich gleich wieder echauffieren: Diese Selbstverständlichkeit formulierte Willy Brandt im Jahre 1973 in seiner damaligen Regierungserklärung. Das war ein Zitat von Willy Brandt. „Deutschland zuerst“, so könnte man das vielleicht heutzutage anders umreißen. Wir brauchen endlich ein Einwanderungsgesetz, das die Bedürfnisse und Kapazitäten Deutschlands wieder in den Mittelpunkt stellt.

(Beifall AfD - Zuruf CDU)

So wie Sie sich das in Ihrem Haushaltsantrag vorstellen, ist dies das Gegenteil davon. Das ist keine Politik für das deutsche Volk oder für das gesamte deutsche Volk, um im Duktus der Präambel unseres Grundgesetzes zu bleiben, es ist keine Politik, die wir als gewählte Volksvertreter gutheißen können.

(Beifall AfD)

Wir beantragen die Streichung dieser Position und sparen somit fast eine weitere Million € ein.

Auch die migrationsspezifische Beratung ist aus den Fugen geraten. Weniger ist hier mehr. Wir beantragen eine Kürzung um die Hälfte auf dann immer noch gewichtige 2,1 Millionen €. Sie sehen, Herr Andresen, wir streichen nicht alles auf null zusammen, sondern wir überlegen uns sehr genau und gucken uns die Posten an, bei denen wir etwas streichen wollen. Wir betrachten den Haushalt also sehr differenziert.

Aber ebenso wie auf Dolmetscherkosten, wie auf weitere über den Grundbedarf und die gesetzlich notwendige hinausgehende Förderung von sozialen Einrichtungen und nicht zuletzt wie auf die Förderung eines Wasserkopfes im Bereich der ehrenamtlichen Flüchtlingshilfe zeigen wir an vielen Stellen auf, wo Steuergelder eingespart werden können und nach unserer festen Überzeugung auch eingespart werden müssen.

(Beifall AfD - Zuruf Serpil Midyatli [SPD])

Ja, „Wehret den Anfängen!“, möchte man ausrufen. Stoppen Sie die Kostenexplosion in diesem Bereich, solange es noch nicht zu spät ist. Dieses Fass hat keinen Boden. Versuchen Sie nicht, es zu füllen!

An anderer Stelle geht es zwar um deutlich geringere Beträge, dafür aber um Beträge mit nicht minder fataler Wirkung. Ich spreche hier vom Aktionsplan „Echte Vielfalt“, konkret von der Förderung der sogenannten SCHLAU-Workshops, die von privaten Vereinen an den Schulen des Landes durchgeführt werden. Allem Anschein nach verstoßen diese sowohl gegen das Grundgesetz als auch gegen das Schleswig-Holsteinische Schulgesetz. Das Bildungsministerium hält diesen Verdacht für so konkret, dass es ihn seit Monaten überprüft. Gleichwohl will die Landesregierung die SCHLAU-Workshops weiterhin ungebremst fördern.

Wie erklären Sie das den Eltern schulpflichtiger Kinder, die darauf vertrauen, dass der Unterricht an den Schulen in Schleswig-Holstein rechts- und gesetzeskonform erfolgt? Damit, dass diese SCHLAU-Workshops in jedem Fall rechtmäßig sind? Steht das Ergebnis der Überprüfung vielleicht schon von vornherein fest? Der Umstand, dass Ministerin Prien trotz unserer Anfragen bis heute weder den Anlass noch die Art und Weise der Überprüfung der Workshops offenlegen will, gibt jedenfalls Anlass zur Sorge, ebenso, dass sie das Ergebnis der Überprüfung der SCHLAU-Workshops nicht veröffentlichen will.

(Beifall Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein [AfD])

Für uns ist schon heute klar: SCHLAU-Workshops, bei denen homosexuelle Workshop-Leiter den Kindern das Thema sexuelle Vielfalt aus autobiografischer Sicht vermitteln, können nicht wertneutral sein. Deshalb haben sie an staatlichen Schulen, die dem Neutralitätsgebot verpflichtet sind, nichts zu suchen. Nicht dass wir uns da missverstehen: Eine Sexualaufklärung zum Thema Homo-, Trans-, Bi- und sonstiger Sexualität soll an unseren Schulen sehr wohl stattfinden, aber durch Lehrkräfte, meine Damen und Herren, unter Beachtung des Neutralitätsgebots und nicht durch interessengelenkte Lobbyvereine.

(Zuruf Dennys Bornhöft [FDP])

Deshalb fordern wir schon jetzt: Setzen Sie den SCHLAU-Workshops an unseren Schulen ein Ende, Frau Ministerin! Stellen Sie deren finanzielle

(Jörg Nobis)

Förderung umgehend ein! Bezogen auf die Höhe des Haushalts sind die Beträge zwar überschaubar, aber jeder zu viel ausgegebene Euro ist einer zu viel.

Auch an anderen vielleicht weniger emotionalen Stellen geben Sie das Geld der Steuerzahler mit vollen Händen aus. Über 2 Millionen € soll die landesweit einheitliche Beschilderung von Bushaltestellen kosten. Hier stellt sich wirklich die Frage nach den Prioritäten im Land, meine Damen und Herren. Der ÖPNV krankt an allen Ecken, aber ganz sicher nicht an uneinheitlichen Haltestellen-schildern. Der Wirtschaftsminister ist aufgerufen, dafür Sorge zu tragen, dass der Nahverkehr zuverlässiger wird. Es interessiert aber keinen Pendler, der auf einen verspäteten Bus oder eine ausgefallene Bahn wartet, wie das Schild an der Haltestelle aussieht. Wir sagen Nein zu dieser Kosmetikmaßnahme, und wir sagen Nein zu dieser Geldverschwendung mit Ansage. Wir wollen verhindern, dass Schleswig-Holstein mit dieser Schilderposse im nächsten Schwarzbuch des Bundes der Steuerzahler auftaucht. Diese 2 Millionen € lassen sich woanders viel besser verwenden.

(Beifall AfD)

Weitere Einsparmöglichkeiten ergeben sich im Bereich der Energiepolitik. Sie wollen hier völlig sinnbefreit ein weiteres Sondervermögen schaffen. Es hört auf den wohlklingenden Namen „Bürgerenergie“ und soll mit 5 Millionen € noch mehr Windenergie subventionieren.

Meine Damen und Herren, wie sehr kann eine Landesregierung die Realität ausblenden? Schon heute fehlen die Leitungskapazitäten, um den Windstrom in die süddeutschen Industriegebiete zu leiten. Schon heute dreht der Strompreis bisweilen ins Negative. Schon heute subventionieren wir den Strom bis zu zweimal, erst bei der Erzeugung - Stichwort: Bürgerenergie - und dann bei der Entsorgung im Ausland. Diese Energiepolitik ist gescheitert, die der Bundesregierung ebenso wie die der Landesregierung. Als Folge der staatlichen Subventionssucht zahlen die kleinen Leute die Zeche. Strom braucht eben jeder, in Anlagen investieren kann aber nur, wer es sich leisten kann. Nur Großverbraucher können sich von Zusatzentgelten befreien lassen. Sie betreiben hier Klientelpolitik vom Feinsten. Als wohl einzige Partei in deutschen Parlamenten lehnt die AfD diesen ganzen Wahnsinn ab.

(Beifall AfD)

Wir kritisieren diese Energiepolitik aus technologischen, ordnungspolitischen und auch aus sozialen

Gründen. Dass die SPD - hier zwar nicht an der Regierung -, die diese Energiepolitik immer mehr, immer schlimmer mitträgt, in Umfragewerten mittlerweile auf unter 16 % gefallen ist, verwundert nicht. Sehr geehrter Herr Dr. Stegner: SPD noch 16 %, AfD 16 %. Hier sind die Gründe, wenn Sie mögen: 5 Millionen € Einsparungen, 2 Millionen € bei den Bushaltestellen, 15,4 Millionen € im Bereich der Bewältigung der Migrationskrise - dieses Geld kann besser verwendet werden, zum Beispiel bei der Unterrichtsversorgung.

Wir beantragen eine Verdopplung des Budgets für Vertretungs- und Aushilfskräfte oder auch im Bereich der inneren Sicherheit: So fordern und beantragen wir in einem ersten Schritt insbesondere die Schaffung von 35 zusätzlichen Anwärterstellen für den Polizeidienst, um wegen der anstehenden Pensionierungen über den Bedarf in die Ausbildung einzusteigen. In den kommenden Haushalten wird hier eine noch viel größere Kraftanstrengung zu erbringen sein.

Das für den Zusammenhalt und das Funktionieren einer Gesellschaft notwendige Grundvertrauen in den Staat und seine Fähigkeit, für Recht und Ordnung zu sorgen, ist aktuell beschädigt. Landauf, landab steigt das Gefühl von Kontrollverlust. Teilweise gibt es auch tatsächliche Kontrollverluste.

No-go-Areas mag es in Schleswig-Holstein noch nicht geben, in anderen Bundesländern sind sie leider bittere Realität. Wir haben die Aufgabe, ja die Verpflichtung, derartigen Entwicklungen entgegenzuwirken. Wir müssen das Vertrauen in einen robusten Rechtsstaat wieder zurückgewinnen.

Unsere Änderungsanträge zeigen hier den Weg: Stärkung der inneren Sicherheit einerseits, konkrete Maßnahmen gegen eine den Staat unterminierende „Asylnindustrie“ andererseits. Mit diesem Haushalt tragen Sie, Frau Ministerin Heinold, Schuld an der weiteren Verschleppung der Probleme dieses Landes. Da befinden Sie sich in prominenter Gesellschaft.

Ich komme noch einmal zurück auf das sich jetzt dem letzten Akt zuneigende Trauerspiel rund um die HSH Nordbank. Die jetzt anstehende Entscheidung, Verkauf oder Abwicklung der HSH Nordbank, wird Sie, Frau Ministerin Heinold, aber auch die Abgeordneten in Hamburg und hier im Haus in den kommenden Wochen beschäftigen. Wie viele Menschen durch den Verkauf oder die Abwicklung letztlich ihren Arbeitsplatz verlieren werden, ist noch völlig ungewiss. Absehbar ist aber, es werden hunderte Stellen insgesamt und vor allem hier bei

(Jörg Nobis)

uns in Kiel sein. Das ist das Ergebnis des großen Wahnsinns der vergangenen 15 Jahre.

Ich wage einmal eine kühne Prognose: Das Trauerspiel, das wir hier und heute mit der HSH Nordbank erleben, wird sich eines Tages auf europäischer Ebene mit der EZB und den ganzen deutschen „Eurorettungsmilliarden“ in anderer noch viel größerer Dimension wiederholen. Auch hier wird am Ende viel deutsches Steuergeld verbrannt werden, um den Euro zu retten.

Deutschland trägt mit einem Kapitalanteil an der EZB in Höhe von gerade einmal 18 % Haftungsrisiken in Milliardenhöhe. Zur Verdeutlichung: Die Deutsche Bundesbank hat bei Gründung der EZB 1,95 Milliarden € als Kapital eingezahlt, haftet aber mittlerweile im Rahmen des Europäischen Stabilitätsmechanismus ESM mit rund 190 Milliarden €. Dazu kommen Haftungsrisiken aus dem ESM-Vorgänger EFSF von insgesamt 300 Milliarden €, bereits vorher gewährte Hilfen an Griechenland, nicht zu vergessen die rund 882 Milliarden € Forderungen der Deutschen Bundesbank gegenüber dem TARGET2-System. Insgesamt, meine Damen und Herren, trägt Deutschland Gesamtrisiken von deutlich über einer Billion €.

Geht die ausufernde Geldpolitik der EZB eines Tages endgültig schief, wird sich der deutsche Steuerichel noch ganz verduzt die Augen reiben, und zwar genauso, wie sich heute die Hamburger und Schleswig-Holsteiner ob des Dramas der HSH Nordbank die Augen reiben. Jeder wird sich eines Tages fragen: Wie konnte das nur passieren? Genau wie wir uns heute fragen, wie das mit der HSH Nordbank nur passieren konnte. Mit dem Desaster der HSH Nordbank bekommen jedenfalls die Steuerzahler nun die Quittung für die vor einigen Jahren vorherrschende Gier im Markt der Schiffsfinanzierungen. Vor genau zehn Jahren hätte sich auch niemand den Absturz vom Sommer 2018 vorstellen können oder wollen. Nun ist die Misere da. Die Länder Schleswig-Holstein und Hamburg müssen bluten, bluten für Fehlentscheidungen von Politikern, die heute schon längst ihre üppigen Altersbezüge kassieren.

Die Parallelen sind offensichtlich. Jetzt gilt es, aus diesen Parallelen endlich einmal Lehren zu ziehen. Auf die Bundesebene können wir heute nur indirekt einwirken. Beim Landshaushalt hingegen sieht es anders aus. Hier können wir schon heute die Weichen für morgen stellen. Dem verweigern Sie sich mit Ihrem Haushaltsentwurf. Unzureichende Vorsorge für Risiken, völlig unzureichender Abbau von Schulden, stattdessen Auftürmen von Sonderver-

mögen, gleichzeitig Ausgabensteigerungen ohne Sinn und Verstand, keine ausreichenden Impulse für die Bildung und für die innere Sicherheit, zu wenig Geld für Rückführungen - nein, so geht es nicht!

Wenn Sie nun glauben, schlimmer geht es nicht, dann sehen Sie sich die Haushaltsänderungsanträge der SPD und des SSW an. Noch mehr Ausgaben, noch mehr Geld für linke Projekte, noch mehr Wahnsinn. Nein, so geht es nicht!

(Zurufe SPD und SSW)

Die AfD-Fraktion lehnt daher den Haushaltsentwurf der Regierungskoalition ebenso ab wie die Änderungsanträge von Jamaika, SPD und SSW. - Vielen Dank.

(Beifall AfD)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Das Wort für die Abgeordneten des SSW hat der Abgeordnete Lars Harms.

Lars Harms [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben schon in der ersten Lesung deutlich gemacht, dass sich der vorliegende Landshaushalt 2018 nicht so sehr von den Landshaushalten der Vorjahre unterscheidet. Das haben einige Vorredner auch schon erklärt. Darin spiegelt sich die Politik der Küstenkoalition durchaus wider und wird somit auch weitergeführt. Das begrüßen wir natürlich. Wie könnten wir auch anders!

Es ist auch klar, dass es in Einzelbereichen immer Unterschiede gibt. Die muss es auch geben, damit politische Alternativen sichtbar werden. Wir reden über einen Haushalt, der in großen Teilen gesetzlich oder faktisch vorgegebene Größen beinhaltet, die keine Regierung anders steuern könnte. Zu nennen sind da beispielsweise die hervorragenden Einnahmen aus Steuern und die vorgegebenen Kofinanzierungsmöglichkeiten aus Bundes- oder EU-Mitteln und alles, was durch Gesetze vorgeschrieben ist. Da gibt es keinen Spielraum, das sind die Rahmenbedingungen, die für alle gleich sind.

Es gibt allerdings schon Spielräume, die auf unterschiedliche Art und Weise genutzt werden können. Wir haben natürlich auch unsere Vorstellungen, die ich hier näher erläutern möchte. Vorausschicken möchte ich, dass wir versucht haben, die Dinge, die wir durchsetzen möchten, auch dauerhaft durch strukturelle Einnahmen oder strukturelle Ausga-

(Lars Harms)

bensenkungen gegenzufinanzieren. Man hat natürlich immer den Drang, Dinge zunächst kurzfristig aus einmal zur Verfügung stehenden Mitteln für ein Jahr zu finanzieren in der Hoffnung, dass sich später auch eine neue Finanzierung für eine laufende Ausgabe ergeben könnte. Ja, auf dem Papier kann man das so machen, aber man stellt dann Anträge an der verfassungsmäßigen Wirklichkeit vorbei.

Ich sage dieses, weil es vieles gibt, was wir alle gern wollen, was manchmal auch richtig teuer ist. Aber wir als SSW nehmen für uns auch als Opposition in Anspruch, nur Vorschläge zu unterbreiten, die wir auch in Regierungsverantwortung gegenfinanzieren könnten.

(Beifall SSW, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Wenn Sie, meine Damen und Herren, heute endgültig über unsere Vorschläge abstimmen, dann stimmen Sie politisch über unsere Vorschläge ab, und dann werden auch politische Unterschiede und Schwerpunkte deutlich. Das ist für die Demokratie auch gut so, es steht aber außer Frage, dass unsere Vorschläge finanzierbar sind. Natürlich gibt es auch Themen in unseren Beratungen, die manchmal mehr oder weniger sicher gegenfinanziert sind, und manchmal sind andere Vorschläge auf eine ähnliche Weise gegenfinanziert wie unsere. Da halten wir natürlich an unseren Empfehlungen fest. Allerdings haben wir natürlich eine grundsätzliche Haltung zu bestimmten Themen. Deshalb behalten wir uns in der Endabstimmung vor, entsprechend unserer politischen Prioritäten abzustimmen und somit ein Statement zu Dingen abzugeben, von denen wir nicht immer überzeugt sind, dass sie ohne Weiteres kurzfristig finanzierbar sind. Uns geht es aber darum, deutlich zu machen, welche weiteren Probleme, die wir vielleicht heute noch nicht lösen können, in der nächsten Zukunft jedoch gelöst werden müssen.

Sie sehen schon: Wir haben uns mit allen Anträgen auseinandergesetzt und versucht, immer ein wenig aus der Vogelperspektive darauf zu schauen. Das gilt, meine Damen und Herren, ausdrücklich nicht für die Vorschläge der AfD.

Kurzgefasst, und das konnten wir eben schon hören, bedeuten die Vorschläge der AfD nur: Flüchtlinge raus, egal ob wir einen Rechtsstaat mit Rechten für diese Menschen haben. Hinzu kommt ein Integration-Nein, wohl wissend, dass die Probleme dann größer werden. Aber das möchte man womöglich auch erreichen. Homosexuelle, andere Sexuelle und andere geschlechtliche Identitäten sollen nicht

unterstützt werden, weil nicht sein kann, was aus Sicht des AfD-Kleinbürgers nicht sein darf. Die Förderung von Minderheiten - wie die der Sinti und Roma - wird als politisch unbegründet abgelehnt, aber eigentlich nur deshalb, weil die Menschen eine ein wenig dunklere Hautfarbe haben als andere Menschen. Mit solchen menschenfeindlichen Vorschlägen braucht man sich wirklich nicht zu befassen. Sie sind an der Realität vorbei, und, meine Damen und Herren, sie sind an den Menschen in Deutschland vorbei.

(Beifall SSW, CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Kommen wir nun aber zu unseren Haushaltsvorschlägen. Wir begrüßen es sehr, dass es im Bereich der Justiz und im Bereich der Polizei weitere Fortschritte, insbesondere bei der Stellenausstattung, gibt. Wir haben aber immer noch nicht die Ziele erreicht, die eigentlich erreicht werden müssten, damit der Staat in diesen Bereichen wirklich vollständig handlungsfähig ist. Da ist zum Beispiel die Tatsache, dass wir im Bereich der Justiz die Vorgaben der Personalbemessung nach Pebbßy immer noch nicht geschafft haben. Das ist kein Vorwurf, weil wir aus unserer eigenen Regierungszeit wissen, wie schwierig das ist.

Wir sehen auch die Fortschritte, die gemacht werden, aber wir sind der Auffassung, dass auch geplante Stellenstreichungen nicht mehr umgesetzt werden sollten. Insgesamt sollen im Bereich der Gerichte und Staatsanwaltschaften 145 Stellen in den nächsten Jahren gestrichen werden. Wir meinen, dass wir diese Stellen brauchen und deshalb die kw-Vermerke aufgehoben werden müssen.

In der Sozialgerichtsbarkeit dauern jetzt die Verfahren bis zu zwei Jahre. Das heißt, wenn ich meinen Hartz-IV-Bescheid beklage, dann kann es passieren, dass ich erst nach sehr langer Zeit eine Entscheidung bekomme. Für die Betroffenen dauert das aber oft zu lange, und eigentlich bräuchten wir gerade in diesem Bereich einen Stellenpool, um die schlimmsten Probleme beheben zu können. Aber auch wer an die Verwaltungsverfahren im Asylbereich denkt, der weiß, dass diese Verfahren immer komplizierter und langwieriger werden. Wer das lösen will, braucht mehr Personal. Ähnliches gilt dann auch für die ordentliche Gerichtsbarkeit. Es kann nicht sein, dass Verfahren aus Kapazitätsgründen eingestellt werden oder sogar zeitlich auslaufen müssen, weil Fristen nicht mehr eingehalten werden können.

(Lars Harms)

Wie gesagt, meine Damen und Herren, das ist nicht als Vorwurf zu verstehen, sondern als Hinweis, dass wir hier noch mehr tun müssen, um den Rechtsstaat, den wir alle wollen, auch wirklich gewährleisten zu können.

(Beifall SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn wir über den Rechtsstaat reden, dann reden wir auch über die Polizei. Unsere Polizei macht eine hervorragende Arbeit, und sie kann diese hervorragende Arbeit nur leisten, wenn auch genügend Personal vorhanden ist. Für die Menschen, die wir jetzt ausbilden, brauchen wir auch Planstellen, damit sie in unseren Polizeidienst übernommen werden können. Für die Polizeibeamten, die schon tätig sind, sind Aufstiegsmöglichkeiten erforderlich. Da ist die Streichung von insgesamt 951 Stellen in den nächsten Jahren bis zum Jahr 2021 das völlig falsche Signal. Auch hier wollen wir die kw-Vermerke aufheben, damit genügend Stellen zur Verfügung stehen. Gleiches gilt im Übrigen auch für die kw-Vermerke bei den JVA-Bediensteten. Die Mitarbeiter bei der Polizei und im Justizvollzug machen eine hervorragende Arbeit, und sie verdienen unsere Unterstützung. Manchmal ist es besser, über neue Stellen nachzudenken, als nur zu veranlassen, dass die eine oder andere kleine Dienststelle auf dem Dorf bleibt. Das bringt uns flächendeckend jedenfalls nicht weiter.

Die zweite wirklich große Baustelle, die wir haben, ist eine Gerechtigkeitsfrage. Ist es gerecht, dass Lehrer in den Grundschulen immer noch schlechter bezahlt werden als andere Lehrer? - Wir meinen: nein. Es ist an der Zeit, auch den Grundschullehrern A 13 zu geben, und die Finanzierung dieser Maßnahme wäre machbar. Das ist für uns das entscheidende Kriterium. Wir sehen, dass noch nie so viele strukturelle Einnahmen da waren wie heute, und deshalb muss es möglich sein, die Grundschullehrer genauso zu besolden wie ihre Kollegen.

(Beifall SSW)

Übrigens, wir wären mit dieser Maßnahme nicht die Einzigen. Brandenburg und Berlin haben die Besoldungserhöhung schon beschlossen, und andere Länder werden folgen. Da wäre es klug, möglichst schnell nachzuziehen, weil die Grundschullehrer ansonsten mit den Füßen abstimmen und sich den Süden aufmachen. Gerade in den Grundschulen sollte es eben nicht zu einem noch größeren Lehrermangel kommen als ohnehin schon; denn schließlich werden dort die Grundlagen für zukünftige Lernerfolge der Kinder gelegt. Deshalb, meine Da-

men und Herren, brauchen wir A 13 für die Grundschullehrer, und zwar jetzt und nicht erst in einigen Jahren.

(Beifall SSW)

Die dritte große Herausforderung, die wir haben, ist die aktuelle Wohnungsnot, insbesondere in den städtisch geprägten Bereichen. Ja, es ist nett, wenn sich die Landesregierung dafür einsetzen will, dass auch Baugebiete in den ländlichen Gemeinden geschaffen werden können. Viel wichtiger wäre aber hier, wenn man schon vom Ziel der Verhinderung der Zersiedlung und der Minimierung des Flächenverbrauchs ein Stück weit abrückt, dass man dann auch für diese ländlichen Bereiche Vorgaben macht, die auch den sozialen Wohnungsbau ermöglichen. Wir brauchen nämlich nicht nur Einfamilienhausgebiete für Häuslebauer, sondern insbesondere Wohnraum für Menschen mit kleinem Einkommen. Es kann nicht sein, dass inzwischen selbst bei mir in Husum Familien keine bezahlbare Wohnung mehr finden können und aufs Land ziehen müssen. Wenn es schon so weit ist, dann läuft da etwas völlig aus dem Ruder, und da müssen wir gegensteuern, meine Damen und Herren.

(Beifall SSW und SPD)

Gleiches gilt im Übrigen auch für die Menschen, die wirklich die größte Wohnungsnot haben, die Wohnungslosen. Die Wohnungslosenunterkünfte in Schleswig-Holstein platzen aus allen Nähten. Deshalb muss hier schnell etwas getan werden. Wir brauchen mehr Wohnraum für diese Menschen und ein erweitertes Angebot an Beratung, damit sie eine Chance haben, wieder einen Platz in der Mitte der Gesellschaft zu finden. Deshalb wollen wir die Beratungsstellen der Wohnungslosen- und Straffälligenhilfe finanziell noch stärker unterstützen und dazu noch Neu- und Erweiterungsbauten von Notunterkünften fördern. Hier muss das Land Verantwortung übernehmen und die Kommunen in ihrer Arbeit unterstützen.

Der vierte inhaltlich große Punkt in unseren Anträgen ist ein vergleichsweise preiswerter Punkt, nämlich die kostenlose Entleihe in den Bibliotheken. Bibliotheken sind ganz spezielle Lernorte. Es darf nicht sein, dass der Zugang zu Medien in unseren Büchereien nur eingeschränkt möglich ist. Ja: Für einen Normalverdiener sind die Gebühren nicht hoch, jedenfalls wenn er oder sie die Bibliothek regelmäßig nutzt. Sieht man sich aber die unregelmäßigen Besucher an, stellt man fest: Sie werden durch hohe Jahresgebühren abgeschreckt. Dann gibt es noch diejenigen, die nicht unter die Ermässi-

(Lars Harms)

gungsregelung fallen und trotzdem nicht viel Geld haben. So wie wir als SSW für eine kostenlos zugängliche Bildung in allen Bereichen eintreten, meinen wir auch, dass dieser Bereich vollständig kostenfrei sein sollte.

Im Gegensatz zu Kita-Gebühren oder Schulbusfahrten, die sehr teuer sind, ist in diesen Bereichen der finanzielle Aufwand für das Land minimal und überschaubar. Wir könnten allerdings viel gewinnen, wenn wir die Büchereien zu Lernorten mit einer besonderen Qualität und zu allgemeinen Treffpunkten für die Bürgerinnen und Bürger ausbauen. In Zeiten von Fake-News oder eher oberflächlichen sozialen Medien wäre dies wirklich ein Quantensprung für die Bildung in unserem Land.

(Beifall SSW)

Im Übrigen passt hierzu, dass wir der Auffassung sind, dass die Medienkompetenzförderung und die Medienvielfalt weiter gestärkt werden müssen. Deshalb wollen wir, dass die Zuschüsse zu Medienkompetenzförderung nicht nur, wie geplant, erhöht werden, sondern dass dies auch als eine wichtige Aufgabe des Landes durch Verpflichtungsermächtigungen im Haushalt verstetigt wird. Dazu passt, dass wir uns im Finanzausschuss gemeinsam darauf verständigt haben, auch die Lokalradios weiter fördern zu wollen. Das finden wir richtig, weil so die mediale Vielfalt gestärkt wird. Das hat natürlich einen minderheiten- und sprachenpolitischen Aspekt, weil die Lokalradiostationen in diesen Sprachen senden.

(Beifall Ole-Christopher Plambeck [CDU])

In der ersten Lesung habe ich schon einmal deutlich gemacht, dass sich die Gespräche zwischen uns als Vertreter der dänischen und friesischen Minderheiten und der Landesregierung als fruchtbar erwiesen haben, was die Unterstützung der Minderheiten angeht. In der Zwischenzeit hat es weitere Gespräche und Verbesserungen gegeben. Das Nordfriisk Institut erhält einen besonderen Zuschuss, um seine Homepage zu erneuern und den Verkauf von Medien auch online abwickeln zu können.

Der dänische landwirtschaftliche Verein wird, wie in der letzten Legislaturperiode, unterstützt, um sein landwirtschaftliches Museum weiter auszubauen. Auch das Projekt „Haus der Minderheiten“ ist weiterhin im Haushalt enthalten und mit Verpflichtungsermächtigungen versehen. Das sind sehr wichtige Schritte. Wir nehmen durchaus wahr, dass die Landesregierung offen gegenüber den Vorstellungen und Wünschen der Minderheitenorganisationen ist. Wir begrüßen das sehr.

(Beifall SSW und Rasmus Andresen
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Es ist kein Geheimnis, dass wir auch zu weiteren Themen Gespräche geführt haben. Ein solches Thema drückt sich in einem unserer Anträge aus. Wir beantragen, dem dänischen Kulturverband SSF mehr Mittel zur Verfügung zu stellen, um unter anderem die neuen Aufgaben der internationalen Minderheitenarbeit bewältigen zu können. Ziel muss sein, zu einer Ziel- und Leistungsvereinbarung zu kommen, die dem Kulturverein Sicherheit gibt. Da sind wir gemeinsam auf einem guten Weg.

Das Gleiche gilt sicherlich auch für das Museumsprojekt der deutschen Minderheit in Dänemark. Auch da habe ich die Hoffnung, dass seitens der Landesregierung Offenheit besteht, mit der deutschen Minderheit ins Gespräch zu kommen. Dieses Projekt passt hervorragend zu den Bestrebungen, das hundertjährige Jubiläum der Grenzziehung von 1920 gemeinsam zu begehen. Das könnte noch eine richtig runde Sache werden. Ich hoffe, dass wir das gut hinbekommen.

(Beifall SSW und Rasmus Andresen
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich habe vorhin in Bezug auf die Grundschullehrer schon einmal über die Bildungspolitik gesprochen. Betrachtet man den Haushalt, so spiegelt er natürlich die politische Entscheidung wider, die Gymnasien zu stärken. Nach unserer Auffassung geht das auf Kosten der Gemeinschaftsschulen, wir haben das hier lang und breit diskutiert. Wir sehen aber noch einen Bereich, der extrem unterfinanziert ist: der Bereich der Ganztagschulen. Dabei ist es zunächst egal, über welche Art von Ganztagschulen wir reden. Alle Angebotsformen sind unterfinanziert. Um hier zumindest einen weiteren Fortschritt zu erreichen, wollen wir solche Angebote zusätzlich mit etwas mehr als 1,5 Millionen € fördern. Selbst das wäre nur ein überschaubar großer Schritt, immerhin aber ein erster Schritt. Hier passiert uns noch zu wenig. Das Ganze ist oft immer noch zu stark auf zufällig vorhandene Möglichkeiten aufgebaut.

Wir begrüßen als SSW zum Beispiel die Weiterführung der Bemühungen um den Sport. Da ist vieles gut und richtig. Die Arbeit der Küstenkoalition wird da weitergeführt. Wir müssen jetzt aber sehen, wie so etwas auch im Ganztagsschulbereich etabliert werden kann. Da hapert es. Das liegt oft und gerade an den finanziellen Möglichkeiten. Die schönsten Initiativen im Sport nützen aber wenig, wenn die Ganztagsangebote für Nachwuchs in die-

(Lars Harms)

sem Bereich nicht auf die Beine gestellt werden können. Da müssen und können wir besser werden.

Dieses Beispiel des Sports ist austauschbar. Man kann es auch auf musische Geschichten und Kultur und viele andere Dinge übertragen. Vieles ist abhängig davon, dass Geld zur Verfügung gestellt wird. Es ist noch nicht genügend Geld im System. Deshalb brauchen wir bei den Ganztagschulen mehr Mittel aus dem Landeshaushalt.

(Beifall SSW)

Wenn wir nun schon im Bildungsbereich sind, so kann ich sagen, dass wir natürlich die Erhöhung im Budget der Volkshochschulen begrüßen. Wir meinen allerdings auch, dass sie immer noch zu gering ausfällt. Bei der künftigen Kontraktförderung müssen auch Preis- und Lohnsteigerungen berücksichtigt werden, denn das war dort immer das größte Problem. Deshalb sollten die Verpflichtungsermächtigungen in diesem Bereich entsprechend angepasst werden. Wir wollen Planungssicherheit für die Volkshochschulen, weil sie ein niedrigschwelliges, aber eben auch besonders personalintensives Bildungsangebot für breite Teile der Bevölkerung anbieten. Das muss gegenfinanziert werden. Dieses Angebot darf nicht nur gesichert, sondern muss auch ausgebaut werden.

Wenn es übrigens um die Sicherung und den Ausbau von Maßnahmen geht, so verwundert es immer wieder, dass wir im Bereich der Digitalisierung zwar Projekte anschieben, oft aber nicht weiterführen. Besonders gravierend scheint dies im Bereich von E-Health zu sein. Es gab schon eine Vielzahl von Projekten, die modellhaft in Arztpraxen und Krankenhäusern zusammen mit den Hochschulen umgesetzt worden sind und von Erfolg gekrönt waren. Wenn aber die Projektgrundlage entfällt und das Projekt sozusagen an den Markt gehen soll, brechen die Finanzmittel zur dauerhaften Einführung dieser Maßnahmen immer wieder weg. Meistens suchen findige Projektmanager dann nach ähnlichen Projektmöglichkeiten, um das Gleiche noch einmal in einem anderen Projekt umsetzen zu können. Das kann es aber eigentlich nicht sein.

Deshalb wollen wir, dass ein Fonds in Höhe von 2 Millionen € in 2018 und von jährlich 3 Millionen € ab 2019 eingerichtet wird, der es ermöglicht, Zuschüsse zur dauerhaften Umsetzung von Modellvorhaben im Bereich E-Health zu geben. So könnten wir erfolgreiche Projekte im richtigen Leben weiterführen. Es wäre ein wesentlicher Gewinn für die Gesundheitswirtschaft und damit für die betroffenen Patienten.

Apropos Riesengewinn: Für die Tierheime beginnen jetzt endlich bessere Zeiten. Es freut uns, dass wir mit unseren Initiativen für eine verbesserte Förderung der Tierheime Erfolg hatten. Zwar fällt die Förderung durch Jamaika nicht so hoch aus, wie wir es uns vorstellen, aber immerhin: Ein Anfang ist gemacht.

Es muss aber klar sein, dass die Tierheime sowohl bei der institutionellen Förderung als auch bei der Investitionsförderung weitere Planungssicherheit brauchen. Der Kollege Andresen hat es gerade eben deutlich gemacht: Die Tierheime haben nicht viele liquide Mittel, und auch die Kommunen, von denen häufig nur die Standorte zur Verfügung gestellt werden, haben oft nicht genug Geld. Deshalb muss klar sein, dass man bei den Investitionsfördermitteln nicht auf einen hohen Eigenanteil setzen kann. Der Löwenanteil muss aus den Fördermitteln selbst bestritten werden, weshalb wir sicherlich auch in den Folgejahren Geld für die Investition in Tierheime zur Verfügung stellen müssen. Trotzdem ist erst einmal ein Anfang gemacht. Wir freuen uns deshalb, dass unsere Initiativen zugunsten der Tierheime so einen Erfolg gehabt haben.

Wir haben natürlich noch eine Anzahl weiterer Haushaltsanträge gestellt, die insbesondere im sozialen Bereich wirken sollen. So wollen wir die Soziokultur stärker fördern, weil wir der Auffassung sind, dass die vielen Ideen, die es dort gibt, wirklich in die Breite wirken müssen. Das meinen wir einerseits inhaltlich, weil hier natürlich Angebote geschaffen werden, die es sonst schwer hätten, sich am Markt durchzusetzen, und andererseits räumlich, weil es soziokulturelle Zentren in allen Teilen des Landes gibt.

Weiter wollen wir die Frauenberatung und erstmals das Zentrum selbstbestimmtes Leben, eine Interessenvertretung von Menschen mit Behinderung für Menschen mit Behinderung, besser fördern.

(Beifall Wolfgang Baasch [SPD])

Gefreut hat uns, dass wir uns mit den Regierungsfractionen einig sind, dass das PETZE-Institut eine wesentlich stärkere Förderung benötigt, um die Beratungsinfrastruktur weiter auszubauen.

(Beifall SSW, vereinzelt CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Hier wird eine tolle Arbeit geleistet, die es zu unterstützen gilt. Das Gleiche gilt auch für die HAKI. Wir sind uns mit den Regierungsfractionen einig, dass wir die Rechte von trans- und intersexuellen Menschen stärken müssen. Wir wollen die Bera-

(Lars Harms)

tungsstelle stärker fördern, damit diese Rechte geltend gemacht werden können. Die Regierungsfaktionen legen den Schwerpunkt eher auf Geflüchtete und auf Antidiskriminierungsprojekte. Beides ist, glaube ich, richtig und zeigt, dass wir mit den heutigen Haushaltsberatungen noch nicht am Ende der Diskussion angelangt sind. In diesem Bereich bewegt sich etwas, und das sehen wir wirklich positiv.

Sie können meinen Ausführungen entnehmen, dass wir durchaus eine differenzierte Haltung in den Haushaltsberatungen einnehmen. Es gibt unterschiedliche Auffassungen zu den Koalitionsvorstellungen. Das braucht man nicht zu verwischen. In der Bildungspolitik sehen wir Unterschiede, beim Mindestlohn und bei der Tariftreue sind wir nicht einig, und für uns ist es auch wichtig, den Rechtsstaat noch mehr zu stärken. Hier gibt es Unterschiede in der Sichtweise. Gleiches gilt bei sozialen Projekten. In den Abstimmungen zu den Einzelplänen und einzelnen Vorschlägen wird dies deutlich werden.

Es gibt aber auch durchaus Gemeinsamkeiten. Dass an IMPULS festgehalten wird, finden wir richtig. Es kommt jetzt darauf an, das vorhandene Geld zu nutzen. In diesem Zusammenhang begrüßen wir zum Beispiel die institutionelle Förderung der Wasser- und Bodenverbände und die Möglichkeit der Förderung des Ausbaus der Schöpfwerke. Das ist überall im Land ein erhebliches Problem, das jetzt angegangen wird. Wenn in Zukunft auch der Straßenausbau noch besser und schneller vorankommt und möglicherweise auch die Planungsgrundlagen etwas verbessert werden, ist auch das begrüßenswert. Auch im Naturschutz sehen wir mit diesem Haushalt gute Perspektiven. Selbst der Küstenschutz wird besser ausgestattet - ein Herzensanliegen von uns. Am Ende gab es auch noch einen finanziellen Schub für die Kultur im Land. Darauf ist schon hingewiesen worden. Auch da hat man die Kurve gekriegt.

Es ist unser klarer Eindruck, dass die Politik in Schleswig-Holstein auch bei diesen Haushaltsberatungen für Argumente offen ist und die Landesregierung Gesprächsbereit ist. Das begrüßen wir, und hier wollen wir weiter im Dialog bleiben. Es ist unser Anspruch, auch aus der Oppositionsrolle heraus politische Entscheidungen zum Positiven hin zu beeinflussen. Wenn die Koalition wie in diesen Haushaltsberatungen für Vorschläge aus der Opposition offen ist, kann dies für das Land nur gut sein. Es gibt Unterschiede, die in den Abstimmungen deutlich werden, aber es gibt auch eine Gesamtverantwortung für das Land, die wir als skandinavisch

orientierte Oppositionspartei wahrnehmen wollen. Das Land braucht einen Haushalt und eine handlungsfähige Regierung. Das sehen wir gerade auf Bundesebene. Die Inhalte des Haushalts stehen überwiegend nicht im Gegensatz zu unserer SSW-Politik. Deshalb stimmen wir in der Endabstimmung dem Gesamthaushalt zu. - Vielen Dank.

(Beifall SSW, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, Wolfgang Baasch [SPD] und Özlem Ünsal [SPD])

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Das Wort hat Ministerpräsident Daniel Günther.

Daniel Günther, Ministerpräsident:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Es sind die Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner, denen wir die gute Haushaltslage zu verdanken haben. Sie sind es, die Steuern zahlen, sie sind es, die Schleswig-Holsteins Wohlstand erwirtschaften. Damit sind sie es auch, die uns in die Lage versetzen, gute Entscheidungen für Schleswig-Holstein zu treffen.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Die gute Haushaltslage ist Verdienst der fleißigen Menschen im Land, Verdienst der Politik ist es erst dann, wenn sie mit dem Geld der Menschen gut umgeht.

Das nehme ich für diese Koalition in Anspruch. Wir nutzen die Finanzlage des Landes optimal. Wir treffen unsere Entscheidungen mit großer Sorgsamkeit zum größtmöglichen Nutzen Schleswig-Holsteins. Dass wir diesen Entscheidungsspielraum haben, hat auch etwas mit der Haushaltsführung unserer Vorgänger zu tun. Sie haben den Grundstock gelegt für das IMPULS-Programm. Auch wie es uns immer geärgert hat, als wir in der Opposition waren und wir auch auf unsere eigene Regierungsverantwortung zurückgeguckt haben, sage ich in aller Klarheit: Den Überschuss 2017 nehmen wir nicht für uns allein in Anspruch, nein, es ist eine Gemeinschaftsleistung mit der Albig-Regierung.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Wir sind in der glücklichen Lage, diese Mittel kräftig aufstocken und so den Sanierungsrückstand noch schneller beseitigen zu können. Wir stellen uns damit der Verantwortung für unser Land, wie sich auch die Vorgängerkoalition dieser Verantwor-

(Ministerpräsident Daniel Günther)

tung gestellt hat, zwar mit anderen Schwerpunkten, aber immer mit dem Anspruch, der großen Verantwortung für die Bürger gerecht zu werden. Dafür war und ist solide Haushalts- und Finanzpolitik von Monika Heinold Garant. - Liebe Monika Heinold, vielen Dank für die hervorragende Arbeit in den vergangenen Monaten.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Unser erster echter Jamaika-Haushalt ist ein stimmiger Dreiklang aus Schuldentilgung, Sanierung der Infrastruktur und Investitionen in Bildung und damit in Zukunft. Dieser Haushalt ist die Grundlage, unser Land zu gestalten, und das tun wir auch - mit der Rekordsumme von über 1 Milliarde € für Investitionen, unter anderem für Mobilität, Digitalisierung, Bildung, Kultur und Gesundheit. Wir erreichen eine Investitionsquote, die sich mit knapp 10 % wieder sehen lassen kann. Wir schieben den ersten Teil der Viertelmilliarde für die kommunale Familie an, damit sie ihre Aufgaben erfüllen kann. Erstmals planen wir schon in der Haushaltsaufstellung mit einer Schuldentilgung in dreistelliger Millionenhöhe. Damit ziehen wir die Linien, an denen entlang sich Schleswig-Holstein weiterentwickeln soll.

Wir setzen Impulse, die unser Land sicherer, schlauer, gerechter und attraktiver machen. Viele Bereiche können wir mittlerweile so ausfinanzieren, dass sich die rein quantitativen Fragen erledigt haben. Unsere geplanten Ausgaben für Investitionen haben sich im Vergleich zu 2014 fast verdoppelt. Das heißt, wir können inzwischen in Qualität investieren. Für ein kleines, nicht gerade reiches Land wie Schleswig-Holstein ist das eine gute Nachricht.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Lieber Herr Dr. Stegner, Sie sollten sich bei der Auseinandersetzung schon überlegen - ich bin auf Ihre Rede gleich gespannt -, für welchen der Vorwürfe, die die Kollegin Raudies erhoben hat, Sie sich entscheiden. Denn beides gleichzeitig ist wenig glaubhaft. Auf der einen Seite werfen Sie uns vor, wir setzten die Haushaltspolitik der Küstenkoalition fort, auf der anderen Seite sagen Sie, dieser Haushalt sei ein Armutszeugnis für Schleswig-Holstein. Ich bin gespannt, für welchen Weg Sie sich bei Ihrer Formulierung entscheiden, Herr Dr. Stegner.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP - Zurufe CDU: Wieder beides!)

Unsere Herausforderung ist - und vor der stehen auch andere Länder -: Wie kriegen wir die Mittel ausreichend schnell verbaut? Wir müssen insbesondere die Investitionen aus dem IMPULS-Programm besser an Land bringen. Das Geld steht bereit. Es muss jetzt verbaut werden, ohne dass wir Gefahr laufen, am Markt vollkommen überhöhte Preise zu zahlen. Dafür setzen wir an verschiedenen Stellen an.

Beim Bund setzen wir uns dafür ein, dass in den Planverfahren Hürden abgebaut werden, damit rascher investiert werden kann. Den Kommunen sagen wir: Eure Mittel stehen bereit, um in Schleswig-Holstein Dynamik zu entfachen; ihr müsst jetzt aber auch zugreifen. Als Land schaffen wir neue Stellen, um das Problem der vergangenen Jahre zu bewältigen: Wir stellen Planer ein, wir richten einen neuen Studiengang für Bauingenieure ein. Die Zahl der Ausbildungsstellen beim Land steigt im Vorjahresvergleich um 16 % von 1.960 auf 2.264 Lehrstellen. Die neue mittelfristige Stellenplanung des Landes ist ehrgeizig. Die Rekordbudgets für Investitionen machen auf Dauer nur glücklich, wenn wir auch das erforderliche Personal für diese Investitionen haben.

Meine Damen und Herren, die größten qualitativen Verbesserungen erreichen wir mit diesem Haushalt bei Bildung und Sicherheit. 890 Lehrerstellen mehr als ursprünglich geplant. Damit untermauern wir unsere Bildungsoffensive eindrucksvoll, und die Mehrausgaben für Wissenschaft und Kitas kommen noch dazu. Insgesamt machen wir mit diesem Haushalt einen bildungspolitischen Quantensprung. Besser kann man nicht in die Zukunft investieren.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Bei Polizei und Justiz stocken wir ebenfalls kräftig auf. An unseren Gerichten, auf unseren Polizeidienststellen und in unseren Justizvollzugsanstalten wird mit diesem Haushalt vieles besser. Die höhere Erschweriszulage und die geringere Wochenarbeitszeit im Schichtdienst werden unsere Beschäftigten entlasten. Hier übernehmen wir soziale Verantwortung. Natürlich stärken wir den Zusammenhalt in Schleswig-Holstein mit 2 Milliarden € für soziale Sicherung, Familie und Jugend sowie Arbeitsmarktpolitik. Nur wer diese Fakten ignoriert, kann behaupten, diese Landesregierung kümmere sich nicht um die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und das Soziale.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

(Ministerpräsident Daniel Günther)

Frau Raudies, Sie haben sich eben überrascht gezeigt, dass diese Landesregierung die Gehalts- und Besoldungsstruktur überarbeitet. Das steht übrigens in unserem Koalitionsvertrag drin. Ihr Kernvorwurf lautet am heutigen Tag allen Ernstes, das komme zu spät, weil wir das erst in diesem Jahr vorbereiten. Da sage ich Ihnen: Mit „zu spät“ kennen Sie sich ja aus, denn die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Schleswig-Holstein hielten Sie für deutlich glaubwürdiger, wenn Sie in den letzten fünf Jahren, als Sie dieses Land regiert haben, Ihre Wertschätzung für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter entdeckt hätten und nicht erst sechs Monate später, als Sie in die Opposition gekommen sind. Das ist nicht glaubwürdig, Frau Kollegin Raudies.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Meine Damen und Herren, wir sind die Koalition, die Tempo macht, die anpackt und die gleichzeitig vorausschauende Finanzpolitik betreibt. Denn wir wissen, dass auf dem weiteren Weg Risiken und Unwägbarkeiten lauern: Wie geht es weiter mit der Konjunktur? Wann kommt die Zinswende an den Europäischen Finanzmärkten? Wie wird das Ergebnis der HSH-Schlussrechnung aussehen? Was bringt unserem Land die mögliche neue Große Koalition? - All das haben wir im Blick. Das wenigste davon haben wir in eigener Hand - so viel Demut darf sein. Aber auch auf die Ergebnisse in Berlin haben wir Einfluss genommen. In diesem Punkt habe ich mich gemeinsam mit anderen aus Schleswig-Holstein dafür starkgemacht. Deswegen will ich an dieser Stelle ausdrücklich allen, die mitverhandelt haben, danken. Das will ich insbesondere auch dem Herrn Oppositionsführer Dr. Stegner heute sagen: Ich bin Ihnen sehr dankbar für die vertrauensvolle Zusammenarbeit, die wir beide in Berlin geleistet haben. Ich finde, das ist keine Selbstverständlichkeit - gerade bei Ihnen, dem nicht der Ruf vorausseilt, dass Sie die Interessen der Sozialdemokratie nicht hochhielten. Dass Sie in den Gesprächen auch gemeinsam mit mir gesagt haben: Wir versuchen das, was für unser Land wichtig ist, gemeinsam in den Mittelpunkt zu stellen, und jeder kämpft an seiner Seite dafür, dass möglichst viel für Schleswig-Holstein dabei herausgekommen ist, dafür bin ich Ihnen zutiefst dankbar. Das war richtig für unser Land, dass wir das gemeinsam gemacht haben.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, vereinzelt SPD und Beifall Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Genauso dankbar bin ich für den Einsatz dafür, dass diese Koalition in Berlin auch zustande kommt. Denn das sage ich in einer Haushaltsberatung: Es ist schon nicht leicht, dass in Berlin jetzt so lange nicht regiert wird. Wir brauchen aus Berlin die Unterstützung. Deswegen ist es wichtig gewesen, dass wir uns auch in Berlin gemeinsam dafür eingesetzt haben, dass in diesem Koalitionsvertrag viele Dinge stehen, die auch bei uns in den nächsten Jahren haushaltsrelevant werden: 10 Milliarden € für den Glasfaserausbau sind geplant, 5 Milliarden € für den Digitalpakt - zeitlich ein bisschen nach hinten gestreckt, das ist die negative Nachricht, aber das Geld kommt jetzt immerhin. Die bisherigen Finanzprogramme für die Kommunen werden fortgeführt, Städtebauförderung, Integration - kräftige Unterstützung. Beim Wohnungsbau die Wohnraumoffensive: 1,5 Millionen neue Wohnungen und Eigenheime. Allein den sozialen Wohnungsbau wird der Bund mit 2 Milliarden € zusätzlich fördern. Ich will die ganzen Punkte, die uns auch anderweitig politisch helfen - im Energiebereich - gar nicht aufzählen, aber die maritime Wirtschaft und Wissenschaft wird wieder stärker in den Fokus der Bundespolitik gerückt, für Hochwasser und Küstenschutz bekommen wir in den nächsten Jahren mehr Geld. All das sind gute Gründe, dafür zu stimmen - trotz mancher Schwierigkeiten. Ich habe mir auch eher eine andere Koalition auf Bundesebene gewünscht, aber jetzt, so glaube ich, sollten wir bei den Erfolgen, Herr Dr. Stegner, die wir auch gemeinsam in den Verhandlungen erzielt haben, im Interesse Schleswig-Holsteins dafür werben, dass diese Große Koalition in Berlin kommt. Ich glaube, es wäre für unser Land wichtig, dass dort wieder regiert wird.

(Beifall CDU und Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

All das ist gut für Schleswig-Holstein. Diese Entscheidungen eröffnen Schleswig-Holstein neue Perspektiven für Wertschöpfung.

(Zuruf - Christopher Vogt [FDP]: Sollen wir rausgehen?)

Doch Finanzpolitik in Schleswig-Holstein wird auch zukünftig kein Wunschkonzert sein, sondern immer eine Politik mit Augenmaß für klug gesetzte Schwerpunkte. Mit uns gibt es deshalb gezielte Investitionen in Bildung, Sicherheit, Soziales, Digitales und Energie - mit klarem Ergebnis: Die Infrastruktur in Schleswig-Holstein kommt voran. Wir schützen unsere Umwelt. Das Land wird klüger, die Menschen leben sicherer. Für diese Fortschritte ist unser Haushalt die Grundlage - nicht mehr, aber auch nicht weniger.

(Ministerpräsident Daniel Günther)

Schleswig-Holstein kann mit großer Zuversicht nach vorne schauen. Lange waren die finanziellen Rahmenbedingungen nicht so gut wie heute. Den Steuerzahlern und den Unternehmen in unserem Land sei es gedankt. Wir gehen verantwortungsvoll mit den Steuereinnahmen um. Wir investieren in Chancen, wir achten auf Risiken, und wir gestalten unser Land. Dafür steht die Küs - -

(Heiterkeit SPD - Beifall Wolfgang Baasch [SPD], Özlem Ünsal [SPD] und Lars Harms [SSW])

Dafür steht die Koalition aus Jamaika hier in Schleswig-Holstein. - Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Bevor ich jetzt dem Oppositionsführer, Dr. Ralf Stegner, von der SPD-Fraktion, das Wort erteile, möchte ich die Restredezeiten der Fraktionen nennen. Für die SPD sind das 17 Minuten, für die CDU 9 Minuten, für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 7 Minuten, für die FDP 11 Minuten, für die AfD 4 Minuten und für den SSW 7 Minuten.

Das Wort hat jetzt der Herr Oppositionsführer Dr. Ralf Stegner von der SPD-Fraktion.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Um so einen Haushalt präsentieren zu dürfen, Herr Ministerpräsident, muss man schon unverschämt viel Glück haben. Insofern will ich durchaus würdigen, dass Sie den Anteil der Vorgängerkoalition daran gewürdigt haben. Ich finde, das ist fair. Das muss man nicht tun, dass Sie das machen, spricht für Sie. Das will ich ausdrücklich hervorheben.

Ich möchte auch sagen, dass ich Ihre Worte durchaus teile, die Sie zu der Frage geäußert haben, was das Thema der Vertretung von Landesinteressen im Bund angeht. Ich finde in der Tat - bei allen parteipolitischen Unterschieden, die wir haben -, wenn es um die Frage geht, etwas für das Land zu tun, hat jeder hier eine Verpflichtung, egal welche Rolle er oder sie in der Regierung oder in der Opposition hat. Insofern bekenne ich mich auch dazu. Ich stimme Ihnen sogar noch in einem dritten Punkt zu - dann muss es aber gut sein -,

(Heiterkeit)

dass natürlich gerade diejenigen, die sich nach monatelangen Beratungen in Berlin vom Acker ge-

macht haben, die Schlechtesten sind, uns immer wieder einmal zu beraten, was wir eigentlich tun sollten. Das wollte ich an der Stelle sagen.

(Beifall SPD und SSW)

Da gibt es andere, die mehr Verantwortung zeigen. Das will ich gern sagen.

(Christopher Vogt [FDP]: Wir können ja mal durchzählen!)

Aber um zum Glück zurückzukehren: Beim Fußball wäre es eine Steilvorlage für Sie, und zwar eine Steilvorlage, die ohne eigenes Zutun aus heiterem Himmel kommt. Der Ball wurde Ihnen quasi aus dem Nichts direkt vor das Tor gelegt. Sie müssten nicht einmal stoppen oder die Richtung ändern, Sie müssten die Vorlage einfach nur annehmen, um sie zu verwandeln.

(Serpil Midyatli [SPD]: Ohne Torwart!)

Das tut die Regierung aber nicht. Um im Bild zu bleiben: Sie haben den Ball mit Mühe und Not unter Kontrolle gebracht, verstoßern Ihre Chance und kicken rückwärts hin und her. Der Haushalt zeigt nämlich, was Ihnen dann doch fehlt: Ideen, Konzepte, Mut, manchmal auch die schlichte Bereitschaft, Ihre eigenen Wahlversprechen einzuhalten.

Aber in einigen Feldern setzten Sie - das will ich klar sagen - die guten Projekte der Vorgängerregierung fort und stocken das auch noch auf. Dafür gibt es auch von mir heute Lob ohne jede Einschränkung, das ist so.

(Beifall SPD und SSW)

Schon in der Bibel heißt es ja: Man freut sich über den reuigen Sünder deutlich mehr als über jeden anderen. Da haben viele aus den Reihen der CDU und FDP mächtig dazugelernt. Chapeau, meine Damen und Herren! Das ist gut. Erstaunlich ist aber schon - das muss ich sagen -, wie das zustande gekommen ist, wo Sie sich doch vorher mit der Kritik an uns förmlich überschlagen haben. Dieser Salto mortale ist politisch wirklich eindrucksvoll.

Ich habe trotzdem gesagt: Wenn man schaut, was an Neuem dazukommt, dann muss man sagen, dass doch mehr Rumschnacken als Anpacken herrscht. Da wäre eine SPD-Beteiligung an der Regierung zu deutlich mehr Ideen gekommen. Sie merken das auch bei unseren Haushaltsanträgen,

(Lachen CDU)

zumal man sagen muss: Für die Aufstockung unserer Projekte müssen Sie sich nicht viel Mühe geben,

(Dr. Ralf Stegner)

weil Ihnen das Geld ja förmlich aus den Ohren kommt.

Sie gründen eifrig Arbeitskreise, von denen schon jetzt klar ist, dass sie kein Resultat hervorbringen werden, sondern PR-Gags sind, zum Beispiel das Zukunftslabor. Den arbeitnehmerfeindlichen Unfug mit dem bedingungslosen Grundeinkommen, den wird der schwarze Teil Ihrer Regierung schon verhindern, aber Herr Kollege Vogt, ernsthaft hier zu sagen, es sei Zeichen von Nachdenken, wenn man Gutachter beschäftigt, die etwas für einen tun? - Ich finde: Denken sollte man schon noch selbst.

(Beifall SPD)

Was Ihre Kollegin da vorgetragen hat, ist schon reichlich absurd.

(Zurufe FDP)

- Entschuldigung, es war der Kollege Andresen, Verzeihung, der das gesagt hat, aber ich fand es trotzdem falsch. Ich will Sie nicht in Anspruch nehmen, zu Ihnen komme ich noch, Frau Kollegin.

Aber man sieht eben, dass solche Arbeitskreise auch Ausdruck davon sind, dass die Gemeinsamkeiten in der Traumkoalition eben doch nicht so toll sind. Ich nehme einmal das Thema Glyphosat: Da schießen Sie ein glattes Eigentor und jubeln auch noch, weil Sie nicht merken, dass Sie ins falsche Tor getroffen haben. Seit Dezember 2017 lassen Sie unseren Antrag im Ausschuss verhungern - aus einem Grund: weil Sie selbst bei simplen Dingen keine Einigung hinbekommen.

(Christopher Vogt [FDP]: Was macht denn die Bundesregierung?)

Mittlerweile ist es überall nachgewiesen: im Grundwasser, in den Böden und auch in den Lebensmitteln. Sie wissen, wer dafür verantwortlich ist. Beim Ausstieg kann es nicht mehr um das Ob gehen, sondern allenfalls um das Wie. Was machen Sie? - Sie lassen irgendeine Strategie für die nächsten drei Jahre erarbeiten. Ich kann nur sagen: Sie mögen das im Ausschuss per Vertagung erledigen, aber die Koalitionsharmonie ist da wirklich schwach.

(Christopher Vogt [FDP]: Und in Berlin? - Serpil Midyatli [SPD]: Das waren nicht wir!)

Ich muss sagen, Herr Bundesvorsitzender der Grünen, das ist echt eine schwache Performance beim Thema Glyphosat hier in Schleswig-Holstein, das muss ich schon sagen.

(Beifall SPD - Zuruf Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir haben uns angeguckt, was Sie gemeinsam so treiben. Das ist in Teilen ja durchaus komisch - darüber will ich mich als Oppositionsführer gar nicht beschweren -, denn die Verrenkungen, die Sie in Ihren Arbeitskreisen so machen, haben ihre eigene Komik. Gesund ist das auf Dauer nicht. Auch die B-Note reicht übrigens selbst in der olympischen Provinz nur für die hinteren Plätze, obwohl Sie sich mit Geld ordentlich dopen. Man kann immerhin sagen, dass Sie da nichts auslassen; aber es kommt vergleichsweise wenig dabei raus.

Sie wissen gar nicht, wohin mit dem Geld, weil es Ihnen erkennbar an eigenen Projekten mangelt. Sie laufen mit der Gießkanne durchs Land und verteilen Millionen - hier ein Projekt für die Grünen, da eines für die Schwarzen, da eines für die FDP -, und dann kommt der Kollege Vogt und redet von halbseidenen Haushaltsvorschlägen der Opposition. Das ist doch glatte Satire, wenn man sieht, was Sie da veranstalten, Herr Kollege Vogt. Dann packen Sie auch noch das Geld in Sondervermögen obendrauf,

(Christopher Vogt [FDP]: Nee!)

was Sie heftig kritisiert haben, als wir das gemacht haben. Sie machen das übrigens mehr als wir. Der Unterschied zwischen Ihnen und uns ist nur: Wir wussten, für welche Projekte wir das Geld ausgeben. Das tun Sie nicht. Sie packen es einfach obendrauf.

(Beifall SPD)

Die Finanzministerin sagt nichts dazu. Als sie dazu im Finanzausschuss befragt wurde, sagte sie, dazu könne sie nichts sagen. - Dabei pfeifen die Spatzen selbst von den höchsten Bankdächern, wofür Sie es eigentlich ausgeben wollen.

(Zurufe CDU und FDP)

Lassen Sie mich an der Stelle eine ernsthafte Bemerkung machen: Wenn die Kollegin von der FDP in diesem Ton zu uns redet, was das Thema HSH Nordbank angeht, kann ich nur sagen: Offenbar legt die Koalition keinen Wert darauf, dass die SPD dem Verkauf im Landtag zustimmt. Ich will Ihnen eines sagen: Es war die Absenkung der Kreditermächtigung in der schwarz-gelben Vorgängerregierung.

(Christopher Vogt [FDP]: Vorsichtig! - Minister Dr. Bernd Buchholz: Quatsch!)

Als Herr Lerbinger im Kabinett dazu vorgetragen hat, saß Herr Kubicki daneben und hat geschwiegen, meine sehr verehrten Damen und Herren. Also

(Dr. Ralf Stegner)

kommen Sie uns nicht mit solchen Formen von Belehrungen, wenn Sie unsere Zustimmung haben wollen.

(Beifall SPD - Christopher Vogt [FDP]:
Ganz vorsichtig, Herr Kollege! Ganz vorsichtig!)

Das ist unverantwortlich, Frau Kollegin Krämer, und das weise ich hier in aller Form zurück.

Wir werden hier nicht den Opportunismus des Kollegen Koch aus der letzten Legislaturperiode darstellen. Das machen wir nicht. Aber einfach zu sagen: „Wir beschimpfen hier mal die Sozialdemokraten und wollen ihre Stimmen“, so einfach geht es nicht, meine sehr verehrten Damen und Herren. Das will ich Ihnen deutlich sagen.

Was nun unsere Impulse für den Landeshaushalt angeht, will ich Ihnen ehrlich sagen: Das, was Sie nicht tun, tun wir schon. Wir haben 2007 den Beamten das Weihnachtsgeld gestrichen beziehungsweise drastisch gekürzt. Damals gab es eine echte Haushaltsnotlage. Herr Carstensen, damals CDU-Ministerpräsident, hat gemeinsam mit uns gesagt: Wenn die Haushalte es wieder hergeben - stabile Einnahmen, stabile Entwicklungen -, dann kriegen die Beamten das zurück. - Der Landeshaushalt gibt es her. Wir haben das dritte Jahr infolge einen Überschuss, und die Prognosen sind positiv. Was soll denn eigentlich noch passieren, bis Sie sich mal einen Ruck geben? Müssen die reiche Erbtante oder neue Erdölquellen oder Goldschiffe hier in die Förde kommen?

Ich kann Ihnen nur sagen: Wir haben einen seriösen Plan darüber vorgelegt, wie man das über drei Jahre darstellen kann. Ich betone das in aller Deutlichkeit: Gute Bezahlung entscheidet am Ende auch darüber, wen wir gewinnen. Was nützt es eigentlich, wenn der Chef der Staatskanzlei schwadroniert, was wir alles tun müssten, um die Verwaltung zu verbessern? - Sie schnacken rum. Tun Sie doch einmal etwas für die Leute, die für das Land arbeiten, wenn das Ihre Überzeugung ist. Das tun Sie aber nicht. Stattdessen hört man von Ihnen Weihnachtsmärchen, aber kein Weihnachtsgeld.

(Beifall SPD)

Da wissen die Beamten deutlich, woran Sie mit uns sind.

Gute Bezahlung ist auch beim Thema Grundschulen ein Thema. Hier werden durch engagierte Lehrkräfte die Grundlagen für Bildungsgerechtigkeit gelegt - engagierte Lehrkräfte, die bei der Bezahlung bisher zu kurz kamen. Wir haben schon zu

Zeiten der Küstenkoalition betont, dass die Argumente für eine Schlechterstellung eigentlich entfallen sind und man handeln kann, wenn wir keine Insellösung mehr haben. Die neue Bildungsministerin in Brandenburg - Sie wissen, wer das ist, eine vorzügliche Kollegin - hat genau das getan.

(Zuruf Anita Klahn [FDP])

Die Insellösung ist nicht mehr da. Worauf warten Sie eigentlich in Schleswig-Holstein, statt hier mitzumachen, meine sehr verehrten Damen und Herren?

(Beifall SPD)

Warum sollen wir uns eigentlich vor allen Dingen bei unserem Lehrkräftemangel in der Konkurrenz schlechterstellen als andere, zumal wir Ihnen einen durchfinanzierten Vorschlag vorgelegt haben? - Lassen Sie das alberne Versteckspiel sein. Machen Sie mit!

Ich kann es Ihnen auch nicht ersparen - auch wenn es die zweite Lesung ist, Herr Kollege, Herr Ministerpräsident Günther, auch wenn Sie das nicht mögen -, aber auch das, was Sie bei den Straßenausbaubeiträgen veranstaltet haben, ist einfach falsch. Sie wollen nichts mehr von dem wissen, was Sie vorher gesagt haben. Sie schieben den Kommunen im wahrsten Sinne des Wortes den Schwarzen Peter zu. Den meisten fehlt das Geld, um das vernünftig regeln zu können; den Teil Ihres Wahlversprechens haben Sie nämlich vergessen, und dann sollen die Kommunalpolitiker dafür den Kopf hinhalten. Diese Art von politischer Zechprellerei werden wir vor der Kommunalwahl überall thematisieren, Herr Ministerpräsident, damit die Leute auch wissen, wem Sie zu verdanken haben, dass es ist, wie es ist.

(Beifall SPD - Zuruf CDU: Wie in Zypern!)

Wir haben 40 Millionen € in den Landeshaushalt eingestellt. Die Kommunen wissen, wer sich wie entscheidet.

Was die Familien angeht, Herr Ministerpräsident, ist die Kinderbetreuung ein besonders bitteres Kapitel. Ob und in welcher Höhe es eine Entlastung geben wird, steht in den Sternen. Von Beitragsfreiheit will ich gar nicht sprechen; das ist für Sie ein Fremdwort. Aber Ihr Interview in den „Kieler Nachrichten“ heute, Herr Minister Garg, ist schon ein besonderes Beispiel politischer Dreistigkeit. Nichts für die Eltern tun, aber um die Stimmen bei der Kommunalwahl buhlen, indem man die Kommunalpolitiker beschimpft - das ist ein starkes Stück. Sich, wenn der Bund jetzt auch noch mit der Vereinbarung, die wir zur Beitragsfreiheit geschlos-

(Dr. Ralf Stegner)

sen haben, hilft, hinzustellen und nur zu sagen: „Irgendwann wird es weniger kompliziert, aber die Eltern sind uns schnurz“ - das sagen Sie ja de facto,

(Christopher Vogt [FDP]: Nein!)

und dann buhlen Sie um deren Stimmen -, dazu kann ich nur sagen: Das ist falsch. Nur wo Sozialdemokraten regieren, wird der Weg zur Beitragsfreiheit beschritten. Das ist Fakt, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall SPD)

Das zeigt unser Haushaltsantrag mit 22 Millionen €, die wir für die beitragsfreie Krippenbetreuung einstellen - übrigens auch bei der Tagespflege, Frau Kollegin. Lesen hilft! Lesen Sie mal unseren Gesetzentwurf, dann brauchen Sie hier nicht einen solchen Unfug zu erzählen, dass wir das nicht berücksichtigt hätten; das ist da natürlich drin.

Von Ihnen gibt es blumige Ankündigungen, aber die Menschen werden sehr genau zu beurteilen wissen, was die Familien am Ende wirklich entlastet, trotz dieser Vernebelungspropaganda des Sozialministers, die ich heute mit großem Vergnügen in den „Kieler Nachrichten“ nachgelesen habe. Keine Fakten, große Töne, aber keine Elternentlastung - die Sozialdemokraten sehen das anders. Die Familien brauchen endlich Entlastung.

(Christopher Vogt [FDP]: Richtig!)

Für viele Familien macht es nämlich einen Unterschied, ob sie in Urlaub gehen können oder nicht. Sie fordern die Gemeinden lediglich dazu auf, die Beiträge nicht zu erhöhen. Sie müssen sie aber für die Eltern senken. Das ist das, was Sie tun müssen und was Sie nicht tun.

(Beifall SPD - Zuruf Christopher Vogt [FDP]
- Weitere Zurufe)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, man sieht an diesem Beispiel, wie das ist, wenn die SPD in der Regierung fehlt. Dann machen Sie nämlich das Gegenteil von dem, was sozial ist.

Nehmen wir doch das Beispiel Wohnungsbau. Auch da könnte man deutlich mehr tun. Mit uns gäbe es 4 Millionen € mehr für kommunalen genossenschaftlichen Wohnungsbau. Bei Ihnen sind die Ankündigungen aus dem Wahlkampf verflogen. Ihr Angebot an die Mieter ist geradezu phänomenal: Statt denjenigen wirklich zu helfen, die teilweise Monat für Monat überlegen müssen, wie sie ihre Miete bezahlen können, stellen Sie Gutachterkosten ein, um die Mietpreisbremse abzuschaffen. Das ist die kalte, neoliberale Handschrift der Liberalen in

diesem Haus, und die hat sich in der Regierung durchgesetzt.

(Beifall SPD - Christopher Vogt [FDP]: Haben Sie noch mehr in der Mottenkiste?)

Ich habe vorhin über Verrenkungen gesprochen, Frau Kollegin von Kalben: Bei den Grünen ist das der Fall.

(Zuruf BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die neue Bundeskoalition, wenn sie zustande kommt, hat genau das Gegenteil vereinbart.

(Zuruf BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Während die schwarze Ampel die Mietpreisbremse lieber heute als morgen los wäre, ist die grüne Bundespartei der Meinung, man sollte das Instrument verbessern. Da darf man sich fragen, liebe Grüne: Auf welcher Seite stehen Sie eigentlich?

(Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist der Koalitionsvertrag!)

Wir haben hier immer wieder aus dem Kabinett gehört: Grün wirkt. - „Donnerwetter, das muss ja ein richtig grünes Glücksgefühl sein“, kann ich sagen, wenn ich an die wundervolle neue Abschiebehaftanstalt denke, die in Glückstadt demnächst feierlich eröffnet wird. Das sind wirklich Beispiele, wo Grün in Schleswig-Holstein offenbar wirkt.

(Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Beim Familiennachzug!)

Wahrscheinlich ist das eine Einrichtung mit Niedrigenergiestandard und ÖPNV-Anbindung.

Grün wirkt möglicherweise noch an einer anderen Stelle, nämlich bei dem Beispiel, dass Sie die Mittel für innovative Fahrradinfrastruktur - eines Ihrer Lieblingsprojekte - einfach ersatzlos aus dem Haushalt gestrichen haben. Wir haben es wieder reingeschrieben und geben Ihnen die Chance, dem zuzustimmen, wenn Sie das mögen. Dann könnte Grün ja doch noch wirken, indem Rot Ihnen den Anstoß dazu gibt. Vielleicht hilft Ihnen das ja.

(Beifall SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wichtig ist auch die Chance zum Einstieg in die kostenfreie Ausbildung bei den Gesundheitsfachberufen. Niemandem ist zu erklären, dass die Auszubildenden auch 2018 trotz gravierender Personalmängel immer noch ihr eigenes Geld mitbringen müssen. Wir sehen in diesen Bereichen im ersten Schritt zusätzlich 1 Million € vor. Das ist ein Punkt, der in die richtige Richtung weist. Wir müssen in allen Berei-

(Dr. Ralf Stegner)

chen Ausbildungsvergütungen haben und nicht Kosten, die die jungen Leute tragen müssen. Das muss man tun, und dafür wäre das Geld auch da.

(Beifall SPD)

Wir setzen Akzente bei der Sanierung der Jugendherberge. Manchmal sind es kleine Beispiele, bei denen man Gutes tut, zum Beispiel bei den Europaschulen, bei denen wir eine Aufstockung vornehmen - was übrigens ein Gegensatz zu diesem nationalistischen Unfug wäre, den die Rechtspopulisten in diesem Haus vorgetragen haben. Wir brauchen mehr Europa und nicht diesen nationalistischen Quark!

(Beifall SPD und CDU)

Deswegen schaffen wir Beispiele für die Europaschulen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn man die Landes- und Bundesebene vergleicht, sieht man den Unterschied, was zum Beispiel die Frage angeht, wie wir es mit guter Arbeit und anderen Dingen handhaben sollten. In Berlin schließen wir endlich eine der letzten großen Lücken, die der Mindestlohn gelassen hat: Die Mindestausbildungsvergütung als kleine Schwester des Mindestlohnes wird für viele junge Menschen ein Stück Freiheit bringen, weil sie genug Geld verdienen können, um auf eigenen Beinen zu stehen. Das ist ein Schritt in Richtung Zukunft. Das macht unseren Sozialstaat stärker. Was macht die schwarze Ampel hier? - Sie reden nicht über mehr gute Arbeit. Sie sorgen nicht einmal dafür, den Status quo zu erhalten, sondern wir erinnern uns an die dreiste Breitseite dieser Koalition auf die Dokumentationspflichten beim Mindestlohn. Gegen gute Arbeit - dafür steht diese Regierung. Das ist falsch, das ist das Gegenteil von sozial.

(Beifall SPD - Zuruf CDU: Ach, so ein Unsinn!)

Das ist unsozial, und wir kritisieren das hier. Wo wir Einfluss haben, machen wir es anders.

Was Sie allerdings beherrschen, ist PR. Was Sie liefern, sind Ankündigungen. Nein, keine Sorge: Ich rede nicht wieder über Ihre drei Regierungssprecher; Sie leisten sich inzwischen ja einen „Ankündigungsminister“. Das muss man ehrlich sagen, Herr Buchholz: immer schneidig vor den Mikrofonen, aber extrem schwache Performance auf dem Platz. - Nichts wird besser, weder für die Bahnkunden noch für die Autofahrer. Da ist echt tote Hose bei Ihnen: flotte Ankündigungen, aber überhaupt keine Leistung.

(Beifall SPD)

Stattdessen beschweren Sie sich über die Bahn. Tun Sie mal was!

(Beifall SPD)

Ihre Fraktion hat Herrn Meyer immer vorgehalten, man könne das ändern. Sie machen doppelt so viel PR, und nichts kommt hinten raus, das muss ich Ihnen ehrlich sagen.

(Zuruf Minister Dr. Bernd Buchholz)

Den Antrag mit der Marschbahn dann auch noch fett gedruckt auf die Tagesordnung setzen zu lassen, das, finde ich, ist wirklich ein Fall von des Kaisers neuen Kleidern:

(Zuruf Christopher Vogt [FDP])

Überhaupt keine Substanz, keine Verbesserung für die Leute, aber schneidige PR. Ich muss Ihnen ehrlich sagen, man weiß ja, wo Sie hinwollen.

Ein bisschen Bildung will ich Ihnen kurz vor der Mittagspause auch noch gönnen. Der Grieche Demokrit hat gesagt: Mut steht am Anfang des Handelns, Glück am Ende. Bei dieser Landesregierung läuft das anders. Sie starten mit unverschämter viel Glück, aber große Hoffnung für die Zukunft ist das wirklich nicht.

(Werner Kalinka [CDU]: Glück haben nur die Tüchtigen!)

Herr Ministerpräsident, wahrscheinlich haben Sie sich nicht an das Märchen der Gebrüder Grimm vom Hans im Glück erinnert. Das müsste dann „Daniel im Glück“ heißen. Lesen Sie sich das noch einmal durch. Sie können sehen, wo es endet, wenn man so verfährt und keine besonders guten Ideen hat.

Insofern bleibt dieser Haushalt einer, bei dem Sie Lob für das bekommen, was Sie von der Küstenkoalition fortsetzen.

Herr Ministerpräsident, Sie haben in Ihrem Schlusssatz mit einem Freud'schen Versprecher gesagt, wie gut die Küstenkoalition war. Vielen Dank auch dafür. Manchmal macht man ja unfreiwillig das Richtige. Aber in der Sache, was Ihre eigenen Akzente angeht, ist das schon ziemlich schwach.

(Zuruf Klaus Schlie [CDU])

Wir zeigen Ihnen mit unseren Anträgen, was die Alternativen zu dieser Mutlosigkeit wären. Die sozialdemokratischen Alternativen, Herr Kollege Schlie, sind besser für die Familien. Sie sind besser für die Beschäftigten des Landes. Sie sind besser

(Dr. Ralf Stegner)

für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Sogar für die Familie Schlie wäre das möglicherweise ein Gewinn.

(Klaus Schlie [CDU]: Wenn wenigstens Sie es glauben, reicht es ja aus! Die Menschen glauben es nicht mehr!)

- Sie will ich gar nicht überzeugen, andere schon. Wir loben Sie da, wo Sie Gutes fortsetzen. Wir kritisieren Sie da, wo Sie leider nichts für gute Arbeit, nichts für Beschäftigte, für soziale Gerechtigkeit und für Familien übrighaben. Wie gut, dass es eine sozialdemokratische Opposition gibt. Sie macht nämlich die Vorschläge, denen man zustimmen kann. - Vielen herzlichen Dank.

(Beifall SPD - Lachen CDU)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Meine Damen und Herren, die Parlamentarischen Geschäftsführer haben miteinander vereinbart, dass die Runde der Fraktionsvorsitzenden noch vor der Mittagspause stattfinden soll. - So hat jetzt der Fraktionsvorsitzende der CDU, der Abgeordnete, Tobias Koch, das Wort.

Tobias Koch [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nach diesem Auftritt des Kollegen Dr. Stegner muss man sich noch einmal an die erste Lesung des Landeshaushalts im vergangenen Jahr zurückerinnern. Auch damals traten Sie ähnlich vollmundig, große Töne spuckend, auf. Damals fabulierten Sie, zu SPD-Zeiten sei mehr Geld für Landesstraßen ausgegeben worden als jetzt unter Jamaika. Nachweisen konnten Sie das damals nicht. Sie verwiesen stattdessen auf die Kollegin Beate Raudies, die mit diesen Stegner'schen Rechenkünsten aber anschließend doch etwas überfordert war. Da konnte einem die Kollegin Raudies wirklich leid tun.

(Zuruf Christopher Vogt [FDP])

- Die Entschuldigung ist ausgeblieben. Heute war auch kein einziges Wort mehr davon. Das war alles heiße Luft von Ihnen, die Argumente waren ohne Substanz.

Genauso ist Ihr Auftritt heute auch gewesen. Dabei hätten Sie es jetzt wirklich besser machen können. Sie hatten Zeit, das alles vorzubereiten und einen schriftlichen Antrag einzureichen. Ich glaube, die haushaltspolitischen Sprecher haben das heute Morgen alles schon gut zerpfückt: Glückwunsch an

Annabell Krämer, Olaf Plambeck und Rasmus Andresen. Von dem SPD-Antrag ist nicht viel übrig geblieben.

(Beifall CDU und FDP)

Die SPD zeigt, wie es auch anders geht. - So war der Titel Ihrer Pressemitteilung. Tatsächlich ist es anders bei Ihnen, aber nicht besser, sondern schlechter und fernab jeder seriösen Haushaltspolitik. Die großen Töne, das Marketing kommt ja eher von Ihnen: Weihnachtsgeld für Beamte, A 13 für Grundschullehrer, kostenfreie Kitas für alle. Wie schafft die SPD es bloß, diese vollmundigen Versprechen alle in ihrem Haushaltsantrag abzubilden?

(Zuruf SPD)

- Ja, ich habe hineingeguckt, in der Tat. Meine Damen und Herren, lassen Sie uns einmal genauer schauen, welche Tricks und Kniffe Sie angewandt haben, um das hier darzustellen. Der wesentliche Trick besteht darin, dass das zwar alles vollmundig versprochen wird, im Haushaltsantrag aber nur erste Schritte beziehungsweise Stufen davon überhaupt abgebildet werden. Eine erste Stufe beim Weihnachtsgeld, A 13 für fünf Monate -

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Herr Abgeordneter - -

Tobias Koch [CDU]:

- sofort, Frau Präsidentin - und ein kostenfreies Basisangebot, allerdings nur für Krippen, nicht für alle Kitas, das dann auch nur 12 Millionen € mehr kosten soll; denn Sie stellen 22 Millionen € ein und rechnen die 10 Millionen € Krippengeld dagegen. Für 12 Millionen € streuen Sie den Menschen Sand in die Augen und sagen, dafür gibt es ein kostenfreies Kita-Jahr. Daran glauben Sie doch selbst nicht.

(Beifall CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Herr Abgeordneter Koch, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Raudies?

Tobias Koch [CDU]:

Ja, sehr gern.

Beate Raudies [SPD]: Sehr geehrter Herr Kollege Koch, stimmen Sie mit mir erstens überein, dass wir den Haushalt nach einem

(Tobias Koch)

Jährlichkeitsprinzip aufstellen und dass wir deswegen Anträge für ein Jahr beziehungsweise für ein halbes Jahr machen, und stimmen Sie mir zweitens zu, dass ein Blick in Ihre Haushaltsanträge aus den letzten fünf Jahren die gleiche Praxis offenbaren wird?

- Frau Kollegin Raudies, Ihr Argument von vorhin, dass Ihre Anträge genauso unsolide seien wie die CDU-Anträge aus der Vorgängerzeit, fand ich schon nicht so überzeugend.

(Beifall Christopher Vogt [FDP])

Jährlichkeitsprinzip, das heißt doch nicht, dass wir uns Scheuklappen aufsetzen dürfen. Wir dürfen doch nicht die Augen davor verschließen, dass es auch ein Jahr 2019 geben wird

(Beifall CDU und FDP)

und dass sich die Kosten durch das, was Sie hier einstellen, verdoppeln, verdreifachen und vervierfachen werden. Sie können als Opposition ja leicht solche Anträge stellen, weil Sie genau wissen, dass sie nicht beschlossen werden. Als Regierungsfraktion müssen Sie weiterdenken. Sie müssen die Konsequenzen und die Finanzlage berücksichtigen. All das tun Sie nicht.

(Beifall CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage?

Tobias Koch [CDU]:

Ja, gern.

Beate Raudies [SPD]: Herr Koch, Sie haben in Ihrem Beitrag eben kritisiert, dass sich unsere Anträge nur auf das Jahr 2018 beziehen. Das habe ich erläutert. Sie haben mir zugestimmt, dass das der richtige Weg war. Darum ging es mir nur. - Vielen Dank.

- Frau Kollegin, ich habe nicht kritisiert, dass Sie sich nur auf 2018 beziehen. Ich habe kritisiert, dass Sie sehr vollmundig große Versprechen machen, aber tatsächlich nur kleine Teile davon in Ihrem Haushaltsantrag abgebildet haben. Wenn Sie das Weihnachtsgeld wieder einführen wollen, dann wäre es fair gewesen, die 140 Millionen € in voller Höhe in diesem Haushalt abzubilden. Wenn Sie kostenfreie Kitas für alle schaffen wollen, dann müssen Sie dafür mehr Geld in die Hand nehmen

als die 11 Millionen €, die Sie eingestellt haben. Das war der Vorwurf und nicht die Jährlichkeit.

(Beifall CDU und FDP - Zuruf Birgit Herdejürgen [SPD])

- Danke für den Zwischenruf, Birgit Herdejürgen, das werde im Jahr 2019 kommen. Dann erwarte ich auch, dass Sie im Jahre 2019 die vollen Kosten einstellen und nicht sagen, weil unsere Anträge 2018 abgelehnt worden sind, stellen wir die gleichen Anträge 2019 noch einmal. Das Spielchen werden wir Ihnen nicht durchgehen lassen.

Aber dank dieses Tricks, nur Teile einzustellen, schafft es die SPD, das Gesamtvolumen - das hat Rasmus Andresen korrekt mit 250 Millionen € beziffert - auf 60 Millionen € herunterzurechnen. Allerdings ist es nicht so einfach, auch für einen solchen Haushaltsantrag Deckung zu schaffen. Deswegen greift die SPD noch tiefer in die Trickkiste, Herr Stegner. Das will ich noch einmal an zwei Stichworten deutlich machen, weil Sie selber in Ihrer Rede gerade darauf eingegangen sind.

Das erste Stichwort, das heute Morgen schon mehrfach erwähnt worden ist, ist das Sondervermögen MOIN.SH. Die Zuführung von 32 Millionen € streichen Sie komplett. Angesichts dessen verbitte ich mir in den nächsten vier Jahren jeglichen Antrag der SPD-Fraktion zum Ausbau des Schienennetzes, zur Zweigleisigkeit und zur Elektrifizierung.

(Beifall CDU und FDP)

Wenn Sie nicht bereit sind, in die Schieneninfrastruktur zu investieren, dann stellen Sie auch keine Anträge mehr, den Schienenverkehr in Schleswig-Holstein auszubauen; denn genau das wollen wir damit machen. Wir nutzen den Haushaltsüberschuss, den wir uns gerade gemeinsam geteilt haben - das sind Mittel aus dem Haushaltsüberschuss -, und bringen die Mittel in das Sondervermögen ein, um in den nächsten Jahren investieren zu können. Sie wollen nicht investieren. Sie wollen aber in diesem Jahr einmalig kostenfreie Kitas, A 13 für Grundschullehrer und Weihnachtsgeld für Beamte bezahlen. Und was ist im nächsten Jahr?

(Zurufe SPD)

Da hat Ihnen der Kollege Lars Harms schon vollkommen zu Recht die Leviten gelesen. Man kann nicht durch das Streichen von Einmalpositionen, also von Mitteln, die nur einmalig eingespart werden können, dauerhaft Mehrausgaben finanzieren. Aber genau das machen Sie.

(Tobias Koch)

(Beifall CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es gibt ein zweites Stichwort, bei dem Ihr Antrag wirklich unsolide ist; Herr Dr. Stegner, Sie haben es gerade groß und breit ausgeführt. Das ist Ihr Versprechen, das Weihnachtsgeld wieder einzuführen, und der dafür von Ihnen vorgelegte Deckungsvorschlag. Sie stellen 40 Millionen € für Weihnachtsgeld ein und streichen im Gegenzug 48,2 Millionen € bei den Personalkosten. Sie haben uns schon im Januar 2018 erläutert, warum Sie glauben, das tun zu können. Sie sagen, es seien 75 Millionen € Überschuss im Personalhaushalt angefallen, daher könne man das ohne Weiteres finanzieren. So Ihr Argument aus dem Januar 2018, nachzulesen im Plenarprotokoll.

Herr Dr. Stegner, bevor Sie jetzt solche Aussage machen, sollten Sie sich einmal die Jahresabschlüsse Ihrer eigenen Regierungszeit anschauen. Wie hoch war im ersten Jahr Ihrer eigenen Regierungszeit, im Jahr 2013, der Überschuss im Personalhaushalt? - Er lag nicht bei 75 Millionen € wie im letzten Jahr, er lag sogar bei 76 Millionen €. Mit der gleichen Argumentation hätten Sie also im ersten Jahr, in dem Sie regiert haben, mit dem gleichen Haushaltsantrag Ihr Versprechen gegenüber den Beamtinnen und Beamten einhalten können. Das hätten Sie in jedem einzelnen Jahr Ihrer Regierungszeit machen können, denn der Überschuss im Personalhaushalt lag im Jahr 2014 bei 54 Millionen €. Der Überschuss im Personalhaushalt lag im Jahr 2015 sogar bei 87 Millionen € und im Jahr 2016 bei stolzen 115 Millionen €. Mit der Argumentation, die Sie hier gerade vorgetragen haben, hätten Sie fünf Jahre lang die Chance gehabt, Ihr Versprechen von 2007 einzuhalten. Sie haben das in keinem einzigen Jahr getan. Erst nach sechs Monaten, in denen Sie jetzt in der Opposition sitzen, fällt Ihnen das wieder ein.

(Beifall CDU, FDP und Jörg Nobis [AfD])

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Herr Abgeordneter Koch, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Stegner?

Tobias Koch [CDU]:

Ja.

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Herr Kollege Koch, Sie haben erkennbare Mängel beim Zuhören und Lesen. Deswegen will ich mich gern noch einmal freundlich an Sie wenden. Ich

habe mich zu der Frage geäußert, wie das Versprechen hieß. Das Versprechen hieß damals: Wenn die Einnahmen mehrerer Jahre hintereinander stabil nach oben weisen und die Prognosen ähnlich sind, dann kann man den Beschäftigten dies zurückgeben. Das fordern wir übrigens nicht auf einen Schlag, sondern in einem Stufenplan über drei Jahre. Das war Punkt eins.

Punkt zwei. Wir werden natürlich Haushaltsanträge für den Haushalt 2019 vorlegen. Das Jahr wird ja kommen, das haben Sie gesagt. Ich gehe davon aus, dass Sie damit recht haben. Dann werden wir Anträge vorlegen, und auch die werden gegenfinanziert.

Punkt drei. Ich habe vorhin darauf hingewiesen, dass es natürlich auch bundespolitische Rahmenbedingungen gibt für das, was wir tun, zum Beispiel die Vereinbarung zum Bund-Länder-Finanzausgleich mit strukturellen Mehreinnahmen für Schleswig-Holstein, zum Beispiel Vereinbarungen der Regierung, über die Herr Günther schon gesprochen hat. Die sind noch nicht beschlossen, vielleicht kommen ja die zustande, bei der auch für Schleswig-Holstein Vereinbarungen im Bau- und Bildungsbereich vorgesehen sind. Hier kann man sich immer mehr wünschen, aber natürlich beziehen wir als Sozialdemokraten uns darauf. Das müssen die Grünen und die FDP in Ihrer Regierung nicht gut finden, aber die Union sollte das mindestens wissen. Sie sollten sich mit Ihrem Ministerpräsidenten einmal darauf einigen, was nun richtig ist, nämlich ob das, was der Bund da tun will, richtig ist. Sie sollten hier nicht so tun, als sei das nicht durchfinanziert, was wir vorschlagen. Das ist es nämlich sehr wohl.

- Vielen Dank für den Wortbeitrag. Auf alle drei Punkte will ich gern eingehen. Schön, dass das damit noch einmal im Protokoll dokumentiert ist. Zum ersten Punkt: Ihr Versprechen lautete: wenn es mehrere Jahre in Folge steigende Einnahmen gibt. - Das war in den fünf Jahren Ihrer Regierungszeit in jedem Jahr der Fall. Sie haben in mehreren Jahren Haushaltsüberschüsse erzielt. Ich habe Ihr Argument im Plenarprotokoll aus dem Januar nachgelesen. Da haben Sie explizit auf den Überschuss im Personalhaushalt abgestellt. Das habe ich Ihnen gerade vorgetragen. Das hätten Sie fünf Jahre lang machen können. Drucksen Sie hier nicht so rum! Wenn Sie Ihr Versprechen hätten einhalten wollen, dann hätten Sie das fünf Jahre lang tun können.

(Tobias Koch)

(Beifall CDU und vereinzelt FDP)

Zum zweiten Punkt: Sie wollen die vollen Kosten im Antrag 2019 darstellen. Das erwarten wir von Ihnen auch. Wir erwarten, dass Sie Wort halten. Dann sind es nicht mehr 60 Millionen €, dann sind es im nächsten Jahr eben 250 Millionen €. Dann schauen wir wieder ganz gespannt, wie Sie das im nächsten Jahr decken wollen.

Zum dritten Punkt: Die Bundesmittel jetzt als Deckungsvorschlag für Ihre SPD-Anträge heranzuziehen, davon habe ich heute schon in der Zeitung gelesen, ist wirklich lächerlich. Das, was vereinbart ist, nämlich die Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen, ist bereits in die Finanzplanung eingearbeitet. Das ist in unserer Finanzplanung schon berücksichtigt und steht für zusätzliche SPD-Anträge nicht zur Verfügung. Was jetzt aus der Großen Koalition kommt, werden wir zweckgebunden für Schulen, für Kitas und für Ganztagsbetreuung einsetzen. All dies steht für Ihre Anträge nicht als Deckungssumme zur Verfügung. Also: Es ist alles nur Schall und Rauch, was Sie hier vortragen.

(Beifall CDU - vereinzelt FDP)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Herr Abgeordneter Koch, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage oder Zwischenbemerkung des Herrn Abgeordneten Dr. Stegner?

Tobias Koch [CDU]:

Ja.

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Herr Kollege Koch, ich habe gehofft, Sie würden mich argumentativ ein bisschen stärker fordern. Das tun Sie offenkundig nicht. Erstens will ich Ihnen sagen, dass die Vereinbarung zu der Frage, was wir mit den Bundesmitteln tun, sehr wohl der politischen Gestaltungshoheit dieses Hauses unterliegt. Da hat die SPD andere Vorstellungen als Sie.

Zweitens sind die Vereinbarungen zu dem, was jetzt in den Koalitionsverhandlungen zum Thema Ganztagsbetreuung und Einstieg in die beitragsfreie Bildung ausgehandelt worden ist, Akzente, die die Sozialdemokratie dort eingebracht hat. Was zum Teufel erwarten Sie von uns anderes, als dass wir das, was wir dort einbringen, auch hier im Landtag beantragen? Wir sind doch nicht schizopren. Das mag uns unterscheiden, Herr Kol-

lege Koch. Das ist dann in der Tat der Unterschied.

- Herr Kollege Dr. Stegner, nicht alles, was sozial ist, kommt von der SPD.

(Beifall CDU)

Vereinnahmen Sie nicht unser Wahlprogramm. Der Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung war eine Forderung im CDU-Wahlprogramm. Diesen haben wir in den Verhandlungen durchgesetzt. Kindergeld und Baukindergeld sind auch Themen, die von unserer Seite kamen. Wir können gern in einen Wettlauf darüber eintreten.

Was ich deutlich machen wollte, war Folgendes: Die Mittel, die wir vom Bund für Schulbaumaßnahmen, für Kinderbetreuung, für Digitalisierung und für Infrastruktur bekommen, werden wir entsprechend einsetzen. Dazu steht nichts im Bundeskoalitionsvertrag. Anträge zum Weihnachtsgeld und zu der Frage A 13 für Grundschullehrer werden Sie mit dem Geld nicht finanzieren können. Also tun Sie nicht so, als seien Ihre Anträge anschließend alle durch Bundesgeld gedeckt. Dafür müssen Sie schon selbst Landesgeld auf die Waagschale bringen.

(Beifall CDU)

Meine Damen und Herren, deswegen sage ich Ihnen: Von einem soliden, seriösen Haushaltsantrag ist dieser SPD-Antrag meilenweit entfernt. Als Jamaika-Koalition stehen wir dagegen für eine solide Haushaltspolitik. Wir machen nur das, was man auch wirklich finanzieren kann, nämlich mehr Investitionen, mehr Lehrerstellen und eine höhere Unterstützung der Kommunen bei Kitas und beim Schulbau.

Ich komme noch einmal zurück auf die lediglich 12 Millionen €, die Sie im Kita-Bereich mehr ausgeben wollen, um damit kostenfreie Kita- und Krippenplätze zu erreichen. So, wie Sie Ihren Haushaltsantrag gestellt haben, geht das ganz klar zulasten der Kommunen, denn so bleibt von der finanziellen Entlastung, die wir als Regierung gemeinsam mit den Kommunen und den Landesverbänden als kommunale Entlastung vereinbart haben, kein einziger Cent übrig, weil Sie das gesamte Geld für die Beitragsfreiheit einsetzen wollen. Liebe Kollegen von der SPD, das werden wir im Kommunalwahlkampf auch deutlich machen: Mit der SPD gibt es keine Entlastung für die Kommunen. Die Kommunen sollen nach Ihrem Willen weiterhin auf den Kinderbetreuungskosten sitzen bleiben.

(Tobias Koch)

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Es sind die Eltern, die wählen, Herr Kollege! - Weitere Zurufe)

- Genau. Das müssen Sie Ihren eigenen Kommunalpolitikern erklären. Sie müssen erklären, wie Sie mit den Kommunen und mit einer Vereinbarung umgehen, die wir im Einvernehmen mit den Kommunen getroffen haben. Sie kündigen den Kommunalgipfel und das Paket, das dort geschnürt wurde, auf.

Meine Damen und Herren, ein letzter Gedanke zum Schluss in eigener Sache. Der Kollege Rasmus Andresen hat mir in der letzten Wahlperiode wiederholt unter die Nase gerieben, dass ich mit meiner Prognose falsch gelegen habe. Ich hatte zu Beginn der letzten Wahlperiode vorhergesagt, dass die Küstenkoalition den Haushalt ganz schnell wieder in die Verfassungswidrigkeit führen würde. Er hat recht gehabt, das ist nicht eingetreten. Seit den diesjährigen Haushaltsberatungen weiß ich auch, woran das gelegen hat. Es hat schon in der letzten Wahlperiode daran gelegen, dass Grüne und SSW mitregiert haben. Hätte die SPD allein regiert - den Beweis erbringt der heutige Haushaltsantrag -, dann hätte ich mit meiner Prognose recht gehabt. Dann wäre er in der letzten Wahlperiode schon verfassungswidrig gewesen, genauso wie dieser Haushaltsantrag in die Verfassungswidrigkeit führen würde, wenn man ihn so umsetzen würde, wie Sie ihn hier einbringen, Herr Dr. Stegner.

(Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

Deshalb gilt zum Schluss mein Dank unseren Koalitionspartnern für die gute sachliche Zusammenarbeit bei diesen Haushaltsberatungen. Ich will aber auch den SSW mit einschließen. Ohne Frage sind wir uns nicht in allen Punkten einig. Wir stellen aber doch fest, dass die Schnittmenge groß genug ist, um den SSW zustimmen zu lassen. Dafür bedanke ich mich ausdrücklich. Das ist ein gutes Signal. Es unterscheidet den SSW auch wohltuend von der Effekthascherei der SPD mit ihrem Antrag.

Für uns als Jamaika-Koalition ist dies der allererste Haushalt, den wir hier beschließen. Dafür haben wir schon richtig viel erreicht. Genauso werden wir in den nächsten Jahren weitermachen. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat die Fraktionsvorsitzende, Frau Eka von Kalben, das Wort.

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich schließe mich zuallererst allen vor mir genannten Danksagungen an. Weil ich nicht so viel Zeit habe, dachte ich, das sei vielleicht die schnellste Möglichkeit.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, vereinzelt CDU und FDP)

Wir haben es schon gehört, der erste Haushalt der Jamaika-Koalition ist erneut ein Haushalt, der auch von grüner Haushaltspolitik geprägt ist. Er ist aber ein gemeinsam entstandener Haushalt. Vielen Dank dafür.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, Sie sagen, Sie vertrauten auf die solide Haushaltspolitik von Frau Heinold, damit auch 2019 Ihre nicht so solide gegenfinanzierten Änderungsanträge möglich sind. Ja, wir vertrauen auch auf die solide Finanzpolitik. Die sieht aber so aus, dass wir erst einmal schauen, ob es Geld gibt. Dann haben wir Überschüsse, und dann geben wir das Geld aus. Wir versprechen heute nicht etwas, von dem wir noch nicht wissen, ob wir das einhalten können. Wir haben als grüne Fraktion weder dies noch das noch jenes versprochen, sondern unser Ansatz ist: Wir machen es, sobald wir die finanziellen Möglichkeiten haben, und wir werden nicht vorher Versprechen verkünden. Ich bin zuversichtlich, dass wir noch sehr viele Möglichkeiten in dieser Legislaturperiode haben, um dieser Gesellschaft etwas Gutes zu tun.

(Zurufe SPD)

- Ja, das ist überhaupt keine Frage. Ich habe nie gesagt, dass wir keine Möglichkeiten haben werden, aber wir haben auch Prioritäten.

Der Haushalt für dieses Jahr hat eine super Priorität gelegt. Es wundert mich ehrlich gesagt, dass es von der SPD als Armutzeugnis bezeichnet wird, wenn wir richtig fett in Kitas und Bildung investieren. Das ist mir absolut unverständlich.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

In diesem Haushaltsplan findet sich auch grüne Haushaltspolitik für Kitas, für Schule und für Investitionen mit Blick auf die Zukunft, konkret für

(Eka von Kalben)

Schule und Schiene. Wir haben doch hier in Kiel genügend Diskussionen über Ruß- und Diesellabgase. Wenn wir sagen, wir wollen die Verkehrswende mit einem Schienenprogramm herbeiführen, dann nutzen Sie das für einmalige Ausgaben, um den Leuten Sand in die Augen zu streuen. Das ist aus meiner Sicht eine sehr rückwärtsgewandte Politik.

Für die Zukunft der Digitalisierung wollen Sie Gelder sparen, und Sie wollen die Debatte über die soziale Sicherung abwürgen. Das ist für mich absolut nicht nachvollziehbar. Liebe SPD, überlegen Sie doch einmal, wo die Zukunft ist!

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Die ist bei der Krise der sozialen Sicherung, die ist bei der Frage nach der Digitalisierung. Da kann man doch nicht einfach sagen: Ach, wir im Land erhöhen hier einmalig ein bisschen das Weihnachtsgeld und kümmern uns nicht um die Zukunft. Das ist echt altbacken.

(Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

Sie sagen, wir warten mal auf das, was vom Bund kommt, dann können wir ja andere Akzente setzen. Was heißt denn das? Heißt das Weihnachtsgeld statt Ganztagschule? Ist das der andere Akzent, den Sie setzen? Das ist doch absurd!

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Das ist unter Ihrem Niveau!)

- Nein, das ist nicht unter meinem Niveau, vielmehr wollen Sie das nicht gerne hören.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Ein weiterer Vorwurf war, die Haushaltspolitik sei die Fortsetzung der Küstenkoalition. Es gibt Schlimmeres, möchte ich aus grüner Sicht sagen. Wir geben 800 Millionen € falsch aus - das habe ich schon erwähnt -, und Sie streichen an anderen Stellen als wir.

Noch eine andere Sache. Lieber Herr Stegner, wenn Sie uns hier vorwerfen, dass wir in der Flüchtlingspolitik unter anderem bei der Abschiebehaft Koalitionsvereinbarungen umsetzen, dann möchte ich Sie - ich habe den genauen Wortlaut leider nicht mitgebracht, habe ihn aber noch sehr genau im Kopf - an eine NDR-Meldung vom 4. Mai 2017 erinnern; schauen Sie sich das gerne an. Das war direkt vor der Kommunalwahl. Danach fordert Minister Studt Abschiebehaft in Schleswig-Holstein. Kriminelle

und andere Leute, die abgeschoben werden, müssten ins Gefängnis.

Sie wissen ganz genau, dass das eine Debatte am Ende unserer Küstenkoalition war, und zwar eine Debatte, die den Grünen überhaupt nicht geschmeckt hat. Dass wir das jetzt in der Jamaika-Koalition umsetzen, ist eine logische Fortsetzung.

Hinzu kommt Folgendes: Die Vereinbarung über das Abschiebegefängnis ist von dem Ministerpräsidenten gefasst worden. Der Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg ist zufällig auch ein Sozialdemokrat. Jetzt so zu tun, dass die Grünen diejenigen seien, die das wollen, geht völlig fehl. Sie setzen sogar noch einen drauf.

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Dr. Stegner?

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ja, gerne. Das passt ganz gut in meine Zeit.

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Bitte, Herr Dr. Stegner.

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Ich helfe Ihnen furchtbar gerne, Frau Kollegin von Kalben. Ich habe das mitnichten kritisiert, sondern ich habe das nur als Beispiel dafür, wie Grün wirkt, hier vorgetragen. Nichts anderes habe ich getan. Wenn Sie das hier so erläutern, dass das eine wunderbare Fortsetzung dessen sei, was Sie immer schon wollten, bestätigt das ja nur, dass auch Sie dahinterstehen. Nichts anderes.

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Leider ist es so, dass man etwas manchmal zweimal erklären muss. Ich habe gerade vorgetragen, dass das mitnichten etwas war, was die Grünen schon immer wollten, sondern dass das etwas war, was sowohl die SPD als auch die CDU schon immer wollten, und dass wir uns dieser Forderung sowohl in der einen Koalition als auch in der anderen Koalition leider beugen mussten. Genau das habe ich dargestellt.

Wenn Sie sagen, Grün wirke, dann wirkt Grün tatsächlich zum Beispiel in Schleswig-Holstein, weil wir in unserer Koalition auch vereinbart haben, uns für den Familiennachzug einzusetzen. Wo war denn, bitte schön, Ihre SPD-Bundestagsfraktion bei

(Eka von Kalben)

der Abstimmung über den Familiennachzug? Das ist doch eine Frage, die hier gestellt werden muss.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wer ruft denn den Vermittlungsausschuss an? Das ist doch dieses Land und nicht die SPD-Bundestagsfraktion.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Stegner?

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr gerne.

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Ich bin Ihnen sehr dankbar für Ihre Erläuterungen, weil Sie mir Gelegenheit geben, auf zwei Dinge hinzuweisen.

Erstens. Anders als diese Koalition hat die Küstenkoalition beschlossen, die Abschiebehaftanstalt in Rendsburg zu schließen. Ein anderslautender Beschluss aus der letzten Legislaturperiode ist mir nicht bekannt. Unbeschadet dessen, wie sich einzelne Personen äußern, ist das Fakt. Sie beschließen, dass Sie so eine Einrichtung in Glückstadt errichten wollen, und wir haben eine andere Einrichtung geschlossen. Das ist der Unterschied.

Zweitens. Dass ausgerechnet die Landesregierung von Herrn Günther den Vermittlungsausschuss zum Thema Familiennachzug anruft, obwohl es doch seine Union war, die erbittert dafür gekämpft hat, jedwede Form von Familienzusammenführung irgendwie zu ermöglichen, ist eine Form von Scheinheiligkeit, die wirklich jeder Beschreibung spottet. Das wollte ich gerne noch sagen.

(Beifall SPD)

- Ich kann darauf nur antworten: Grün wirkt. - Danke.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die FDP-Fraktion hat der Fraktionsvorsitzende Christopher Vogt das Wort.

Christopher Vogt [FDP]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich komme zum Thema „Gelb wirkt“. Dieses ist der erste Jamaika-Haushalt, den wir heute verabschiedet werden. Wir sind als FDP-Fraktion damit sehr zufrieden.

(Zuruf Martin Habersaat [SPD])

- Herr Kollege Habersaat, das behaupten zwar immer alle von sich. Aber bei uns stimmt es tatsächlich.

(Beifall FDP)

Ich möchte ganz herzlich allen Vertretern der Landesregierung, aber natürlich ganz besonders Monika Heinold als Finanzministerin dafür danken, dass in der Vorbereitung alles sehr professionell und sehr fair zugeht. Ich hatte auch nichts anderes erwartet, Frau Ministerin. Dennoch wollte ich das noch einmal gesondert ansprechen.

Natürlich, Frau Kollegin Raudies, haben wir es derzeit einfacher als in früheren Haushaltsjahren. Ich war auch dabei, als wir mit Schwarz-Gelb nach der Finanz- und Wirtschaftskrise, nach diesem riesigen strukturellen Defizit, das uns andere hinterlassen haben, zu Recht die Schuldenbremse beschlossen haben. Natürlich habe ich auch solche Haushaltsberatungen mitgemacht. Ich muss aber sagen: Wenn die Zeiten so sind, wie sie gerade sind, ist es deutlich einfacher, einen Haushaltsplan aufzustellen. Es macht wesentlich mehr Spaß, wenn man nicht Milliardenbeträge einsparen muss, sondern Spielräume hat, mit denen man gestalten kann. Das können Sie uns zwar vorwerfen, aber diese Möglichkeit hatten Sie in den letzten Jahren auch. Auch Sie mussten in den letzten Jahren nicht sparen und haben die Verfassung einhalten können, weil die gute Konjunktur so lange anhält. Auch dies gehört selbstverständlich zur Wahrheit. Wir hoffen, dass dies möglichst lange so bleibt. Ich hoffe, alle hier im Saale hoffen das auch.

Natürlich hilft uns das Niedrigzinsniveau ungemein, Frau Kollegin Raudies. Wir haben in den vergangenen Jahren jährlich mehrere Milliarden umgeschuldet. Die Kreditverträge laufen zurzeit auf sehr niedrigem Niveau. Dennoch haben wir nach wie vor mehr als 500 Millionen € an Zinslast, obwohl die Zinsen derzeit sehr niedrig sind. Wenn die Zinsen nicht so stark in den Keller gerauscht wären, dann hätten wir nicht 500 Millionen € pro Jahr an Zinslast, sondern 1,5 Milliarden oder gar 1,8 Milliarden €. Es ist für ein hochverschuldetes Land wie Schleswig-Holstein gut, dass die Zinsen so niedrig

(Christopher Vogt)

sind. Aber für die Sparer ist das natürlich nach wie vor ein großes Problem.

Entscheidend ist in solchen Haushaltsjahren natürlich auch, was man aus einer solchen Situation macht. Wir sollten uns deshalb intensiv über die Frage unterhalten: Was machen wir, was gestalten wir an dieser Stelle?

Schleswig-Holstein hat nach wie vor einige Probleme; das klang heute schon an. Wir haben eine wirtschaftliche Entwicklung, die auf mittlere Sicht schwächer ist als in anderen westdeutschen Bundesländern. Deshalb müssen wir an unserer Wirtschaftsstruktur arbeiten.

Nach wie vor haben wir einen hohen Schuldenstand von mehr als 26 Milliarden €, und leider wird noch einiges hinzukommen.

Pensionsverpflichtungen sind ebenfalls ein großes Thema.

(Dr. Ralf Stegner [SPD] telefoniert mit seinem Handy)

Wir haben Risiken bei der HSH Nordbank. - Herr Dr. Stegner, ich will Sie durchaus nicht unterbrechen. Aber Sie haben ja selber darauf hingewiesen, man dürfe über Ihre Verantwortung nicht sprechen. Wenn wir das tun, dann drohen Sie damit, dass Sie nicht zustimmen, obwohl wir noch gar nicht die Grundlage kennen, über die wir abstimmen. Wenn man über Ihre Verantwortlichkeit spricht, die es in erheblichem Maße auch mit Blick auf die HSH Nordbank gegeben hat, dann drohen Sie damit, dass Sie nicht zustimmen würden. Wenn Sie sich wieder aus der Verantwortung stehlen wollen, weil Sie beleidigt sind, Herr Dr. Stegner, dann möchte ich Ihnen sagen: Wir sollten über dieses Thema doch ein wenig seriöser debattieren, jedenfalls nicht so, wie Sie es heute getan haben.

(Beifall FDP und CDU - Zurufe SPD)

Wir können ja gerne darüber reden, wer die Bank bei der Gewährträgerhaftung quasi in das Elend hineingejagt hat, auch darüber, wer 2009 nicht unter den Sockel gegangen ist, sondern das selber gemacht hat. Darüber können wir gerne reden, wenn Sie das wollen. Das ist dann aber für Sie nicht besonders angenehm.

(Beifall FDP und SSW)

Es ist also weiterhin Haushaltsdisziplin angezeigt. Frau Raudies, Sie haben kritisiert, dass ich das Thema angesprochen habe, dass es natürlich noch keine richtige Zinswende gibt, dass die Zinsen aber in absehbarer Zeit - wir wissen noch nicht genau, wann

das sein wird - wieder steigen werden. Dieses ist für ein hochverschuldetes Land wie Schleswig-Holstein durchaus ein Problem.

Wir sichern uns gegen Zinsänderungsrisiken ab. Das ist zwar keine günstige Angelegenheit, aber das machen wir, weil es klug ist. Sehen Sie es mir nach, vielleicht bin ich ein altmodischer Typ, aber ich möchte gerne, dass wir bei strukturellen Ausgaben nach wie vor zurückhaltend sind. Denn ich möchte, dass meine Kinder auch in 20 oder 30 Jahren noch einen Staat vorfinden, der funktioniert, nicht aber einen überschuldeten Staat. Deswegen müssen wir uns darum kümmern.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir setzen als Jamaika-Koalition die richtigen Schwerpunkte und stellen die richtigen Weichen mit durchaus großen Veränderungen gegenüber den Haushalten der Küstenkoalition. Wir sanieren, modernisieren und bauen die Infrastruktur im Lande aus; denn wir haben ein riesiges Defizit auch bei der Infrastruktur. In der Vergangenheit gab es nämlich eine Verlagerung von Schulden. Über dieses Problem kümmern wir uns jetzt in guten Haushaltsjahren.

Wir kümmern uns um die Landesstraßen. Herr Dr. Stegner, ich bin froh, dass Sie nicht wiederholt haben, was Sie in der letzten Sitzung an Halbwahrheiten oder Unwahrheiten verbreitet haben, dass Sie dort mehr gemacht hätten als wir jetzt. Das kann nun wirklich niemand, der in Mathematik die dritte Klasse erfolgreich bestanden hat, nachvollziehen. Sie haben es nicht wiederholt. Sei es drum.

Wir machen mehr für die Hochschulen. Wir machen auch mehr für den ÖPNV, weil wir dort vor allem für die ländlichen Räume vor großen Herausforderungen stehen. Wir machen mehr für Schulen, Kitas, Sportstätten, Krankenhäuser und für den Breitbandausbau. Wir kümmern uns um die Gründungskultur, weil wir auch dort ein Riesenpotenzial haben, das wir heben sollten. Wir kümmern uns um die Stärkung des Rechtsstaates, schaffen mehr Stellen für Polizei und Justiz.

Natürlich haben wir den Personalabbaupfad verlassen. Der war allerdings auch nie ein Selbstzweck, sondern eine finanzpolitische Notwendigkeit. Wir haben nie gesagt, wir bauen Stellen im öffentlichen Dienst ab, weil wir das für so clever halten, sondern weil das Geld nicht da war. Jetzt haben wir finanzielle Spielräume, und wir sehen, wir müssen in den Schulen nacharbeiten, wir müssen bei der Justiz nacharbeiten, wir müssen bei der Polizei nacharbei-

(Christopher Vogt)

ten, damit wir mehr Sicherheit haben und den Rechtsstaat stärken, die Bildung stärken, und das tun wir eben, weil wir uns die finanziellen Spielräume erarbeitet haben, und die nutzen wir jetzt.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir tun deutlich mehr. Wir müssen uns in den nächsten Jahren noch mehr um die Integration von Menschen kümmern, die zu uns gekommen sind, weil das für beide Seiten wichtig ist - für die Menschen, die schon lange hier sind, und für die Menschen, die neu zu uns gekommen sind. Wir kümmern uns um die Stärkung der Kultur und übrigens auch um die Pflege. Das ist ein Zukunftsthema, um das wir uns dringend kümmern müssen. Wir tilgen Altschulden.

Frau Kollegin Raudies, Sie haben kritisiert, dass hier das Kommunalpaket angesprochen wurde. Das sei heute kein Thema. Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, dass wir heute auch die Nachschiebeliste beraten. Darin ist das Kommunalpaket für das nächste Jahr finanziell hinterlegt. Ich muss ehrlich sagen, das ist das größte Kommunalpaket in der Geschichte des Landes: in drei Jahren 1 Viertelmilliarde €. Da kann man natürlich sagen, das sei alles viel zu wenig. Ich möchte aber darauf hinweisen, dass auch die Kommunen von den guten Steuereinnahmen profitieren. Selbst die Stadt Lübeck schafft es - so haben wir gestern gelesen -, 40 Millionen € Plus zu haben.

(Zurufe CDU und SSW)

Ich habe gedacht, ich lese nicht richtig. Auch das muss man einmal zur Kenntnis nehmen. Die Kommunen profitieren davon, aber auch wir werden unserer Verantwortung gerecht, meine Damen und Herren.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zurufe SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Über den Bürgermeister in Lübeck können wir uns lange unterhalten, Kollege Baasch. Das ist ein abendfüllendes Thema. Ich hätte mir auch Sie vorstellen können, aber sei es drum.

Ich möchte kurz etwas zum Thema Investitionen sagen. Es ist ein Problem der Schuldenbremse oder besser gesagt von überschuldeten Haushalten, dass man immer am leichtesten bei den Investitionen spart. Das fällt im ersten Jahr nicht so auf, aber auf mittlere oder lange Sicht ist es ein Problem, wenn man die Investitionen herunterfährt. Insofern haben wir gesagt, das Problem darf nicht weiter verlagert

werden. Indem man weniger investiert, hält man die Schuldenbremse ein und schafft ausgeglichene Haushalte.

Deshalb haben wir vorgeschlagen, die Schuldenbremse ein Stück weit zu korrigieren. Sie haben das in Wahrheit mit IMPULS und so weiter auch getan. Wir haben das übrigens Schattenhaushalt genannt, aber gesagt, es ist trotzdem richtig, damit man investieren kann. Wir haben vorgeschlagen, die Schuldenbremse so zu konkretisieren oder zu ergänzen, dass man ein Investitionsgebot in die Verfassung schreibt. 10 % ab 2020 haben wir vorgeschlagen. Uns haben alle im Haus gesagt, das sei völliger Blödsinn und nicht erreichbar. Wir sind jetzt bei circa 6,5 %. Wir haben jetzt mehr konsumtive Ausgaben. Jede Lehrerstelle verringert die Investitionsquote. Wir haben es trotzdem im ersten Haushalt geschafft, bei 9,8 % Investitionsquote zu landen. Ich finde, das ist ein großer Erfolg.

Allein für sich genommen ist die Investitionsquote noch nicht besonders aussagekräftig. Aber wenn man mehr für Bildung tut, mehr konsumtive Ausgaben hat und gleichzeitig die Investitionsquote deutlich erhöht, ist das ein wichtiger Indikator für die Zukunftsfähigkeit eines Haushalts.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir beraten auch die Finanzplanung. In den nächsten zehn Jahren wird es jedes Jahr über 1 Milliarde € Investitionen geben. Das ist ein deutlich höheres Niveau, als wir es in der Vergangenheit hatten. Ich glaube, das ist ganz wichtig, damit wir die Infrastruktur sanieren und modernisieren.

Herr Dr. Stegner hat gesagt, diese Koalition und dieser Ministerpräsident hätten so unglaublich viel Glück. Ich will einmal sagen, das ist das Glück der Tüchtigen. Das will ich an dieser Stelle einmal behaupten.

(Zuruf SPD)

Aber, Herr Dr. Stegner, unser Glück besteht nicht nur darin, dass die Einnahmesituation so gut ist, weil die Steuerzahler so viel Geld an den Staat überweisen müssen. Unser Glück besteht auch darin, dass wir eine unfassbar schwache SPD-Opposition haben. Dazu ist heute schon vieles gesagt worden. Ich will das nicht noch einmal im Einzelnen zerpflücken. Das haben die Kollegen schon gut gemacht.

Sie haben kritisiert, dass ich gestern Ihre Vorschläge als halbseiden kritisiert habe. Ich muss ganz ehrlich sagen, ich habe das getan, weil ich ein höflich

(Christopher Vogt)

cher Mensch bin. Mir wären auch andere Begriffe dafür eingefallen. Es kann nicht angehen, dass man sagt, man macht strukturelle Ausgaben in Höhe von einer Viertelmilliarde Euro. All die Versprechen, die Sie in den letzten zehn Jahren nicht eingelöst haben, wo Sie sich selbst korrigieren wollen, das machen Sie jetzt, weil Sie auf einmal behaupten, dieses Jahr sei völlig anders als die Jahre vorher und Sie hätten überhaupt kein Glück gehabt. Bis zum letzten Jahr war das alles ganz schwierig, und jetzt ist es bei Jamaika ganz toll. Jetzt kann man das alles einlösen. Ihre Gegenfinanzierung spottet wirklich jeder Beschreibung. Das wurde schon gesagt. Die Vorsorge für die Tarifsteigerungen bei Beschäftigten im öffentlichen Dienst - das zu nehmen, um das Weihnachtsgeld zu finanzieren - ist wirklich der Hammer.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber viel interessanter finde ich noch: Sie haben sich wieder an Bernd Buchholz abgearbeitet und ihm seine PR-Fähigkeiten geneidet. Zu Recht. Aber ich muss ehrlich sagen, wir räumen beim Thema Marschbahn, bei dem Sie ihn so kritisiert haben, ebenso wie beim Thema frühkindliche Bildung, beim Wohnen, bei der Verkehrspolitik auf Straße und Schiene Ihre Trümmer weg, und Sie pöbeln immer noch hinterher.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich muss sagen, das ist schon lustig. Wir haben uns erlaubt, zur Marschbahn noch einen Antrag einzureichen. Ja, die Debatten, die in der Gesellschaft geführt werden, gehören ins Parlament. Ich dachte, dass Sie das als engagierter Parlamentarier bisher auch so gesehen haben. Deshalb haben wir einen Neun-Punkte-Plan vorgelegt. Wir haben gedacht, wir schauen einmal, was die SPD als Alternative anbietet, weil Sie immer nur schimpfen und sagen, Meyer hat das ganz toll gemacht, der Buchholz muss das Problem jetzt ganz schnell lösen.

Sie haben uns einen Alternativantrag vorgelegt, auch einen Neun-Punkte-Plan, übrigens genau die Punkte, die wir vorgeschlagen haben. Die schlagen Sie uns jetzt als Ihre Alternative vor. Sie fordern auch, dass wir die Planung bei den Abschnitten, die eingleisig sind, machen, damit die endlich zweigleisig werden, etwas, was man schon vor Jahrzehnten hätte machen müssen. Das fordern Sie in Ihrem Antrag auch, streichen aber gleichzeitig mit den Haushaltsvorschlägen das Geld dafür, weil MOIN.SH kein Geld bekommen soll.

(Beifall FDP, CDU und SSW)

Ja, Herr Dr. Stegner, wie soll man so etwas ernst nehmen? Ich finde, Sie sind momentan nicht regierungsfähig. Zur Großen Koalition hat Daniel Günther viel Lob verloren. Ich würde das so nicht mittragen.

Abschließend möchte ich darauf hinweisen, dass ich den Anspruch auf Ganztagsbetreuung bei den Grundschulen super finde. Aber wenn Sie 2 Milliarden € für vier Jahre ausgeben, landen in Schleswig-Holstein im Jahr 16 Millionen €. Davon werden wir es nicht bezahlen können. Die Kosten werden wieder bei Land und Kommunen landen. Das ist nicht seriös. Ich hoffe trotzdem, dass die Große Koalition zustande kommt. Ich hoffe auch, dass Sie Ihre Fraktion noch dahinter bekommen. Warten wir es einmal ab. Ich freue mich auf jeden Fall auf die nächsten Jamaika-Haushalte. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Die AfD-Fraktion hat mitgeteilt, keinen Wortbeitrag leisten zu wollen. Damit hat das Wort der Sprecher der Abgeordneten des SSW, der Abgeordnete Lars Harms.

Lars Harms [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich will noch einmal die Gelegenheit nutzen, um deutlich zu machen, welche Herausforderungen wir haben und weshalb wir unter anderem auf der Basis dieser Herausforderungen dem Haushalt zustimmen werden. Eines sei vorausgeschickt: Es ist in der Tat notwendig, Vorschläge, die strukturell wirken sollen, über die nächsten Jahre entsprechend gegenzufinanzieren. In den Haushaltsberatungen ist genau das die Kunst. Eine einfache Geschichte einmal für ein Jahr zu finanzieren, bekommen wir alle aus dem Ärmel geschüttelt. Aber zu wissen, wie man Dinge noch in zehn Jahren finanziert, ist nicht ganz so einfach.

Ich gebe allerdings zu, für uns als Oppositionspartei, ohne einen großen Apparat hinter sich zu haben, mit unseren drei Abgeordneten und unseren Mitarbeitern, die sehr engagiert sind, ist das sehr schwierig. Wir haben einen richtig großen Punkt in unseren Haushaltsvorschlägen. Das ist der mit A 13 für die Grundschullehrer, bei dem wir uns an Zahlen aus unserer alten Küstenkoalition orientiert ha-

(Lars Harms)

ben, wo es hieß, das koste 30 Millionen €. Dann hatten wir gesagt, für fünf Monate kostet das erst einmal 12,5 Millionen €. In den Beratungen konnten wir dann feststellen, dass sich die Kosten anscheinend nur bei 23 Millionen € bewegen. Das wäre erst einmal etwas Positives für den Haushalt.

Wir haben unsere 12,5 Millionen € deshalb nicht geändert, sondern gesagt, das lassen wir stehen. Wer aber genau auf unsere Vorschläge schaut, kann sehen, dass wir eine höhere Schuldentilgung haben, nämlich von knapp 11 Millionen €. Das wäre bei uns die Gegenfinanzierung auch für die folgenden Jahre, sodass wir in der Lage wären, mit unseren Vorschlägen die Erhöhung für die Grundschullehrer finanzieren zu können. - Das nur am Rande.

Ich glaube, es ist wichtig, noch einmal festzuhalten, dass wir es sehr positiv sehen, dass wir in diesem Jahr und in den Folgejahren dauerhaft über 800 Lehrer ins System bekommen. Selbst das - das wissen wir - ist noch zu wenig. Trotzdem ist es ein Riesenschritt. Es ist eine Weiterführung dessen, was wir in der Vergangenheit gemacht haben. Ich glaube, wenn wir 100 % Unterrichtsversorgung erreichen wollen, wenn wir die Integration von Flüchtlingen und Migrantenkinder erreichen wollen, wenn wir es hinbekommen wollen, dass Inklusion an Schulen stattfindet, und zwar nicht nur für behinderte Menschen, sondern auch die soziale Inklusion von Jugendlichen und Kindern, ist schon viel erreicht worden.

Aber das ist eine Riesenherausforderung, die in den kommenden Jahren, auch wenn es über die derzeitigen Steuereinnahmen gut funktioniert, bestehen bleiben wird, um diese Aufgaben bewältigen zu können. Wir sehen die notwendige Einstellung von 800 Lehrern, und das ist nach unserer Auffassung ein großer Schritt.

In der Tat, ich gebe dem Kollegen Stegner recht, ja, wir müssen eine Gebührenentlastung bei den Kindergärten hinbekommen, wir müssen es schnell schaffen. Ich denke, das sieht jeder hier im Raum so, gebe aber selbstkritisch zu bedenken, dass wir feststellen konnten, dass das, was wir als Küstenkoalition gut gemeint haben, nämlich das Krippengeld, nicht funktioniert hat, und zwar nicht, weil wir es verkehrt gemacht oder es schlecht vorbereitet hätten, sondern weil die Kommunen es einfach einkassiert haben. Das muss ich feststellen. Faktum ist, dass es bei den Eltern nicht überall angekommen ist. Es mag Kommunen geben, denen es gut ging, die haben das Geld bei den Eltern gelassen.

Im Regelfall ist es aber so gewesen, zumindest in dem Beritt, aus dem ich komme, dass man das Geld gleich wieder einkassiert hat. Unsere Sorge ist, wenn man das jetzt noch erhöht, werden die Kommunen das wieder abgreifen. Das würde lediglich Frust bei den Eltern verursachen. Hinsichtlich des Ziels sind wir uns jedoch völlig einig, aber es wird schwierig. Unser Kollege Sozialminister Garg hat heute auch schon die Kommunen aufgefordert, den Beitrag nicht mehr zu erhöhen. Sie werden es trotzdem tun. Wir brauchen daher eine langfristige Lösung. Die werden wir so kurzfristig, wie wir es uns alle wünschen, jedoch nicht hinbekommen. Ich habe immer noch im Ohr, dass es hieß, dass es ab dem Jahr 2020 laufen solle. An der Aussage werden wir die Regierung messen und werden uns gerne an der Diskussion, wie es mit der Kita-Finanzierung weitergeht, beteiligen.

Zweiter Punkt. Sport. Auf diesen Punkt bin ich noch nicht besonders eingegangen. Ich denke, es ist ganz wichtig, dass wir eine Sportstättenanierung durchführen. 7,5 Millionen € hierfür ist nicht die große Nummer, sondern ist der normale Anfang, um das weiterzuführen, was wir mit 2,5 Millionen € klein begonnen haben. Wenn man eine Turnhalle gebaut hat, weiß man, wie teuer das ist. Wir werden daher noch mehr Mittel benötigen.

Was ich aber ganz wichtig finde, und das ist losgelöst von dem Geld, was aber auch im Haushalt gefördert wird und dargestellt ist, ist die Sportentwicklungsplanung. Die fehlt uns nämlich im ganzen Land, und zwar nicht nur landesübergreifend, sondern auch in den einzelnen Kommunen. Deswegen arbeitet man in den Kommunen oft gegeneinander, was die Sportstättenanierung angeht. Da die Kommunen zu motivieren, eine Planung nach einheitlichen Gesichtspunkten auf den Weg zu bringen, kann ein wirklich riesiger Schritt werden, um den Sport im Land Schleswig-Holstein weiterzubringen.

(Beifall SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dritter Punkt, und damit möchte ich auch schließen. MOIN.SH. Wenn wir Investitionen in die Schiene haben wollen, brauchen wir dafür das Geld. Das sind also nicht nur Investitionen, sondern auch Innovationen in diesem Bereich. Wenn ich also die S 4, S 21, die Westküstenbahn zweispurig machen will, wenn ich möglicherweise auch hier an der Ostküste Bäderbahnprojekte anschieben will, wenn ich mir überlegen möchte, wie man das parallel zur Beltquerungstrasse und etwas in den Bädern machen will, brauche ich dafür Geld, dann kann ich dieses Geld natürlich nicht für andere Dinge ver-

(Lars Harms)

brauchen. Da haben wir eine ganz klare Priorisierung, dass dieses Geld in dieses Sondervermögen fließen muss, weil wir dieses Geld in der Zukunft benötigen. Das ist einfach so. Hätten wir dieses Geld nicht, wären Projekte gefährdet. Das wollen wir nicht, meine Damen und Herren.

Ich sage das vor allem vor dem Hintergrund, dass man möglicherweise damit rechnen kann, dass die GroKo zustande kommt und somit auf einmal ÖPNV-Mittel erhöht werden. Aber diese Mittel dann einzusetzen, ohne die vorhandene Infrastruktur zu haben, kann schwierig werden. Deswegen brauchen wir Geld für die Straße, für die Schieneninfrastruktur. Wenn wir das nicht in die Sondervermögen stellen, dann haben wir zukünftig Schwierigkeiten, diese ÖPNV-Mittel abrufen zu können. Deswegen ist aus meiner Sicht dieser Bereich genau richtig.

Ein letztes Wort. Dass wir das UKSH fördern, hilft aus meiner Sicht. Dass wir große Investitionen in Flensburg in den Krankenhäusern vornehmen, ist super, dass das, was wir als Küstenkoalition für die Westküste, für Husum und Niebüll angekündigt haben, läuft und viele andere Investitionen in den Krankenhäusern nun geschehen, ist etwas, was wir nur begrüßen können.

Vor dem Hintergrund kann es eigentlich nicht verwundern, dass wir mit den guten Kontakten, die wir zur Regierung hatten, nachdem wir nun in die Diskussion als Oppositionsfraktion mit einsteigen konnten, nachdem Dinge weitergeführt wurden, die wir auch als Regierungsfraktion als wichtig erachtet haben, dem Haushalt zustimmen.

(Beifall SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und vereinzelt CDU)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Meine Damen und Herren, ich unterbreche die Sitzung bis 15 Uhr.

(Unterbrechung 13:36 Uhr bis 15:04 Uhr)

Präsident Klaus Schlie:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich eröffne unsere Sitzung wieder. Wir begrüßen auf der Tribüne des Schleswig-Holsteinischen Landtags Vertreterinnen und Vertreter des Ortsverbandes Owschlag des Deutschen Roten Kreuzes. - Herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Bevor wir wieder in die Tagesordnung eintreten, möchte ich Ihnen mitteilen, dass sich die Parlamentarischen Geschäftsführungen auf folgende Änderungen im Sitzungsablauf geeinigt haben.

Erstens. Die Mittagspause am Freitag entfällt.

Zweitens. Der Tagesordnungspunkt 20, Umsetzung der Resolution der 26. Ostseeparlamentarierkonferenz vom 3. bis 5. September 2017 in Hamburg, Drucksache 19/504, wird ohne Aussprache behandelt. Die Ausschussüberweisung wird vorbereitet.

Drittens. Tagesordnungspunkt 24, Medizinische Versorgung für Menschen ohne Papiere, Drucksache 19/511, wird abgesetzt.

Viertens. Tagesordnungspunkt 26, Sicherung der Gesundheitsversorgung in Schleswig-Holstein, Drucksache 19/513, wird abgesetzt.

Fünftens. Tagesordnungspunkt 28, Bericht zum Stand des Evaluierungsverfahrens gemäß § 10 des Gesetzes zur Erhaltung von Dauergrünland vorlegen, Drucksache 19/517, wird ohne Aussprache aufgerufen. Die Ausschussüberweisung wird vorbereitet.

Soweit zum Ablauf der Freitagssitzung.

(Zuruf Hans-Jörn Arp [CDU])

- Herr Abgeordneter, wenn Sie sich nicht hier vorn mit der Regierung unterhalten hätten, hätten Sie es mitbekommen. Das war der erste Punkt, den ich genannt habe.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Herr Präsident, ich bitte um Entschuldigung! - Tobias Koch [CDU]: Das war der wichtigste für Jörn! - Zuruf: A 20!)

Weil die Beratung noch nicht offiziell geschlossen war, frage ich, ob es noch weitere Wortmeldungen gibt. Ich sehe, dass dies nicht der Fall ist. Damit schließe ich die Beratung.

Bevor wir in die Abstimmung zum Haushalt 2018 eintreten, lasse ich über die weiteren Tagesordnungspunkte aus der gemeinsamen Beratung abstimmen. Ich gehe davon aus, dass die mir vorab übermittelten Anträge auf namentliche Abstimmung von den Fraktionen gegenseitig unterstützt werden, sodass das erforderliche Quorum nach § 63 Absatz 2 Satz 1 unserer Geschäftsordnung damit jeweils gegeben ist. - Ich sehe keinen Widerspruch.

Wir kommen zur Abstimmung über das Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Gewährung jährlicher Sonderzahlungen, Drucksache 19/368 (neu),

(Präsident Klaus Schlie)

Bericht und Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 19/489.

Die Fraktion der SPD hat namentliche Abstimmung beantragt. Der Ausschuss empfiehlt die Ablehnung des Gesetzentwurfes, Drucksache 19/368 (neu). Ich schlage vor, in der namentlichen Abstimmung über den Gesetzentwurf selbst abzustimmen. Wer dem Gesetzentwurf, Drucksache 19/368 (neu), zustimmen will, erklärt dies bitte mit Ja.

(Namentliche Abstimmung)¹

Ich gebe das Abstimmungsergebnis bekannt: Dem Gesetzentwurf Drucksache 19/368 (neu) haben 16 Abgeordnete zugestimmt, 39 Abgeordnete haben ihn abgelehnt. Damit ist der Gesetzentwurf abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Abgeordneten des SSW „Tierheime finanziell unterstützen“, Drucksache 19/355, Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 19/489. Der Ausschuss empfiehlt, den Antrag - -

(Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Können Sie das Abstimmungsergebnis bitte noch einmal vorlesen!)

- Das ist das Ergebnis, das mir die Stimmenzähler hier mitgegeben haben. Ich kann nur das vorlesen, was mir die Schriftführer vorgelegt haben, und das war übereinstimmend 16 zu 39.

(Unruhe)

- Ich bitte die Stimmenzähler, noch einmal nachzuzählen, weil das Ergebnis angezweifelt wird und auch der Landtagsdirektor anders gezählt hat.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Auf alle Fälle habt ihr verloren! Wie hoch ihr verloren habt, ist eigentlich egal! - Unruhe)

Ich gebe das korrigierte Abstimmungsergebnis bekannt. Bevor ich das tue - wir kommen ja gleich noch zu weiteren namentlichen Abstimmungen -, bitte ich die Kolleginnen und Kollegen, deutlich und laut Ja oder Nein zu sagen, damit das hier vorn auch gehört werden kann. - Das Ergebnis ist jetzt: 22 Ja- und 45 Neinstimmen. Das Ergebnis ist das Gleiche: Der Gesetzentwurf ist abgelehnt.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Sie haben sowieso verloren!)

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Abgeordneten des SSW „Tierheime finanziell unterstützen“, Drucksache 19/355, Bericht und Be-

schlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 19/489. Der Ausschuss empfiehlt mit Zustimmung des Antragstellers, den Antrag Drucksache 19/355 für erledigt zu erklären. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist einstimmig so beschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung zu Tagesordnungspunkt 37, Finanzplan des Landes Schleswig-Holstein 2017 bis 2021, Finanzplan Fortschreibung 2022 bis 2027, Bericht der Landesregierung zum Abbau des strukturellen Defizits gemäß Artikel 61 der Landesverfassung, Bericht der Landesregierung, Drucksache 19/483. Ich schlage vor, den Bericht der Landesregierung, Drucksache 19/483, dem Finanzausschuss zur abschließenden Beratung zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Auch das ist einstimmig so beschlossen.

Bevor wir die Abstimmungen zum Haushaltsentwurf 2018 beginnen, weise ich zum Ablauf darauf hin, dass zunächst - wie bereits in den vergangenen Jahren - die Änderungsanträge nach Stärke der Oppositionsfraktionen und dann die der Koalitionsfraktion zur Abstimmung aufgerufen werden.

Wir treten jetzt ein in die Abstimmungen zum Entwurf eines Haushaltsgesetzes zum Haushaltsplan 2018, Gesetzentwurf der Landesregierung, Drucksache 19/360, Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2018, Gesetzentwurf der Landesregierung, Drucksache 19/361, Bericht und Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 19/489, Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 19/526, Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 19/527, Änderungsantrag der Abgeordneten des SSW, Drucksache 19/528, Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP, Drucksache 19/529, Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW, Drucksache 19/537, und Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP, Drucksache 19/550.

Ich rufe den Gesetzentwurf der Landesregierung „Haushaltsbegleitgesetz“, Drucksache 19/361, auf.

Ich rufe zunächst die Änderungsanträge der Fraktion der SPD, Drucksache 19/526, Seiten 15 bis 20, auf.

Zunächst lasse ich auf Antrag der Fraktion der SPD über die Nummern 1 - Änderung des Finanzausgleichsgesetzes - und 3 - Änderung des Kinderta-

¹ Das Ergebnis der namentlichen Abstimmung liegt als Anlage 1 bei

(Präsident Klaus Schlie)

gesstättengesetzes - namentlich abstimmen. Die namentliche Abstimmung soll dabei gemeinsam erfolgen. Ich bitte die Schriftführer, mit der namentlichen Abstimmung zu beginnen.

(Namentliche Abstimmung)²

Ich gebe das Abstimmungsergebnis bekannt: Den Änderungsanträgen zum Haushaltsbegleitgesetz - Nummern 1 und 3 - haben 21 Abgeordnete zugestimmt, 46 Abgeordnete haben sie abgelehnt, drei Abgeordnete haben sich enthalten. Die Änderungsanträge sind damit abgelehnt.

Ich rufe die weiteren Änderungsanträge der Fraktion der SPD zum Haushaltsbegleitgesetz auf, die Nummern 2, 4 und 5. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion der SPD. Wer ist dagegen? - Das sind alle anderen Abgeordneten.

(Zurufe)

- Wer hat sich enthalten?

(Jette Waldinger-Thiering [SSW]: Wir!)

- Entschuldigung. Die Abgeordneten des SSW haben sich enthalten. Für die Änderungsanträge hat die Fraktion der SPD gestimmt, dagegen haben die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, CDU und AfD gestimmt. Enthalten haben sich die Abgeordneten des SSW. Damit sind die Änderungsanträge abgelehnt.

Ich rufe auf den Änderungsantrag der Fraktion von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW, Drucksache 19/529, Buchstabe a), Änderung des Landesjagdgesetzes. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Abgeordneten des SSW und die Fraktion von FDP, CDU und AfD. - Wer ist dagegen? - Wer hat sich der Stimme enthalten? - Das sind die Abgeordneten der Fraktion der SPD. Der Änderungsantrag ist bei Enthaltung der Fraktion der SPD angenommen.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Entwurf des Haushaltsbegleitgesetzes 2018. Wer dem Gesetzentwurf der Landesregierung, Drucksache 19/361, in der vom Finanzausschuss empfohlenen Fassung, Drucksache 19/489, einschließlich der angenommenen Änderungsanträge, Drucksache 19/529 Buchstabe a) und Drucksache 19/550, zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Abgeordneten des SSW, die Fraktionen von FDP und CDU. Wer ist dagegen? - Das ist die Fraktion

der SPD. Wer enthält sich? - Das ist die Fraktion der AfD. Damit ist der Antrag angenommen.

(Wortmeldung Tobias Koch [CDU])

- Herr Abgeordneter Koch zur Geschäftsordnung.

Tobias Koch [CDU]:

Herr Präsident, ich glaube, wir hätten noch über die Drucksache 19/550 abstimmen müssen.

Präsident Klaus Schlie:

Das haben wir getan, Herr Abgeordneter.

Tobias Koch [CDU]:

In der Endabstimmung.

Präsident Klaus Schlie:

Wir haben eben abgestimmt, um es noch einmal zu wiederholen, weil Sie es offensichtlich nicht gehört haben. Ich habe vorgelesen: Wer dem Gesetzentwurf der Landesregierung, Drucksache 19/361, in der vom Finanzausschuss empfohlenen Fassung, Drucksache 19/489, einschließlich der angenommenen Änderungsanträge, Drucksache 19/529, Buchstabe a) und Drucksache 19/550, zustimmen will - -

Tobias Koch [CDU]:

Ich wollte mir nur den Hinweis erlauben, dass Drucksache 19/550 noch nicht angenommen war, weil wir noch nicht einzeln abgestimmt haben. Wenn das ohne Einzelabstimmung reicht, ist das vollkommen in Ordnung.

Präsident Klaus Schlie:

Nach unserer Einschätzung, Herr Abgeordneter - ansonsten will ich das gern nachholen -, habe ich den Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP, Drucksache 19/550, aufgerufen.

(Lars Harms [SSW]: Das war leider nicht so!

- Dr. Kai Dolgner [SPD]: „Leider nicht!“ - das hat eine subjektive Wertung!)

- Wir wollen keine Missverständnisse aufkommen lassen. Lassen Sie uns die Einzelabstimmung zu dem Punkt nachholen. Dann führen wir noch einmal die Gesamtabstimmung durch, dann haben wir - so glaube ich - allen Formalien genüge getan.

² Das Ergebnis der namentlichen Abstimmung liegt als Anlage 2 bei

(Präsident Klaus Schlie)

Ich rufe den Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP, Drucksache 19/550, auf. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Abgeordneten des SSW, die Fraktionen von FDP und CDU. Wer ist dagegen? - Dagegen ist keiner. Wer enthält sich? - Das sind die Fraktionen von SPD und AfD. Damit ist der Änderungsantrag angenommen.

Wir kommen jetzt noch einmal zur Abstimmung über den Entwurf des Haushaltsbegleitgesetzes 2018. Wer dem Gesetzentwurf der Landesregierung, Drucksache 19/361, in der vom Finanzausschuss empfohlenen Fassung, Drucksache 19/489, einschließlich der angenommenen Änderungsanträge, Drucksache 19/529 Buchstabe a) und Drucksache 19/550, zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Abgeordneten des SSW, die Fraktionen von FDP und CDU. Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktionen von SPD und AfD. Damit ist das Haushaltsbegleitgesetz 2018 angenommen.

Treten wir nunmehr in die Abstimmung zum Haushaltsgesetz und zu den Einzelplänen ein.

Ich rufe den Einzelplan 01 - Landtag - auf.

Ich rufe zunächst den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 19/526, laufende Nummer 1, auf. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion der SPD, die Abgeordneten des SSW und die Fraktion der AfD. Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und CDU. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Ich rufe dann die Änderungsanträge der Fraktion der AfD, Drucksache 19/527, laufende Nummern 1 und 2, auf. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion der AfD. Wer ist dagegen? - Das sind alle anderen Abgeordneten. Damit sind die Änderungsanträge abgelehnt.

Ich rufe jetzt den Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW, Drucksache 19/537, auf. Wer der Änderung des Stellenplans in den Titeln 01 01-422 04, MG 01, zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind alle Fraktionen. Damit ist der Änderungsantrag einstimmig angenommen.

Wer dem Einzelplan 01 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung im Übrigen zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Frak-

tionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Abgeordneten des SSW, die Fraktionen von FDP und CDU. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Das ist bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion so beschlossen.

Ich rufe den Einzelplan 02 - Landesrechnungshof - auf.

Änderungsanträge liegen nicht vor. Wer dem Einzelplan 02 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Abgeordneten des SSW und die Abgeordneten der Fraktionen von FDP, CDU und AfD. Damit ist der Einzelplan 02 einstimmig angenommen.

Ich rufe den Einzelplan 03 - Ministerpräsident, Staatskanzlei - auf.

Zunächst rufe ich die Änderungsanträge der Fraktion der SPD auf.

Zunächst kommen wir zur Einzelabstimmung über die Nummer 3 des Änderungsantrages - Digitalisierung. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion der SPD. Wer ist dagegen? - Das sind alle anderen Abgeordneten. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Ich rufe den weiteren Änderungsantrag der Fraktion der SPD, laufende Nummer 2, auf. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion der SPD. Wer ist dagegen? - Das sind alle anderen Abgeordneten. Damit ist dieser Änderungsantrag ebenfalls abgelehnt.

Ich rufe die Änderungsanträge der Abgeordneten des SSW, Drucksache 19/528, laufende Nummern 1 bis 5, auf. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten des SSW. Wer ist dagegen? - Das sind die Abgeordneten der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, CDU und AfD. Wer enthält sich? - Das ist die Fraktion der SPD. Damit sind die Änderungsanträge abgelehnt.

Wer dem Einzelplan 03 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Abgeordneten des SSW, die Fraktionen von FDP und CDU. Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktionen von SPD und AfD. Damit ist der Einzelplan 03 angenommen.

Ich rufe den Einzelplan 04 - Ministerium für Inneres, ländliche Räume, Integration - auf.

(Präsident Klaus Schlie)

Wir kommen zu den Änderungsanträgen der Fraktion der SPD, zunächst gemeinsame Einzelabstimmung über die Nummer 5 des Änderungsantrages - Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten - und über die Nummern 69 bis 73 des Änderungsantrages zum Stellenplan des Einzelplans 04. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion der SPD und die Abgeordneten des SSW. Wer ist dagegen? - Das sind alle anderen Fraktionen. Damit sind die Änderungsanträge abgelehnt.

Dann kommen wir zur gemeinsamen Einzelabstimmung über die Nummern 6 und 7 des Änderungsantrages - Förderung der Gründung und des Erhalts kommunaler Wohnungsgesellschaften und Genossenschaften und Förderung planerischer und konzeptioneller Maßnahmen zur Unterstützung des Kommunalen Wohnungsbaus. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion der SPD und die Abgeordneten des SSW. Wer ist dagegen? - Das sind alle anderen Fraktionen. Damit sind die Änderungsanträge abgelehnt.

Ich rufe den weiteren Änderungsantrag der Fraktion der SPD, laufende Nummer 4. auf. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion der SPD und die Abgeordneten des SSW. Wer ist dagegen? - Das sind alle anderen Fraktionen. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Wir kommen zu den Änderungsanträgen der Fraktion der AfD, die laufenden Nummern 3 bis 12. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten der Fraktion der AfD. Wer ist dagegen? - Das sind alle anderen Abgeordneten. Damit sind die Änderungsanträge abgelehnt.

Wir kommen zu den Änderungsanträgen der Abgeordneten des SSW, zunächst eine gemeinsame Einzelabstimmung über die Nummern 7 bis 9 des Änderungsantrages zum Stellenplan des Einzelplans. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten des SSW. Wer ist dagegen? - Das sind die Abgeordneten der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, CDU und AfD. Wer enthält sich? - Das ist die Fraktion der SPD. Damit sind die Änderungsanträge abgelehnt.

Ich rufe den weiteren Änderungsantrag der Abgeordneten des SSW, laufende Nummer 6, auf. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten des SSW. Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktionen von SPD, FDP, CDU, AfD sowie BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Wer enthält sich? - Das ist die Fraktion der SPD. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Ich rufe den Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP, Drucksache 19/529, Titel 04 08-892 03, Zuwendungen der EU im Rahmen der LEADER/AktivRegion, auf. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Abgeordneten des SSW, die Fraktionen von FDP, CDU und AfD. Wer ist dagegen? - Das ist die Fraktion der SPD. Damit ist der Änderungsantrag angenommen.

Wer dem Einzelplan 04 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung im Übrigen zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und CDU. Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktionen von SPD und AfD. Wer enthält sich? - Das sind die Abgeordneten des SSW. Damit ist Einzelplan 04 angenommen.

Ich rufe den Einzelplan 05 - Finanzministerium - auf.

Ich rufe zunächst die Änderungsanträge der Fraktion der SPD, die laufenden Nummern 8 bis 11, auf. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten der Fraktion der SPD und die Abgeordneten des SSW. Wer ist dagegen? - Das sind alle anderen Fraktionen. Damit sind die Änderungsanträge abgelehnt.

Ich rufe dann die Änderungsanträge der Abgeordneten des SSW, die laufenden Nummern 10 bis 13, auf. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten des SSW. Wer ist dagegen? - Das sind die Abgeordneten von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, CDU und AfD. Wer enthält sich? - Das sind die Abgeordneten der Fraktion der SPD. Damit sind die Änderungsanträge abgelehnt.

Wer dem Einzelplan 05 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Abgeordneten des SSW und die Abgeordneten der Fraktionen von FDP, CDU und AfD. Wer ist dagegen? - Das ist die Fraktion der SPD. Damit ist der Einzelplan 05 angenommen.

Ich rufe den Einzelplan 06 - Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus - auf.

Wir kommen zu den Änderungsanträgen der Fraktion der SPD.

(Präsident Klaus Schlie)

Zunächst Einzelabstimmung über die Nummer 14 des Änderungsantrags „Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Förderung innovativer Fahrradinfrastruktur wie Ladestationen für elektrisch unterstützte Räder, Abstellmöglichkeiten und weitere Bike&Ride-Angebote“. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten der Fraktion der SPD und die Abgeordneten des SSW. Wer ist dagegen? - Das sind die Abgeordneten von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, CDU und AfD. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Ich rufe die weiteren Änderungsanträge der Fraktion der SPD, die laufenden Nummern 12 und 13, auf. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion der SPD. Wer ist dagegen? - Das sind alle anderen Abgeordneten. Damit sind die Änderungsanträge abgelehnt.

Ich rufe die Änderungsanträge der Fraktion der AfD, die laufenden Nummern 13 bis 27, auf. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten der AfD. Wer ist dagegen? - Das sind alle anderen Abgeordneten. Damit sind die Änderungsanträge abgelehnt.

Ich rufe den Änderungsantrag der Abgeordneten des SSW, die laufende Nummer 14, auf. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten des SSW. Wer ist dagegen? - Das sind die Abgeordneten der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, CDU und AfD. Wer enthält sich? - Das ist die Fraktion der SPD. Damit ist der Einzelplan 06 angenommen.

(Zurufe)

- Habe ich etwas übersprungen?

(Zurufe)

- Die Gesamtabstimmung? - Ich stelle zunächst fest, dass der Änderungsantrag der Abgeordneten des SSW abgelehnt ist.

Es folgt die Gesamtabstimmung über den Einzelplan 06. Wer dem Einzelplan 06 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Abgeordneten des SSW, die Abgeordneten der Fraktionen von FDP und CDU. Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktionen von SPD und AfD. - Das ist jetzt richtig; vielen Dank für den Hinweis. Damit ist der Einzelplan 06 angenommen.

Ich rufe den Einzelplan 07 - Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur- auf.

³ Das Ergebnis der namentlichen Abstimmung liegt als Anlage 3 bei

Ich rufe die Änderungsanträge der Fraktion der SPD auf.

Zunächst gemeinsame namentliche Abstimmung über die laufende Nummer 23, Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten, und über die Nummern 74 bis 76 des Änderungsantrags zum Stellenplan des Einzelplans 07. Ich bitte die Schriftführer, mit der namentlichen Abstimmung zu beginnen.

(Namentliche Abstimmung)³

Ich gebe das Abstimmungsergebnis bekannt. Den Änderungsanträgen haben 24 Abgeordnete zugestimmt, 46 Abgeordnete haben sie abgelehnt. Die Änderungsanträge sind damit abgelehnt.

Dann Einzelabstimmung über die Nummer 18 des Änderungsantrages, Abgeltung von Absenkung der zu leistenden Pflichtstunden zur Betreuung von Lehrkräften ohne Zweites Staatsexamen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Abgeordneten der SPD-Fraktion und die Abgeordneten des SSW. Wer ist dagegen? - Das sind die Abgeordneten aller anderen Fraktionen. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Ich rufe die weiteren Änderungsanträge der Fraktion der SPD, die laufenden Nummern 15 bis 17, 19 bis 22 sowie 24 bis 26, auf. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten der Fraktion der SPD und die Abgeordneten des SSW. Wer ist dagegen? - Das sind die Abgeordneten aller anderen Fraktionen. Damit sind die Änderungsanträge abgelehnt.

Ich rufe dann die Änderungsanträge der Fraktion der AfD, die laufenden Nummern 28 bis 39, auf. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten der Fraktion der AfD. Wer ist dagegen? - Das sind alle anderen Abgeordneten. Damit sind die Änderungsanträge abgelehnt.

Ich rufe dann die Änderungsanträge der Abgeordneten des SSW auf.

Zunächst Einzelabstimmung über die Nummer 17 des Änderungsantrages „Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten“. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten der Fraktion der SPD und die Abgeordneten des SSW. Wer ist dagegen? - Das sind alle anderen Abgeordneten. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

(Präsident Klaus Schlie)

Dann Einzelabstimmung über die Nummer 18 des Änderungsantrages „Zuwendung an Gemeinden für die kostenlose Entleihe“. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten des SSW. Wer ist dagegen? - Das sind die Abgeordneten von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, CDU und AfD. - Wer enthält sich? - Das sind die Abgeordneten der SPD. Damit sind die Änderungsanträge abgelehnt.

Wer dem Einzelplan 07 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen.

(Zuruf Jette Waldinger-Thiering [SSW])

- Habe ich einen vergessen? - Ach so, Entschuldigung!

Ich rufe die weiteren Änderungsanträge der Abgeordneten des SSW - pardon -, die laufenden Nummern 15 und 16 sowie 19 bis 28, auf. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten des SSW. Wer ist dagegen? - Das sind die Abgeordneten von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, CDU und AfD. Wer enthält sich? - Das sind die Abgeordneten der SPD. Damit sind die Änderungsanträge abgelehnt.

Jetzt kommen wir zum Einzelplan 07 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und CDU. Wer ist dagegen? - Das sind die Abgeordneten von SPD, SSW und AfD. Damit ist der Einzelplan 07 angenommen.

Ich rufe den Einzelplan 09 - Ministerium für Justiz, Europa, Verbraucherschutz und Gleichstellung - auf.

Ich rufe zunächst die Änderungsanträge der Fraktion der SPD, die laufenden Nummern 27 bis 30, auf. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten der Fraktion der SPD und die Abgeordneten des SSW. Wer ist dagegen? - Das sind alle anderen Abgeordneten. Damit sind die Änderungsanträge abgelehnt.

Ich rufe die Änderungsanträge der Fraktion der AfD, die laufenden Nummern 51 und 52, auf. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten der Fraktion der AfD. Wer ist dagegen? - Das sind alle anderen Abgeordneten. Damit sind die Änderungsanträge abgelehnt.

Ich rufe die Änderungsanträge der Abgeordneten des SSW auf.

Zunächst gemeinsame Einzelabstimmung über die Nummern 30 bis 46 des Änderungsantrages zum Stellenplan des Einzelplans 09. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten des SSW. Wer ist dagegen? - Das sind die Abgeordneten von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, CDU und AfD. Wer enthält sich? - Das sind die Abgeordneten der SPD. Damit sind die Änderungsanträge abgelehnt.

Ich rufe den weiteren Änderungsantrag der Abgeordneten des SSW, die laufende Nummer 29, auf. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten der SPD und des SSW. Wer ist dagegen? - Das sind alle anderen Abgeordneten. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Wer dem Einzelplan 09 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und CDU. Wer ist dagegen? - Das sind die Abgeordneten der SPD und der AfD. Wer enthält sich? - Das sind die Abgeordneten des SSW. Damit ist der Einzelplan 09 angenommen.

Ich rufe den Einzelplan 10 - Ministerium für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren - auf.

Wir kommen zu den Änderungsanträgen der Fraktion der SPD.

Zunächst Einzelabstimmung über die Nummer 31 des Änderungsantrages „Förderung von Trägern der Ausbildung in den Gesundheitsfachberufen“. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten der SPD und des SSW. Wer ist dagegen? - Das sind alle anderen Abgeordneten. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Dann Einzelabstimmung über die Nummer 33 des Änderungsantrages „ZukunftsLabor zur Weiterentwicklung der sozialen Sicherungssysteme“. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten der Fraktion der SPD. Wer ist dagegen? - Das sind alle anderen Abgeordneten. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Weiter Einzelabstimmung über die Nummer 43 des Änderungsantrages „Zuschüsse für Investitionen in Jugendherbergen“. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten der SPD und des SSW. Wer ist dagegen? - Das sind die Abgeordneten von BÜNDNIS 90/DIE

(Präsident Klaus Schlie)

GRÜNEN, FDP, CDU und AfD. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Weiter Einzelabstimmung über die Nummer 44 des Änderungsantrages „Erstattung von Kosten der Hilfe zur Erziehung für unbegleitete minderjährige Ausländer und Asylbewerber“. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten der Fraktion der SPD. Wer ist dagegen? - Das sind alle anderen Abgeordneten. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Dann Abstimmung über die weiteren Änderungsanträge der Fraktion der SPD, die laufenden Nummern 32, 34 bis 42 sowie 45. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten der SPD-Fraktion und die Abgeordneten des SSW. Wer ist dagegen? - Das sind die Abgeordneten aller anderen Fraktionen. Damit sind die Änderungsanträge abgelehnt.

Ich rufe die Änderungsanträge der Fraktion der AfD, die laufenden Nummern 40 bis 50, auf. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten der AfD-Fraktion. Wer ist dagegen? - Das sind alle anderen Abgeordneten. Damit sind die Änderungsanträge abgelehnt.

Ich rufe die Änderungsanträge der Abgeordneten des SSW auf.

Zunächst Einzelabstimmung über die Nummer 54, Zuschüsse für Beratungsstellen der Wohnungslosen- und Straffälligenhilfe. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten der SPD und des SSW. Wer ist dagegen? - Das sind alle anderen Abgeordneten. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Dann Einzelabstimmung über die Nummer 55, Förderung von Baumaßnahmen und Neubauten von Notunterkünften für Wohnungslose. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten der Fraktion der AfD und die Abgeordneten des SSW. Wer ist dagegen? - Das sind die Abgeordneten der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und CDU. Wer enthält sich? - Das sind die Abgeordneten der Fraktion der SPD. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Dann Abstimmung über die weiteren Änderungsanträge der Abgeordneten des SSW, die laufenden Nummern 47 bis 53 sowie 56 und 57. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten des SSW. Wer ist dagegen? - Das sind die Abgeordneten von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, CDU und AfD. Wer enthält

sich? - Das sind die Abgeordneten der SPD. Damit sind die Änderungsanträge abgelehnt.

Ich rufe dann die Änderungsanträge der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP auf.

Zunächst Einzelabstimmung über Titel 10 12-684 27, Förderung der landesweiten Emanzipationsarbeit der HAKI e.V. Kiel für lesbische, schwule, bi*, trans*, inter* und queere Menschen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW, FDP und CDU. Wer ist dagegen? - Das sind die Abgeordneten der AfD. Damit ist dieser Titel angenommen.

Ich rufe den Änderungsantrag Drucksache 19/529 zum Titel 10 02-526 99, Kosten für Sachverständige, Gutachten und Ähnliches, auf. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW, FDP, CDU und AfD. Wer ist dagegen? - Das sind die Abgeordneten der SPD. Damit ist der Änderungsantrag angenommen.

Wer dem Einzelplan 10 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung im Übrigen zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW, FDP und CDU. Wer ist dagegen? - Das sind die Abgeordneten von SPD und AfD. Damit ist der Einzelplan 10 angenommen.

Ich rufe den Einzelplan 11 - Allgemeine Finanzverwaltung - auf.

Wir kommen zu den Änderungsanträgen der Fraktion der SPD.

Zunächst Einzelabstimmung über die Nummer 46 des Änderungsantrages „Zuweisungen zur Kompensation für den Wegfall der Erhebungspflicht für Straßenausbaubeiträge gemäß § 15 Absatz 5 FAG“. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten der SPD und des SSW. Wer ist dagegen? - Das sind die Abgeordneten von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, CDU und AfD. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Dann Abstimmung über die weiteren Änderungsanträge der Fraktion der SPD, die laufenden Nummern 47 bis 57. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten der SPD-Fraktion. Wer ist dagegen? - Das sind die Abgeordneten von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, CDU und AfD. Wer enthält sich? - Das sind die Abgeordneten des SSW. Damit sind die Änderungsanträge abgelehnt.

(Präsident Klaus Schlie)

Ich rufe den Änderungsantrag der Fraktion der AfD, die laufende Nummer 53, auf. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten der AfD-Fraktion. Wer ist dagegen? - Das sind alle anderen Abgeordneten. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Ich rufe die Änderungsanträge der Abgeordneten des SSW, die laufenden Nummern 58 bis 60, auf. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten des SSW. Wer ist dagegen? - Das sind die Abgeordneten von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, CDU und AfD. Wer enthält sich? - Das sind die Abgeordneten der SPD. Damit sind die Änderungsanträge abgelehnt.

Abschließend Einzelabstimmung über Titel 11 11-634 01, Zuführungen an das Sondervermögen MOIN.SH. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW, FDP und CDU. Wer ist dagegen? - Das sind die Abgeordneten der SPD. Wer enthält sich? - Das sind die Abgeordneten der AfD. Damit ist dieser Titel angenommen.

Wer dem Einzelplan 11 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung im Übrigen zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. Das sind die Abgeordneten von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW, FDP und CDU. Wer ist dagegen? - Das sind die Abgeordneten der SPD und der AfD. Damit ist der Einzelplan 11 angenommen.

Ich rufe den Einzelplan 12 - Hochbaumaßnahmen und Raumbedarfsdeckung des Landes - auf.

Änderungsanträge liegen nicht vor. Wer dem Einzelplan 12 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Abgeordneten des SSW, die Fraktionen von FDP, CDU und AfD. Wer stimmt dagegen? - Das ist die Fraktion der SPD. Damit ist der Einzelplan 12 angenommen.

Ich rufe den Einzelplan 13 - Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung - auf.

Ich rufe die Änderungsanträge der Fraktion der SPD auf.

Zunächst namentliche Abstimmung über die laufende Nummer 60, Erarbeitung einer Landesstrategie zum Ausstieg aus der Nutzung von Glyphosat. Ich bitte die Schriftführer, mit der namentlichen Abstimmung zu beginnen.

(Namentliche Abstimmung)⁴

Ich gebe das Abstimmungsergebnis bekannt. Dem Änderungsantrag haben 29 Abgeordnete zugestimmt. 41 Abgeordnete haben ihn abgelehnt. Der Änderungsantrag ist damit abgelehnt.

Ich rufe die weiteren Änderungsanträge der Fraktion der SPD, die laufenden Nummern 58 und 59 sowie 61 und 62, auf. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten der SPD und des SSW. Wer stimmt dagegen? - Das sind die Abgeordneten von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, CDU und AfD. Damit sind die Änderungsanträge abgelehnt.

Dann Abstimmung über die Änderungsanträge der Fraktion der AfD, die laufenden Nummern 54 bis 61. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten der Fraktion der AfD. Wer stimmt dagegen? - Das sind alle anderen Abgeordneten. Damit sind die Änderungsanträge abgelehnt.

Wir kommen zu den Änderungsanträgen der Abgeordneten des SSW.

Zunächst Einzelabstimmung über die Nummer 61 des Änderungsantrages „Förderung von Tierheimen“. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten des SSW. Wer stimmt dagegen? - Das sind die Abgeordneten der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, CDU und AfD. Wer enthält sich? - Das sind die Abgeordneten der Fraktion der SPD. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Dann Einzelabstimmung über die Nummer 62 des Änderungsantrages „Investitionen in Tierheimen“. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten des SSW. Wer stimmt dagegen? - Das sind die Abgeordneten der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, CDU und AfD. Wer enthält sich? - Das sind die Abgeordneten der Fraktion der SPD. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Wer dem Einzelplan 13 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Abgeordneten des SSW, die Abgeordneten der Fraktionen von FDP und CDU. Wer stimmt dagegen? - Das sind die Abgeordneten der Fraktionen von SPD und AfD. Damit ist der Einzelplan 13 angenommen.

⁴ Das Ergebnis der namentlichen Abstimmung liegt als Anlage 4 bei

(Präsident Klaus Schlie)

Ich rufe den Einzelplan 14 - Informations- und Kommunikationstechnologien, E-Government und Digitalisierung - auf.

Ich rufe die Änderungsanträge der Fraktion der SPD, die laufenden Nummern 63 bis 66, auf. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten der Fraktion der SPD. Wer stimmt dagegen? - Das sind alle anderen Abgeordneten. Damit sind die Änderungsanträge abgelehnt.

Dann Abstimmung über die Änderungsanträge der Fraktion der AfD, die laufenden Nummern 62 und 63. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten der Fraktion der AfD. Wer stimmt dagegen? - Das sind alle anderen Abgeordneten. Damit sind die Änderungsanträge abgelehnt.

Wer dem Einzelplan 14 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Abgeordneten des SSW, die Abgeordneten der Fraktionen von FDP und CDU. Wer stimmt dagegen? - Das sind die Abgeordneten der Fraktionen von SPD und AfD. Damit ist der Einzelplan 14 angenommen.

Ich rufe den Einzelplan 15 - Landesverfassungsgericht - auf.

Änderungsanträge liegen nicht vor. Wer dem Einzelplan 15 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist einstimmig so beschlossen. Damit ist der Einzelplan 15 angenommen.

Ich rufe den Einzelplan 16 - InfrastrukturModernisierungsprogramm für unser Land Schleswig-Holstein (IMPULS 2030) - auf.

Ich rufe die Änderungsanträge der Fraktion der SPD, die laufenden Nummern 67 und 68, auf. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten der Fraktion der SPD. Wer stimmt dagegen? - Das sind alle anderen Abgeordneten. Damit sind die Änderungsanträge abgelehnt.

Wer dem Einzelplan 16 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Abgeordneten des SSW, die Abgeordneten der FDP-Fraktion und der CDU-Fraktion. Wer stimmt dagegen? - Das sind die Abgeordneten der Fraktionen von SPD und AfD. Damit ist der Einzelplan 16 angenommen.

Wir kommen zur Abstimmung über die Feststellung eines Haushaltsgesetzes zum Haushaltsplan 2018.

Änderungsanträge zum Haushaltsgesetz liegen nicht vor.

Nach den Abstimmungen über die Einzelpläne kommen wir nun zur Feststellung des Haushaltsplanes und zur Schlussabstimmung.

Ich stelle für das Haushaltsjahr 2018 fest: Das Haushaltsvolumen in § 1 beträgt 14.901.453.900 €. Die Verpflichtungsermächtigungen in § 1 betragen 1.554.250.000 €. Die Kreditermächtigung in § 2 beträgt 2.725.940.700 €.

Bevor wir zur Schlussabstimmung über den Gesamthaushalt kommen, frage ich, wer dem Entwurf eines Haushaltsgesetzes zum Haushaltsplan 2018 in der vom Finanzausschuss empfohlenen Fassung zustimmen will. Den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Abgeordneten des SSW, die Abgeordneten der Fraktionen von FDP und CDU. Wer stimmt dagegen? - Das sind die Abgeordneten der Fraktionen von SPD und AfD. Das Haushaltsgesetz 2018 ist damit angenommen.

Wir kommen nun zur Schlussabstimmung insgesamt.

Wer dem Haushaltsgesetz 2018, dem Gesamtplan und den Einzelplänen in der vom Finanzausschuss empfohlenen Fassung einschließlich der angenommenen Änderungsanträge Drucksache 19/529 Buchstabe b) und Drucksache 19/537 zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Abgeordneten des SSW, die Abgeordneten der Fraktion der FDP und die Abgeordneten der Fraktion der CDU. Wer stimmt dagegen? - Die Abgeordneten der Fraktionen von SPD und AfD. Damit ist der Haushalt 2018 beschlossen.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Ich darf Ihnen mitteilen, dass Frau Ministerin Heinold sich jetzt verabschiedet. - Wir wünschen ihr gute Besserung.

(Zurufe)

Wir wünschen Frau Abgeordneter Heinold gute Besserung.

(Beifall)

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 13 auf:

(Präsident Klaus Schlie)

Wahl einer Vizepräsidentin oder eines Vizepräsidenten des Landesverfassungsgerichts

Wahlvorschlag des Ausschusses zur Vorbereitung der Wahl der Mitglieder des Landesverfassungsgerichts

Drucksache 19/493

Der Ausschuss zur Vorbereitung der Wahl der Mitglieder des Landesverfassungsgerichts hat dem Landtag mit der Drucksache 19/493 einen Wahlvorschlag vorgelegt. Der Landtag hat einen Vizepräsidenten in geheimer Wahl und ohne Aussprache zu wählen. Für die Wahl ist die Mehrheit von zwei Dritteln der Mitglieder des Landtages, also 49 Stimmen, erforderlich.

Zum Wahlablauf gebe ich Ihnen nun folgende Hinweise:

Wir beschließen über den Wahlvorschlag des Ausschusses, Drucksache 19/493. Sie haben die Möglichkeit, mit Ja, Nein oder Enthaltung abzustimmen. Ich weise darauf hin, dass Stimmenthaltungen die gleiche Wirkung wie Neinstimmen haben. Den Stimmzettel erhalten Sie beim Saaldienstmitarbeiter zu meiner Linken.

Ich bitte Sie, darauf zu achten, dass das Kreuz auf dem Stimmzettel korrekt angebracht wird, damit keine Zweifel über die Gültigkeit Ihrer Stimme entstehen können. Es ist bitte nur der in der Wahlkabine bereitliegende Stift zur Stimmabgabe zu benutzen.

Bevor wir in die Wahlhandlung eintreten, bitte ich eine der Schriftführerinnen oder einen der Schriftführer, sich davon zu überzeugen, dass die Wahlurne leer ist. - Das ist der Fall.

Meine Damen und Herren, der Wahlakt ist damit eröffnet. Ich bitte die Schriftführer, die Namen aufzurufen.

(Namensaufruf)

Meine Damen und Herren, bevor ich die Wahlhandlung beende, frage ich Sie, ob noch eine Abgeordnete oder ein Abgeordneter im Saal ist, die beziehungsweise der noch nicht gewählt hat. - Das ist nicht der Fall. Der Wahlakt ist damit beendet.

Ich unterbreche die Sitzung zur Auszählung der Stimmzettel für etwa zehn Minuten.

(Unterbrechung: 16:10 bis 16:17 Uhr)

Präsident Klaus Schlie:

Ich eröffne die Sitzung wieder. Ich gebe das Ergebnis der Wahl bekannt: Abgegebene Stimmen 70, gültige Stimmen 69, ungültige Stimmen 1, Jastimmen 64, Neinstimmen 4, Enthaltungen 1. Damit ist der Wahlvorschlag mit der vorliegenden Zweidrittelmehrheit angenommen worden. Der in der Drucksache 19/493 vorgeschlagene Professor Dr. Brüning ist damit gewählt. Herr Professor Dr. Brüning hat bereits im Vorwege seine Zustimmung zur Übernahme des Amtes erklärt. Somit erübrigt sich die Frage, ob er die Wahl annimmt. Ich beglückwünsche ihn zur Wahl. Wenn er hier wäre, würde ich das persönlich tun.

(Zuruf SPD: Er ist im Urlaub!)

- Er ist im Urlaub. Ich wusste das nicht, danke. Ich beglückwünsche ihn im Namen des Hauses trotzdem zur Wahl und werde ihm die Glückwünsche übermitteln. Ich wünsche ihm viel Erfolg bei der Arbeit.

(Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 14 auf:

Ausnahmegenehmigungen von der Euro-6-Norm für Fahrzeuge der Klassen N2 und N3

Antrag der Fraktion der AfD
Drucksache 19/460

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort für die Fraktion der AfD hat Herr Abgeordneter Volker Schnurrbusch.

Volker Schnurrbusch [AfD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Liebe Gäste! Die Euro-6-Norm für Dieselfahrzeuge ist eine vernünftige und angesichts der aktuellen Debatte auch notwendige und richtige Regelung. Bei Rettungsfahrzeugen sieht das allerdings ganz anders aus. Bei einer üblichen Einsatzfahrt, die in der Regel keine Langstrecken umfasst, erreichen weder Motor noch das komplexe Abgasreinigungssystem die notwendigen Temperaturen, um überhaupt eine Abgasreinigung herbeizuführen. Dieser Umstand macht der Industrie immer noch Kopfzerbrechen. Selbst der bei Feuerwehrfahrzeugen führende deutsche Hersteller produziert und optimiert weiterhin Euro-5-Feuerwehrgestelle, weil Euro 6 eben nicht für jedes Fahrzeug geeignet ist. Nach Angaben dieses

(Volker Schnurrbusch)

Herstellern schleppen Euro-6-Fahrzeuge der Rettungsdienste ein Mehrgewicht zwischen 150 und 200 kg mit sich herum, kosten im Schnitt 12.000 € mehr und verursachen einen höheren Wartungsaufwand.

Das Mehrgewicht erfordert entweder eine Auflastung, was dann für Feuerwehrleute einen kostenpflichtigen Lkw-Führerschein notwendig macht, oder - um eine Auflastung zu verhindern - eine reduzierte Mitnahme an Rettungsmitteln oder Personal. Aufgrund von Euro 6, dessen Reinigungswirkung in einem Feuerwehrfahrzeug meist nicht zum Tragen kommt, könnten zum Beispiel zwei voll ausgerüstete Feuerwehrleute nicht mitgenommen werden. Darüber, was dann konkret zu einem Einsatzort nicht mitgenommen werden kann, müssen die Wehren jedes Mal vor Ort entscheiden.

Dieses Problem mit Euro 6 wurde in anderen Bundesländern bereits erkannt. Niedersachsen und Rheinland-Pfalz haben bereits eine zeitlich unbegrenzte Ausnahmegenehmigung für Euro-5-Rettungsfahrzeuge erteilt. Andere Bundesländer haben eine Ausnahmegenehmigung bis zum Jahresende 2020 verlängert. Selbst das grüne Musterländle Baden-Württemberg hat sich vor eineinhalb Jahren für eine Verlängerung bis Ende 2020 entschieden.

Unser Antrag bringt das Thema hier in Schleswig-Holstein auf die Tagesordnung. Auch die SPD-Fraktion sieht hier offenbar diese Notwendigkeit. Allerdings, werter Herr Kollege Vogel, geht es bei der Verlängerung der Ausnahmegenehmigungen nicht darum, dass Fahrzeuge außer Dienst gestellt werden müssen, wie es in Ihrer Antragsbegründung hieß, sondern dass neue Fahrzeuge nur noch mit Euro-6-Norm zugelassen werden können. Bei Euro-6-Rettungsfahrzeugen findet aufgrund der Kurzstrecken bis zum Einsatzort quasi keine Reinigung statt. Das hat auch der Fachausschuss Technik der deutschen Feuerwehren bereits festgestellt.

Ich fasse zusammen: Es benötigt einen höheren Wartungsaufwand, der von den Technikern der jeweiligen Feuerwehr zu leisten ist, es führt zu einer geringeren Nutzlast und zu einem höheren Kaufpreis. Es bringt gleichzeitig null für die Sauberhaltung der Luft. Zusätzlich erfordert eine Euro-6-Filteranlage einen Regenerationsprozess, der aufgrund der Einsatzreichweite nur durch zusätzliche Fahrleistung erfolgen kann. Das gilt im Übrigen auch für den Pumpenstandbetrieb. Ein hoffentlich nicht ganz ernst gemeinter Vorschlag eines hiesigen Wehrführers lautet deshalb, ich zitiere:

„Dann fahren wir eben noch nach dem Einsatz ein paar Runden durchs Dorf, um die Euro-6-Filteranlage zu regenerieren.“

Es werden in dem Fall also mehr Abgase produziert, nur um diese Norm einzuhalten. Das kann es ja nicht sein.

Ich bin davon überzeugt, dass unsere Industrie irgendwann auch Euro-6-Fahrzeuge für die Rettungsdienste bereitstellen wird, die allen Anforderungen der Wehren zu einem akzeptablen Preis genügen. Bis dahin benötigen aber viele Feuerwehren im Land neue Fahrzeuge. Dafür brauchen wir auch hier in Schleswig-Holstein eine Ausnahmegenehmigung, die die Kommunen, das Land und die Feuerwehrekassen finanziell entlasten würden.

Daher beantragen wir die Überweisung an den Wirtschaftsausschuss und an den Innenausschuss zur weiteren Beratung. - Vielen Dank.

(Beifall AfD)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die CDU-Fraktion hat der Abgeordnete Lukas Kilian das Wort.

Lukas Kilian [CDU]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kollegen! Zunächst möchte ich einmal feststellen, dass dies der zweite Antrag der AfD-Fraktion zum Thema Abgase/Abgasnorm ist. Einmal haben wir uns über den Dieselskandal unterhalten. Damals waren einige Annahmen in dem Antrag falsch. Auch dieses Mal komme ich nicht darum herum, auf Fehler hinzuweisen. Sie sagen, es bringe nichts, wenn man Euro-6-Fahrzeuge habe, da man dann Bewegungsfahrten von bis zu 70 km Strecke machen müsste, damit die Abgasreinigung funktioniert.

Gängige Hersteller, große deutsche namhafte Hersteller haben es inzwischen seit längerem geschafft, Abgasreinigungssysteme so zu entwickeln, dass man auch im Stand eine Abgasreinigung vornehmen kann. Sie kann manuell gestartet werden, und der Prozess der Abgasreinigung kann auch jederzeit manuell unterbrochen werden für den Fall, dass eine Einsatzfahrt notwendig wird. Es ist bei Weitem also nicht so, dass man in irgendeiner Weise Bewegungsfahrten machen müsste, um die Euro-6-Abgasnorm einzuhalten.

Es ist auch nicht so, dass sich die Abgase durch die Euro 6 verringern, sondern im Gegenteil: Die Euro-

(Lukas Kilian)

6-Norm ist im Vergleich zu Euro 5 deutlich besser. Das Stickstoffoxid, das in aller Munde ist, wird im Vergleich zum Euro 5 um 90 % reduziert. Geht man aus dem Landtag heraus und schaut sich um, dann stellt man fest, in allen größeren Städten landauf, landab, ist Thema, wie wir die Abgase in unseren Städten reduzieren können. Ich denke, da ist es ein falsches Signal zu sagen, dass das Land eine weitere Ausnahmegenehmigung erteilt.

(Beifall CDU und FDP)

Aber es ist tatsächlich so, dass es in diesem Bereich einige Unsicherheiten, einige Probleme gab. Wenn man das Thema näher betrachtet, stellt man fest, es gab insbesondere in den Jahren 2013/2014 Unsicherheiten bei den Feuerwehren. Sie waren sich nicht sicher, wie sie diesen Themen begegnen sollten. Wie verhält es sich mit der Zusatzlast, die aufzunehmen ist, wie verhält es sich mit dem SCR-Abgasreinigungsreaktor? - Ich kann Ihnen sagen, dass die Industrie diese Probleme inzwischen eigentlich ganz gut in den Griff bekommen hat. Es gibt viele Feuerwehrfahrzeughersteller, die ordnungsgemäße Fahrzeuge entsprechend der Euro-6-Norm herstellen. Ich meine, dass das Land schon eine Ausnahmegenehmigung erteilt hat, die auch noch bis zum Ende dieses Jahres gilt, und dadurch auf einem richtigen Weg gewesen ist, als es das damals getan hat; denn wenn der Staat nicht mit gutem Beispiel vorangeht und sagt: „Wir müssen im Zweifel Akzente setzen, damit die Industrie entsprechende Lösungen und Fahrzeuge entwickelt“, muss man sich ja fragen: Wer soll es dann machen?

Hinsichtlich dieses Antrags der AfD-Fraktion, hier eine Ausnahmegenehmigung für den Katastrophenschutz, für die Polizei, für die Feuerwehr zu erteilen, muss ich Ihnen entgegnen, dass, sofern dieser Antrag von einer anderen Fraktion in diesem Haus eingebracht worden wäre und eine Ausnahmegenehmigung für diese Fahrzeuge gefordert hätte, die AfD-Fraktion - vielleicht nicht Sie, Herr Schnurrbusch, sondern ein anderer profilierter Redner - möglicherweise gesagt hätte: Das ist tausendfacher Rechtsbruch der Regierung Günther. Die Öko-Idealisten geben hier die Euro-6-Norm und halten sich aber bei den eigenen Fahrzeugen nicht daran.

(Widerspruch Volker Schnurrbusch [AfD])

Ich kann eigentlich nur festhalten - -

(Lars Harms [SSW]: Womöglich noch ein schwarzer Fahrer!)

- Das weiß ich jetzt nicht. Insgesamt würde es, egal wie das Thema angegangen würde, einen Sturm der

Entrüstung bei der AfD auslösen. Entweder gibt es nur staatseigene Ausnahmegenehmigungen und damit viele angebliche Rechtsbrüche oder aber die Ausnahmegenehmigungen gehen nicht weit genug.

Wir haben bestehende Ausnahmeregelungen. Es kann ganz einfach durch Verwaltungshandeln des Wirtschaftsministeriums - durch einen Erlass - geregelt werden. Das ist meines Erachtens kein Thema für die Bühne des Landtages. Wenn Sie aber meinen, dass wir darüber diskutieren sollen, kann ich Ihnen nur sagen, dass wir es jetzt nun getan haben. Dem Thema ist genüge getan, und wir werden diesen Antrag ablehnen. - Vielen Dank.

(Beifall CDU, FDP, SSW, vereinzelt SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die SPD-Fraktion hat der Abgeordnete Kai Vogel das Wort.

Kai Vogel [SPD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Gäste! Mit dem Antrag für eine Ausweitung möglicher Ausnahmegenehmigungen weisen Sie auf ein Problem hin, das nach Rücksprache mit verschiedenen Rettungsdiensten keines ist. Man könnte den Eindruck gewinnen, dass viele Neuanschaffungen von Rettungsfahrzeugen, die nun geforderte Euro-6-Norm nicht erfüllen. Doch nach unseren Recherchen trifft diese Vorhaltung nicht zu.

Ich räume ein, dass es schon erstaunlich ist, wie unterschiedlich hier die Bundesländer aufgestellt sind. Herr Schnurrbusch, Sie haben es gesagt. Die kürzesten Fristen - das haben Sie allerdings überhaupt nicht erwähnt - haben Berlin und Hamburg. Dort dürfen nur noch Fahrzeuge angeschafft werden, die der Euro-6-Norm genügen. Wenn Sie mit den Kollegen der Hamburger Feuerwehr sprechen, sehen diese die geforderten Normen als überhaupt kein Problem an. Als täglicher Leser des „Hamburger Abendblattes“ nehme ich in keiner Weise irgendeinen Ansatz zu einer öffentlichen Diskussion wahr.

Auch bei uns lief die Ausnahmegenehmigung Ende des Jahres 2017 aus. Der zu erwartende Aufschrei beispielsweise der Freiwilligen Feuerwehren im Land blieb aus. Vielleicht hätten Sie einmal mit unserem Landesfeuerwehrverband darüber sprechen sollen. Auch die sehen kein Problem in der Euro-6-Norm.

(Kai Vogel)

Auch die Argumentation in den einzelnen Foren, dass die Fahrzeuge bei fehlender Regeneration des Partikelfilters über einen gewissen Zeitraum nur noch eine eingeschränkte Leistung des Fahrzeuges mit Geschwindigkeiten von circa 40 bis 60 km/h zulässt, ist nicht auf dem aktuellen Stand. Die modernen Fahrzeuge, die der Euro-6-Norm genügen, verfügen über eine Möglichkeit, immer aktuell abzufragen, ob eine Regeneration des Partikelfilters notwendig ist. Sollte diese anstehen, kann sie verspätet durchgeführt oder auch einfach abgeschaltet werden, und zwar in dem Moment, wenn man gegebenenfalls im Einsatzbetrieb wäre. Sie kann allerdings auch, wenn es notwendig ist, einfach vorgezogen werden. In der „Feuerwehr-Zeitung“, in dem Fachblatt, raten die Feuerwehren, einfach nach 400 km Laufleistung diese entsprechende Regeneration durchzuführen.

Wenn Sie dann sagen, dass ein Wehrführer mit Ihnen gesprochen habe, dass sie gegebenenfalls nach einem Einsatz noch eine zusätzliche Fahrt unternehmen müssten, empfehle ich Ihnen, sich mit den Freiwilligen Feuerwehren zu unterhalten. Der Großteil der Fahrten, die zurückgelegt werden, sind Fahrten, die im Rahmen der Übungsphasen durchgeführt werden und nicht im Rahmen des Einsatzes. Da gibt es genügend Möglichkeiten, hierbei die Regenerationsphase zu starten, ohne dass zusätzliche Abgase in die Luft geblasen werden.

„Die Welt“ titelte mit der Schlagzeile: EU versetzt deutsche Feuerwehren in Panik. - Das war allerdings Ende 2013. Das Thema spielte Anfang 2014 kurz eine Rolle in den Medien, doch die Unternehmen haben die Zeit bis heute sinnvoll genutzt, um die neue Technik auf den Weg zu bringen. Herr Kilian hat darauf hingewiesen.

Auch ein rechtspolitischer Blog soll sich einmal mit dem Thema befasst haben, dass die einzige Intention der EU-Richtlinie die Zerschlagung der Freiwilligen Feuerwehren sei.

Wie so oft, ist die AfD auch hier ewiggestrig und fernab der aktuellen Diskussion. Wenn Sie von uns ernst genommen werden wollen, dann recherchieren Sie gründlicher und sprechen insbesondere mit den Betroffenen. Alle großen Fahrzeughersteller bieten mittlerweile Fahrzeuge der Euro-6-Norm an. Da muss man sich wirklich fragen, wo die AfD hier Handlungsbedarf sieht.

Interessant ist bei dem Thema der Blick auf mögliche Dieselfahrverbote in einzelnen Regionen Deutschlands. Es steht vermutlich außer Frage, dass Fahrverbote für Fahrzeuge der Rettungsdienste kei-

nen Sinn machen, da der Ersthilfe unabhängig von der Schadstoffklasse eines Fahrzeugs immer die höchste Priorität gelten muss.

Schwierig ist die mögliche Existenzgefährdung kleinerer Unternehmen. Wer im Januar auf dem Schaustellertag in Neumünster gewesen ist, konnte erleben, mit welchem beeindruckenden Engagement diese Kleinunternehmer für das Schaustellergewerbe eintreten. Sollte es zum Beispiel in Kiel wegen der zu hohen Feinstaubbelastung zu innerstädtischen Fahrverboten kommen, könnten die Schausteller mit ihren Fahrzeugen nicht mehr ihre Fahrgeschäfte zur Kieler Woche oder zum demnächst anstehenden Kieler Umschlag fahren. Da gerade ältere Fahrzeuge teilweise nicht oder nur extrem kostenintensiv umgerüstet werden können, sollten wir darauf bei den zukünftigen Diskussionen einen genauen Blick richten. Vorerst gilt es jedoch, hier die morgen anstehende Gerichtsentscheidung des Bundesverwaltungsgerichtes in Leipzig abzuwarten. Dort wird hinterfragt, ob Dieselfahrverbote überhaupt zulässig sind.

Unabhängig davon steht fest, dass wir den langfristigen, konsequenten Umstieg auf die Elektromobilität vorantreiben müssen, um die Umwelt und unsere Gesundheit zu schützen. Elektromobilität, Hybridfahrzeuge und Wasserstoffantriebe sind die Zukunft der Automobilbranche. Den Antrag der AfD lehnen wir aus den dargestellten Gründen ab. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD - Zuruf Jörg Nobis [AfD])

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Herr Abgeordnete Dr. Andreas Tietze das Wort.

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Vorredner haben es eigentlich technisch schon erläutert. Ich habe gar nicht viel hinzuzufügen.

(Beifall Lukas Kilian [CDU])

Es geht tatsächlich um die Kernfrage: Gibt es für Behörden eine Vorbildfunktion, einen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten? - Ich finde: Ja. Wir haben darüber gesprochen: Gibt es technische Innovationen auf dem Markt, die es möglich machen, dass Behördenfahrzeuge beim Thema Klimawandel nicht Teil des Problems, sondern Teil der Lösung sind? - Kollege Kilian hat es bereits gesagt: Diese

(Dr. Andreas Tietze)

Lösungen gibt es. Das kann man mit einfachem Googeln herausfinden. Ich will hier keine Firmennamen nennen. In der Vorbereitung auf diese Rede habe ich all diese schönen Feuerwehrfahrzeuge gesehen. Frau Präsidentin, ich darf hier keine Bilder mehr präsentieren, hätte Ihnen aber gern diese modernen Fahrzeuge gezeigt.

(Zuruf Lukas Kilian [CDU])

Wer für Euro-6-Norm und Innovation ist, hat keinerlei Blockaden dadurch, dass es keine entsprechenden Fahrzeuge für die Damen und Herren von Feuerwehr oder Polizei auf dem Markt gäbe. Nein, das Gegenteil ist der Fall. Wenn wir uns über das Thema Euro-6-Norm unterhalten, haben wir tatsächlich immer noch ein Schadstoffproblem und die Dieselpolitik. Wir alle wissen, dass das Thema Elektromobilität gerade im Schwerlastverkehr ein Problem darstellt, gerade bei besonderen Spezialfahrzeugen.

Dennoch gilt für uns: Weniger ist mehr. Deshalb muss man diese technischen Innovationen nutzen, wenn man kann. Im Übrigen ist es auch für uns wichtig, dass Schleswig-Holstein als Land der Energiewende tatsächlich einmal prüft, ob es nicht möglicherweise im Rahmen des Fahrzeugnutzverkehrs beim Thema Wasserstoffantriebe die eine oder andere Innovationslösung gibt, die wir besonders betrachten sollten.

Panikmache seitens der AfD: Meine Damen und Herren, Sie hören die Flöhe husten, wie man so schön sagt. Wenn Sie tatsächlich einen auf die Sachfrage gerichteten, ernsthaften Prüfantrag gestellt hätten - es ist ja schon gesagt worden, die Thematik kam 2013 auf -, hätte man dieses Thema im Wirtschaftsausschuss behandeln können. Dann hätten Sie das Thema auf die Tagesordnung gebracht, und wir hätten einmal gesagt: Herr Minister, berichten Sie bitte einmal dazu. - Dann hätten wir uns hier nicht hinstellen müssen und uns allen die Lebenszeit verkürzen, indem wir noch einmal versuchen, das Problem auf dem Podium des Landtages zu erörtern.

Meine Damen und Herren, es gibt Alternativen. „Seltener tanken, weiter fahren“, ist das Motto dieses Herstellers, der Feuerwehrfahrzeuge anbietet. Ich finde, das ist eine interessante Weisheit. Es gibt tatsächlich einen sachlichen Zusammenhang zwischen Innovation und Umweltvorschriften. Wo wären wir heute in Deutschland, wenn wir nicht irgendwann den Katalysator gefordert hätten? - Ich erinnere mich noch sehr gut, die Älteren unter uns wissen es auch: Es wurden Untergangsszenarien

der deutschen Automobilindustrie postuliert. Heute fahren wir alle Fahrzeuge mit Katalysator.

Gerade beim Thema umweltgerechter Antriebe muss man bestimmte Rahmenbedingungen setzen, um eine bestimmte Transformation zu erreichen. Der Katalysator zeigt, dass dies geht. Da ist die Politik auch in der Verantwortung, liebe Kolleginnen und Kollegen von der AfD. Dazu haben Sie nichts gesagt. Mit dem Vorwurf: „Öko ist Mist für das Land, und wir verhindern das alles“, versuchen Sie hier, einen Spaltpilz anzusetzen. Es ist für Sie eigentlich ein Populismusthema.

(Volker Schnurrbusch [AfD]: Gar nicht wahr!)

Sie schmeicheln sich bei den Feuerwehren ein, habe ich den Eindruck. Sie tun einmal so, als wenn Sie die einzigen wären, die den Feuerwehren hier helfen können.

(Volker Schnurrbusch [AfD]: Das kommt doch von denen!)

Ich glaube, das klappt wirklich nicht. Sie sind damit krachend gescheitert. Vielleicht sollten Sie, bevor Sie solche Anträge stellen, zunächst einmal das alte Motto beachten, das ich schon mehrfach vorgetragen habe: Erst grübeln, dann dübeln. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und vereinzelt SPD)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Meine Damen und Herren, begrüßen Sie mit mir auf der Tribüne des Schleswig-Holsteinischen Landtags Vertreter und Vertreterinnen des Sozialverbandes Deutschland aus Wahlstedt.

(Beifall)

Für die FDP-Fraktion hat jetzt der Herr Abgeordnete Kay Richert das Wort.

Kay Richert [FDP]:

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Werte Damen und Herren! Der vorliegende Antrag beschäftigt sich mit der Einsatzfähigkeit unserer Feuerwehren, der Rettungsdienste, des Katastrophenschutzes und der Polizei. Diese Einsatzfähigkeit schein dadurch gefährdet, dass durch den Gesetzgeber eine Umstellung der Fahrzeugflotte auf sogenannte Euro-6-Norm-Fahrzeuge vorgeschrieben sei. - Das hört sich zunächst einmal dramatisch an und macht jeden betroffen. Schließlich

(Kay Richert)

möchte kein Mensch, dass die Feuerwehr während des Einsatzes erst einmal einen Regenerationsstopp einlegt, um den Partikelfilter freizublasen.

In der Theorie bestehen diese Probleme durchaus. Aber bestehen sie auch in der Realität? - Da muss man ganz klar sagen: Nein, das tun sie nicht. In Berlin und Hamburg gilt die Euro-6-Norm bereits seit 2014 ohne jegliche Ausnahmeregelung für Feuerwehrfahrzeuge. Dort, in den Städten, sind die Einsatzfahrten ja sogar noch kürzer als bei uns auf dem Land. Also müssten die befürchteten Probleme dort häufiger auftreten. Tun sie das? - Nein, das tun sie nicht. In allen anderen EU-Staaten mit Ausnahme von Österreich gibt es überhaupt keine Ausnahmeregelungen für Feuerwehrfahrzeuge. Sind dort Fahrzeugausfälle oder Einschränkungen im Rettungsdienst bekannt? - Mir nicht und der Literatur auch nicht.

Woran liegt es, dass die theoretisch möglichen Probleme in der Praxis nicht auftauchen? - Den Herstellern und Anwendern sind diese theoretisch möglichen Probleme ebenfalls bekannt. Deshalb haben sie Maßnahmen ergriffen, um die Probleme auszuschließen.

Sie sprechen von Problemen bei der Zuladung. Ein Hersteller - oder der Hersteller, wie man sagen könnte - konnte das Gesamtgewicht sogar so weit reduzieren, dass neben der Einsatzausstattung der Komfort in den Kabinen gesteigert werden konnte, also mehr Gewicht zugeladen werden konnte. Von einem Weniger an Feuerwehrleuten ist mir nichts bekannt. Dieses Problem gibt es in der Realität gar nicht.

Ein Leistungsabfall des Motors während des Einsatzes? - Alle Gestellhersteller geben an, dass selbst unter ungünstigen Einsatzbedingungen der Fahrzeuge ein Füllen des Partikelfilters nicht zum plötzlichen und unvorhersehbaren Ausbleiben der Fahrzeugleistung führe. Vielmehr wird darauf verwiesen, dass die Abgasfilternachbehandlung, die Regeneration, vollautomatisch oder alternativ auch manuell mit einer jederzeitigen Abbruchmöglichkeit durchgeführt wird. Dieses Problem gibt es in der Realität also auch nicht.

Ich habe eingangs gesagt: In der Theorie bestehen die angesprochenen Probleme durchaus. Ich habe dann dargelegt, dass diese Probleme in der Realität nicht existieren. Sie werden sich vielleicht fragen: Was ist, wenn er sich jetzt irrt? - Da kann ich Ihnen versichern: Sollte unsere Regierung Bedenken und Hinweise der betroffenen Dienste bekommen, wird sie darauf selbstverständlich reagieren. Sollten uns

Probleme zugetragen werden, so sorgen wir für die Abstellung. Selbstverständlich behält das Ministerium alle weiteren Entwicklungen im Auge, um im Bedarfsfall schnell und zielgerichtet reagieren zu können.

(Beifall FDP und Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Zuruf Volker Schnurrbusch [AfD])

Der Schutz unserer Umwelt ist bereits seit 1970 ein Anliegen der Freien Demokraten, er ist ein Anliegen dieses Staates und auch der Jamaika-Regierungskoalition. Wir wollen unseren Kindern eine sauberere Welt hinterlassen, als wir sie vorgefunden haben. Bei diesem Bemühen ist es wichtig, dass der Staat eine Vorbildfunktion wahrnimmt, mit gutem Beispiel vorangeht und zeigt, dass Umweltschutz sehr wohl in Einklang mit Zuverlässigkeit, Komfort und Wohlstand zu bringen ist. Wir werden den vorliegenden Antrag deshalb ablehnen.

(Beifall FDP, Hans-Jörn Arp [CDU] und Lukas Kilian [CDU])

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die Abgeordneten des SSW hat der Abgeordnete Flemming Meyer das Wort.

Flemming Meyer [SSW]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Rettungsdienste, Küstenschutz und nicht zuletzt die Feuerwehr sind mit Fahrzeugen der Klasse N2 und N3 unterwegs. Wir sprechen hier von den Brummis unter den Einsatzfahrzeugen, die mehr als 3,5 t beziehungsweise mehr als 12 t schwer sind. Diese Fahrzeuge werden im Einsatz unbedingt benötigt. Da sie aber selten genutzt werden, halten sie länger als Lkw, die tagtäglich im Einsatz sind. Darum ist die Neuanschaffung für eine Feuerwehr zum Beispiel immer eine ganz besondere Angelegenheit. Nach 20 oder mehr Jahren ein neues Fahrzeug anzuschaffen, ist für einige Wehren der Grund, ein Fest zu feiern. Manchmal findet sich sogar eine Gruppe, die das neue Fahrzeug direkt am Werk abholt. Das zeigt die starke Verbundenheit mit der Technik, die im Einsatzfall Leben zu retten hilft.

(Beifall Lukas Kilian [CDU])

Genau hier setzen seit einiger Zeit Panikmacher an, die das Ende der Wehren heraufbeschwören, genauer gesagt seit 2014. Schon vor vier Jahren warnten Experten im Netz vor dieser Panik-Sau, die durch Öffentlichkeit und Fachwelt getrieben wurde. Wie

(Flemming Meyer)

gesagt, das Ende der Wehren wurde heraufbeschworen.

Da macht die Begründung des vorliegenden Antrags keine Ausnahme: Da ist von Riesentechnik die Rede. Tatsächlich ist für den Umbau von der Euro-Norm 5 zu Euro-Norm 6 durch moderne Technik nur ein geringfügig größerer Filter nötig. Die Gewichtszunahme ist ein Internetgespenst, das durch die Hersteller schon längst gelöst worden ist.

Es geht um die Zeitspanne zwischen Ausschreibung und Lieferung. Die kann tatsächlich mehrere Jahre umfassen. Allein die Lieferzeiten betragen für die hochtechnischen Fahrzeuge in der Regel circa neun Monate. Darum kosten die Fahrzeuge im Endeffekt meist mehr als vorher geplant. Ein Beispiel: Die Stadt Bargteheide stellte zunächst 370.000 € für das neue Löschgruppenfahrzeug ein, musste aber noch einmal 40.000 € drauflegen.

Die Landesregierung hat diesem Umstand Rechnung getragen und bereits 2013 aufgrund der langen Ausschreibungsverfahren Ausnahmen von den Abgasvorschriften erlassen. Das haben übrigens auch viele andere Bundesländer so gehalten, Bayern vorneweg. Diese Ausnahmen waren durchaus vernünftig, um den Ausschreibungsprozess nicht noch unnötig zu verlangsamen. Die Vorlaufzeiten sind - wie eben geschildert - ja schon lang genug.

Da die Wehren erst Bedarf anmelden, wenn ihre Fahrzeuge wirklich verschlissen sind, war es ein Gebot der Vernunft, Ausnahmen zu ermöglichen. Die Ausnahmegenehmigung wurde erneuert, sodass alle Fahrzeuge, für die bis zum Stichtag 21. Dezember 2016 ein Anschaffungsbeschluss vorliegt, darunter fallen.

Die Antragsteller möchten diese Frist jetzt weiter ausweiten. Das geht meiner Meinung nach an den Fakten vorbei. Eine Ausnahmeregelung für die nächsten zwei Jahre bedeutet den Bau von Fahrzeugen ohne Euro-Norm 6 für mindestens die nächsten drei oder vier Jahre. Das ist einfach Humbug. Ich weiß gar nicht, ob Fahrzeughersteller überhaupt noch ohne Euro-Norm 6 ausliefern können. Ich weiß, dass zumindest Scania und Magirus - du wolltest ja keine Namen nennen, aber ich habe geguckt - laut ihre Internetseiten nur noch Fahrzeuge mit Euro-Norm 6 ausliefern. Darum ist die Forderung nach einer weiteren Ausnahmegenehmigung in meinen Augen simple Bauernfängerei. Darum wird der SSW den Antrag ablehnen. - Jo tak.

(Beifall SSW, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN und FDP)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die Landesregierung hat der Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus, Dr. Bernd Buchholz, das Wort.

Dr. Bernd Buchholz, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich am Anfang dieser Debatte die Gelegenheit nutzen, das uns Einende zu betonen: Dass die Feuerwehren, die Polizei, die Rettungsdienste, diejenigen, die für den Katastrophenschutz tätig sind, von größter Bedeutung für die Gesundheit und Sicherheit der Menschen in diesem Lande sind, steht außer Frage. Gerade das Engagement der Freiwilligen Feuerwehren in unserem Land kann deshalb nicht hoch genug geschätzt werden. Das möchte ich an dieser Stelle einmal besonders betonen, weil ich glaube, dass uns das alle hier eint.

(Beifall)

- Da darf man ruhig einmal klatschen; das finde ich auch. - Weil die Freiwilligen Feuerwehren so wichtig sind, wollen wir sie nach Kräften unterstützen und ihnen - durch welche Regelungen auch immer - keine Steine in den Weg legen. Das ist aus meiner Sicht selbstverständlich. Nachwuchssorgen manch einer Freiwilligen Feuerwehr wiegen schwer genug; da müssen wir nicht noch etwas daraufsetzen und ihnen in irgendeiner Form Schwierigkeiten machen.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Der Sachverhalt, um den es hier geht, ist hinlänglich ausgetauscht worden. Es ist in der Tat eine Expertendebatte. Es gab vor Einführung der Euro-Norm 6 Befürchtungen, dass es zu Problemen mit der neuen Technologie zur Abgasbehandlung kommen könnte. Damals vermuteten einige Betroffene, dass sogenannte Regenerationsfahrten für die Einsatzfahrzeuge erforderlich würden oder dass, wenn man diese Regenerationsfahrten nicht durchführen würde, eine computergesteuerte Leistungsreduzierung im Fahrzeug ausgelöst würde, die dazu führen würde, dass man ein Feuerwehrfahrzeug im Einsatzfall gegebenenfalls nur noch mit 40 km/h betreiben könnte.

Weil diese Befürchtung damals, im Jahr 2013, nicht ganz von der Hand zu weisen war, haben in weiser Voraussicht alle Beteiligten damals gesagt: Lasst uns versuchen, das möglichst auszuschließen, damit die Feuerwehren arbeiten können. Damit in Einsätzen nicht irgendetwas schiefgeht, verlängern wir

(Minister Dr. Bernd Buchholz)

die entsprechenden Zulassungsfristen bis zum Jahr 2016, und alles, was bis dahin bestellt worden ist, kann dann bis 2018 noch zugelassen werden. - Das war weise und sollte sicherstellen, dass nichts passiert.

Es ist auch überhaupt nichts passiert, weil sich keiner dieser Fälle real eingestellt hat und durch die Industrie und die Unternehmen sichergestellt werden konnte, dass man computermäßig eine Reduzierung der Leistungsfähigkeit abschalten und gleich so kodieren konnte, dass es gar nicht dazu kommen konnte, und die Regeneration der entsprechenden Partikelfilter auf andere Art und Weise möglich würde.

In dem ganzen Zeitraum hat es weder aus dem Bereich der Polizei noch von den Rettungsdiensten noch von sonst irgendwem Rückmeldungen gegeben, dass die Fahrzeuge mit Euro-Norm 6 im täglichen Dienstbetrieb nicht die an sie gestellten Anforderungen hätten erfüllen können. Es gab deshalb auch keinen Bedarf nach Inanspruchnahme der Ausnahmeregelung, und deshalb muss sie auch nicht verlängert werden.

Das deckt sich im Übrigen mit den Erfahrungen des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe. Herr Schnurrbusch, selbst in Feuerwehrfachblättern wird Entsprechendes berichtet, etwa in der Fachzeitschrift „BRANDSchutz“, die Anfang 2016, als also schon viele Erfahrungen gesammelt waren, darüber berichtete, dass es mit den Euro-6-Fahrzeugen in Wahrheit keine Probleme gegeben hat. Herr Vogel, auch Sie haben diese Zeitschrift gelesen, wie ich Ihrem Nicken entnehme; das ist wunderbar.

(Zurufe)

Meine Damen und Herren, zum Abschluss bleibt noch eines zu sagen und zu bedenken. Der Kollege Tietze hat es gesagt. Bei aller Begeisterung für die Feuerwehren ist Folgendes zu bedenken: Wir wollen und müssen die Schadstoffbelastung von Fahrzeugen reduzieren. Gerade vor dem Hintergrund der aktuellen Diskussion um Fahrverbote von Dieselfahrzeugen sind wir in der Pflicht, alles zu tun, um schädliche Emissionen zu reduzieren. Hier hat gerade die öffentliche Hand eine Vorbildfunktion. Es macht sich besser, wenn die öffentlichen Einrichtungen mit gutem Beispiel vorangehen und wir uns nicht selbst Ausnahmegenehmigungen erteilen, während wir den Bürgerinnen und Bürgern Verpflichtungen auferlegen, Grenzwerte strikt einzuhalten. Insoweit ist es richtig, dass diese Regelung ausläuft.

Die Befürchtungen sind nicht eingetreten. Eine Verlängerung der Regelung ist aus unserer Sicht nicht nötig.

Meine Damen und Herren, sollte es irgendwelche Hinweise darauf geben, dass bei irgendwelchen Fahrzeugen irgendwelche Schwierigkeiten auftreten, die die Einsatzbereitschaft unserer Feuerwehren und der Polizei irgendwie beeinträchtigen, werden wir natürlich zur Stelle sein und alles dafür tun, dass solche Probleme gar nicht erst auftauchen.

(Volker Schnurrbusch [AfD]: Dafür hat sich die Debatte schon gelohnt!)

Sie können den Antrag also getrost ablehnen. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP, CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Es ist beantragt worden, den Antrag, Drucksache 19/460, dem Wirtschaftsausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Antrag gegen die Stimmen der AfD-Fraktion abgelehnt worden.

Es ist beantragt worden, über den Antrag in der Sache abzustimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Antrag, Drucksache 19/460, gegen die Stimmen der AfD-Fraktion abgelehnt worden.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 15 auf:

Flächendeckenden Breitbandausbau fördern

Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP
Drucksache 19/497

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat der Abgeordnete der CDU-Fraktion, Herr Lukas Kilian.

Lukas Kilian [CDU]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kollegen! Viele von Ihnen werden sich noch an den Einzug des ersten Computers in den Haushalt erinnern: ein großer grauer Kasten,

(Lukas Kilian)

der lange brauchte, um zu starten, und dann auch nicht wirklich viel konnte. Irgendwann später kam dann ein Internetanschluss dazu. Ich kann berichten: Bei uns im Haus war das ein 56-k-Modem, das uns den Weg ins Internet ebnete. Unvergesslich ist das mystisch anmutende Wählgeräusch eines solchen Gerätes. Damals hörte man noch, wenn man ins Internet ging. Eine weitere Folge war, dass der Telefonanschluss - zumindest bei uns - dann immer besetzt war, sodass die Eltern wussten, wenn man den ganzen Nachmittag im Internet war. Auf der Telefonrechnung konnte man das dann auch sehen.

Man konnte sich zu der Zeit auch überhaupt noch nicht vorstellen, über das Internet die gesamte Unterhaltungselektronik zu Hause zu steuern, insbesondere über das Internet Videos anzuschauen. Heute streamt jeder Filme, Videos, die gesamte private Unterhaltungselektronik, und bei dem einen oder anderen ist der gesamte Haushalt auf die digitale Infrastruktur umgestellt.

Aber auch die Wirtschaft braucht belastbare Datennetze, insbesondere ein konsequenter und flächendeckender Breitbandausbau schafft hier auch für den ländlichen Raum enorme Entwicklungspotenziale.

Die Digitalisierung ist das Megathema unserer Zeit. Ohne eine gute Digitalinfrastruktur werden wir mehr Verlierer als Gewinner erzeugen. Wer den Anschluss bei der Digitalisierung verliert, muss wissen, dass damit der Abstieg in die wirtschaftliche Bedeutungslosigkeit vorprogrammiert ist. Deshalb ist es richtig, dass wir heute davon sprechen, unser Land flächendeckend mit Breitbandanschlüssen bis zur Haustür versorgen zu wollen. Da, wo die Rosinenpickerei der privaten Anbieter zu weißen Flecken in der Breitbandlandschaft in Schleswig-Holstein führt oder geführt hat, wollen wir mit Fördermitteln von Landes-, Bundes- und Europaebene die Versorgung ermöglichen. Wir setzen dabei auf den Glasfaserausbau. Im Gegensatz zu Kupferleitungen, bei denen mit jedem Leitungsmeter die Signalqualität und damit auch die mögliche Datenübertragungsraten sinkt, bietet die Glasfaser deutlich bessere Übertragungsraten. Wenn man da an das 56-k-Modem zurückdenkt, ist mehr als ein Vielfaches möglich.

Unser Ziel ist es, bis 2025 alle Haushalte in Schleswig-Holstein weitestgehend an ein Breitbandnetz anzuschließen. Wir wissen, dass es ein engagiertes Ziel ist. Wir als CDU-Fraktion begrüßen es ausdrücklich, dass das Thema nicht auf die lange Bank geschoben wird, sondern dass der Wirtschaftsminister schon im ersten halben Jahr dieses Thema auf

die Agenda gesetzt und gesagt hat, dass Schleswig-Holstein die Digitalisierung nicht verschlafen dürfe, wir müssten hier schneller handeln und dieses Thema auch gemeinsam mit unseren Kommunen bearbeiten. Denn gerade die kommunalen Träger des Breitbandkompetenzzentrums in Schleswig-Holstein müssen bei ihrer wichtigen Arbeit auch landesseitig unterstützt werden. Dabei kommt es auch auf die Beschleunigung bei einzelnen Genehmigungsverfahren an. Ich würde sagen: Wir beauftragen heute mit diesem Antrag die Landesregierung mit dem Credo: Vorfahrt für Breitband. Alle unterstützenden Maßnahmen zum Breitbandausbau müssen identifiziert und konsequent umgesetzt werden.

Zusätzlich zum Breitbandausbau müssen wir aber auch die mobile Internetversorgung verbessern. Der eine oder andere von Ihnen hat es vielleicht gelesen, dass der Hamburger Hafen jetzt Testregion für die 5G-Generation im mobilen Datentransfer werden soll. Ich glaube, es würde auch Schleswig-Holstein gut zu Gesicht stehen, wenn auch wir Modellregion würden. Ich würde mich freuen, wenn wir uns dafür mit unserem Wirtschaftsminister einsetzen, dass wir in Schleswig-Holstein auch hier vorankommen.

(Beifall Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Solche 5-G-Sendemasten müssen auch an Glasfasernetze angeschlossen werden. Es würde also alles insgesamt zusammenspielen. Lassen Sie uns in Schleswig-Holstein die Digitalisierung mitgestalten und nicht verpassen oder am Ende einfach nur als Zaungast danebenstehen, wenn in anderen Bereichen die Digitalisierung viel weiter vorangeschritten ist. Ich freue mich, dass wir mit dem Wirtschaftsminister und dem Wirtschaftsministerium und insgesamt der Landesregierung den flächendeckenden Breitbandausbau in unserem Land erheblich vorantreiben wollen, und bitte um Zustimmung zu unserem Antrag. - Vielen Dank.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die SPD-Fraktion hat Herr Abgeordneter Dr. Heiner Dunckel das Wort.

Dr. Heiner Dunckel [SPD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr verehrte Gäste! Wir alle in diesem Hause - wie die meisten Bürgerinnen und Bür-

(Dr. Heiner Dunckel)

ger - nutzen privat und beruflich Handys, Tablets, Laptops, stationäre Rechner. Sie sind mittlerweile unverzichtbar - ebenso wie ein schnelles und sicheres Netz. Wir sprechen hier von einer Kulturtechnik, die jedem jederzeit schnell und sicher zur Verfügung stehen muss und umfassender Kultur- und Medienkompetenzen bedarf. Umso mehr ärgern wir uns, wenn das Netz zu langsam ist, ausfällt oder gar nicht vorhanden ist. Es ist deshalb immer zu begrüßen, wenn die Voraussetzungen für die Netzverfügbarkeit schnellstmöglich geschaffen werden, je früher, desto besser. Es ist sicherlich auch sinnvoll, in bestimmten Bereichen über alternative Techniken zum Breitband nachzudenken, ohne dabei das Ziel der Glasfaserverbindung aus den Augen zu verlieren. Wenn die Regierung das bis 2025 „weitestgehend“ - man beachte die kleine, aber feine Einschränkung - hinkommt, hat das unsere Unterstützung.

Ich möchte aber daran erinnern: Das Thema Breitbandausbau und Digitalisierung ist hier schon mehrfach diskutiert worden. Wir waren und sind uns, so denke ich, in den Zielen einig. Dabei setzen Sie auf einem sehr guten Fundament auf. Die Küstenkoalition hat hier sehr gute Arbeit geleistet, indem sie zum Beispiel von vornherein und nachweislich erfolgreich auf den flächendeckenden Ausbau des schnellen und sicheren Glasfasernetzes gesetzt hat. Dies sollte damals bis 2025 zu 90 % erreicht sein, was sich meines Erachtens nicht wirklich von dem Abschluss des weitgehenden oder weitestgehenden Ausbaus bis 2025 der Jamaika-Koalition unterscheidet.

Die damalige Kritik an der Küstenkoalition eignet sich sehr gut als Bewertungsgrundlage für die derzeitige Landesregierung. So wurde kritisiert, dass es keine digitale Strategie, keine Digitale Agenda gebe, dass sich die Regierung für Erfolge rühme, für die andere, zum Beispiel Kommunen und Energieversorger, zuständig seien, dass der damalige Ministerpräsident nur über die Zukunft rumschwärmere, die Regierung planlos agiere und Gesetzesvorhaben nicht umsetzen würde, und so weiter und so fort. Schließlich - leider ist der Ministerpräsident jetzt nicht da - formulierte der damalige Oppositionsführer und heutige Ministerpräsident, dass sich - ich zitiere mit Erlaubnis der Präsidentin -:

„Die Herausforderungen, die mit der digitalen Revolution einhergehen, sind doch schon lange bekannt. Ihre“

- gemeint war die Küstenkoalition -

„gesamte Agenda ist geprägt von Formulierungen wie ‚wir werden‘, ‚wir müssen‘, ‚wir wollen‘, ‚wir prüfen‘.“

Ende des Zitats.

Unser Ministerpräsident fügte auch noch hinzu, wie es denn nun in einer CDU-geführten Regierung laufen würde. Ich zitiere noch einmal mit Erlaubnis der Präsidentin:

„Da wird am Anfang einer Wahlperiode eine Regierungserklärung abgegeben, und danach wird gehandelt.“

Meine sehr verehrten Damen und Herren von der Regierungskoalition, ich habe die Befürchtung, Ihnen fällt gerade diese Kritik auf die Füße. Bislang gab es diese digitale Regierungserklärung nicht, und auch in der Koalitionsvereinbarung finden Sie zu Breitband und Digitalisierung Formulierungen wie „wir werden“, „wir wollen“, „wir prüfen“.

Wir tun uns mit dem Antrag der Jamaika-Koalition schwer. Da die Herausforderungen schon lange bekannt sind, ging ich davon aus, dass Sie mit Hochdruck an diesen Herausforderungen arbeiten und wir davon nur noch nicht genug mitbekommen haben.

Dann ist der Antrag aber hinfällig, denn wir brauchen nichts zu begrüßen oder zu erbitten, was die Regierung sowieso macht. Oder Sie stellen den Antrag, weil Sie skeptisch sind, ob die Vielzahl von Versprechen auch realisiert wird. Das teilen wir ausdrücklich.

Was wir auf jeden Fall vermissen, ist eine Digitale Agenda mit einem konkreten Zeitraum, an dem wir Sie messen können, und zwar nicht an dem, was erst nach 2025 passieren soll. Zu dieser Digitalen Agenda gehört auch eine Transparenz der geplanten Kosten. Bislang war es mir nicht abschließend möglich zu ermitteln, wie hoch Ihr Förderansatz in diesem Bereich eigentlich ist.

Der vorliegende Antrag hat einen weiteren Mangel. Er hebt im Wesentlichen auf die Technik ab. Hier erlaube ich mir, aus der Rede des ehemaligen Abgeordneten Dr. Axel Bernstein zu zitieren. Er hat gesagt:

„Digitalisierung heißt nicht: Wir bauen ein schnelles Netz und schauen mal, was dann passiert. Wenn die Digitalisierung in ihren Auswirkungen unsere Gesellschaft unbestritten mindestens so tiefgreifend verändern wird, wie es einst die Industrialisierung getan

(Dr. Heiner Dunckel)

hat, dann ist hier politischer Gestaltungswille über den Netzausbau hinaus gefragt.“

Ich bin fest davon überzeugt, dass das stimmt. Der Antrag hätte zumindest diese Dimension aufnehmen müssen und entsprechende Gestaltungskonzepte erbitten, einfordern können.

Welche Facetten hier gemeint sind, können Sie aus der Großen Anfrage zum Thema Digitale Infrastruktur aus der letzten Legislaturperiode und - noch besser - aus den Antworten zu dieser Anfrage entnehmen. Hier ist schon vieles gesagt, was sozialverträgliche Technikgestaltung oder eine soziale, humane und demokratische Informationsgesellschaft betrifft. Über diese Eckpunkte, darüber, was die sozialverträgliche Ausgestaltung meint, müssen wir sicherlich noch streiten.

Wir begrüßen, dass Sie das Breitband bis an die Häuser bringen wollen. Aber was nutzt alle Technik, wenn diese nicht bis in die Haushalte dringt beziehungsweise von diesen nicht finanziert oder benutzt werden kann? Kurzum, wir haben viele Fragen und Anmerkungen, die wir gern mit Ihnen im Wirtschaftsausschuss diskutieren wollen, und bitten deswegen um eine entsprechende Behandlung im Wirtschaftsausschuss. - Danke schön.

(Beifall SPD)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Abgeordnete Rasmus Andresen das Wort.

Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ein schneller Internetzugang ist heute grundlegende Voraussetzung für digitale Teilhabe. Für die meisten von uns ist digitale Kommunikation inzwischen zur Selbstverständlichkeit geworden; meine Vorredner sind darauf auch schon eingegangen. Wir kommunizieren über das Internet, informieren uns durch das Internet, arbeiten mit dem Internet und nutzen es auf ganz vielfältige Weise, zum einen privat, zum anderen natürlich auch in Wirtschaftsunternehmen.

Dabei finde ich besonders interessant, dass die Hans-Böckler-Stiftung in ihrem Monatsbrief - den ich jetzt nicht hochhalten werde, weil ich Herrn Tietze immer sage, dass er es nicht tun darf; es wäre schlecht, mit einem negativen Beispiel voranzugehen - feststellt, dass der Anteil der Unternehmen in Deutschland mit einer schnellen Internetverbin-

dung oder -versorgung bei gerade einmal 72 % liegt, während er in Dänemark bei deutlich über 70 % liegt. Da sieht man einmal, wie den Unternehmen durchaus auch in unseren Nachbarregionen Wettbewerbsnachteile entstehen, wenn wir beim Thema Breitband und Glasfaser nicht deutlich Geschwindigkeit aufnehmen.

Wenn man jetzt noch berücksichtigt, dass wir uns in Kiel befinden und die Herausforderung hier nicht so groß ist wie bei uns in der Fläche - Schleswig-Holstein ist ein Flächenland -, dann wird das Ganze noch deutlicher. Stellen Sie sich einfach mal vor, dass Sie in Offenbüttel im Kreis Dithmarschen wohnen. Ich weiß nicht, ob das auf Personen hier im Haus zutrifft. Das ist aber ein ganz gutes Beispiel. Dort hat gerade einmal die Hälfte aller Haushalte eine Anbindung mit 6 Mbit/s, und weniger als ein Zehntel verfügt dort über eine Bandbreite von 16 Mbit/s. In dem nur 5 km entfernten Nachbarort Beldorf haben hingegen fast alle Haushalte 50 Mbit/s Geschwindigkeit. Die politische Aufgabe muss es doch sein, gerade die weißen Flecken auf der Breitbandlandkarte zu identifizieren und zu beseitigen. Nur so lässt sich der ländliche Raum insgesamt bei uns attraktiv gestalten. Das muss unser politisches Ziel sein.

Um das zu erreichen, braucht man unterschiedliche Ebenen: Wir brauchen zum einen EU-Fördermittel, die es zahlreich gibt. Wir brauchen den Bund - zur Rolle des Bundes sage ich gleich noch etwas in Bezug auf den Koalitionsvertrag der Großen Koalition -, und wir brauchen das Land, aber natürlich eben auch die Kommunen. Wir wollen die kommunalen Akteure mitnehmen. Dazu gibt es bereits das Breitbandkompetenzzentrum, in dem Kommunen Beratungsleistungen in Anspruch nehmen können. Wir glauben, dass es ganz wichtig ist, Anträge zu stellen, um Fördermittel zu generieren, was bei Breitband oder für schnelles Internet oftmals sehr kompliziert und von kleinen Kommunalverwaltungen manchmal nicht so einfach zu stemmen ist.

Wir begrüßen ausdrücklich, dass wir im Koalitionsvertrag unser ehrgeiziges Ziel, die Breitbandstrategie noch mal um fünf Jahre zu beschleunigen, festgelegt haben. Wir werden nicht erst bis 2030, wie noch in der Küstenkoalition vorgesehen, sondern bereits bis zum Jahr 2025 alle Haushalte mit Glasfaser ausstatten. Wir glauben, dass es ein wichtiges Infrastrukturziel ist, bei dem wir alle gemeinsam noch an Geschwindigkeit zulegen müssen, um dieses Ziel dann auch zu erreichen.

Wir lesen mit Freude die Sätze, die dazu im Koalitionsvertrag der Großen Koalition in Berlin stehen.

(Rasmus Andresen)

Ich kritisiere die Große Koalition in Berlin ja auch manchmal; deshalb möchte ich hier ausdrücklich sagen, dass das, was dort zu Papier gebracht wurde, gut ist. Das begrüßen wir ausdrücklich. Wir haben nur leider in den vergangenen Jahren festgestellt, dass der letzte Koalitionsvertrag der Großen Koalition, also 2013, zumindest beim Thema Breitbandversorgung, Infrastruktur und schnelles Internet nicht in allem umgesetzt wurde, was dort versprochen wurde. Wir nehmen mit Sorge zur Kenntnis, dass das Ministerium, das dafür hauptsächlich zuständig sein wird, von der CSU, also einer Regionalpartei aus Bayern, verantwortet wird. Auch da darf man gespannt sein, ob das der flächendeckenden Breitbandversorgung nützt oder dem Ganzen eher schadet.

Wir sehen es ähnlich wie die CDU und der Kollege Kilian so, dass die Frage von 5G eine ganz entscheidende für uns ist. Es nützt nichts, einfach nur schnelles Internet für Haushalte zu organisieren; die Zukunft spielt sich vielmehr vor allem beim mobilen Internet ab. Dazu ist 5G die Zukunftstechnologie. Ich finde den Vorschlag, den der Kollege Kilian gerade gemacht hat, zu überlegen, ob und wie man auch Modellregion werden könnte - ähnlich wie Hamburg es jetzt zum Teil geworden ist -, ausdrücklich gut. Ich wünsche mir sehr, dass wir darüber auch weiter im Dialog bleiben. Wir haben bei dem Thema mehr, was uns verbindet, als uns trennt. Deswegen unterstützen wir die Ausschussüberweisung, die die SPD-Fraktion hier beantragt hat. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die FDP-Fraktion hat der Abgeordnete Kay Richert das Wort.

Kay Richert [FDP]:

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Was für ein tolles Thema für einen FDP-Mann, hierzu zu sprechen. Schließlich sind die Freien Demokraten die Partei der Digitalisierung und des Breitbandausbaus. Ich sage nur: „Digital first. Bedenken second.“

(Beifall FDP - Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Karneval ist vorbei!)

- Dass das kein Karneval ist, hat sich inzwischen herausgestellt. - Als wir 2016 dieses Thema in den

Mittelpunkt unserer Politik in Bund und Land gestellt haben, sind wir von den anderen Parteien unisono belächelt worden. Daher freuen wir uns umso mehr, dass wir dieses wichtige Zukunftsthema gemeinsam mit unseren Jamaika-Partnern im Koalitionsvertrag verankern konnten. Wie in allen Bereichen machen wir uns auch hier daran, Versäumnisse der Vergangenheit aufzuarbeiten und Fakten zu schaffen. Bis 2025 wollen wir Schleswig-Holstein flächendeckend mit Breitband versorgt sehen.

Die Wichtigkeit für die Zukunft Schleswig-Holsteins ist hoffentlich allen klar: Immer mehr Bereiche unseres alltäglichen Lebens werden über das Internet geregelt. Eine zuverlässige Versorgung mit ausreichenden Übertragungskapazitäten ist unabdingbar. Wir wollen aber mehr. Wir Freie Demokraten wollen Wohlstand und wirtschaftliche Prosperität für alle Menschen nach Schleswig-Holstein bringen. Neben anderen Faktoren ist die Digitalisierung eine riesige Chance, Schleswig-Holstein aus dem Dämmerzustand in eine blühende Zukunft zu tragen. Für eine zuverlässige Versorgung mit ausreichenden Übertragungskapazitäten brauchen wir Glasfasernetze.

Mit dem Bündnis für Breitbandausbau motivieren wir als Jamaika-Koalition alle Akteure, den Ausbau als gemeinsame Aufgabe für die Zukunft unserer Gesellschaft zu verstehen, um mehr Kooperation anzuregen und so Parallelentwicklungen zu vermeiden. Das Breitbandkompetenzzentrum wollen wir unterstützen. Das Ziel, einen zukunftsgerechten Ausbau der Breitbandinfrastruktur hinzubekommen, können wir nur gemeinsam erreichen.

Wichtig, damit wir dynamisch vorankommen, ist auch ein Bürokratieabbau. Die Genehmigungsprozesse müssen beschleunigt werden. Das könnte uns durchaus an anderer Stelle helfen. Wir brauchen ausreichende Kapazitäten für den Bau der Trassen. Deswegen ist eine Abstimmung mit dem Baugewerbe erforderlich. Alle Möglichkeiten müssen geprüft werden, wie wir dieses wichtige Zukunftsprojekt schneller vorantreiben können.

Wir als Freie Demokraten sind natürlich dem Subsidiaritätsprinzip verhaftet. Tatsächlich wird auch ein großer Teil der Versorgung durch privatwirtschaftliche Akteure dargestellt. Aber es gibt auch Regionen, in denen es keinen marktgetriebenen Ausbau geben wird. Warum nicht? Weil es sich wirtschaftlich nicht lohnt, jedes Einzelgehöft zu versorgen. Dabei ist es besonders der ländliche Raum, der seine Zukunft durch eine zuverlässige Versorgung und ausreichende Übertragungsmöglichkeiten entscheidend verbessern kann. In dieser

(Kay Richert)

Region wollen wir ein Engagement des Landes ermöglichen, natürlich auch mit Bundes- und Europamitteln, um auch hier die Versorgung sicherzustellen.

(Beifall FDP und Johannes Callsen [CDU])

Eine wichtige Facette dieses Zukunftsthemas wurde mehrfach angesprochen. Das ist die mobile Internetversorgung, der Standard 5G. Auch hierfür muss das Breitbandnetz gerüstet sein.

Schließlich: Wir Jamaikaner gehen die Zukunft unseres Landes dynamisch an. Liebe Kollegen von der SPD, wer Augen hat zu sehen, der sieht das auch ganz deutlich. Wir verlieren keine Zeit, und wir investieren in die Zukunft unseres Landes. Aber wenn wir schnell zum Ziel kommen wollen, dann brauchen wir mehr, mehr Ressourcen und mehr Geld. Deshalb bitten wir die Landesregierung, sich vehement für ein neues Bundesförderprogramm einzusetzen, damit wir unsere erheblichen Investitionen in Schleswig-Holsteins Zukunft hebeln und unterstützen können.

(Beifall FDP)

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kollegen, zur Eröffnung der Olympiade in Korea wurde eine Flotte autonom fahrender Autos mit Breitbanddatenversorgung via 5G quer durch Südkorea geschickt. Ich schätze mal, bis zu den Special Olympics in Kiel werden wir Vergleichbares hier nicht mehr hinbekommen. Aber es muss unser Ziel sein, dass wir über solche technischen Leistungen in Zukunft nicht mehr nur staunen. Wir wollen, dass die Innovationen der Zukunft auch aus Schleswig-Holstein kommen. Hier und heute legen wir eines der Fundamente dafür.

(Beifall FDP, CDU und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die Fraktion der AfD hat der Abgeordnete Volker Schnurrbusch das Wort.

Volker Schnurrbusch [AfD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Liebe verbliebene Gäste! Ein schönes Thema, fürwahr. Es herrscht große Einigkeit bei diesem Thema. Man fragt sich nur, warum es eines Antrages bedarf, um das anzustoßen, was sich die Landesregierung sowieso auf die Fahnen geschrieben hat.

Schleswig-Holstein steht beim Glasfaserausbau im bundesweiten Vergleich heute schon nicht schlecht da. Im internationalen Vergleich besteht jedoch immer noch erheblicher Nachholbedarf, gerade im Westen, Norden und Nordosten des Landes. Deshalb ist der Antrag der regierungstragenden Fraktionen von den Zielen her durchaus zu begrüßen. Leider ist die einzige konkrete Zielmarke, die darin genannt wird, das Jahr 2025, also erst weit nach dieser Legislaturperiode.

Wie im Antrag aufgeführt, hat Herr Minister Dr. Buchholz ein Bündnis für den Netzausbau geschlossen. Damit will er das Ziel erreichen, bis 2025 flächendeckend Glasfaser auszubauen. So weit, so gut. Aber genau das hat das damals CDU-geführte Wirtschaftsministerium schon im Jahre 2009 versprochen, und zwar für das Jahr 2020. Dieses Ziel ist schon jetzt gescheitert. Deswegen fordern wir heute die jetzige Landesregierung auf, deutlich mehr zu tun, damit nicht auch das Ziel 2025 scheitert. Jamaika listet in dem Antrag eine Menge ambitionierter Ziele auf. Aber wir als Oppositionsfraktion wollen die konkreten Ergebnisse bitte auch vor Ende der Regierungszeit sehen.

Im Gegensatz zu einigen Regionen sind die Großstädte heute zwar über Brückentechnologien meistens schnell, aber nicht zukunftssicher an Glasfaser angebunden. Aber selbst hier in der Landeshauptstadt gibt es weiße Flecken. Auf dem Uni-Campus, direkt neben dem Wissenschaftszentrum, gibt es auch heute Flecken mit nicht einmal 10 Mbit/s. Dort erfahren dann auch ausländische Studenten aus Estland oder Korea, wie wenig sich hier bisher getan hat. Wer dort zu lange nach Hause telefonieren will, der wird vom Uni-Netz für den Rest des Monats getrennt. Laut Koalitionsvertrag sollen Universitäten Impulsgeber und Entwicklungslabors der Digitalisierung sein. Das passt heute noch lange nicht zusammen.

Damit das aktuelle Ziel, 2025, nicht auch verfehlt wird, muss die Landesregierung deutlich mehr tun. Die Nachfrage zu erhöhen, ist dabei ein richtiger Schritt. Das schaffen wir aber nur, wenn wir die Bürger mit einer Vielzahl von digitalen Angeboten überzeugen. Stand heute ist aber: Nur die wenigsten Angelegenheiten auf der Ebene der kommunalen Verwaltung lassen sich elektronisch regeln. Ein Anreiz für die Nutzung elektronischer Kommunikation mit der öffentlichen Verwaltung wäre etwa die Senkung von Gebühren. Heute ist es teilweise teurer, Anträge elektronisch zu erledigen als persönlich im Amt. Das sollte dringend geändert werden.

(Volker Schnurrbusch)

Mehr Nachfrage durch Angebote schaffen, heißt auch, gute Angebote schaffen. Doch noch laufen viele davon nur im Schnecken tempo oder sind fehlerhaft. Schlechte Dienste überzeugen die Menschen nicht vom Breitband. Unser Appell an die öffentlichen Verwaltungen lautet daher: Seien Sie selbst Vorbild bei der Digitalisierung.

Kommen wir zur mobilen Kommunikation, einem Kernpunkt. Der Breitbandatlas des Bundes bescheinigt Schleswig-Holstein hier schon eine gute 4G-Versorgung. Doch am Ende zählt, was beim Nutzer ankommt und nicht, was ein Rechenmodell vorher sagt. Und bevor wir über 5G reden, sollte 4G wirklich erst einmal stabil laufen. Das scheint mir bisher noch nicht der Fall zu sein.

Eine Entlastung des Mobilfunknetzes, von der auch die Betreiber gern Gebrauch machen, ist die IP-Telefonie. Die schafft man durch die Einrichtung mehr öffentlicher WLAN, nicht nur in einzelnen Gebäuden. Da gibt es schon Städte, die deutlich weiter sind als unsere Touristenzentren. Das schafft sofort bessere Verbindungen für alle.

Der Antrag ist löblich, und wir werden ihm natürlich auch zustimmen. Aber man muss sagen, bisher sind es nur zusammenkopierte Worte aus dem Koalitionsvertrag, viele schöne Worte. Aber was die Bürger brauchen, sind Taten, damit Schleswig-Holstein endlich den Sprung ins digitale Zeitalter schafft. Wir freuen uns auf die Beratung im Ausschuss. - Vielen Dank.

(Beifall AfD)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die Abgeordneten des SSW hat der Abgeordnete Lars Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Bedeutung des schnellen Internets ist kein Geheimnis. Es ist ein Standortfaktor und von Bedeutung in allen gesellschaftlichen Bereichen. Das gilt fürs Lernen und für die Arbeit genauso wie für das private Leben. Da der Austausch von elektronischen Daten immer umfangreicher wird, ist ein leistungsfähiges Breitband mittlerweile ein Daseinsfaktor, genau wie Strom- oder Wasserleitungen. Das haben wir zur Zeit der Küstenkoalition bereits früh erkannt und haben 2013 die „Breitbandstrategie 2030“ auf den Weg gebracht.

Genau dort knüpft der vorliegende Antrag jetzt auch an. Das ist gut. Es bestätigt, was wir seinerzeit

in Gang gebracht haben, und hiervon dürfen wir auch nicht abweichen. Soll heißen, mit der Strategie haben wir uns als Land Schleswig-Holstein zum einen das Ziel gesetzt, bis 2025 mindestens 90 % aller Haushalte mit einem Glasfaseranschluss zu versorgen und darüber hinaus bis 2030 die verbleibenden Haushalte mit einem Glasfaseranschluss zu versorgen, also wirklich bis in jede Ecke und bis in jedes Einzelgehöft. Letzteres allerdings vermisste ich im Antrag der Koalition. Da ist das nämlich weggefallen. Dort wird nur noch von 2025 geredet. Meine Damen und Herren, da bräuchten wir vielleicht noch ein klares Bekenntnis, dass es für alle in Schleswig-Holstein weitergehen soll.

Richtig ist, ein Glasfaseranschluss, ob nun FTTB oder FTTH, für jeden Haushalt bis 2030 ist ein ehrgeiziges Ziel. Bevor wir hiervon abweichen, sollten wir erst einmal sehen, wo wir heute stehen. Wir brauchen eine Evaluierung des Standes von heute. Wie ist die aktuelle Anschlussquote mit schnellem Internet? Wo hakt es im Land, und was kann und muss mehr getan werden?

Der Ansatz des Koalitionsantrags zielt unter anderem darauf ab, Lösungen herbeizuführen, wo eine Realisierung nicht wirtschaftlich erscheint. Mit anderen Worten, es muss mehr öffentliche Kohle ins System gepumpt werden. Um das Problem der weißen Flecken zu beheben, bin ich grundsätzlich damit einverstanden; denn ohne zusätzliche Hilfe im gegebenen System wird es uns kaum gelingen, jeden Haushalt mit schnellem Internet zu versorgen. Gerade die ländlichen Regionen im Land haben das Problem, dass der Ausbau des Breitbandes an ihnen vorbeigegangen ist, weil es sich schlicht und einfach nicht lohnt. Es ist für die großen Telekommunikationsunternehmen nicht rentabel, jeden in der Fläche anzuschließen, weil der Ausbau dort nicht marktgetragen ist.

Das sind die Folgen der zurückliegenden politischen Entscheidung, den Telekommunikationssektor zu liberalisieren. Die Telekommunikation sollte seinerzeit aus den Klauen des Staates befreit werden. Damit wurden aber Wettbewerbsstrukturen in der Telekommunikation eingeführt, und sie wurde dem Spiel des freien Marktes ausgesetzt.

Ich will bei der Liberalisierung nicht alles schlechtreden. Aber heute stehen wir vor dem Problem, dass der Markt es gerichtet hat, und zwar nach rein marktwirtschaftlichen Kriterien. Soll heißen: Dort, wo Geld zu verdienen ist, wird auch eine entsprechende Lösung angeboten. Die Gebiete jedoch, die keinen oder nur einen geringen Ertrag abwerfen, fallen eiskalt hinten runter. Und genau dort stehen

(Lars Harms)

wir heute, denn auch die Bevölkerung in den ländlichen und abgelegenen Regionen möchte schnelles Internet, und das zu Recht. Wieder einmal haben wir das Ergebnis, dass die Liberalisierung dazu geführt hat, dass die Unternehmen den Rahm abschöpfen. Dort, wo es sich wirtschaftlich nicht lohnt, springt die öffentliche Hand mit teurem Geld ein.

Diesen grundsätzlichen Fehler haben wir als Küstenkoalition seinerzeit erkannt und entsprechend reagiert. Wir haben das kommunale Wirtschaftsrecht dahin gehend geändert, dass die Kommunen ihrer kommunalen Daseinsvorsorge künftig besser nachkommen können. Wir haben den kommunalen Versorgern ein Instrument an die Hand gegeben, das es ihnen ermöglicht, den Breitbandausbau in der Fläche voranzubringen. Ich denke, der Erfolg gibt uns recht: Schleswig-Holstein steht als Flächenland mit der Glasfaserabdeckung bundesweit ganz vorn. Zudem stärken wir damit natürlich auch die kommunale Wirtschaft und das Handwerk vor Ort.

Hervorheben möchte ich hierbei auch die Funktion des Breitbandkompetenzzentrums, das für die kommunale Ebene ein wichtiger Partner in der Sache ist, weil dort die Beratung stattfindet. So weit, so gut, aber wir dürfen natürlich nicht stehenbleiben und uns auf den Lorbeeren ausruhen. Wir haben jetzt erst die Grundlagen geschaffen. Wir brauchen eine Bestandsaufnahme, um daraus die entsprechenden Maßnahmen zu generieren, und zwar nicht nur für den Bereich der Glasfaser, sondern auch für das mobile Internet. Dort gibt es nämlich noch die größten Probleme. Meine Damen und Herren, wenn ich richtig in das Internet will, dann fahre ich immer nach Dänemark. Dort hat man wenigstens einen vernünftigen Empfang. - Vielen Dank.

(Beifall SSW)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Vielen Dank, Herr Kollege. - Ich erteile nun das Wort dem Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus, Herrn Dr. Bernd Buchholz.

Dr. Bernd Buchholz, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Angesichts der Bedeutung, die diese Debatte hat, finde ich, dass sie etwas müde ist, denn es gäbe vor dem Hintergrund der Wichtigkeit des Themas gerade vonseiten Schleswig-Holsteins guten

Grund, etwas selbstbewusster, etwas lauter und etwas euphorischer zu sein.

(Beifall FDP)

Meine Damen und Herren, Schleswig-Holstein, und das sage ich an dieser Stelle ganz bewusst, ist das einzige Bundesland, das sich klar nicht nur zu einer Breitbandstrategie, sondern sehr frühzeitig zu einer echten Glasfaserstrategie bekannt hat,

(Beifall FDP)

und zwar Glasfaser bis in die Gebäude und eben nicht nur bis zum Kabelverzweiger. Damit war und ist Schleswig-Holstein bundesweit Vorreiter. Herr Dunckel, weil Sie das angesprochen haben, sage ich ganz deutlich: Die Vorgängerregierung hat an dieser Stelle einen entscheidenden, einen wichtigen und richtigen Schritt nach vorn gemacht. Sie hat einen entscheidenden und wichtigen Akzent gesetzt, der an anderer Stelle so nicht gesetzt worden ist.

(Beifall FDP, SPD und SSW)

An anderen Bundesländern sehen wir, wie sich dieser Akzent auswirkt. Lieber Kollege Harms, lassen Sie mich an dieser Stelle etwas sagen, weil Sie hier das Antiliberalisierungsglied angestimmt haben: Eines unserer größten Probleme ist vielleicht dieser ehemals staatseigene Monopolist. Wenn wir diesen heute noch hätten, und wenn wir keine Liberalisierung gehabt hätten, dann würden wir uns möglicherweise immer noch an dem Kupferkabel mit einer Downloadgeschwindigkeit von 3 Mbit/s festhalten. Wir hätten dann deutlich weniger, als wir es jetzt durch die Liberalisierung der Telekommunikation tatsächlich haben.

(Beifall FDP und Johannes Callsen [CDU])

Meine Damen und Herren, wir sind bundesweit Vorreiter. Der Kollege Rasmus Andresen hat es gesagt, das bringt uns international immer noch nicht sehr weit nach vorn, aber bundesweit sind wir Vorreiter, und darauf können wir uns ein bisschen etwas einbilden. Wir wollen jetzt noch eine Schippe drauflegen und die flächendeckende Versorgung mit Glasfasern nicht erst 2030, sondern 2025 weitgehend abgedeckt haben. Bereits jetzt ist Schleswig-Holstein mit einer Quote von 32 % an anschließbaren Haushalten an das Glasfasernetz bundesweit Spitze. Bayern folgt uns, falls man das überhaupt so nennen kann. Olympiareif ist die Leistung der Bayern an dieser Stelle nicht, denn der Anteil dieser Haushalte liegt dort bei gerade einmal 9,4 %. Der Bundesdurchschnitt an anschlussfähigen Haushalten liegt bei sage und schreibe 7,3 %.

(Minister Dr. Bernd Buchholz)

Berechnungen unseres Breitbandkompetenzzentrums sagen uns: Wenn wir mit den zusätzlichen Anstrengungen, die wir jetzt unternehmen, so weitermachen, dann werden wir im Jahr 2020 bei einer Quote von 50 % anschlussfähigen Haushalten und im Jahr 2022 bei einer Quote von etwa 62 % sein. Wenn wir die Aktivitäten noch steigern, und das müssen wir, dann werden diese Zahlen noch deutlich höher sein.

Unsere Erfolgsfaktoren sind dabei: Erstens. Wir haben in diesem Land in der Tat sehr frühzeitig eine klare Glasfaserstrategie formuliert, an der sich alle Akteure orientieren. Alle ziehen am gleichen Strang in die gleiche Richtung. Das ist im Bund anders. Ich erinnere daran, dass mir auch heute noch nicht ganz klar ist, ob auf Bundesebene sichergestellt ist, dass wir mit den dort bereitstehenden Fördergeldern, die im Rahmen einer Breitbandstrategie ausgegeben werden sollen, nicht doch wieder auch das Kupferkoaxialkabel der Deutschen Telekom mitfordern. Das ist in der Vergangenheit nämlich vielfach geschehen, weil man eben nicht klar auf Glasfaser gesetzt hat.

Zweitens. Das Land verfügt über starke regionale Akteure, nämlich die Stadtwerke, regionale Netzgesellschaften und andere regionale Anbieter. Dort, wo kein privatwirtschaftliches Engagement vorhanden ist, engagieren sich kommunale Breitbandzweckverbände mit dem Betreibermodell, das in Schleswig-Holstein entwickelt wurde. Meine Damen und Herren, das ist ein Erfolgsthema, denn in Schleswig-Holstein haben die Kommunen erkannt, dass das auch mit ihre Aufgabe ist.

Drittens. Wir haben ein einzigartiges Netzwerk zur Koordination der Projekte und Anbieter aufgebaut. Vor allem das Breitbandkompetenzzentrum, aber auch die Investitionsbank sorgen dafür, dass die Projekte tatsächlich erfolgreich verlaufen.

Viertens. Wir verfügen über eine intelligente Förderpolitik, mit der wir auch bei knappen Ressourcen sehr viel erreichen. Zum Beispiel haben wir von Anfang an Mittel für Planungs- und Beratungsleistungen bereitgestellt, um die Projekte erfolgreich umsetzen zu können. Die Investitionsbank hat sich schon sehr früh für die Begleitung des Glasfaserausbaus eingesetzt und zinsgünstige Finanzierungen bereitgestellt. Darüber hinaus betreut sie auch bundesweit einmalige Zinssubventionierungsprogramme des Landes, mit denen die schwierige Anlaufphase der Projekte abgefedert wird.

Nachdem ich im letzten Jahr auf einer BREKO-Konferenz gesprochen habe, darf ich sagen: Wir

werden von anderen Bundesländern um dieses Förderinstrumentarium beneidet, das wir da auf die Füße gestellt haben.

Es ist uns, vor allem dank des Breitbandkompetenzzentrums, gelungen, ein überproportional großes Kuchenstück des Bundesförderprogrammes abzugreifen. 150 Millionen € haben wir aus diesem Bundesförderprogramm bekommen. Das ist weit mehr als dem Anteil des üblichen Königsteiner Schlüssels entsprechend.

Aber wir tun mehr. Das Breitbandkompetenzzentrum hat gerade mit dem heute beschlossenen Haushalt zusätzliche Fördermittel in Höhe von 2,9 Millionen € bekommen, um das Personal aufzustocken und die vielfältigen Aufgaben noch besser erfüllen zu können. Wir werden mit einem passgenauen Kommunikationskonzept die Nachfrage dort stimulieren, wo sie noch nicht gut entwickelt ist.

Lassen Sie mich die Gelegenheit nutzen, auf einen Aspekt hinzuweisen, denn das ist der entscheidende Hebel: Es geht darum, dass die Menschen in diesem Land, nicht nur dieses Parlament, sondern auch die Bürgerinnen und Bürger in diesem Land und die Unternehmerinnen und Unternehmer in diesem Land, sagen: Ja, wir sind im digitalen Ausbau Vorreiter. Jetzt wollen wir auch das in Angriff nehmen. Deshalb lautet der Appell an alle: Wenn im Briefkasten das Kärtchen mit der Information ist, dass der Glasfaseranschluss kommen kann, dann auch das Kreuz machen und sagen: Ja, wir wollen diesen Anschluss. Ja, das kostet 3 €, okay. Wir machen damit aber nicht nur unsere Immobilie langfristig attraktiver, wir machen auch unseren Ort attraktiver, wir machen den Standort attraktiver.

Meine Damen und Herren, wir machen das Land insgesamt attraktiv. Wollen wir uns nicht wirklich einmal zum Ziel setzen, dieses Land Schleswig-Holstein beim Breitbandausbau zum Vorreiter für die Bundesrepublik zu machen? Machen wir aus Schleswig-Holstein für Deutschland das, was Estland für Europa ist. Das wäre ein Anspruch.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wichtigste Aufgabe wird es sein, die verbleibenden weißen Flecken in Angriff zu nehmen. Drei Kategorien von weißen Flecken haben wir nämlich in Wahrheit: Erstens. Es gibt die ländlichen Gebiete, von denen hier die Rede war. Hier gibt es die Förderinstrumentarien, von denen ich glaube, dass wir mit ihnen dieses Thema gut anpacken können.

(Minister Dr. Bernd Buchholz)

Zweitens. Auch für die Außenlagen bereits erschlossener Gebiete können wir Förderinstrumentarien zur Verfügung stellen. Hier werden wir zusätzlich 50 Millionen € aus Haushaltsüberschüssen bereitstellen und sicherlich auch das Bundesprogramm in Anspruch nehmen.

Drittens. Schwieriger wird es mit der dritten Kategorie, auf die ich Ihr Augenmerk richten möchte. Die schwierigste Kategorie sind unsere Städte, weil in den Städten die Anbieter mit einem Mindestmaß an Breitbandgeschwindigkeit vor Ort unterwegs sind und deshalb die öffentliche Seite keine Handhabe hat, hier einzugreifen und etwas zu tun.

Wenn mehr als 30 MBit/s im Download in den Städten durch die Anbieter geliefert werden, haben wir keine Handhabe, über die Aufgreifstelle überhaupt tätig zu werden. Es muss uns deshalb auch mit Blick auf die privaten Anbieter gelingen, ob in Kooperationen oder wie auch immer - das ist genau der Ansatz unseres Aktionsbündnisses -, auch in den Städten die Glasfaservernetzung hinzubekommen. Wir wissen, dass der eine große Anbieter, nämlich der mit dem großen T in Magenta, in der Vergangenheit nicht unbedingt ein Vorreiter gewesen ist.

Auch hier gilt der Appell. Wir werden in Schleswig-Holstein und in der ganzen Republik nur dann richtig vorankommen, wenn auch die großen Anbieter erkennen, dass sie dann, wenn sie den Ausbau mit Glasfaser verschlafen, etwas für Deutschland verschlafen, etwas für dieses Land verschlafen, was wir nicht hinnehmen wollen. Deswegen müssen wir ganz besonders auch die Städte mit in den Blick nehmen, um dort den Ausbau mit Glasfaser zu erreichen.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dass wir uns darüber hinaus in der Mobilfunkversorgung mit 5D engagieren, ist keine Frage. Wir arbeiten intensiv in den Gremien der Bundesnetzagentur mit, um eine optimale Versorgung mit Frequenzen zu erreichen. Wir achten auch darauf, dass die Mobilfunkstandorte an Glasfaser angeschlossen werden können; denn ohne die Glasfaseranbindung an die Funkmasten ist 5D auch im Mobilbereich nicht möglich.

Wir arbeiten gemeinsam mit dem MELUND an einer Optimierung der WLAN-Versorgung im Land. Sie sehen, meine Damen und Herren, wir arbeiten mit Hochdruck an etwas, das für dieses Land ungeheuer wichtig ist. Denn wenn auch in der Digitalisierung nicht immer klar ist, wohin die Reise gehen

wird, weil wir noch nicht wissen, welche Anwendungen und welche technischen Möglichkeiten sich in der Zukunft darauf noch aufbauen lassen, dann ist für die Politik und für die staatliche Seite eines klar: Wenn wir die Infrastruktur nicht zur Verfügung stellen, die wir brauchen, um darauf spielen zu können, dann werden wir hinten runterfallen. Wir haben die große Chance, als kleines Bundesland im Ausbau mit Glasfaser Vorreiter für Deutschland zu sein. Das haben wir uns zum Ziel gesetzt. Daran arbeiten wir, und das ist auch erreichbar.

(Lebhafter Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Oliver Kumbartzky [FDP]: Bravo!)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Vielen Dank, Herr Minister. - Ich glaube, Sie haben mit Ihrem Beitrag einen neuen Rekord aufgestellt. Der Herr Minister hat die vereinbarte Redezeit um 5 Minuten und 28 Sekunden überschritten.

(Heiterkeit)

Diese Redezeit steht somit zumindest theoretisch auch den anderen Fraktionen zur Verfügung.

(Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

- Ich sehe aber nicht, dass davon eine Fraktion Gebrauch machen möchte. Weitere Wortmeldungen liegen mir darüber hinaus nicht vor. Ich schließe somit die Beratung.

Es ist beantragt worden, den Antrag Drucksache 19/497 dem Wirtschaftsausschuss zu überweisen. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist einstimmig so beschlossen.

Bevor wir jetzt zu einem weiteren Tagesordnungspunkt kommen, begrüßen Sie ganz herzlich mit mir Mitglieder der IHK zu Lübeck, die sich jetzt auf der Besuchertribüne eingefunden haben. - Herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Sie werden sicher bei der im Anschluss stattfindenden Abendveranstaltung den einen oder anderen Abgeordneten zur Seite haben, den Sie dann auch noch begrüßen können.

Die Parlamentarischen Geschäftsführer sind über eingekommen, jetzt auch noch den Tagesordnungspunkt 17 zu behandeln.

Ich rufe somit den Tagesordnungspunkt 17 auf:

(Vizepräsident Rasmus Andresen)

Unabhängigen Zugang zu präzisen Geoinformationen sicherstellen

Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN und FDP
Drucksache 19/500

Digitalisierung in der Landwirtschaft unterstützen

Alternativantrag der Fraktion der SPD und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 19/542

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat für die CDU-Fraktion der Herr Abgeordnete Heiner Rickers.

Heiner Rickers [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Dr. Buchholz, ich bin Ihnen dankbar für Ihr Schlusswort. Sie hätten eigentlich anschließen können: Digitalisierung gilt im ländlichen Raum nicht nur für die Ortschaften und die Städte - denn es ist wichtig, die Glasfaser bis ins letzte Haus zu bringen -, sondern sie gilt tatsächlich auch für den Acker.

Wenn wir heute auch noch nicht wissen, in welcher Form wir morgen Landmaschinen auf dem Acker erleben, müssen wir doch - da gebe ich Ihnen nochmals recht - dafür Sorge tragen, dass die Infrastruktur für die künftige Innovation, die wir heute vielleicht noch nicht alle kennen, vom Land oder vom Bund zur Verfügung gestellt wird, damit sie zukünftig genutzt werden kann. Damit das so kommt, will ich in meiner Rede beschreiben, wie wir uns das vorgestellt haben.

Nicht nur im Koalitionsvertrag ist ein großes Kapitel zum Thema Landwirtschaft 4.0 festgeschrieben - also Digitalisierung nicht nur im ländlichen Raum, sondern tatsächlich auch auf der Fläche, auf dem Acker -, sondern wir haben heute dankenswerterweise in den Haushaltsberatungen auch schon eine Position eingestellt, die zumindest für das Jahr 2018 mit einem mittleren fünfstelligen Betrag sicherstellt, dass ein Signalsystem, bisher von der Landesvermessung genutzt, so freigeschaltet wird, dass es über Satellit auch im ländlichen Raum zum Führen und Steuern von Landmaschinen kommt, dass also punktgenau - anders als bei Ihrem Auto, das davon auch abweichend fahren kann - mit einer

Abweichung von höchstens 2 cm gesteuert werden kann. Vielen Dank dafür. Das begrüßen wir sehr.

(Beifall CDU und FDP)

Ich will Ihnen in Erinnerung rufen, was Sie heute auf den Feldern fahren und arbeiten sehen. Sie haben eher die Vorstellung von überdimensionierten großen Maschinen, die natürlich vernünftig gesteuert werden müssen, meistens durch Leute, die erfahren sind, die Landmaschinen lenken können, wenig mit Technik unterstützt, die nur bei ganz großen und sehr, sehr teuren auch überregional oder überbetrieblich genutzten Maschinen mit so einer Technik ausgestattet sind. Es sind also große Maschinen, die in ihrer Arbeitsgenauigkeit durchaus auch Probleme bereiten, weil sie zum Beispiel nicht immer wieder die gleichen Fahrspuren benutzen können und somit den Boden flächendeckend durch Bodendruck belasten können, oder weil sie - das kennen Sie alle aus dem Bereich der Glyphosat-Diskussion - vielleicht auch Pflanzenschutzmittel nicht so exakt ausbringen können, weil diese Maschinen von Menschenhand gesteuert werden, als wenn diese Maschinen das über GPS gesteuert ausbringen würden, was natürlich im Bereich Pflanzenschutz zu Mehrbelastungen, zu Doppelbelegungen auf dem Acker und bei Dünger vielleicht auch zu unausgewogenen Mengen, also zu viel Dünger auf gewissen Stellen führen kann. Da würde ein GPS-gesteuertes System durchaus Verbesserungen bringen, das nicht nur feststellt, wo punktgenau ausgebracht werden muss, sondern auch wo diese Maschine punktgenau auf den Zentimeter fährt und ein- oder ausgeschaltet wird.

Ich will Ihnen auch sagen, wie es heute mit den Aufzeichnungspflichten läuft. In der Regel haben Sie, wenn Sie ganz gut sind, Ihr Handy bereits mit irgendeiner App ausgestattet, mit der Sie aufzeichnen können, was Sie auf dem Acker gemacht haben. Verpflichtet sind Sie nämlich zu dieser Aufzeichnung. Schön wäre es in Zukunft, wenn man dieses über ein Datennetz, GPS-gesteuert, über das von mir beschriebene Satellitensystem in einer Cloud speichern könnte, und zwar so speichern und verwalten könnte, dass man nur selber und die infrage kommenden Behörden in Zukunft auf diese Daten Zugriff hätten. Das würde in der Landwirtschaft vieles erleichtern.

Wir sind uns darin einig, dass die Landwirtschaft mithilfe einer solchen Digitalisierung ressourcenschonend arbeiten könnte, wenn so etwas angeboten würde. Wir alle sind uns einig, dass wir die Umwelt schonen wollen. Und wir sind uns auch alle darin einig, dass wir mit dem Kapitel Landwirt-

(Heiner Rickers)

schaft 4.0 die Landwirtschaft auch in diese moderne und innovative Zeit überführen wollen.

Das Satellitensystem SAPOS, also der Satellitenpositionierungsdienst der Deutschen Landvermessung, wäre hierfür der richtige Weg in der Umsetzung. Dankenswerterweise ist uns vom Innenministerium nicht nur die Unterstützung, sondern auch die Umsetzung in diesem Bereich angeboten worden. Wir brauchen dazu eine neutrale Stelle.

Zum Antrag der Fraktion der SPD und der Abgeordneten des SSW muss ich sagen: Im Grundsatz können wir diesen Antrag begrüßen. Wir wollen das Ganze aber nicht kostenfrei stellen, denn wenn etwas kostenfrei, also umsonst ist, ist es oft so, dass es nichts taugt. Vielmehr wollen wir erreichen, dass es zu einem angebotenen Mindestpreis zumindest einen Teil der Kosten deckt und für jeden Landwirt erschwinglich bleibt und nicht nur für Spezialisten und überbetriebliche Lohnunternehmer einsetzbar sein wird. Wenn wir das erreichen, haben wir viel in der Digitalisierung in der Landwirtschaft, für Umweltschutz und Effizienz erreicht. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU und FDP)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Vielen Dank. - Das Wort hat nun für die SPD-Fraktion die Frau Abgeordnete Kirsten Eickhoff-Weber.

Kirsten Eickhoff-Weber [SPD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen! Sehr geehrte Herren! Die Digitalisierung der Landwirtschaft ist gleichermaßen Chance und Herausforderung. Auch in Schleswig-Holstein sind die mit dem Innovationsschub einhergehenden Veränderungen spürbar. Heiner Rickers hat einige Beispiele genannt. Egal, welche Betriebsgröße oder Struktur, ob biologisch oder konventionell, ob auf dem Acker oder im Stall - die Digitalisierung der Landwirtschaft ist keine Zukunftsmusik, sondern sie wird bereits Wirklichkeit. Durch eine strategische Förderung und die Entwicklung der Digitalisierung der Landwirtschaft können wir Landwirtinnen und Landwirten dabei zur Seite stehen, effizienter, ressourcenschonender und damit nachhaltiger zu produzieren. Die Zukunftsfähigkeit unserer familiengeführten Betriebe hängt davon ab, dass in der vielfältigen Betriebsstruktur, die wir in Schleswig-Holstein noch haben, alle, die das wollen, die Möglichkeit bekommen, an diesem Fortschritt teilzuhaben. Die Landwirtschaft ist technikaffin. Neuerungen gegenüber ist die Landwirtschaft aufgeschlossen,

und soweit wirtschaftlich möglich, ist sie auch innovationsfreudig.

Wir müssen also die bestehenden Förderprogramme um Instrumente erweitern, die speziell die Digitalisierung im Bereich der Landwirtschaft voranbringen. Dazu gehören Aus-, Fort- und Weiterbildung, dazu gehören Forschung und die Bereitstellung präziser unabhängiger Geoinformationen.

(Beifall SPD)

Die Bereitstellung der Flächendaten muss durch die öffentliche Verwaltung erfolgen, und sie muss gebührenfrei sein. Ansonsten werden die Landwirte in die Abhängigkeit von Systemanbietern getrieben. Es müssen herstellerunabhängige, einheitliche Schnittstellen formuliert werden - ein großes Thema auf der Agritechnica dieses Jahr in Hannover; denn nur so können die Landwirte ihre Daten im Rahmen zum Beispiel der Düngerverordnung sicher und bürokratiearm an die zuständigen Behörden weitergeben.

Im Juni 2017 hat das rheinland-pfälzische Landwirtschaftsministerium anlässlich des Digitalgipfels mitgeteilt, die Nutzung der Daten des Satellitenpositionierungsdienstes der deutschen Landvermessung SAPOS künftig freizustellen. In Thüringen und Bayern werden die Daten für die Landwirtschaft kostenfrei zur Verfügung gestellt. Nordrhein-Westfalen will die Nutzung von SAPOS ab der Frühjahrsbestellung 2018 auch kostenfrei zur Verfügung stellen.

In Schleswig-Holstein stellt Jamaika einen Antrag, eine Flatrate bereitzustellen. In einer der landwirtschaftlichen Gunstregionen Europas, in einem Bundesland, in dem 70 % der Landesfläche von rund 5.000 landwirtschaftlichen Betrieben bewirtschaftet werden, soll eine Flatrate der Schlüssel für digitale Zukunft sein. Damit die digitale Zukunft nur nicht zu schnell kommt, soll das Projekt auch noch in einer dreijährigen Pilotphase laufen.

Meine Herren Antragsteller, Schleswig-Holstein ist keine Cloud. Schleswig-Holstein ist keine Wolke. Hier findet ganz real mit viel Arbeit, Einsatz und Innovation Landwirtschaft statt. Der Weg in die Digitalisierung braucht keine Flatrate. Der Weg in die Digitalisierung braucht eine Strategie. Geradezu revolutionär ist Ihr erster Schnitt der Pilotphase, sage und schreibe 400 Geräte auszugeben. Ich bin beeindruckt. Wie soll die Auswahl eigentlich laufen? Preisausschreibung, Verlosung, Würfeln, nur die großen, nur die kleinen, nur Bio, nur konventionell oder von allem etwas? - Das geht so nicht! So dür-

(Kirsten Eickhoff-Weber)

fen wir hier mit unserer Landwirtschaft nicht umgehen!

(Beifall SPD)

Die Zukunft unserer Landwirtschaft, unserer ländlichen Räume, ist uns viel wert. Daher beantragen wir, dass der Landwirtschaft in Schleswig-Holstein ein kostenfreier und unabhängiger Zugang ermöglicht wird. Wir wollen den Betrieben bei der Digitalisierung zur Seite stehen, so, wie es uns die anderen Bundesländer vormachen und wie es die Agrarministerkonferenz in Lüneburg am 29. September 2017 unter der Überschrift „Zukunftsfähige Landwirtschaft - Innovation und Digitalisierung stärken“ beschlossen hat.

Die FDP hat im Januar 2018 im Bundestag beantragt, diese Daten möglichst kostenfrei zur Verfügung zu stellen. Im Koalitionsvertrag zwischen SPD und CDU steht: Die mit öffentlichen Mitteln erzeugten Daten müssen kostenlos und in geeigneten Formaten zur Verfügung gestellt werden. Aber Jamaika in Schleswig-Holstein beschließt eine Flatrate und 400 Endgeräte.

(Zurufe SPD)

Da passt irgendetwas gerade überhaupt nicht zusammen. Daher bitte ich um Zustimmung zu unserem Antrag. Sollten Sie den Mumm dazu nicht haben, bitte ich darum, dass wir über dieses Thema im Ausschuss noch einmal miteinander im Sinne der Bauern Schleswig-Holsteins diskutieren. - Herzlichen Dank.

(Beifall SPD und SSW)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Vielen Dank, Frau Kollegin. - Das Wort hat nun für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN der Abgeordnete Bernd Voß.

Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Werter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Um etwas gleich vorweg zu sagen: Frau Eickhoff-Weber, Schleswig-Holstein ist keine Wolke, hat aber sehr viele schöne Wolken am Himmel. Um gleich noch einmal die Fakten zu checken: Es ist bisher auch schon möglich, an das System heranzukommen. Aber die Nachfrage danach geht gegen null, und von daher werden wir hier ein Verfahren machen, damit mehr Landwirte, Gewerbetreibende und so weiter daran teilnehmen können. Das müssen Sie zur Kenntnis nehmen und sich hier nicht in Sachen Digitalisierung besoffen reden.

(Heiterkeit, Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP - Zurufe SPD)

Digitalisierung in der Landwirtschaft: Es ist im Grunde bereits seit Langem nicht egal, wie gut oder wie schlecht die Anschlüsse vor Ort sind.

(Zurufe SPD)

Landwirtschaft ist einer der am meisten digitalisierten Wirtschaftsbereiche - ob wir den Pflanzenanbau, ob wir die Tierhaltung nehmen, Wetter-Apps, GPS-Daten unterstützen die Feldarbeit. Elektronische Schlagdateien erleichtern die Übersicht im Büro, nicht nur im Landtagsbüro. Was wäre so manche ausgeklügelte Direktvermarktung ohne die Hilfe aus der digitalen Welt? In der Tat hat die Ausstattung mit unabhängigen digitalen Präzisionssystemen - und darum geht es hier, um unabhängige Systeme - einen weiteren erheblichen Nutzen für die Landwirtschaft und für die, die einsteigen. Mit der Verfügbarkeit entsprechender Satellitensignale, um die es in dem vorliegenden Antrag geht, lassen sich verschiedene effiziente Arbeitsbereiche erschließen, und die Kollegen haben bereits eine ganze Reihe von Beispielen genannt.

Aber bei aller Freude über den technischen Fortschritt möchte ich auf drei Dinge hinweisen, die wir in der Debatte um die Digitalisierung im Auge behalten müssen. Digitalisierung bedeutet nicht automatisch Ökologisierung, Sicherung der Welternährung, wie manchmal gern gesagt wird.

(Beifall Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich plädiere dafür, bodenständig zu bleiben und zu erkennen, dass Effizienzgewinne meist irgendwo im einstelligen Bereich liegen. Sie gibt es, sie sind wesentlich, aber sie sind auch nicht so, dass man damit durch die Decke geht. Der zentrale betriebliche Erfolgsfaktor der gesamten Geschichte der Landwirtschaft ist die Beobachtungsgabe und lokale Entscheidungsfähigkeit der Bauern und Bäuerinnen vor Ort. Erfahrungswissen - das wird auch so bleiben - leitet Entscheidungen letztlich auf dem Feld, im Unternehmen, im Management und in den Investitionen.

(Beifall Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ein wichtiger Aspekt ist die Wahlfreiheit und Entscheidungshoheit der Landwirte im Zuge der Digitalisierung. Experten gehen davon aus, dass sich im Wettrennen um Full-Service-Angebote die vertikale Integration und Konzentration der Unternehmen

(Bernd Voß)

hier im vorgelagerten Bereich noch erheblich verstärken wird.

Ich will kein Gruselkabinett aufbauen. Der Markt liegt irgendwo bei 240 Milliarden \$. So wird er im Moment geschätzt. Wenn ich zwei Beispiele dafür nennen darf, welche Konzentration wir haben: In der westlichen Welt haben wir einmal die Firma Bayer Digital Farming, die den Geodienstleister Zoner übernommen hat. Die können 30 Jahre zurück sämtliche Flächendaten erheben und analysieren. Zusätzlich haben sie den digitalen Mittelständler proPlant übernommen. Sie haben ein umfangreiches Programm. Auf der Technikseite arbeiten sie mit Class und Google zusammen.

(Wortmeldung Dr. Kai Dolgner [SPD])

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Moment, Herr Kollege. - Es wird die Frage gestellt, ob Sie eine Frage des Kollegen Dolgner gestatten.

Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ich denke schon.

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Bitte schön, Herr Dolgner.

Dr. Kai Dolgner [SPD]: Ja, Kollege, Sie verwirren mich jetzt etwas. Ihre letzten Ausführungen habe ich ein wenig als Warnung vor der Digitalisierung verstanden. Dient dann die Gebühr dazu, möglichst viele davon abzuhalten? Dann wäre es logisch, weshalb Sie jetzt gegen unseren Antrag sprechen.

Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Das ist überhaupt keine Warnung vor der Digitalisierung, sondern die Begründung, warum es unheimlich wichtig ist, unabhängige Angebote zu machen, dass Mittelständler Technikentwicklungen in der Landwirtschaft anbieten können und das nicht von Unternehmen kommt, die über Saatgut, Pflanzenschutz, Technik im Digitalisierungsbereich alles haben. Das ist das Angebot, das wir hier machen, und wir hoffen, dass viele Kollegen daran teilnehmen. Das ist der Hintergrund.

Warum machen wir es nicht kostenlos? Wenn ich die Umsätze in normalen bäuerlichen Betrieben sehe, reden wir hier über ziemlich kleine Summen, die bei der Flatrate herauskommen werden. Alles, was nichts kostet, ist auch irgendwo nichts wert. Bitte gehen Sie nicht davon aus, dass wir die

großen Impulse bekommen, wenn die Dinge in dem Bereich - es handelt sich um Wirtschaftsunternehmen - kostenlos machen. Wir haben eine Flatrate für jeden Anschluss, und das ist gut so.

(Beifall Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Herr Kollege Voß, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dolgner?

Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Selbstverständlich.

Dr. Kai Dolgner [SPD]: Also darf ich davon ausgehen, dass Ihre einzige Kritik am SPD-Antrag ist, dass wir das kostenlos machen und Sie eine Flatrate haben wollen. Dann hätte man das ausdrücken können. Sie haben auf Bayer und so weiter rekurriert. Deshalb habe ich nicht verstanden, was Sie mit unserem Antrag gemeint haben. Wie bringen Sie das in Zusammenhang mit der Forderung der Grünen nach einem freien, offenen und kostenlosen WLAN? Das ist dann ja auch nichts wert, oder?

(Beifall SPD)

- Open Data bedeutet nicht, dass alles umsonst ist. Open Data heißt, dass grundsätzlich freier Zugang besteht, aber auch, dass wir irgendwo eine Kostendeckung haben. Darüber kann man sich lange streiten. Wenn wir jedoch zu den Agrardaten einen weiteren Zugang haben wollen, wenn wir das, was am Rande der öffentlichen Hand an Daten vorhanden ist - wenn ich das einmal so formulieren darf - und seitens der Betriebe hervorragend zu verwerten ist, nutzen, dann ist das aus meiner Sicht klug, wenn wir von vornherein sagen, dass wir hier eine Kostendeckung benötigen, da wir ansonsten demnächst wieder an der Wand stehen und nichts vorangeht, weil es kein Verfahren gibt. Ich denke, das ist ein guter Ansatz.

Ein weiterer Punkt, den man im SPD-Antrag betrachten muss, ist einmal die Frage, ob man die gesamte Kontrolle sofort daran binden will. So verstehe ich den zweiten Punkt des Antrages. Ich meine, darüber muss man noch einmal intensiv diskutieren. Das können Sie ja demnächst in einem zweiten Antrag hier im Haus präsentieren. Wir werden Ihren Antrag heute auf jeden Fall ablehnen.

(Bernd Voß)

(Dr. Kai Dolgner [SPD]: Sie wollen das gar nicht diskutieren!)

Der dritte Punkt, den Sie bringen, bezieht sich auf die Schnittstellen. Die Schnittstellen sind meines Erachtens noch ein besonderes Thema. Auch darüber sollten wir noch einmal in einer gesonderten Debatte und in einem gesonderten Verfahren reden.

Um gleich noch ein weiteres Unternehmen zu nennen, das massiv, sozusagen als zweiter Block, dabei ist, sich zu organisieren, das sind die Kollegen von Monsanto. Die haben sich zusammen mit The Climate Corporation auf dem Markt für digitale Feld- und Bestandsanalysen etabliert, haben verschiedene Firmen mit aufgenommen und arbeiten zusammen mit dem Landmaschinenherstellern John Deere und AGCO in den USA. Es ist eine Frage des Wettbewerbs. In den USA ist eine weitere Fusion in dem Bereich versagt worden, weil sie dazu geführt hätte, dass 86 % der präzisen Saatgeräte in einer Hand gewesen wären. Das findet man noch nicht einmal im Land von Trump gut.

Hier stellt sich im Grunde die entscheidende Frage von Machtmanipulation und weltweiter Monopolbildung in und um die Landwirtschaft sowie um das Risiko des Verlustes von vielfältigen Innovationspotenzialen in den Unternehmen. Was aber noch wichtiger ist, ist der Zugang zu dem Wissen und den Grundlagen der Ernährung. Ich denke, darum geht es.

Ich will jetzt nicht noch einmal im Einzelnen darauf eingehen, wohin dieser Antrag führt. Aber lassen Sie mich zum Schluss noch einmal zusammenfassen: Mit der Digitalisierung und dem Smart Farming werden nicht die grundsätzlichen Fehlentwicklungen in der Agrarpolitik und ihre Auswirkungen auf die Umwelt korrigiert, geschweige denn aufgehoben. Auch wenn es ökologisch und sozial viel Gewinnbringendes bei der Digitalisierung in der Landwirtschaft seit Jahren gibt und in den Betrieben erlebbar ist, werden die ökonomischen und politischen Rahmenbedingungen, die gesetzt werden, weiter maßgeblich sein.

Auch für die Landwirtschaft 4.0 gilt: Ohne eine Agrarwende könnte alles in einen Traum einer digitalen Fata Morgana enden. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und Hans-Jörn Arp [CDU])

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Für die FDP-Fraktion hat nun der Abgeordnete Oliver Kumbartzky das Wort.

Oliver Kumbartzky [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Was der Bauer nicht kennt, muss er wenigstens googeln können.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Genau deswegen ist der Glasfaserausbau im ländlichen Raum unbedingt notwendig, und deswegen ist es gut und richtig, dass Jamaika hier aufs Tempo drückt. Aber, liebe Freunde, Digitalisierung ist mehr als nur Breitbandausbau. Mit dem vorliegenden Antrag erleichtern wir den Zugang zu präzisen Geoinformationen.

Jetzt mag man sich denken, in Zeiten von Google Maps kann doch jeder Mensch mit seinem Smartphone nachschauen, wo er oder sie gerade ist. Wozu braucht man denn noch eine Flatrate für SAPOS-Dienste? GPS kennt man im Allgemeinen, aber die Dienste, die wir im Antrag erwähnt haben, wie SAPOS oder RTK, kennt man weniger. Aber die allgemein bekannten freien Dienste arbeiten nicht mit der Genauigkeit und Präzision, die auf dem Acker oder der Baustelle gebraucht werden. Google Maps können Sie dort schlichtweg vergessen.

Für die Anwendung in der Landwirtschaft gibt es nun einmal spezialisierte Dienste. Schon heute sind satellitengestützte Lenksysteme in der Landwirtschaft sehr weit verbreitet. - Ich gestatte gern eine Zwischenfrage.

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Das nehmen wir dann einmal so entgegen, und ich gebe Herrn Dr. Dolgner für eine Zwischenfrage das Wort.

Dr. Kai Dolgner [SPD]: Herr Kumbartzky, ich möchte dann doch dringend empfehlen, unseren Antrag in den Ausschuss zu überweisen. Herr Voß hatte uns jedoch gerade lange erklärt, welche Probleme es mit kommerziellen Diensten im Allgemeinen bei der Digitalisierung gebe, wobei die Digitalisierung insgesamt sowieso problematisch sei. Sie erklären uns jedoch gerade, dass die offenen Dienste, die offenen Möglichkeiten, nicht ausreichend seien, sondern nur professionelle Lösungen sinnvoll seien, zum Beispiel von Bayer.

Sollte das der Grund sein, warum Sie den Antrag nicht in den Ausschuss überweisen wollen, damit Sie genau diese, fast weltanschaulichen Unterschiede zum Thema „Digi-

(Vizepräsident Rasmus Andresen)

talisierung“ zwischen Grünen und FDP nicht im Ausschuss besprechen müssen? - Das fände ich doch sehr schade, so defensiv hätte ich Sie gar nicht eingeschätzt.

Oliver Kumbartzky [FDP]:

Ich habe doch noch gar nichts zum Thema Ausschussüberweisung gesagt. Warten Sie doch mal ab, was noch kommt.

(Dr. Kai Dolgner [SPD]: Die Grünen haben das ja gerade abgelehnt!)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Es wäre gut, Herr Kollege Dr. Dolgner, wenn wir hier keine Zwiegespräche führen. Falls Sie noch eine weitere Frage haben, melden Sie sich bitte. - Das sieht nicht danach aus. Dann fährt jetzt Herr Kumbartzky mit seiner Rede fort.

Oliver Kumbartzky [FDP]:

Das hat uns ja weitergebracht, gut, dass ich die Zwischenfrage gestattet habe.

Also, meine Damen und Herren, die Genauigkeit beim Lenken nützt dem Landwirt und auch der Umwelt in vielerlei Hinsicht. Der Landwirt kann seine Fläche dadurch so gut wie möglich ausnutzen. Und wenn dadurch die Produktion in der Landwirtschaft effizienter wird, schon das auch Ressourcen. Unser Motto lautet daher, Sie wissen es: Umweltschutz durch Innovation.

(Beifall FDP und CDU - Lachen SPD)

- Da brauchen Sie gar nicht lachen. Dank Jamaika und mithilfe des vorliegenden Antrags können wir nun auch neue Impulse setzen. Deswegen wollen wir heute diesen Antrag auf den Weg bringen. Aber, meine Damen und Herren, nicht nur Bauern brauchen Zugang zu präzisen Messpunkten. Ein Landvermesser beispielsweise braucht vor dem Beginn seiner Aufmessung feste Messpunkte, an denen er seine eigenen anschließen kann. Diese Messpunkte bekommt er über die SAPOS-Dienste der Deutschen Landvermessung. Die Kosten für die ersten Messpunkte von SAPOS belaufen sich dann für den Vermesser insgesamt auf ein paar tausend Euro. Darin sind natürlich nicht nur die SAPOS-Gebühren enthalten, aber mit unserer SAPOS-Flatrate können wir die Kosten für die Bezieher entsprechend deutlich verringern.

Lenksysteme sind auch auf der Baustelle im Einsatz, meine Damen und Herren. Dass Autobahnen

schnurgerade gebaut werden können, ist somit auch den neuen Lenksystemen zuzurechnen. Auch hier kann sich die Senkung der Kosten für Satellitendaten nur positiv auswirken.

Sie sehen, Digitalisierung bedeutet nicht immer nur das Handy, auf das Sie schauen, oder die App, die Sie herunterladen. Digitalisierung wirkt auch auf dem Acker bei der Vermessung, bei Neubaugebieten, bei dem Bau von Autobahnen, auf dem Trecker, hinter dem Tachometer des Vermessers, auf dem Bagger des Bauarbeiters. In all diesen Bereichen und sicherlich noch einigen mehr nützt die heute von uns vorgeschlagene Flatrate für das SAPOS-Signal. Das ist die Art der Innovation, die Umsetzung der Digitalisierung, die wir als Jamaika voranbringen und von der Sie immer nur reden, meine Damen und Herren.

(Beifall FDP und CDU)

Ich habe tatsächlich noch etwas über Ihre Zwischenfrage während meiner Rede nachgedacht, Herr Dr. Dolgner. Wir wollen heute unseren Antrag auf den Weg bringen und schauen, wie das Pilotprojekt läuft. Wir bringen jetzt die Digitalisierung voran. Sie wollen ja dasselbe wie wir, nur kostenlos. Das ist ja Ihr Antrag.

(Zuruf SPD: Ja!)

Gerade Sie. Vor circa 90 Minuten stimmen wir hier den Haushalt ab und Sie beantragen noch groß bei dem Punkt „Digitalisierung der Staatskanzlei“ zu kürzen. Und jetzt auf einmal sind Sie die Digitalisierungspartei. Das nimmt Ihnen doch keiner ab.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Lächerlich ist das!

(Wortmeldung Kirsten Eickhoff-Weber [SPD])

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Herr Kollege - -

Oliver Kumbartzky [FDP]:

Nein, ich gestatte jetzt keine Zwischenfrage mehr, ich will jetzt diesen Antrag endlich auf den Weg bringen. Ich bin für Abstimmung in der Sache.

(Beifall CDU und FDP)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Herr Kollege Kumbartzky, es wäre bei aller Freude über emotionale Redebeiträge trotzdem nett, wenn Sie es zulassen würden, dass man Ihnen die Frage stellt. Die Kollegin Eickhoff-Weber hat sich zu einer Zwischenfrage gemeldet, Sie gestatten keine Zwischenfrage, das ist ihr gutes Recht. Es ist aber auch unsere Aufgabe, dies zunächst abzufragen, bevor Sie die Frage ablehnen.

Oliver Kumbartzky [FDP]:

Ganz klar. Ich entschuldige mich, ich war gerade emotional etwas aufgewühlt.

Meine Damen und Herren, ich möchte abschließend nur noch einen Satz zu der Sache sagen. In Schleswig-Holstein suchen die Bauern keine Frauen, sie suchen Empfang, den bekommen sie nun Dank uns. - Vielen Dank.

(Beifall, Heiterkeit FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Das Wort hat für die AfD-Fraktion der Abgeordnete Schnurrbusch.

Volker Schnurrbusch [AfD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Liebe Gäste! Seit Wochen stehen unsere Landwirte vor der Herausforderung, den idealen Zeitpunkt für die Gülleausbringung zu finden. Der Landwirt fragt sich: Wird sein Traktor bei dieser Bodenfeuchte im Boden stecken bleiben, oder bedeutet die aktuelle Niederschlagsmenge, dass sein ausgebrachter Dünger gleich ins Meer entwässert wird?

Die Komplexität der Produktionsbedingungen verlangt unseren Landwirten ein enormes Wissen ab. Gleichzeitig belastet dieses Geschäft die körperliche Gesundheit der meisten Arbeitskräfte. Was nagt noch stärker an der körperlichen Gesundheit? - Es ist die Vorschriftenflut aus EU, Bund, Ländern und Gemeinden, die auf ihn wie Hagelkörner einprasselt.

In allen drei Fällen verspricht die Digitalisierung Abhilfe. Der 100.000 € teure Melkroboter liefert dem Landwirt Signale zum leistungsgerechten Milchfluss, ein anderer Sensor meldet, dass das Kalb in absehbarer Zeit zur Welt kommen wird. Ernteroboter sollen nur die Frucht pflücken, die laut

Sensorsignal eine definierte Mindestgröße erreicht hat.

Nun wollen sich Landwirte auf Satellitensignale wie das RTK-Signal verlassen können, damit die 400.000-€-Traktoren in der richtigen Spur fahren. Auch verspricht die neue Technik Einsparpotentiale bei der Verwendung von Pestiziden und Düngemitteln. Im Vergleich zu allen anderen westdeutschen Bundesländern hat Schleswig-Holstein schon heute den größten Anteil von über 100 ha großen Betriebsflächen. 50 % aller Agrarbetriebe bewirtschaften hier eine Betriebsgröße von über 50 ha.

Wir wollen an diesem Punkt heute nicht über den Strukturwandel sprechen, das wäre ein Thema für sich. Fakt ist aber nun einmal, dass wir sehr viele Großflächen haben. Deswegen unterstützt die AfD grundsätzlich eine staatliche Unterstützung der digitalen Landwirtschaft, zum Beispiel in Form reduzierter Flatrates für die Machine-to-Machine-Kommunikation, wie sie im Antrag genannt wird. Das halten wir für sinnvoll. Wenn die Erzeuger so arbeiten wollen, sollten wir uns dem nicht verschließen. Wenn Großbetriebe mit dem Smart Farming mit einem Gewinnvorteil von ungefähr 4 % leben können, so sollen sie dies tun.

Bei allen Chancen der digitalen Landwirtschaft gilt es aber auch, die Risiken zu minimieren. Risiken lauern bei der Digitalisierung bekanntlich an jeder Ecke. Viele Landwirte befürchten das Absaugen sensibler Betriebsdaten und Geschäftsgeheimnisse, zum Beispiel an die eben bereits genannten Konzernzentralen von Bayer und Monsanto.

Aus vielen Diskussionen um Big Data wissen wir, dass professionelle Datenhändler lokale Datenpunkte quasi zusammenschrauben und an anderer Stelle als unstrukturierte Information weiterverkaufen. In diesen Daten stecken Details, die die Selbstversorgung unseres Bundeslandes und des ganzen Landes Deutschland mit landwirtschaftlichen Gütern sicherstellen. Daher ist ein unabhängiges System, wie es im Antrag genannt wird, wichtig und richtig, denn der Tausch von Mistgabeln gegen den smarten Traktor darf nicht zur Vergoogelung der Landwirtschaft führen.

Während wir dem vorliegenden Beitrag beipflichten, müssen aus unserer Sicht aber auch die gesetzgeberischen Vorbereitungen zu einem umfassenden Begleitdatenschutz auf den Weg gebracht werden. Wir können beiden vorliegenden Anträgen, auch dem der SPD-Fraktion, eine ganze Menge abgewinnen. Wir sollten durchaus über einheitliche Schnitt-

(Volker Schnurrbusch)

stellen reden. Wir befürworten eine Überweisung beider Anträge in den Agrarausschuss. - Danke.

(Beifall AfD)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Für die Abgeordneten des SSW hat der Herr Abgeordnete Flemming Meyer das Wort.

Flemming Meyer [SSW]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Maschinenring Südtondern bewirbt den sogenannten Präzessionsackerbau sehr ausgiebig: Die Lenkung werde automatisch mit Geodaten abgeglichen und automatisiert. Die Lenkzeiten verkürzten sich dank optimierter Fahrwege, sodass man angeblich pünktlich zur Sportschau wieder vom Feld sein könne.

(Beifall Lars Harms [SSW])

Auch ältere Fahrzeuge ließen sich mit dem System unproblematisch aufrüsten.

Schöne neue Welt, die mit dem säenden Landmann so gar nichts mehr zu tun hat. Ich will hier nicht über Datensicherheit und Speichermöglichkeiten sprechen, darum kümmern sich schon ganz andere. Wir sollten auch nicht über die Frage diskutieren, ob der Einsatz von geodatenbasierten Lenksystemen überhaupt sinnvoll ist. Die Entwicklung hat uns schon lange überholt. Gerade auf großen Flächen ist die neue Technik inzwischen Standard: Permanent werden die Geodaten mit der Lenkung abgeglichen - so eine Art Fernsteuerung per Satellit, um das Optimum aus der Fläche herauszuholen. Das System arbeitet mit Leica zusammen und nutzt die SAPOS-Daten der Landvermesser. Eine unabhängige Lösung gibt es bislang nicht, was dem Quasimonopolisten Leica natürlich gut zupass kommt.

Laut Maschinenring Südtondern kostet der Vertrag für den präzisen Ackerbau pro Lizenz circa 1.000 € im Jahr. Dazu kommen noch Mobilfunkkosten. Wer zwei Schlepper auf zwei Feldern einsetzen will, muss auch zwei Lizenzen kaufen. Das ist ein ganz schöner Batzen Geld für einen Landwirt, der sich zumindest beim Maschinenring vertraglich jeweils für ein ganzes Jahr bindet. Das lohnt sich nur für große Betriebe, Fachleute nennen hier als Mindestgröße 85 ha. In Schleswig-Holstein kommt diese Technik, grob über den Daumen gepeilt, sowieso nur für jeden fünften Betrieb in Frage.

Gibt es eine Alternative zu diesem System? - Der Antrag suggeriert, dass genau dies der Fall sei: Eine sogenannte Flatrate würde die Kosten senken. Ich hätte hierzu in der Tat noch einige Fragen, denn ich weiß ehrlicherweise nicht, wie die Finanzierung mittels unabhängigen Zugangs genau ablaufen soll. In der Begründung ist von einer Deckelung der Kosten die Rede. Ist das dann weniger als 1.000 €? Wie lange ist die Laufzeit des Vertrags beziehungsweise des Pilotprojektes für den Landwirt? - Wichtig ist auch die Frage, wer die neue unabhängige Variante vertreiben und managen wird.

Wer kümmert sich um Probleme und beantwortet Nachfragen, wenn das System auf dem Schlepper nicht läuft? Wie immer bei neuen datenbasierten Systemen ist so ein technischer Support die zentrale Voraussetzung für die Umsetzbarkeit. Ohne Unterstützungsmöglichkeit wird kein Landwirt das neue System einsetzen. Denkbare Anbieter dieser Unterstützung wären die Landwirtschaftskammer oder das Ministerium. Sind bereits Personen geschult oder eingestellt worden?

Einfacher wäre es, wenn die Handhabung der Geodaten geöffnet wird. Dann ist der Landwirt nicht mehr auf die Fachleute einer einzigen Firma angewiesen. Unter anderem darauf läuft unser Alternativantrag hinaus. Die neue Technik geodatengestützten Ackerbaus ist wohl zumindest bei den großen Betrieben nicht mehr wegzudenken. Darum sollten wir zumindest sicherstellen, dass die Technik in einen offenen Wettbewerb überführt wird. - Jo tak.

(Beifall SSW und SPD)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Vielen Dank. - Das Wort für die Landesregierung hat nun der Minister für Inneres, ländliche Räume und Integration, Hans-Joachim Grote.

Hans-Joachim Grote, Minister für Inneres, ländliche Räume und Integration:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der einfache und unabhängige Zugang zu Geoinformationen ist ein zentraler Bestandteil bei der Digitalisierung von Arbeitsprozessen in Verwaltung und Wirtschaft und damit auch in der Landwirtschaft. Für die ländlichen Räume kann die vergünstigte Bereitstellung von Satellitenpositionsdaten wichtiger technologischer und vor allem zukunftsgerichteter Impuls sein und somit sicherlich die Landwirtschaft auch finanziell entlasten.

(Minister Hans-Joachim Grote)

Wir müssen in beiden Anträgen, die wir hier vorliegen haben, zwei Dinge unterscheiden. Das eine ist der unabhängige Zugang zu präzisen Geoinformationen. Das andere ist die Frage der Unterstützung der Digitalisierung in der Landwirtschaft. Das müssen wir sehr fein unterscheiden, denn wenn wir von den Daten unseres eigenen Landesamtes ausgehen, dann geht es um die Bereitstellung von Daten und Informationen. Das wollen wir künftig gemeinsam mit Dataport anbieten: eine leistungsfähige, allumfassend kompatible Schnittstelle, die den gleichzeitigen Zugang für 400 Nutzer ermöglicht.

Das ist ein erster Schritt: 400 gleichzeitige Nutzer. Das heißt: In Summe können es deutlich mehr sein. Wenn wir einmal unterstellen, dass wir rund 12.000 Landwirte haben, von denen ungefähr 4.500 Höfe in einer Größenordnung von 80 bis 100 ha haben, so ist die Frage, wie viele gleichzeitig diese Anlage nutzen. Wir können heute problemlos mit einer Anlage 3.000 Nutzer unterbringen. Wir werden also die Frage zu beantworten haben: Wird eine Anlage ausreichen, oder werden wir gegebenenfalls, wenn die Nachfrage da ist, eine zweite Anlage bereitstellen?

Das Ganze wird zusammen mit Dataport auf den Weg gebracht, sodass Support und Betreuung durch das Land beziehungsweise durch unsere eigenen Einrichtungen erfolgen würden. Um das Geheimnis der vermeintlichen Kosten aufzulösen: Wir sprechen von einem Rahmen von 150 € für eine Flatrate pro Jahr. Das ist auf der Basis der Kosten für diesen Server, den wir unter Begleitung von Dataport, unterstellt haben, zusammengerechnet worden.

Meine Damen und Herren. Ich sehe es im Alternativantrag durchaus als interessantes Thema, welche Daten von ihren eigenen Einsätzen Landwirte möglicherweise in einem zweiten Schritt speichern wollen, um sie weiterzuentwickeln, um sie für eigene Zwecke zu verarbeiten. Das ist eine interessante Aufgabenstellung. Aber das Landesamt für Vermessung und Geoinformation ist eine Institution des Landes, die Daten zur Verfügung stellt. Wenn wir über eine zentrale Verarbeitung, über eine Weiterentwicklung von Daten sprechen, müssen wir mit dem MELUND und mit dem Wirtschaftsministerium sprechen, um dafür eine eigentlich neue Infrastruktur zu schaffen.

Wir sprechen heute über den Ursprungsantrag - das halte ich für das wichtigste Thema -, dass wir nicht nur einen privaten Anbieter haben, der eine Leistung von - das haben wir vorhin gehört - 1.000 € zur Verfügung stellt, sondern dass wir als Land allen Landwirten, die danach trachten, diese Leistung

mit einer Flatrate anbieten können, in der ersten Stufe mit 400 Nutzern parallel. Wenn Bedarf da ist, werden wir das weiter ausbauen.

Die zweite Frage ist, ob wir eine Weiterverarbeitung vornehmen. In welchem Umfang, in welcher Qualität, wird sich letztendlich zeigen. Es ist keine Alternative zum vorhandenen Antrag, sondern im Grunde ein zweiter oder dritter Schritt.

(Beifall Heiner Rickers [CDU])

Insofern werde ich momentan für den Antrag, der uns vorliegt, weil wir die Dienstleistungen, die wir als Landesamt sofort zur Verfügung stellen, allen Landwirtinnen und Landwirten für einen sehr günstigen Preis anbieten können und sie quasi nicht mehr zwingen, diesen Weg über die freie Wirtschaft zu gehen. Aber auch diese kann das Instrument natürlich nutzen, kann es für ihre Zwecke aufarbeiten und kann momentan - sagen wir einmal - eine Intelligenz zusätzlich mit den Landwirten anbieten, sodass die wählen können, ob sie die reinen Daten für die Geoinformation oder ob sie eigene Daten an anderer Stelle weiterverarbeitet und betrieben haben wollen. Damit haben wir dem Subsidiaritätsgedanken, der immer wieder gilt, Rechnung getragen.

Meine Damen und Herren, wir sind technisch und personell darauf vorbereitet. Im Koalitionsvertrag haben wir das vorgesehen, und wir werden das entsprechend umsetzen, wenn Sie es heute beschließen. - Vielen Dank.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Vielen Dank, Herr Minister. - Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Es ist beantragt worden, den Antrag Drucksache 19/500 sowie den Alternativantrag Drucksache 19/542 dem Umwelt- und Agrarausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Das ist mit den Stimmen der CDU-Fraktion, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP-Fraktion gegen die Stimmen der SPD-Fraktion, der AfD-Fraktion und der Abgeordneten des SSW abgelehnt.

Wir kommen somit zur Abstimmung in der Sache. Ich lasse zunächst über den Alternativantrag der Fraktion der SPD und der Abgeordneten des SSW, Drucksache 19/542, abstimmen. Wer dem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe!

(Vizepräsident Rasmus Andresen)

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Ihr habt schon wieder verloren! - Birgit Herdejürgen [SPD]: Arroganz der Macht! - Weitere Zurufe)

- Dann ist dieser Antrag mit den Stimmen der CDU-Fraktion, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der FDP-Fraktion und der AfD-Fraktion gegen die Stimmen der SPD-Fraktion und der Abgeordneten des SSW abgelehnt.

Ich lasse nun über den Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP, Drucksache 19/500, abstimmen. Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Damit ist dieser Antrag mit den Stimmen der CDU-Fraktion, der Fraktion

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der FDP-Fraktion und der AfD-Fraktion gegen die Stimmen der SPD-Fraktion und der Abgeordneten des SSW angenommen.

Ich unterbreche die Tagung bis morgen früh um 10 Uhr und wünsche allen einen angenehmen Abend.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 18:15 Uhr

Anlage 1

Namentliche Abstimmung
22. Sitzung am 21. Februar 2018
Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Gewährung jährlicher Sonderzahlungen

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD
Drucksache 19/368 (neu)
(Seite 1487 des Plenarprotokolls)

Name	Abstimmung	Name	Abstimmung
CDU		Kathrin Wagner-Bockey	Ja
Hans-Jörn Arp	Nein	Stefan Weber	Ja
Tim Brockmann	Nein		
Johannes Callsen	Nein	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Claus Christian Claussen	Nein	Rasmus Andresen	Nein
Wolf Rüdiger Fehrs	Nein	Dr. Marret Bohn	Abwesend
Hauke Göttisch	Abwesend	Marlies Fritzen	Nein
Daniel Günther	Nein	Eka von Kalben	Nein
Hartmut Hamerich	Nein	Burkhard Peters	Nein
Andreas Hein	Nein	Lasse Petersdotter	Nein
Klaus Jensen	Nein	Ines Strehlau	Nein
Werner Kalinka	Nein	Dr. Andreas Tietze	Nein
Lukas Kilian	Nein	Aminata Touré	Abwesend
Peer Knöfler	Nein	Bernd Voß	Nein
Tobias Koch	Nein		
Peter Lehnert	Nein	FDP	
Tobias Loose	Nein	Dennys Bornhöft	Nein
Hans Hinrich Neve	Nein	Jörg Hansen	Nein
Volker Nielsen	Nein	Stephan Holowaty	Abwesend
Barbara Ostmeier	Nein	Anita Klahn	Nein
Ole-Christopher Plambeck	Nein	Annabell Krämer	Nein
Katja Rathje-Hoffmann	Nein	Oliver Kumbartzky	Nein
Heiner Rickers	Nein	Kay Richert	Nein
Anette Röttger	Nein	Jan Marcus Rossa	Nein
Klaus Schlie	Nein	Christopher Vogt	Nein
Andrea Tschacher	Nein		
		AfD	
SPD		Frank Brodehl	Nein
Wolfgang Baasch	Abwesend	Jörg Nobis	Nein
Dr. Kai Dolgner	Abwesend	Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein	Nein
Dr. Heiner Dunckel	Ja	Claus Schaffer	Nein
Kirsten Eickhoff-Weber	Ja	Volker Schnurrbusch	Nein
Martin Habersaat	Ja		
Bernd Heinemann	Ja	SSW	
Birgit Herdejürgen	Ja	Lars Harms	Ja
Thomas Hölck	Ja	Flemming Meyer	Ja
Kerstin Metzner	Ja	Jette Waldinger-Thiering	Ja
Serpil Midyatli	Ja		
Birte Pauls	Ja		
Tobias von Pein	Ja		
Regina Poersch	Ja		
Beate Raudies	Ja	Zusammenstellung:	
Sandra Redmann	Ja	Abgegebene Stimmen	67
Thomas Rother	Ja	davon	
Dr. Ralf Stegner	Ja	Jastimmen	22
Özlem Ünsal	Ja	Neinstimmen	45
Kai Vogel	Ja	Enthaltungen	-

Anlage 2

Namentliche Abstimmung

22. Sitzung am 21. Februar 2018

Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2018

Gesetzentwurf der Landesregierung, Bericht und Beschlussempfehlung des Finanzausschusses,
Drucksache 19/489, Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 19/526, Nummer 1 -
Änderung des Finanzausgleichsgesetzes - und Nummer 3 - Änderung des Kindertagesstättenge-
setzes

Drucksache 19/361

(Seite 1488 des Plenarprotokolls)

Name	Abstimmung	Name	Abstimmung
CDU		Kathrin Wagner-Bockey	Ja
Hans-Jörn Arp	Nein	Stefan Weber	Ja
Tim Brockmann	Nein		
Johannes Callsen	Nein	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Claus Christian Claussen	Nein	Rasmus Andresen	Nein
Wolf Rüdiger Fehrs	Nein	Dr. Marret Bohn	Abwesend
Hauke Göttsch	Nein	Marlies Fritzen	Nein
Daniel Günther	Nein	Eka von Kalben	Nein
Hartmut Hamerich	Nein	Burkhard Peters	Nein
Andreas Hein	Nein	Lasse Petersdotter	Nein
Klaus Jensen	Nein	Ines Strehlau	Nein
Werner Kalinka	Nein	Dr. Andreas Tietze	Nein
Lukas Kilian	Nein	Aminata Touré	Abwesend
Peer Knöfler	Nein	Bernd Voß	Nein
Tobias Koch	Nein		
Peter Lehnert	Nein	FDP	
Tobias Loose	Nein	Dennys Bornhöft	Nein
Hans Hinrich Neve	Nein	Jörg Hansen	Nein
Volker Nielsen	Nein	Stephan Holowaty	Abwesend
Barbara Ostmeier	Nein	Anita Klahn	Nein
Ole-Christopher Plambeck	Nein	Annabell Krämer	Nein
Katja Rathje-Hoffmann	Nein	Oliver Kumbartzky	Nein
Heiner Rickers	Nein	Kay Richert	Nein
Anette Röttger	Nein	Jan Marcus Rossa	Nein
Klaus Schlie	Nein	Christopher Vogt	Nein
Andrea Tschacher	Nein		
		AfD	
SPD		Frank Brodehl	Nein
Wolfgang Baasch	Ja	Jörg Nobis	Nein
Dr. Kai Dolgner	Ja	Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein	Nein
Dr. Heiner Dunckel	Ja	Claus Schaffer	Nein
Kirsten Eickhoff-Weber	Ja	Volker Schnurrbusch	Nein
Martin Habersaat	Ja		
Bernd Heinemann	Ja	SSW	
Birgit Herdejürgen	Ja	Lars Harms	Enthaltung
Thomas Hölck	Ja	Flemming Meyer	Enthaltung
Kerstin Metzner	Ja	Jette Waldinger-Thiering	Enthaltung
Serpil Midyatli	Ja		
Birte Pauls	Ja		
Tobias von Pein	Ja		
Regina Poersch	Ja		
Beate Raudies	Ja		
Sandra Redmann	Ja	Zusammenstellung:	
Thomas Rother	Ja	Abgegebene Stimmen	70
Dr. Ralf Stegner	Ja	davon	
Özlem Ünsal	Ja	Jastimmen	21
Kai Vogel	Ja	Neinstimmen	46
		Enthaltungen	3

Anlage 3

Namentliche Abstimmung

22. Sitzung am 21. Februar 2018

Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung eines Haushaltsplanes für das Haushaltsjahr 2018 (Haushaltsbegleitgesetz 2018)

Gesetzentwurf der Landesregierung, Bericht und Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 19/489, Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 526, Nummern 23, 74 bis 76

Drucksache 19/360

(Seite 1491 des Plenarprotokolls)

Name	Abstimmung	Name	Abstimmung
CDU		Kathrin Wagner-Bockey	Ja
Hans-Jörn Arp	Nein	Stefan Weber	Ja
Tim Brockmann	Nein		
Johannes Callsen	Nein	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Claus Christian Claussen	Nein	Rasmus Andresen	Nein
Wolf Rüdiger Fehrs	Nein	Dr. Marret Bohn	Abwesend
Hauke Göttsch	Nein	Marlies Fritzen	Nein
Daniel Günther	Nein	Eka von Kalben	Nein
Hartmut Hamerich	Nein	Burkhard Peters	Nein
Andreas Hein	Nein	Lasse Petersdotter	Nein
Klaus Jensen	Nein	Ines Strehlau	Nein
Werner Kalinka	Nein	Dr. Andreas Tietze	Nein
Lukas Kilian	Nein	Aminata Touré	Abwesend
Peer Knöfler	Nein	Bernd Voß	Nein
Tobias Koch	Nein		
Peter Lehnert	Nein	FDP	
Tobias Loose	Nein	Dennys Bornhöft	Nein
Hans Hinrich Neve	Nein	Jörg Hansen	Nein
Volker Nielsen	Nein	Stephan Holowaty	Abwesend
Barbara Ostmeier	Nein	Anita Klahn	Nein
Ole-Christopher Plambeck	Nein	Annabell Krämer	Nein
Katja Rathje-Hoffmann	Nein	Oliver Kumbartzky	Nein
Heiner Rickers	Nein	Kay Richert	Nein
Anette Röttger	Nein	Jan Marcus Rossa	Nein
Klaus Schlie	Nein	Christopher Vogt	Nein
Andrea Tschacher	Nein		
		AfD	
SPD		Frank Brodehl	Nein
Wolfgang Baasch	Ja	Jörg Nobis	Nein
Dr. Kai Dolgner	Ja	Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein	Nein
Dr. Heiner Dunckel	Ja	Claus Schaffer	Nein
Kirsten Eickhoff-Weber	Ja	Volker Schnurrbusch	Nein
Martin Habersaat	Ja		
Bernd Heinemann	Ja	SSW	
Birgit Herdejürgen	Ja	Lars Harms	Ja
Thomas Hölck	Ja	Flemming Meyer	Ja
Kerstin Metzner	Ja	Jette Waldinger-Thiering	Ja
Serpil Midyatli	Ja		
Birte Pauls	Ja		
Tobias von Pein	Ja		
Regina Poersch	Ja		
Beate Raudies	Ja		
Sandra Redmann	Ja	Zusammenstellung:	
Thomas Rother	Ja	Abgegebene Stimmen	70
Dr. Ralf Stegner	Ja	davon	
Özlem Ünsal	Ja	Jastimmen	24
Kai Vogel	Ja	Neinstimmen	46
		Enthaltungen	-

Anlage 4

Namentliche Abstimmung

22. Sitzung am 21. Februar 2018

Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung eines Haushaltsplanes für das Haushaltsjahr 2018 (Haushaltsbegleitgesetz 2018)Gesetzesentwurf der Landesregierung, Bericht und Beschlussempfehlung des Finanzausschusses,
Drucksache 19/489, Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 526, Nummer 60
Drucksache 19/360

(Seite 1494 des Plenarprotokolls)

Name	Abstimmung	Name	Abstimmung
CDU		Kathrin Wagner-Bockey	Ja
Hans-Jörn Arp	Nein	Stefan Weber	Ja
Tim Brockmann	Nein	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Johannes Callsen	Nein	Rasmus Andresen	Nein
Claus Christian Claussen	Nein	Dr. Marret Bohn	Abwesend
Wolf Rüdiger Fehrs	Nein	Marlies Fritzen	Nein
Hauke Göttisch	Nein	Eka von Kalben	Nein
Daniel Günther	Nein	Burkhard Peters	Nein
Hartmut Hamerich	Nein	Lasse Petersdotter	Nein
Andreas Hein	Nein	Ines Strehlau	Nein
Klaus Jensen	Nein	Dr. Andreas Tietze	Nein
Werner Kalinka	Nein	Aminata Touré	Abwesend
Lukas Kilian	Nein	Bernd Voß	Nein
Peer Knöfler	Nein	FDP	
Tobias Koch	Nein	Dennys Bornhöft	Nein
Peter Lehnert	Nein	Jörg Hansen	Nein
Tobias Loose	Nein	Stephan Holowaty	Abwesend
Hans Hinrich Neve	Nein	Anita Klahn	Nein
Volker Nielsen	Nein	Annabell Krämer	Nein
Barbara Ostmeier	Nein	Oliver Kumbartzky	Nein
Ole-Christopher Plambeck	Nein	Kay Richert	Nein
Katja Rathje-Hoffmann	Nein	Jan Marcus Rossa	Nein
Heiner Rickers	Nein	Christopher Vogt	Nein
Anette Röttger	Nein	AfD	
Klaus Schlie	Nein	Frank Brodehl	Ja
Andrea Tschacher	Nein	Jörg Nobis	Ja
SPD		Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein	Ja
Wolfgang Baasch	Ja	Claus Schaffer	Ja
Dr. Kai Dolgner	Ja	Volker Schnurrbusch	Ja
Dr. Heiner Dunckel	Ja	SSW	
Kirsten Eickhoff-Weber	Ja	Lars Harms	Ja
Martin Habersaat	Ja	Flemming Meyer	Ja
Bernd Heinemann	Ja	Jette Waldinger-Thiering	Ja
Birgit Herdejürgen	Ja	Zusammenstellung:	
Thomas Hölck	Ja	Abgegebene Stimmen	70
Kerstin Metzner	Ja	davon	
Serpil Midyatli	Ja	Jastimmen	29
Birte Pauls	Ja	Neinstimmen	41
Tobias von Pein	Ja	Enthaltungen	-
Regina Poersch	Ja		
Beate Raudies	Ja		
Sandra Redmann	Ja		
Thomas Rother	Ja		
Dr. Ralf Stegner	Ja		
Özlem Ünsal	Ja		
Kai Vogel	Ja		